

FORVM

KULTURELLE FREIHEIT

POLITISCHE GLEICHHEIT

SOLIDARISCHE ARBEIT

XLI. JAHR

WIEN, DEN 7. JUNI 1994

NUMMER 485/486

Richard Reichensperger	Dear FORVM impressum	1
Günther Anders	Anthropologie der Arbeitslosen. Paris 1933	1
Elisabeth Kmölniger	Die in Europa Unverzichtbaren	3
Gerhard Föger	Europa vor dem Scheitern?	4
Andreas Dusch	Im Salzkammergut	4
Jacques Attali	Démocratie sans frontières	6
Elisabeth Kmölniger	Dankeshand & Dankesmund – Tierliebchen (I)	7
Werner Dutz	Warum Nein	9
Derselbe	Ist mir die SPÖ abhanden gekommen?	9
Sven Papeke	Europa liegt vor seinen Toren	11
Elisabeth Kmölniger	Aus meinem Tierleben (II) – Pro	13
Dieselbe	Dasselbe (III) – Pro	15
Andreas Maier	Europacup	17
Camillo Cattani	Die letzten (demokratischen) Wahlen in Italia	18
Elisabeth Kmölniger	Aus meinem Tierleben (II)	19
Michael Häupl	Wien unterwegs zur Umweltmusterstadt	23
Mag. Schle / Dr. Fri	FORVM meets LIBERALES FORUM	24
FW. Bernstein	Lieberale	25
Elisabeth Kmölniger	Aus meinem Tierleben (IV) – Pro	26
Dieselbe	Dasselbe (V)	27
Unbekannter Meister / Eckart Früh	Arbeitsbeschaffung & Beschäftigungspolitik	28
Herbert Hrachowec	Das Rendezvous der Löwen und der Lämmer	29
Freie Universität Heidelberg	Kolloquium »Gertrud Fussenegger« Mit P.S.	31
Robert Schediwy	Jagdszenen an der Uni Wien	32
Bert Noglik	Jazz – Zwischen Anpassung und Aufmüpfigkeit	36
Alfred J. Noll	Gleichheitsrecht & Höchstgericht (V)	39
Herbert Auinger	Wahlrecht statt Wohlstand	45
Franz Untersmayr	Das Ende der Gemütlichkeit (Raumplanung IV)	49
Peter Gutjahr	Das Jesuskind und das falsche Matriarchat	56
Elisabeth Kmölniger	Aus meinem Tierleben (III)	57
Wolfgang René Rosar	Mein radikales Angebot	59
Amelie Lanier	Gut informierte Kreise	62
Dieselbe	Türkische Märchen	64
Thomas Rothschild	Süffisanz statt Sprachkritik	67
Alois J. P. Käufflich	Unbe-Hagen oder Wie Menti Mediensponsor wurde	69

Verlagspostamt 1070 Wien, P.b.b. Einzelpreis des Heftes: öS 30 - DM 5 - sfr 4,5 - F 16 - US-\$ 4 - Lit. 3500

EINE BLASSBLAUE PROGRAMMSCHRIFT / WER IST DER BESSERE DEUTSCHLIBERALE ?
EUROPA VERARMT / NUR SEIN GURU KANN UNS NOCH RETTEN / WEIL PRAGER SEHR FEHLT

Günther Anders Der Blick vom Mond

Reflexionen
über Weltraumflüge
Beck'sche Reihe

190 Seiten, öS155,- (BsR 1056)

Beck'sche Reihe
BsR
Verlag C. H. Beck

*Weitere Titel von Günther
Anders in der Beck'schen Reihe:*

Die Antiquiertheit des Menschen

Band I: Über die Seele im
Zeitalter der zweiten industri-
ellen Revolution (BsR 319)
Band II: Über die Zerstörung
des Lebens im Zeitalter der
dritten industriellen Revolution
(BsR 320)

Besuch im Hades

Auschwitz und Breslau 1966
(BsR 202)

Lieben gestern

Notizen zur Geschichte des
Fühlens (BsR 377)

Mariechen

Eine Gutenachtgeschichte
für Liebende, Philosophen
und Angehörige anderer
Berufsgruppen (BsR 1013)

Philosophische Stenogramme
(BsR 36)

Wir Eichmannsöhne
Offener Brief an Klaus
Eichmann (BsR 366)

Günther Anders Obdachlose Skulptur Über Rodin

Beck'sche Reihe



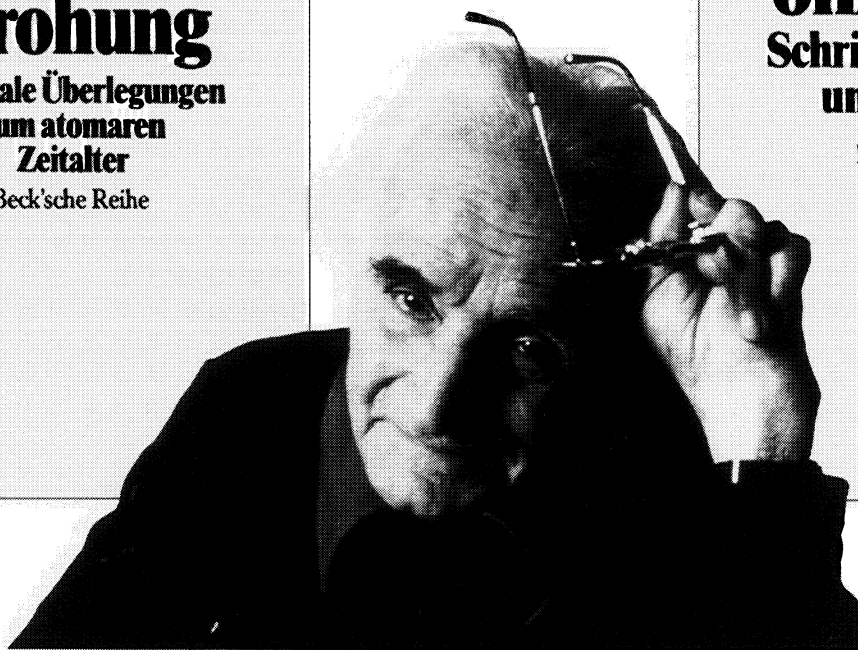
124 Seiten, 35 Abb. öS 155,- (BsR 1060)

Günther Anders Die atomare Drohung

Radikale Überlegungen
zum atomaren
Zeitalter
Beck'sche Reihe

Günther Anders Mensch ohne Welt Schriften zur Kunst und Literatur

Beck'sche Reihe



Sehr geehrter Herr Oberschlick!

Gerade weil Ihre Zeitschrift immer wieder sachliche Beiträge zur Verdrängung der Nazizeit in Österreich bringt und besonders auch das Engagement von Christian Michelides dabei glaubhaft und existentiell erscheint, ist dieser Leserbrief leider nötig.

Ilse Aichinger war so tollkühn, gegen den vom FORVM phasenweise angeschlagenen Ton im »Fall Fussenegger« zu protestieren und sich zu distanzieren – von einer Sprache, die sie offensichtlich an frühere Erfahrungen erinnert. Geantwortet wurde ihr aber, primär von Herrn Michelides, in ebensolchem Ton. Zu drei Wendungen aus diesem »P.S.« drei Anmerkungen:

»die Opferpose der Frau Aichinger«: Dergleichen bekam Ilse Aichinger, deren jüdische Familie ermordet worden war, schon in der unmittelbaren Nachkriegszeit zu hören: österreichische Kontinuitäten?

»diese widerliche, weinerliche Frage nach dem Verstecken«: Niemand hat Ilse Aichingers Großmutter, hat ihre Tante, ihren Onkel versteckt. Und: zwischen 1939 und 1945 wurde Juden auf die Frage nach dem Verstecken – genau von jenen, gegen die sich mit vollem Recht die Wut von Michelides richtet – exakt dies entgegengeworfen: »widerlich«, »weinerlich«.

»... daß nicht neue Aichingers in dreißig, vierzig Jahren neue Opfer beklagen dürfen«: Bitte Singular. In der österreichischen Literaturgeschichte gibt es nur eine Ilse Aichinger, auch der Bedeutung nach – Paul Celan, Nelly Sachs und Ilse Aichinger haben nach 1945 überhaupt erst eine Sprache suchen müssen für das Leiden der Opfer. Müssen, nicht »dürfen«. Und: Mit den Almosen einer Kölner Betschwester hat dies nicht das geringste zu tun. Schon eher mit der Schlusszene aus Bernhards »Heldenplatz«.

Richard Reichensperger, Wien

FORVM

Internationale Zeitschrift für kulturelle Freiheit, politische Gleichheit und solidarische Arbeit

Begründet 1954 von Friedrich Hansen-Loeve, Felix Hubalek, Alexander Lernet-Holenia und Friedrich Torberg
1966-86 fortgeführt von Günther Denning
Herausgeber Gerhard Oberschlick

Phax & Phone 523 83 68

Verlag: 93 27 33 · Vertrieb neu: 523 05 94
Je Lieferbares Heft öS 30/DM 5/sFr 4,50

Abonnement 6 Hefte à 64 Seiten
öS 180/DM 30/sFr 27, nicht rückzahlbar,
auch nicht im Falle der Einstellung.

• Bestellung bitte durch Einzahlung •

Österreich: P.S.K. 7514.001

Ausland: PostGiroAmt München
Konto Nr. 1208 52-801 · BLZ 700 100 80

Hersteller: Typographische Anstalt
1190 Muthgasse 56

Redaktion und Verlag:

A-1070 Wien, Museumstraße 5

Günther Anders

Anthropologie der Arbeitslosen

Paris 1933. Erste Woche Emigration

Die nachstehenden Überlegungen schrieb der Autor als zweiten Teils seines »Versuchs einer Selbstverständigung«; der erste, etwas längere und gleichfalls unfertige »Sieg des Methodenmangels. Zu Sieg des Nationalsozialismus« erschien im Heft Dezember 1993. Wir geben wieder – unkommentiert, unsortiert und unredigiert – eine historisch-dokumentarische Ausgabe mit {allen Streichungen, soweit entzifferbar, in geschwungener Klammer} sowie [geringen Ergänzungen & Bemerkungen des Herausgebers in eckiger Klammer]

{A. Über den Arbeiter sprechen wir, als gäbe es kein Klassenbewußtsein, als habe es auch in den letzten Jahren keines gegeben.} Wodurch – jedenfalls vorläufig – das Klassenbewußtsein als wirksamer geschichtlicher Machtfaktor ausschied, wäre hinreichendes Thema einer eigenen Untersuchung. Wieweit die Dualität der deutschen Arbeiterparteien (selbst vielleicht mehr Symptom als Grund des Mangels) dafür verantwortlich ist, lassen wir dahingestellt. Doch sei von vornherein betont: die Arbeitslosigkeit selbst, gerade dieses Schicksal, das, wie man glauben sollte, die Arbeiter enger zusammenschließen könnte, ist zugleich Hemmung des Klassenbewußtseins. Denn die Arbeiter sind nun selber noch einmal – Konkurrenz untereinander: Arbeitende gegen Arbeitslose; Arbeitverteidigende (mit [einem] gewissem Minimum an Lebensstandard) gegen Déclassés. Diese Teilung gehört zum Bilde des späten Kapitalismus ebenso wie die relative Konkurrenz-Aufhebung durch Trusts etc. innerhalb der arbeitgebenden Bevölkerung. Die Konkurrenz wandert. Nicht nur das Elend überhaupt, sondern auch das Auftauchen des Konkurrenzphänomens in der Arbeiterklasse machte diese so mürrisch, daß sie dem Ansturm des Nationalsozialismus nachgab. –

Objekt wird geschenkt

Dieser Zustand Nichtzusein, nirgends hinzugehören, nicht einmal eine brauchbare Sache zu sein, ist nicht der Tod. Denn wie beim total Verzeifelten, den eine tiefere Schicht seiner selbst vom Selbstmord zurückhält, ist auch beim Arbeitslosen die physische Existenz als Residuum übrig. Nur in dieser Existenzschicht, die man ihm ließ, kann er nun reagieren. {Er reagiert erst einmal nicht: er speichert auf.} Das Elend wird zur Wut ohne bestimmtes

[¹ Arbeitsloser]

[² Der Zaublerlehrling]

Wutobjekt. Rachewut ohne bestimmtes Racheobjekt. Denn wer ihn eigentlich in diese Lage brachte, ist bei der grundsätzlichen Unüberschaubarkeit dieser heutigen Welt nicht zu unterscheiden. Aber er braucht ein Wutobjekt, um die Wut auszulassen. Wäre keines zu finden, wäre es erfindbar. Ein solches – gewissermaßen nachträgliches – Wutobjekt ist der Jude. –

Der Junge

Der Junge hatte mit 17 als Tischler ausgelernt. Er ist jetzt 23. Er hat, was er lernte, niemals in Arbeit umsetzen können. Erwachsen-Sein heißt für ihn chômeur-¹ Sein. Erwachsen-Sein heißt für ihn nichts dürfen, nichts können. Er darf nicht heiraten – er hat kein Geld. Er darf nicht arbeiten. Er kann nicht im Haus bleiben: er sitzt nur herum. Er kann nicht auf der Straße bleiben – er läuft die Sohlen ab. Er wird niemals erwachsen, adulte, une grande personne. Nicht nur in seinen jugendhaften Kleidern läuft er herum, auch in seinem jugendhaften Gesicht. Er hat keine Sorgen, denn er könnte sie nicht beheben.

Plötzlich öffnet sich ihm ein Ausweg: er wird ernährt, besser als zu Hause; er wird gekleidet, und zwar (et cela) solide; nicht nur solide, sondern magisch: er erhält Uniform; nicht nur magisch, sondern adlig; er ist von bester Rasse; nicht nur adlig, sondern mächtig: er, der Unterste ist bestimmt, Retter zu sein. Seine geballte Faust erhält Richtung, und glücklich, schlagen zu dürfen, glücklich, seiner Wut die Legalität der Ehre und die Ehre der Illegalität geben zu können, schlägt er dorthin, wohin man ihn weist. Und nichts braucht er mehr als einen Feind.

L'apprenti sorcier^[2]

Die Bewegung war klein. Sie wurde finanziert von den Deutschnationalen, die mit ihrer Hilfe hofften, die Arbeiterbewegung, den »Klassenkampf« zu neutralisie-

ren, ja sich durch die nationalsozialistische Ersetzung des Wortes Klasse durch Rasse sicherzustellen. Die Arbeiterbewegung wurde neutralisiert, aber die Hoffnung der Deutschnationalen ging nicht in Erfüllung. Denn die Geister, die er finanzierte, wurde der Deutschnationale nicht los und der Besen, den er tanzen machte, fegte die Deutschnationalen ebenso fort wie die Arbeiterparteien.

Schwimm-Nudismus

Wo er sich fortwendet von der bürgerlichen Kultur, versucht er das Ideal zu realisieren, das die bürgerliche Revolution als Theorie aufgestellt hatte, die bürgerliche Ideologen längst aufgegeben haben: den Naturmenschen. Programmatisch nackt badet er in den Seen rund um Berlin, in Zelten wohnt er. In unentwirrbarem Zusammenhang sind dabei revolutionärer Materialismus, Nacktkultur und Naturanbetung der Jugendbewegung und Neuheidentum der rein völkischen Bewegung. Strumpfloß und badehosenlos, aber mit Grammophon fahren sie im Sommer[,] ihr Lagerleben und die Radioapparate tönen durch die Mondnacht der Camps. Die Bräune ihrer Leiber spricht davon, daß sie im Schatten keiner Fabrik mehr arbeiten, und ihre Ferien sind nicht die Erholung von der Arbeit, sondern das Ausgeschlossenensein von der Arbeit.

Sie leben nur noch physisch. Da sie niemand mehr sind und als nichts mehr gelten. Begreiflich, daß sie für jene Theorie, für jene Kategorie, die das Eigentliche in eine vertu des Physischen verlegt, auf die Theorie der »Rasse« bereit sind. Um so begreiflicher, als der Begriff »Rasse« die Jahrhunderte, d.h. Geschichte, Tradition (an der sie nicht teilgenommen haben) überspringt und sich an etwas Vorgeschichtliches (= Quellenartiges) hält. Marxens Hoffnung, die Arbeiterklasse zum Erben der deutschen Geistesgeschichte einzusetzen, war ein Wahn. Die Geschichte schloß sie von der Geschichte aus. Sie, die geschichtslos und traditionslos geworden, rächen sich an der Geschichte, springen zurück in eine Utopie.

Sie haben nichts hinter sich. Das heißt: sie haben keine Tradition. Ihre Väter und Großväter arbeiteten als Landarbeiter in Ostelbien oder Pommern. Sie kamen als Arbeiter in die Stadt. Fingen von neuem an, ohne Rückerinnerung. So haben sie keinen Lebensstil. Keine Religion, keine Religionsleugnung, keine Sitte, keine Unsitte hat sie vorgeprägt – sie waren nur Menschen in einem barbarischen Sinne. Kaum älter als sie ist die Stadt, in die sie kommen. Auch sie hat keine Tradition, kann sie nicht mitprägen, kann sie nicht (wie Paris es tut) nachträglich zu Erben einer Vergangenheit machen, an der sie eigentlich nicht teilgenommen haben.

Sie haben nichts vor sich. Können auf nichts rechnen. Können nicht disponieren über ein Stückel Zukunft. Richtungs- und objektlos geworden, überstürzt sich der

élan vital und schwankt zwischen den Alternativen von Tollkühnheit und Apathie.

Farbe d. Civil u.

Er lebte nicht in *seiner* Welt, sondern in der Welt, die »die Farbe der anderen Civilisation der anderen trug«: Seine Romane waren die schlechten bürgerlichen. Seine Sonntage waren gefüllt mit den schlechten bürgerlichen. Seine Sonntagsanzüge waren die Werktagsanzüge seines Chefs. Er lebte nicht in seiner Welt, sondern in der der anderen, deren Geschichte er nicht kannte, deren Resultate und Abfälle ihm als Behausung dienten. Womit soll er sich nun beschäftigen, da plötzlich täglich Sonntag ist? Da er – kleinbürgerliche Versuchung: – Rentner wider Willen ist? Da er die Sonntagsvergnügung nicht täglich kaufen kann. Er wünscht – soweit sein Klassenbewußtsein aussetzt – das Leben des Kleinbürgers, denn er ist Rentner, und die Welt, die er meinen muß, da er zur eigenen nicht Zeit gehabt hatte, ist die des Bürgers. (Parallelerscheinung: der Kleinbürger, der de facto proletarisiert ist, es aber nicht wünscht, hält sich an das Gleiche. Das Elend einigt die Klassen, die Enterbten verteidigen die Lumpen des Erbes.)

Was war vorher? Er war beschäftigt, aber nicht (wie etwa der Handwerker) mit *seiner* Welt oder der Fertigstellung eines Gegenstandes, sondern mit Teilen einer Welt, die er nicht übersehen kann, da sie nur winzige Teile sind. Er war zwar beschäftigt, aber gerade wegen Länge und Intensität so, daß diese Beschäftigung weder *ein* Leben (im Sinne einer biographischen Einheit) noch *sein* spezielles Leben konstituieren konnte. [Randnotiz:] Kette von Arbeitstagen. Aber kein Leben [Ende der Randnotiz] Er hatte zu tun, was jeder andere auch tun kann. Woran könnte nun, da er »frei« ist, seine Erinnerung ansetzen? Nur an den Ausnahmen, dem Sonntag – d.h. sie kann nicht Erinnerung sein, das Kontinuum eines Lebens wiedergeben, sondern nur die subalterne Schwester: die Sentimentalität. Die Sentimentalität, die so banal, so allgemein ist, wie es sein Alltagsleben war, das nicht er führte, das er nicht als er selbst führte: denn er lebte nicht, schon als Arbeitender nicht, sondern er wurde gelebt. Und nicht *er* lebte, sondern irgendeiner, der diese oder jene Arbeit tat, und das Exemplar dieses Irgendein war gerade Fritz Müller oder der 9. Schulz.

Nackt ist nicht der Naturmensch, sondern der Deklassierte

Die leere Zeit, ehemals bekannt nur als philosophische Abstraktion der immer schon erfüllten, wird hier in der Existenz des chômeur Wirklichkeit. Denn während sonst das Leben voll und ganz damit beschäftigt ist, sich mit etwas zu beschäfti-

[³ Anfang einer Übertragung des vorigen Stückes durch den Autor.]

gen, und die Zeit nur die Ordnungsform seiner Beschäftigungen darstellt, ist Leben nun plötzlich sich selbst ausgeliefert und der Leere seiner – nicht vorwärtsgehenden, sondern stehenden Zeit. Denn je unbeschäftigter das Leben, desto langsamer seine Zeit. Aber sich mit sich selbst zu beschäftigen, die Reflexion im breitesten Sinne, ist diesem Leben eigentums- und beschäftigungslos nicht gegeben, denn Reflexion hat stets andere Motive: ist als Selbstfindung, als »Gewissen«, als Reue (Augustinus), ist Erinnerung als Rückblick aufs *volle* Leben und seine biographische Unifizierung (Goethe), ist {Weltverzicht} Findung der *Innenwelt* als Verzicht auf Welt, ist Angewiesenheit auf die Nuancen der eigenen Innerlichkeit als *désordre* (Proust), ist {Selbstkonstituierung des} *Selbstbestimmung* im Abhören des moralischen Gebotes (Kant). Hier aber ist das Leben lediglich durch etwas anderes »Äußeres« auf sich zurückgeworfen und ohne daß es sich selbst dazu entschlossen hatte. Es findet es nicht, nicht zu kantischer Autonomie, es bereut nicht. Es ist von Welt und Beschäftigung verlassen. Bei sich, weil »übrig«, es hat keine volle Innenwelt, sondern hatte (für wen) beschäftigte Tage. Es ist nicht nur nicht eingeübt in der Reflexion, ja hätte kein Objekt, es würde {sich} nichts finden: nicht sich finden. Denn dieses Leben war ja nicht es selbst, es muß sich für eine Beschäftigung mit etwas *anderem* entscheiden. Beschäftigung womit?

{Irgendwie muß es sich beschäftigen,} Wenn nicht durch Schlaf und Spiel, d.h. durch Tod der Zeit oder durch Betrug der Lebenszeit durch Einfügung der künstlichen Spielzeit, so mit dem richtungslosen Umherlaufen. Da für das Leben gesorgt wird (für das sogenannte nackte Leben durch Arbeitslosenunterstützung und Fürsorge gesorgt wird), ist diesem Leben selbst dies elementare, vormenschliche, naturhafte Recht genommen, sich um sich selbst zu kümmern. Die Kartoffeln werden sowenig geerntet als verdient: sie werden vorgesetzt wie den Löwen im Zoo.

[Randnotiz:] Vorher [–] Andere waren schon für andere. Und unerklärlich. Welt war nicht meine Welt.

^[3] Ce n'est pas la personne en état de la soit disante pure nature, qui est nue, c'est le déclassé {qui est nu}.

Le temps vide, autrefois connu seulement comme abstraction philosophique, comme abstraction du temps rempli de monde, d'événements, d'occupations, se réalise dans l'existence du chômeur. Tandis que la vie s'était toujours occupée, de s'occuper de quelque chose, de quelque autre chose, tandis que le temps s'était rien que la catégorie et l'ordre des occupations, brusquement la vie est exposée à elle-même et au vide de son temps – de son temps pas allant en avant, restant en inaction. Car plus la vie perd ses occupations, plus sa vitesse diminue. □

DIE IN EUROPA UNVERZICHTBAREN SOWIE DIE ENTBEHRlichen WELTBÜRGER UND KOSMOPOLITEN:



Gerhard Föger

Renationalisierung – Europa vor dem Scheitern?

Europa leidet Qualen. Maastricht hat die EU-Mitglieder gespalten, der Prozeß der inneren Einigung ist trotz und auch wegen neuer Beitrittskandidaten ins Stokken geraten, daran kann das Wort von der »Union« nichts ändern. Der alte ist heute ein verunsicherter Kontinent, auf dem vorwiegend die Ökonomen, die Eurokraten den Ton angeben. Fern jeder Vision regiert der Rechenschieber, wird das Menschliche, das Eigenständige und -willige respektlos als Hemmschuh abgetan. Hektisch schweift der EU-Blick in die Ferne, zu den Konkurrenzländern Japan, Südostasien, Amerika. Schweißperlen auf der Stirne, dem Konjunkturmotor Integration geht die Luft aus. Doppelt schlimm: fehlt der Union ihr ökonomisches Erfolgsmäntelchen, dann steht sie fast nackt da!

Wir sind Teil eines protzigen, behäbigen Wirtschaftskörpers, nichts weiter. Und auch der funktioniert mangelhaft. Trotz des Gemeinsamen Marktes hapert's bei der Finanzpolitik, liegt die Idee der Währungsunion im Koma. Gegensätze im Verständnis von Handels-, Industrie und Wettbewerbspolitik haben eine erkennbare europäische Gesamtstrategie noch nicht entstehen lassen.

Gar nicht zu reden von gemeinsamer Außen- und Sicherheitspolitik. Es fehlt an klaren Strukturen, Aufgabenzuweisungen.

G.F., geboren 1962, Dr.jur., ist Regierungsekretär im Büro des Tiroler Landeshauptmannes Dr. Wendelin Weingartner

Die Problemzonen Kriminalität, Drogen, Verkehr, Energie, Umwelt sind als solche mit dramatischem Tonfall aufgezeigt – schlagende Konzepte indes stehen aus. Die Zukunft der Sozialen Netze steht in den Sternen. Zu wenig Augenmerk wird der Absicherung von Menschen- und Minderheitenrechten zugemessen. Derzeit ist Europa nicht reif, diesen Herausforderungen konstruktiv zu begegnen. Woran es nicht mangelt: Egoismen.

Und vergessen scheint die über Jahrzehnte beschworene Verantwortung der Europäer für Europa. Die westlichen Denkmuster basieren immer noch auf dem Stand vor den Umwälzungen im Osten. Man hat auf die durch die nationale Auffächerung der Staatenwelt im postkommunistischen Bereich veränderte Situation noch keine echte Antwort gefunden. Es herrscht Ohnmacht angesichts der Bestrebungen der Visegrader Vier nach einer Rückkehr zu Europa. Doch die neue politische Geographie verlangt aufgrund des sicherheitspolitischen Vakuums dringende europäische Entscheidungen.

Statt dessen geht die EU den einfachen, den eifersüchtigen Weg. Die Reformländer im Osten werden rüde vor den Kopf gestoßen, indem man sich von ihrer im Aufbau begriffenen Wirtschaft mit allen protektionistischen Waffen abschottet. Die würdigen trennen sich von den unwürdigen Eu-

ropäern. Freilich, Kosten und Lasten einer Osterweiterung der EU wären enorm, aber es droht die politische Katastrophe, ein neuer Krisen-, ja Kriegsherd zeichnet sich ab, wenn es nicht gelingt, die jungen Demokratien zu stabilisieren.

Die Angst geht um in Ostmitteleuropa. Es ist die Furcht davor, im Falle einer neuen Teilung des Kontinents wieder auf der falschen Seite einer Mauer zu landen. Die hegemonialen Regungen Rußlands seit Schirinowskis Triumph treiben die Reformländer hilflos an die Türen der Festung Europa, aber ihr Verlangen nach Sicherheit wird mit einer substanzlosen Friedenspartnerschaft abgespeist. Auf diese Weise kaschiert die NATO ihre Identitätskrise seit der Auflösung des Warschauer Paktes. Sie hat den Abschied vom bipolaren System der Nachkriegszeit noch nicht verdaut.

Eine Warnung sei hier angebracht: Wenn die Reformländer von uns Westeuropäern im Regen stehen gelassen werden, so wird diese Nachlässigkeit und dieser Egoismus autoritären Altkommunisten und ultrarechten Strömungen direkt in die Hände arbeiten. Europa hat bereits beim Balkan-Fiasko versagt. Wenigstens das Argument des blanken Eigennutzes sollte aufrütteln: es liegt – insbesondere auch aus österreichischer Sicht – in unserem Interesse, daß die Frontlinie der kollektiven Verteidigung durch den Beitritt der Visegrad-Staaten nach Osten verschoben wird.

Das Problem ist, daß die Union mit dem Begriff »Europa« offenbar nichts anzufangen weiß. Europa ist jedenfalls nicht die EU. Abseits vom Gelehrtenstreit um das Europäische Haus, um Groß-, Pan- und sonstige Europaformen ist sicher, daß der Europagedanke nicht an den heutigen Grenzen der Union enden kann und darf. Europa ist vor allem ein Gefühl, ein histo-



risch gewachsener, geistiger Zusammenhang der Menschen. Wäre dies in Brüssel erkannt, dann würde die EU-Erweiterung um die EFTA-Staaten und die neuen Demokratien im Osten eher gestern als heute vollzogen werden. Denn ohne europäische Seele wird die Union letztlich nicht lebensfähig sein.

Eine rein wirtschaftliche Sichtweise hat das geschichtliche, das traditionelle und kulturelle Moment verdrängt. Europa als großartige Idee, als Sehnsucht wurde uns bisher vorenthalten, ist im Integrationsprozeß einfach abhanden gekommen! Gerade Österreich stünde es gut an, vor diesem Hintergrund eine wahrlich europapolitische Rolle zu spielen. Doch seine Repräsentanten beschränken sich zaudernd auf die Hoffnung, »eurofit« zu werden und den »Feinkostladen« der Union abgeben zu dürfen.

Die Integrationsmöglichkeiten der Gemeinschaft wurden überschätzt. Der Bürger spürt dies und er mißtraut zunehmend der hohlen Europa-Rhetorik. Euphorische Versprechungen wurden nicht erfüllt. Es regt sich Euro-Skepsis, da sich die EU von ihren Bewohnern, die sich ein hohes Maß an Transparenz und Effizienz erwarten, zu entfernen scheint. Die Union ist zu abstrakt geworden, es schwindet das Zugehörigkeitsgefühl. Deutlich wird dies etwa in Bayern, wo Ministerpräsident Stoiber eine »ungeheure Verdrossenheit über Europa« ortet. Zunehmend fühlt sich der einzelne Mensch nicht zuhause in einer Einrichtung, die im zentralistischen Geist der Römerverträge Kompetenzen ansaugt und sich dabei vom lebendigen Europa abhebt. Verlustängste beim vereinnahmten Bürger lassen den Konsens erodieren. Doch merke: die Befindlichkeit des Einzelnen ist schließlich entscheidend für die Akzeptanz und den Bestand der Union!

Seit geraumer Zeit wird von Kongreßeuropäern gerne die Regionenfrage ins Treffen geführt, um Desintegrationserschei-

nungen entgegenzuwirken. Das Modell eines »Europa der Regionen« weist sicher in die richtige Richtung, es beschreibt allerdings ein sensibles, verletzliches Gefüge kleiner Einheiten, deren föderale Balance mit viel Fingerspitzengefühl austariert werden muß. Die Kompetenzen der EU sollen mit dem Ziel der Rückverlagerung auf adäquate, regionale Strukturen überprüft werden. Dies ist angebracht, um das europäische Wesen, die Vielfalt der Einheit, die Identität zu gewährleisten. Gewachsene Lebensformen, Sitten und Gebräuche, Tradition und Kultur müssen sich individuell ausleben können. Es darf nicht der Irrtum begangen werden, alle und alles über einen Kamm zu scheren. Die Einheitsfrisur, die dadurch entsteht, paßt dann eher zu militärischen Uniformen als zu Trachten.

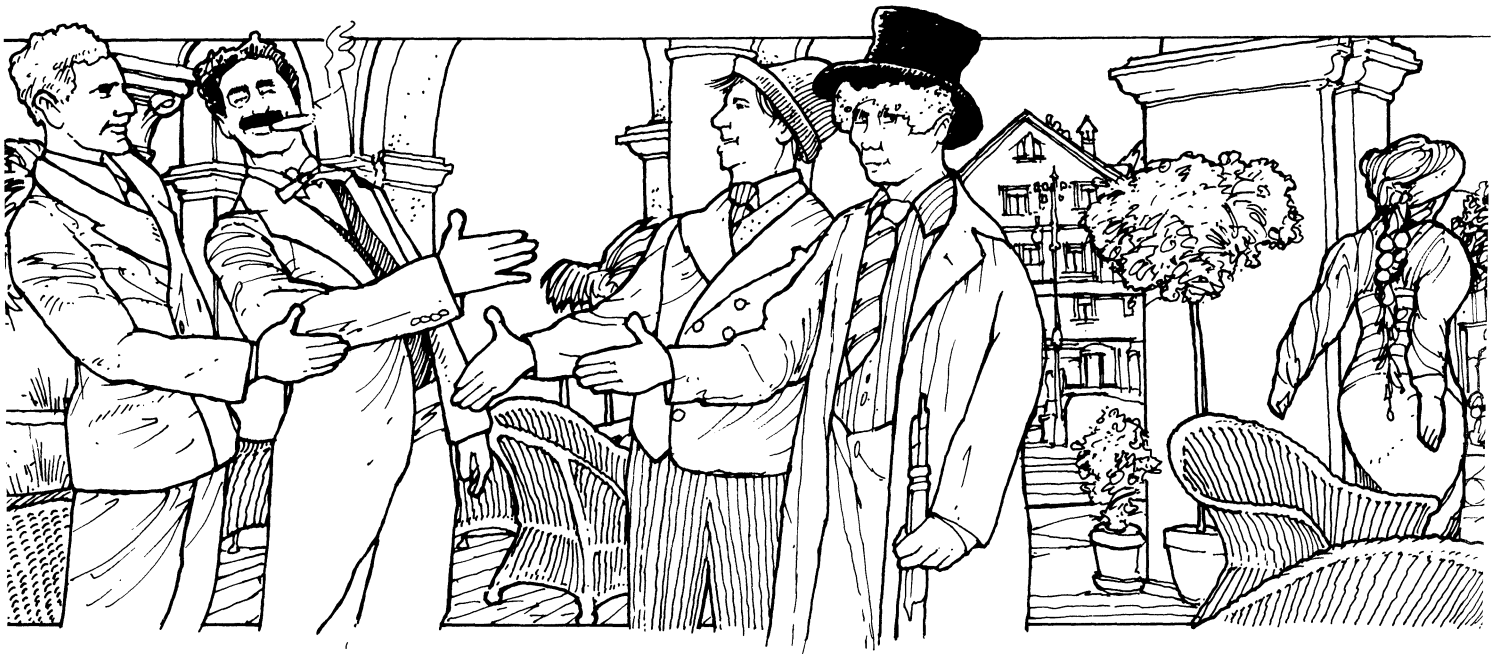
Es ist erkannt, die EU taugt allein zur Wahrnehmung zentraler gemeinsamer Interessen von zukunftssichernder Bedeutung. Dafür sind ihre Institutionen unverzichtbar. Klassische, integrale Souveränität ist im Lichte der Entwicklung der Staatenwelt und ihrer hochgradigen Interdependenzen heute überholt. Der insulare Ego trip ist nicht mehr praktikabel, auch nicht für Österreich. Gewisse Staatsaufgaben sind eben nicht mehr rein national zu organisieren und zu bewältigen. Daher ein grundsätzliches Ja zur EU.

Gegenwärtig wird innerhalb der Union verstärkt nationale Interessenpolitik betrieben. Dieser Hang zur Renationalisierung kann als Versuch der Vergewisserung von Handlungsfreiheit angesehen werden und als Zeichen dafür, daß das Regionenmodell seiner wirksamen Umsetzung noch harret. Das nationale Element bleibt die prägende Kraft der Gegenwart, auch wenn dies oft und oft mahnend beklagt wird. Im Innern wird dieser Vielvölkerkontinent nie seine Vielfalt zugunsten technokratischer Formen aufgeben. Die Vielgestaltigkeit der Regionen und Natio-

nen, deren unterschiedliche Leistungsfähigkeit werden differenzierte Integrationskonzepte bedingen, die den Mitgliedern die Aufgabe einer gewissen Basissouveränität jedoch nicht abverlangen dürfen. Die Stärkung der Union findet ihre Grenze im Stolz und im Selbstbehauptungswillen. Mehr ist aus dem Gesichtswinkel der Integration nicht drin. Europa kann nicht gegen die Interessenlage seiner Bestandteile konstruiert werden, andererseits sind ohne gesamteuropäische Problemlösungen nationale Interessen nicht zu wahren. Es ist der Schlüssel zur Funktionsfähigkeit der transnationalen Demokratie, daß sich Eigen- und Gemeinschaftsnutzen die Waage halten müssen.

Das Europa der Eurokraten kann so nicht mehr fortbestehen. Ein Europa der Bürger ist gefragt, ein Europa des gemeinsamen Erlebens, der sich befruchtenden Widersprüchlichkeiten, der erfahrbaren Nützlichkeiten. Sowohl die Integration der gesamten, historisch gewachsenen Staatenwelt des alten Kontinents als auch das föderale Erstarken der darin befindlichen politischen, kulturellen und ethnischen Parzellen bilden die Zielvorgabe.

Die Europäische Union, das ist derzeit ein unvollendeter politischer Prozeß, stehengeblieben auf der Stufe einer Wirtschaftsgemeinschaft. Die europäische Idee bleibt so lange ein unerfüllter Traum, solange wir uns nicht auf das Verbindende unserer Wertegemeinschaft besinnen. Es darf hinterfragt werden, ob der Einigungsvorgang wegen seiner wenigen Errungenschaften und seiner überbordenden Bürokratismen tatsächlich bereits als irreversibel angesehen werden kann. Der Zerfall anderer vermeintlich unsterblicher Systeme beweist das Gegenteil. Die Union hat sicher noch das erforderliche Entwicklungspotential, um die aktuelle Krise zu überwinden. Dieses wäre jedoch rasch freizusetzen. Ohne Vision ist kein Staat zu machen, geschweige denn eine Union! □



Jacques Attali

Demokratie ohne Grenzen

Jacques Attali verteidigt das freie Zirkulieren
von Menschen und Ideen auf dem
europäischen Kontinent*

Ich bin immer wieder über einen Satz erstaunt gewesen, den ich in meiner Jugend gelesen und als Motto für mein erstes Buch genommen habe; der Ausspruch fiel in einem Gespräch von Niels Bohr mit einem jungen Physikstudenten, der zu ihm wegen einer wissenschaftlichen Arbeit gekommen war: »Monsieur, Ihre These ist zwar sehr interessant, sie ist aber nicht verrückt genug, um die kleinste Chance zu haben, auch wahr zu sein.« In der heutigen Welt muß man wissen, daß die Realität viel verrückter ist, als der sonst übliche Weg, der zum Gedanken führt. Aus dem, was wir in jüngster Zeit erlebt und erfahren haben, müssen wir diesen Schluß ziehen.

Welt auf Kredit

Wir leben heute in einer doppelten, nämlich ökonomischen wie finanziellen Unordnung auf Weltniveau, die schwerwiegend, weil tiefgehend und strukturbedingt ist. Das hängt ursächlich damit zusammen, daß die Welt seit zwanzig Jahren auf Kredit lebt. Diese Kredite konnten nur unter der Bedingung des Aufnehmens weiterer Kredite bedient werden, und das konnte nur durchgehen, weil ein künstlicher Wert für das ursprüngliche Vermögen angenommen wurde, so daß es möglich wurde, sich im Vorhinein zu verschulden, indem Hypotheken auf die Kredite aufgenommen wurden, wofür das ursprüngliche Vermögen garantieren sollte. Die wirklichen Sachwerte waren nicht sehr wichtig, außerdem wurden keine Anstrengungen zur Restrukturierung unternommen.

* Jacques Attali, heute Schriftsteller in Paris, 1993 als Präsident der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung wegen Marmor an den Wänden – gibt's sonst in keiner Bank – abgelöst; Autor mehrerer Bücher, darunter »1492« (Ed. Fayard); zuletzt erschien der erste Band seiner Notizen und Erinnerungen als persönlicher Berater des französischen Präsidenten in den Jahren 1981 bis 1991, ebenfalls bei Fayard, unter dem Titel »Verbatim 1981-86«. – »Démocratie sans frontières« erschien in »L'autre journal«, 1993, No. 1; »Das Andere Journal« (für die Zusammenstellung der Themen zeichneten Roger Frank und Daniel D'Alboni) mußte im Vorjahr alsbald eingestellt werden, wir sind's also gefaßt.

** WTO = World Trade Organisation, vormals General Agreement of Tariffs and Trade (GATT)

Heute gibt es den Anfang einer Rückentwicklung, die mit dem Wertverfall der Aktiva und des Vermögens zusammenhängt, während die Schulden nicht im gleichen Ausmaß kleiner werden. Dieser Effekt hat in der Geschichte der Menschheit seit mindestens fünf bis sechs Jahrhunderten die schwersten Krisen hervorgerufen. Das wird so lange dauern, bis die Schulden gezahlt sind, so lange, bis die amerikanische Wirtschaft fähig sein wird, ihre Verschuldung durch die Erhöhung von Steuern und Sparmaßnahmen zu reduzieren, so lange, bis die europäische Wirtschaft fähig sein wird, ihre Märkte großräumig zu erweitern, so lange, bis der technische Fortschritt die Bremsen, die die Weltwirtschaft blockieren, befreit haben wird. Diese ökonomische Unordnung, mit allem, was sie an sozialen und kulturellen Unordnungen nach sich ziehen wird (eine wachsende Arbeitslosigkeit in planetarischem Ausmaß), kann gar nicht anders als die Konsequenzen mit sich bringen, von denen man heute erst die ersten und ersten Effekte zu sehen beginnt.

Die Verweigerung des Anderen

Im Grunde haben die Nationen als Integrationsprozesse der sozialen Integration und der Toleranz bisher ganz gut funktioniert. Die Arbeitsloskeitsperioden verlängern sich aber von dem Moment an, wo sich die Krise verschärft. Der Tribalismus oder das Stammesdenken, also die Tendenz zum Egoismus und der Wille, sich über die Verweigerung des Anderen zu definieren, werden jetzt bedrohlich. In der ganzen Welle, die den Befreiungskriegen der Kolonien gefolgt ist, waren es die Armen, die kämpften, um sich der Reichen zu entledigen. Wie man heute aber in planetarischem Ausmaß beobachten kann, entledigen sich heute die Reichen der Armen. In der ehemaligen Sowjetunion sind es die Reichen der Gesellschaft, die ausreisen und sich peu à peu eine neue Identität zimmern. Dieses Phänomen setzt sich im Inneren der Nationen als Absage an alles Fremde und die Fremden fort.

Die Hinterhältigkeit des Westens gegenüber dem Osten zeigt sich bei dieser Vorgangsweise: Wir, der Westen, werden diesen Ländern zwar helfen, Demokratien und Marktwirtschaften zu werden, aber – und das zu gleicher Zeit – deren Grenzen

schließen. Wie wollen Sie, daß die Länder des Ostens dieses Ziel erreichen, wenn sie nichts exportieren dürfen, um ihre Schulden zu zahlen? Wie sollen sie die Unternehmen privatisieren, wenn sie keine Märkte haben, um ihre Ressourcen zu veräußern? Diese Denkungsart manifestiert sich dort täglich. Alles wird gesperrt. Vor einiger Zeit hat die Europäische Union ganz heimlich einen Vertrag abgeschlossen, der ihren Markt für die Metallindustrie der Länder des Ostens sperrt, als für einen der wenigen Sektoren, in dem diese Ländern etwas annähernd Kompetitives produzieren können. Die Verhandlungen über den Welthandel haben denselben Egoismus reflektiert. Ich bin ein großer Parteigänger für das schnelle Unterschreiben des WTO-Vertrags** gewesen, unter der Bedingung, daß er globale Gültigkeit hat und Maßnahmen zur Kompensation vorsieht.

Das nukleare Risiko des Ostens

Im Osten Europas gibt es 60 sehr gefährliche Atomkraftwerke. Die Londoner Bank für Wiederaufbau und Entwicklung hat eine Untersuchung darüber gemacht. Von diesen 60 müssen 14 sofort geschlossen werden, weil sie morgen früh explodieren und Folgeschäden bewirken können, die schwerer als die von Tschernobyl sind. Ungefähr 15 Kraftwerke können »gerettet« werden. Was die anderen betrifft, kann man keine Aussagen treffen, weil man sie nicht betreten darf. Seit eineinhalb Jahren fordere ich die Schaffung eines internationalen Fonds, um dieses Problem zu lösen. Man braucht ungefähr 500 Millionen Dollars, um das in einer vernünftigen Zeit zu schaffen; 500 Millionen Dollars, um die Explosion von 15 Atombomben zu verhindern.

Der planetare Tribalismus

Obwohl er in Osteuropa besonders auffällig ist, ist der Trend zum Tribalismus in der ganzen Welt zu beobachten: Ganz offensichtlich in Afrika, aber auch in den Vereinigten Staaten, wo die Political Correctness-Bewegung an der gleichen Tendenz zum Identitätsegoismus teilhat. Der ökonomischen Unordnung entspricht auch eine Unordnung des Denkens auf politischer Ebene. Seit einiger Zeit nehmen wir am Siegeszug von zwei Vorstellungen teil, dem Konzept der Unausweichlichkeit der Demokratie mit dem Scheitern der Diktaturen einerseits und dem Konzept der unausweichlichen Marktwirtschaft mit dem Scheitern der Systeme der zentralen Planwirtschaft andererseits.

Bewegungsfreiheit

Beide Systeme bergen aber auch Widersprüche. Der erste ist, daß die Demokratie notwendigerweise Grenzen braucht und einen staatlichen Rahmen voraussetzt. Da es Staatsbürger gibt, die wählen können,

muß es also auch Grenzen, muß es eine nationale Identität, einen Rahmen und eine Struktur geben, die auf jemanden anwendbar ist. Man braucht Staatsbürger, also Menschen, die drinnen sind und logischerweise auch solche, die draußen sind.

Hingegen ist es die Natur der Marktwirtschaft – per definitionem – anzunehmen, daß die Grenzen verschwinden werden, da die Marktwirtschaft nicht funktionieren kann ohne das ständige Vergrößern des Kreislaufes der Objekte. Das eine Konzept braucht die Grenzen unbedingt, das andere stellt sie in Abrede. Und dennoch brauchen beide Systeme die Bewegungsfreiheit. Es wird aber notwendig werden, daß eines der beiden Prinzipien fällt. Das ist rund um den GATT passiert, darum geht es bei der Verfassung der Vereinten Nationen.

Zweiter schwerwiegender Widerspruch, den diese zwei Ideologien setzen: Sowohl Demokratie als auch Marktwirtschaft sind auf einem simplen Prinzip aufgebaut: Wer Demokratie sagt, sagt auch ja zur Möglichkeit, seine Meinung zu verändern, sagt ja zur Änderung der Möglichkeiten. Wer Marktwirtschaft sagt, sagt auch ja zum Umtausch, zum Recht, das Produkt oder

die Produktionstechnik zu wechseln. Beide beruhen auf der Apologie des Ephemer. Keine einzige Zivilisation aber konnte dauerhaft auf dem Vergänglichen aufbauen. Auf eines dieser zwei Konzepte wird sich eine totalitäre oder fundamentalistisch religiöse Wertvorstellung setzen und damit die Marktwirtschaft und die Demokratie zerstören. Die Alternative dazu ist, daß Marktwirtschaft und Demokratie ihre Aktionen in eine Entwicklungsperspektive einbringen. Alles das muß im Kontext des Endes der Seßhaftigkeit verstanden werden.

Der Nomadismus

Wir leben immer mehr in Gesellschaften, in denen der Nomadismus zu einem dominierenden Wert wird, weil die Objekte, über die wir verfügen, immer tragbarer werden und damit bewirken, daß wir immer weniger an eine bestimmte Umgebung gebunden und damit seßhaft sind. Denn Demokratie und Marktwirtschaft bauen auf Bewegung auf, und die eine wie die andere haben die Tendenz, Gegenstände für Kommunikation und Bewegung zur Verfügung zu stellen. Es gibt aber auch ei-

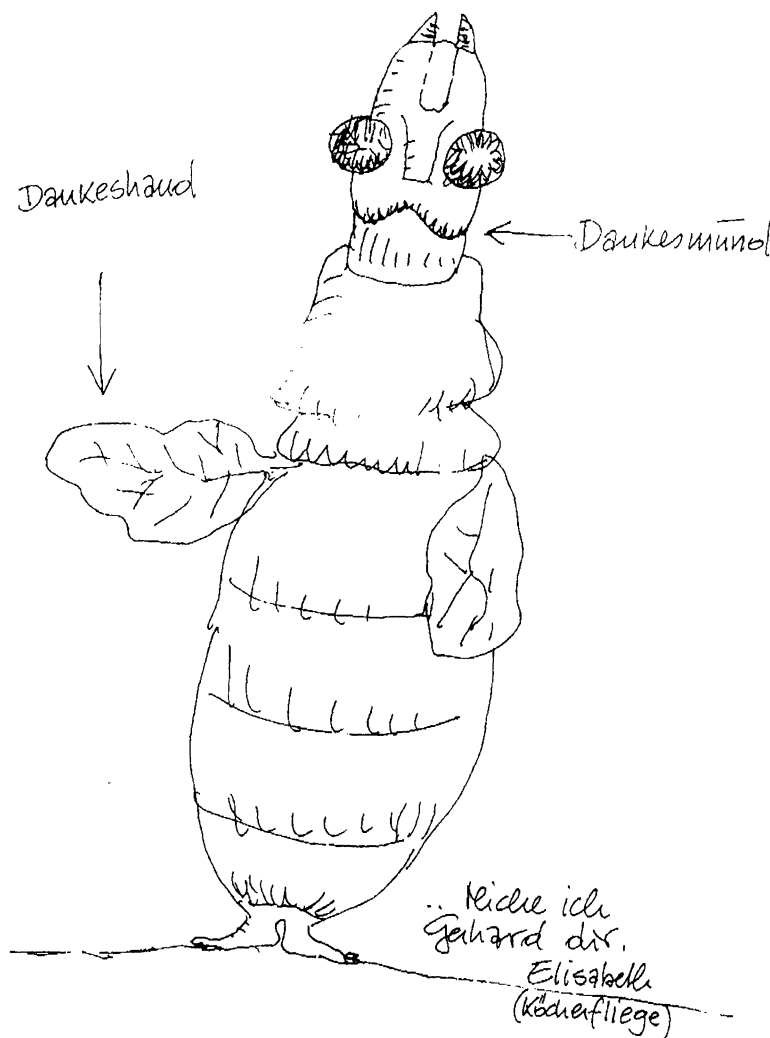
nen Nomadismus der Armen, und man kann keine Lobeshymnen der Demokratie und der Marktwirtschaft singen, ohne es gleichzeitig zu erlauben, daß die Menschen zum Leben gehen, wohin sie wollen, ohne die Zwänge von Grenzen. Was ist das für eine Demokratie, wenn Menschen aus Afrika nicht das Recht haben, in Europa zu leben? Was ist das für eine Marktwirtschaft, die die Zirkulation der Produkte in einer Richtung erlaubt, aber nicht die der Menschen, und die das Zirkulieren von Ideen beschränkt? Man kann nicht gleichzeitig die Marktwirtschaft und die Demokratie besingen, ohne zu sehen, daß sie die Folgen der Apologie der Bewegung sind.

Nationale Identitäten

Werden wir fähig sein, nationale Identitäten zu schaffen oder aufrechtzuerhalten, ohne daß diese Identität nur als Negation des Anderen definiert wird? Wenn die Antwort auf diese Frage negativ ist, heißt das, daß sich Egoismus und Identität in der Vorstellung auflösen, daß der Einzelne nur durch die verweigernde Haltung zum Mitmenschen existiert. Die brutalste Version dieser Vorstellung ist sicherlich die jugoslawische Situation, aber – wenn auch in geringerem Ausmaß – die deutsche und die französische sowie die in den USA. Noch schlimmer als im ehemaligen Jugoslawien ist die Lage, die man in Liberia, Nigeria, Kambodscha oder anderswo beobachten kann. Die Existenz der Marktwirtschaft per se weicht das Konzept der Grenze auf und zerstört die Notwendigkeit des Staates. Oder anders formuliert: wie würde die Struktur der nationalen Integration ohne Staat und Nation aussehen? Was hindert eine ethnische Gruppe daran, sich von den anderen unabhängig zu erklären ohne diese Struktur nationaler Integration? Die Kunst ist sowohl die Bildung und den Erhalt nationaler Identitäten zu erlauben, ohne daß es der Identität der anderen Menschen widerspricht, sondern sie anerkennt und akzeptiert.

Das Ende der Imperien

Wir erleben jetzt das Ende der Imperien, aber nicht nur das Ende des sowjetischen, sondern auch des amerikanischen Imperiums, und ohne Zweifel schwindet auch der letzte Rest des französischen Kolonialreiches und mit ihm die Strukturen, die es in Afrika geschaffen hat. Im Inneren der Imperien sind die nationalen Grenzen nie sehr wichtig, weil ein Imperium die Völker stets vermischt, um zu verhindern, daß die Grenzen wieder Sinn bekommen. Im Moment des Verschwindens der Imperien bleibt nur die simple Wahl: Entweder bleibt die nationale Identität unter der Bedingung der Anerkennung des Anderen erhalten oder die Grenzen werden neu gezogen, indem man die Anderen ablehnt oder ausschließt oder zu den ethnischen Definitionen zurückkehrt, die vor Existenz des Imperiums gültig waren.



Heute ist die Idee mehr und mehr gefährdet, daß eine Nation auch zum Zwecke der Erhaltung der Diversität auf dem Planeten besteht.

Die Frage des Ausländerwahlrechts ist ein Element der Debatte, ob die Demokratie mit dem Aufgeben der Grenzen kompatibel ist. Das Recht auf Einmischung in die Demokratie von Anderen ist auch ein Element der Demokratie, die gerade jetzt entsteht, ich nenne sie die planetare Demokratie. Man muß sich also den Bau neuer Kathedralen vornehmen.

Morgendämmerung des Krieges?

Wir stehen vor dem Beginn einer gewaltigen Wachstumsperiode auf unserem Planeten. Man muß aber im Auge behalten, daß die zwei vergangenen Perioden starken Wachstums stets nach Zeiten der Kriegsökonomie erfolgten. Denn die beste Art der Schuldentilgung ist Schuldentilgung durch Krieg. Die beste Art, die Wirtschaft wieder anzukurbeln, war noch immer die Militärindustrie und der Gebrauch ihrer Erzeugnisse. Wenn wir heute nicht fähig sind, andere Perspektiven einzunehmen, heißt das, daß man wieder zu diesen alten »Lösungen« schreiten wird. Wir haben dennoch die Mittel, das zu vermeiden. Die heutige Technologie enthält ein immenses Potential für technischen Fortschritt, Produktivität; Entwicklung und Konsumgüter können damit hervorgebracht werden und somit neue Märkte geschaffen werden. Heute ist Europa ein Raum von 300 Millionen Verbrauchern, lauter Konsumenten des Gemeinsamen Marktes. Wenn wir in den zehn kommenden Jahren fähig sind, die 350 Millionen osteuropäischen Verbraucher an dieses Westeuropa anzukoppeln, haben wir damit die Chance, die Wachstumsbedingungen nicht nur für Europa, sondern auch für den ganzen Planeten neu zu definieren.

Das Wachstum kommt aus dem Osten

Osteuropa, das heißt: 350 Millionen Menschen, aber auch immense Ressourcen. Wenn die 15 Länder, die aus der alten Sowjetunion hervorgegangen sind, heute soviel Öl produzieren würden wie vor drei Jahren, hätte Rußland alleine einen Zahlungsbilanzüberschuß von 20 Milliarden Dollars. Und 160 Millionen Verbraucher mit 20 Milliarden Zahlungsbilanzüberschuß, das bedeutet den erwünschten Wachstumsmotor für uns Westeuropäer. Wir haben also eine außergewöhnliche, in der Geschichte noch nie dagewesene Chance. Wir haben die Chance, den Umfang unseres Marktes zu verdoppeln, und wie Fernand Braudel schon bemerkt hat, sind Märkte vor allem Nachbarländer, die auf Straßen zugänglich sind. Europa ist der einzige Kontinent, dessen Umfang sich durch diese Zugänglichkeit verdoppeln kann. Wir haben damit eine gigantische Entwicklungsperspektive. Werden wir sie

zu nützen wissen? Auch hier setzt dies langfristige Entscheidungen voraus, die schwer zu treffen sind. Eine davon ist die Öffnung der Märkte und damit das Akzeptieren der Tatsache, daß die 12 des Gemeinsamen Marktes nur ein Teil Europas sind; daß diese 12 sich nicht mehr als ganz Europa sehen, sondern als kleinen Zipfel Europas – eine neue Perspektive.

Zweitens heißt das zuzugeben, daß Europa nicht nur dieser westliche Teil ist, der definiert wird durch die Angst vor der Sowjetunion, der Furcht vor dem Rückzug der Amerikaner und dem Willen, den Dämon des Nazismus in Deutschland sowie den Dämon der Kollaboration in Frankreich zu ertränken, die man beide unter der gemeinsamen europäischen Konstruktion begraben hatte. Diese Vorstellungen sind heute veraltet, was nur recht und billig ist. Werden wir aber fähig sein, uns ein größeres Europa vorzustellen, im Wissen, daß sich dahinter ein weit größeres und heute noch verschwiegenes Konfliktpotential verbirgt, nämlich daß sich Europa bis heute als christlicher Club verstehen konnte?

Der Mut, das islamische Europa zu integrieren

Seit 1492 und der Vertreibung der Juden aus Spanien, seit dem Abschotten Osteuropas zur genau gleichen Zeit hat man vergessen, daß Europa teilweise auch islamisch war. Heute wird das wiederentdeckt. Man hat die Wahl zwischen zwei Varianten. Entweder sagt man »Das stimmt nicht.« und zieht die Grenze wieder nach und schiebt ab (die Suche nach Identität durch Ausschluß des Anderen) oder man akzeptiert das. Das heißt, die Türkei zu akzeptieren, das albanische Problem und das der ganzen Region zu bewältigen und damit zu einer Integration des Islam zu gelangen, der überdies eine Kraft der Toleranz, der Weiterentwicklung und der Integration ist.

Wie zufällig heißt der historische Ort des Zusammentreffens von Islam und Christentum in Europa Sarajewo. Für mich ist das einer der Hauptgründe für die dortigen Konflikte. Wird Europa den Mut haben, sich als Kontinent anzunehmen, dessen Identität sich nicht nur aus christlicher Quelle nährt? Hinter allen anderen steht diese große kulturelle Frage. Kann der Große Gemeinsame Markt kontinental werden? Wird Europa den Mut zur Solidarität über seine kleinen Grenzen hinaus haben oder noch einfacher, wird man den Mut haben, mit 350 Millionen Menschen so umzugehen, wie bereits mit 35 Millionen Spaniern?

Toulouse wäre eine viel langweiligere Stadt, wenn Spanien nicht im Gemeinsamen Markt wäre. Diese Stadt läge am Rande Europas, und dennoch ist das nicht so, seit Spanien in den Gemeinsamen Markt eingetreten ist. Heute kehren mehr Arbeitskräfte nach Spanien oder Portugal zurück, als aus diesen Ländern ausreisen: Das

ist das Resultat des Gemeinsamen Marktes. Wird man den Mut haben, langfristig zu denken und in einer Demokratie damit unpopulär zu sein? Mit dieser schwierigen Frage sind wir heute konfrontiert.

Der Mut, langfristig zu denken

Als sich Frankreich 1983 dazu entschloß, im Inneren des Gemeinsamen Marktes zu bleiben, war das ein mutiger Akt, den man je nach Position beurteilen kann. Er bedeutete, daß man in Europa verblieb, ganz gleich zu welchem politischen Preis. Mich hat dabei frappiert, daß diese sehr unpopuläre Entscheidung sich später als populär herausstellte. Das heißt, daß die langfristige Perspektive die kurzfristige überwinden konnte. Wenn wir uns von den kurzfristigen Notwendigkeiten leiten lassen, bringt uns jeder Tag dem unausweichlichen Sieg des Stammesdenkens in Europa näher, damit wird aus Europa ein Kontinent wie jeder andere: wo Barbareien wie die Exekutionsstätten Liberias oder asiatische Massaker nichts mehr exotisches sind, sondern nur mehr böse Vorahnungen.

Demokratie ohne Grenzen

Dieser Gegensatz kann sich meiner Meinung nach auflösen, entweder in der Niederlage der Demokratie durch den Sieg der Marktwirtschaft oder durch das Gegenteil oder aber durch die Erfindung der »Demokratie ohne Grenzen«, einer Demokratie, wo die Grenzen nicht mehr das alleinige Kriterium sind, wo man Bürger wäre, weil man zu einem Gebiet gehört; eine andere Möglichkeit wäre, daß man seine (Staats-) Bürgerschaft in anderen Gebieten geltend machen könnte, eine weitere, daß man das Recht hätte, mehreren Einheiten anzugehören. Man könnte z.B. woanders wählen als dort, wo man das Recht auf Staatsbürgerschaft erworben hat, oder man hätte das Recht, andernorts in der Demokratie mitzumischen. Meiner Meinung nach entstehen langsam Institutionen einer Demokratie, in der Grenzen nicht mehr zum Ausschluß von der Ausübung des Bürgerrechts berechtigen.

Im Zuge der englischen Debatten des 17. Jahrhunderts sagte Hobbes: »Die Demokratie ist unmöglich, weil der Mensch zur Gewalt verurteilt ist«, und Locke antwortete: »Ich bin da nicht pessimistisch, weil man Institutionen errichten kann, die die Gewalttätigkeit des Menschen beherrschen, zum Errichten dieser Institutionen ist nur etwas Bastelei nötig.« Er verwendete dafür das Wort von der »demokratischen Bastelei«. Die Institutionen sind also nur Herumgebastel, um die natürliche Gewalttätigkeit des Menschen zu meistern. Doch nach all den Debatten über die Demokratie scheint mir heute, daß man dasselbe institutionelle Gebastel auch in größerem Maßstab betreiben kann, damit ermöglicht wird, die Idee der Demokratie ohne Grenzen mit Sinn zu erfüllen.

Warum *Nein* am 12. Juni 1994?

Alle, auch Staatssekretärin Ederer, stimmen überein, daß Österreich nicht untergehen wird.

Die Abstimmung über die EU hat Auswirkungen für viele kommende Generationen, die Nationalratswahl nur für 5 Jahre. Das Durchziehen der EU Abstimmung innerhalb von 6 Wochen nach dem Nationalratsbeschluß, um sie für die Nationalratswahl im Oktober aus dem Weg zu räumen, ist politisch verantwortungslos. Die einzige Sorge von Bundeskanzler Vranitzky und Außenminister Mock scheint zu

sein, wer von ihnen den Vertrag unterschreiben wird. Über den Beitritt wird am 12. 6. nicht von Parteien, sondern vom Volk entschieden.

Wegen der unseligen Hast kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Regierung viel zu verbergen hat. Dies wird durch die massive, aus Steuergeldern finanzierte Propagandawalze in staatlichen und meist ausländisch finanzierten Medien verstärkt.

Regierungsmitglieder haben bereits verkündet, daß es bei einem *Nein* am 12.6. zu

einer nochmaligen Volksabstimmung kommen wird. Man hat dazu bis Ende Dezember 1994 Zeit, ohne den Beitrittskalender in irgendeiner Weise zu verändern. Darin liegt eine Chance für eine Dokumentation und ruhige Diskussion aller offenen Fragen, z.B. der Gesamtkosten des Beitritts einschließlich aller Subventionen, der Auswirkung auf das Staatsdefizit, der Sicherung der Finanzierung einer Transitionslösung, die die Lebensqualität schützt u.s.w. Die gewonnene Zeit erlaubt eine besonnene Abwägung aller Vor- und Nachteile, das Lesen der erst jetzt zur Verteilung kommenden Vertragstexte und Kommentare, die Abführung einer inhaltsvollen sachlichen Diskussion. Statt einer Propagandakampagne auf Staatskosten können sachverständige EU-Befürworter und Gegner gemeinsam eine einzige Broschüre erstellen, in der die Standpunkte in einer für alle Bürger verständlichen Form gegenübergestellt werden. Jedermann kann diese Aussagen abwägen und sich voll informiert

Ist mir die SPÖ abhanden gekommen? – Kommentar zu FORVM April 1994, S.8 und ›Zukunft‹, Mai 1994, S.40

In der Einleitung zu dem Artikel »Der österreichische Heimatbegriff und die EU-Debatte« meinte Gerhard Oberschlick mit der Freiheit der sensiblen Person, deren Geist die Kulissen penetriert, daß ich ehemaliges SPÖ Mitglied bin. Ich möchte das dahingehend berichtigen, daß ich immer noch Mitglied, aber der ehemaligen SPÖ bin. Mit einem Wort, ich bin nicht der SPÖ abhanden gekommen, sondern sie mir. Man soll sich nicht auf andere Presseaussagen verlassen, es gibt ein Telefon, man kann fragen. Trotzdem ist es eine nicht unberechtigte Annahme, die davon ausgeht, daß in Österreich Parteidisziplin zu gelten hat.

Eine SPÖ-Parteiführung, die sich im Sog der Reagan-Thatcher Politik nach rechts öffnet, schließt ihre Reihen nicht nur nach links, sondern auch zur Mitte. Das ist weiter nicht verwunderlich, da die aus der SPÖ hervorgegangenen oder aus ihrem Kontingent besetzten Firmenchefs nur mehr die vermeintlichen Interessen des Betriebs und nicht die Interessen der SPÖ-Mitglieder und -Wähler vertreten. Sie erfüllen nur ihre Pflicht, sie werden dafür bezahlt. Um das drastisch am Beispiel der Personenidentität der Wiener Parteispitze und der Bank Austria darzustellen: Ist die Bank Austria eine Verlängerung sozialistischer Politik in der Gemeinde Wien oder ist die Wiener SPÖ, bei einem Mehrheitsverlust im Landtag etwa auch die Stadt Wien, eine Filiale der Bank Austria? Jeder kann sich selbst seinen Reim darauf machen.

Da mir die Überzeugung der humanitären Aufgabe eines demokratischen Sozialismus nicht abhanden gekommen ist, sehe ich nicht ein, warum ich austreten soll. Es obliegt der SPÖ, mich nicht nur in entscheidenden Fragen als Wähler zu verlieren, sondern mich auszuschließen, wenn

ihr linienwidrige sozialistische Stellungnahmen auf die Nerven gehen. Wer sich von den humanitären Wurzeln eines Viktor Adler, daß man gegen die Meinung der Arbeiter (Mitglieder) nicht irren soll, so weit entfernt, sieht sich als moderne Partei = eine in sich verbissene entideologisierte Führungsschicht, die ohne einsatzfreudige Mitglieder in den Wolken schwebt und bald nicht mehr existent sein wird. Medienmanagement allein tut es nicht, wenn man nicht einmal die eigene Zeitung aufrechterhalten konnte. Sage mir, wer mich besitzt, und ich sage dir, was ich sage und schreibe.

Der Ausweg ist die Flucht in die Zensur. Der eingangs erwähnte Artikel wurde zu meinem Erstaunen in der ›Zukunft‹ veröffentlicht, was bei meinen Beiträgen schon lange nicht mehr geschehen ist. Der Artikel wurde jedoch ohne Rücksprache »verbessert«. Das kann man als Hilfeleistung der Redaktion ansehen, für die ich immer sehr dankbar bin, wenn sie mit mir besprochen wird, oder als Überheblichkeit, als schlechte Manieren gegenüber einem Autor. Man kann es aber auch als Zensur interpretieren und damit ein viel schlimmeres Übel: Eine Antwort auf eine Stellungnahme des stellvertretenden Chefredakteurs wird von ihm auf Parteilinie zu rechtgestutzt und veröffentlicht, ohne jegliche Rücksprache mit dem Einsender. Daraus ergibt sich das Delikt der Meinungsverfälschung, das Diktaturen eigen ist.

Der gesamte EU-Wahlkampf ist von dieser Vorgangsweise gezeichnet. Leserbriefe werden zurechtgestutzt, wie mir das im ›profil‹ geschah. Dort wird man wenigstens im Impressum darauf aufmerksam gemacht, kann sich daher nicht beklagen. Nur die Mutigsten unter den Unselbständigen trauen sich, öffentlich gegen die EU

aufzutreten, andere haben Angst vor Maßregelungen im Beruf. Selbständige und einige Künstler schweigen, weil sie um Aufträge fürchten.

Die Pro- und Kontra-Meinungen zur EU gehen durch alle Parteien, Familien, Berufsschichten. Die »Verparteilichung« der 50:50 *Ja-Nein*-Frage nach dem Schluß der Parlamentssitze in 80:20 pro und kontra wie bei den ORF-Einladungen und -Diskussionen, ist eine Negierung des Volkes. Wer ein Propagandaministerium für die EU einrichtet, innerparteiliche Demokratie mit Füßen tritt und Zeitungsbeiträge nicht nur unterdrückt, sondern verfälscht, sät genau die Diktatur, gegen die er sich öffentlich bei anderen aufzulehnen scheint. Dümmere Gegner kann sich ein Westentaschendiktator nicht wünschen, wenn er langfristig den Posten eines deutschen Kanzlers anstrebt. Wenn schon Macht, dann gleich die ganze. Das ist auch eine österreichische Tradition!

Bei einem *Ja* wird Österreichs Bevölkerung tiefer gespalten sein, als nach der Waldheim-Wahl. Man wird sich nicht nur von dem »Mensch, den die ganze Welt kennt«, weil auch er »ohne wenn und aber« »nur seine Pflicht erfüllt hat«, oder dem Mann, »den seine Frau verlassen hat«, abgestoßen fühlen, sondern von allen, die aus parteipolitischen Gründen eine echte Jahrhundertfrage heruntergehudelt und durchgepreßt haben, um eine faire Diskussion zu verhindern.

Die Demokraten und Österreicher werden sich in Scharen von der Teilnahme an der Politik abwenden und das Feld ausschließlich den Postenjägern überlassen. Unsere geliebte Mißgeburt wird zu Grabe getragen werden.

Man muß der Obrigkeit auch *Nein* sagen können!

Werner Dutz

für *Ja* oder *Nein* entscheiden.

Die EU-Abstimmung ist so wichtig, daß es nachher niemanden geben soll, der sich von der Demokratie betrogen fühlt und diktatorischen Lösungen zuwendet, die sich in der EU zunehmend regen.

Bei einem *Nein* zwingen wir unsere Regierung, bis zur Nationalratswahl alle Maßnahmen vorzulegen, die zu einem Wiederaufbau des Klimas zielführender Zusammenarbeit führen, die nach 1945 die vorbildliche Grundlage für den Aufschwung Österreichs zur Nation mit der höchsten Lebensqualität der Welt bildete.

Bei einem *Nein* geht die zynische Rechnung der Medienexperten nicht auf, das Volk mit einer Kampagne amerikanischen Stils zur Zustimmung zu einem hastig verhandelten Vertrag übertölpeln zu können, ohne die Konsequenzen diskutieren zu müssen.

Bei einem *Nein* zwingen wir weitgehend mit Selbstdarstellung beschäftigte Funktionäre, dem Volk mehr Aufmerksamkeit zu schenken als Medienexperten.

Sicherheit

Die Lage Europas hat sich geändert. Es besteht die Chance auf einen dauerhaften Frieden. Dieser ist ohne Rußland und den Einschluß aller europäischen Nachfolgestaaten des ehemaligen Ostblocks nicht vorstellbar. Eine Lösung des Balkankonflikts, der durch eine voreilige Anerkennung der Teilstaaten gefördert wurde, ist ohne diese Übereinstimmung ebenfalls nicht abzusehen. Jede Demütigung Rußlands, wie die Debatte um den Truppenabzug aus Berlin, unterminiert ganz Europa. Österreich kann durch Beibehaltung der Verfassungsbestimmung über »die immerwährende Neutralität wie in der Schweiz« und der »Ablehnung eines Anschlusses an Deutschland in welcher Form immer« einen wesentlichen Beitrag zu einem dauerhaften Frieden in Europa leisten. Bei der Volksabstimmung entscheiden wir, ob wir diese beiden Artikel der Verfassung streichen.

Bei einem *Ja*, treten wir nicht *Europa* bei, sondern nur *Halbeuropa* = *NATO-Europa*. Die NATO-Staaten stellen die überwältigende Mehrheit in allen Euro-Gremien, in denen beitretende Neutrale kein Gewicht haben.

Die Aussage des Bundeskanzlers: »Österreich tritt der EU als neutraler Staat bei« ist die Spitze des Zynismus, wenn er fast gleichzeitig in der offiziellen Wiener Zeitung zugibt, daß Österreich bereits in Teilbereichen mit der NATO militärisch zusammenarbeitet.

Der Außenminister forderte einen Beitritt zur NATO, bevor er aus wahltaktischen Gründen zurückgepfiffen wurde. Unsere Sicherheit wird durch eine allseits anerkannte Neutralität besser geschützt als durch einen Beitritt zu einem Militärpakt. Außerhalb des NATO-Bündnisses können wir mehr zur Lösung der Spannungen beitragen als innerhalb.

Lebensstandard oder Lebensqualität?

Die Regierung behauptet, daß es keine Alternative zum EU-Beitritt gibt. Lebensqualität ist wichtiger als Lebensstandard! Österreich ist heute das Land mit der besten Lebensqualität der Welt. Der EU-Beitritt muß als Alternative dazu gemessen werden.

Wir sind bereits dem Europäischen Wirtschaftsraum beigetreten. In allen von der Regierung und den Wirtschaftsinstituten vorgelegten ökonomischen Berechnungen bringt der EU-Beitritt ein zusätzliches Wirtschaftswachstum von 3 Prozent über eine Periode von 6 Jahren. Abgesehen davon, daß die Vorhersagemodelle keine sicheren Prognosen über diesen Zeitraum ermöglichen, werden wesentliche Faktoren nicht berücksichtigt, wie z.B. der Einfluß struktureller Arbeitslosigkeit in der EU. Lebensqualität, Kultur und Volkscharakter scheinen in Berechnungsmodellen der Ökonomen überhaupt nicht auf. Fast alle der in den EU-Verträgen eingegangenen Verpflichtungen (Transit, Zweitwohnungen, Bodenverkehr, Euratom etc.) weisen auf eine Verschlechterung der Lebensqualität in Österreich hin. Wer darauf aufmerksam macht, wird als realitätsfremder Spinner abgewertet.

Warum Anschlußangst?

Der EU-Stiefel von Hundertwasser (Anschluß II), der Österreich zertritt, entspringt der Intuition eines Künstlers. Gerade deswegen ist er ernst zu nehmen. Viele glauben, daß es sich um eine Übertreibung handelt, »es wird schon nicht so arg werden«. So weit hergeholt ist Hundertwassers Meinung jedoch nicht. Lothar Höbelt von der FPÖ wirbt für einen Beitritt zur EU, denn:

»Nur in der Europäischen Union kommt es zur Vereinigung aller Deutschen in Europa.«

In Deutschland gibt es eine große Zahl von Gleichgesinnten, die den Beitritt Österreichs als logische Heimkehr eines durch den alliierten Sieg abgetrennten Teiles des Reiches betrachten.

Bei vielen Österreichern hinterläßt die Regierungspropaganda ein ungutes Gefühl: Man fürchtet, daß weitere Betriebe durch »Privatisierung« unter den deutschen Stiefel kommen. Dieser Prozeß wird vor der Kultur nicht halt machen. Das österreichische Selbstbewußtsein wird sich, wie ab 1938, nur mit zunehmendem dumpfem nationalem Haß wehren können, eine für den inneren Frieden negative Entwicklung. Ostdeutschland nach der Wiedervereinigung ist ein abschreckendes Beispiel.

Der österreichische Charakter birgt eine andere Gefahr in sich. Österreicher sind hervorragende und treue Bürokraten, die auf Befehl »ihrer Pflicht nachkommen«, ohne sie zu hinterfragen. Bereits der Dichter Jörg Mauthe drohte Brüssel mit österreichischen »Hofräten«. Die Gefahr, daß es

gerade »unsere« Beamten in Brüssel sein werden, die unsere Interessen hintanstellen, um ihrem Dienstgeber gegenüber Objektivität zu demonstrieren, ist bedrückend. Unser Hauptverhandler, Botschafter Scheich, antwortete auf die Frage, ob er sich als überzeugter Europäer oder Österreicher fühle, er sei überzeugter Europäer. Der Bundeskanzler sprach von einem Beitritt »ohne wenn und aber«. Der Außenminister mußte nach »heldenhaften 45-stündigen schlaflosen Verhandlungen« um Mitternacht durch das »offene Fenster nach Europa« springen. Die Norweger verhandelten kühl weitere 4 Wochen. Was ist von unseren von Brüssel bezahlten Beamten zu erwarten, wenn sich die Regierung nicht nur, wie sie selbst immer wieder versichert, Deutschland wirtschaftlich angeschlossen hat, sondern auch geistig!

Die Methoden nationaler Politik mögen sich ändern, die geopolitischen Ziele bleiben gleich. Der Anschluß der DDR an die Bundesrepublik zerstörte das Gleichgewicht in der EG. Bei der Betrachtung der europäischen Landkarte liegt der Anschluß Österreichs an die EU im geopolitischen Interesse Deutschlands. Bei ungehindertem Zugang zum Brenner und Donautal braucht man sich um ökologische Vorbehalte der Schweizer nicht mehr zu kümmern, auch nicht um die Aufrechterhaltung der Industriestandorte in Österreich. Man hat erreicht, was man wollte. Durch einen Beitritt Österreichs unter den gegenwärtigen Bedingungen wird das Gewicht Deutschlands in Europa weiter verstärkt und trägt zu einer zunehmenden innereuropäischen Radikalisierung und Destabilisierung bei.

Warum Nein am 12. Juni?

Es ist falsch, einen mit amerikanischer Medientechnik hastig durchgepeitschten Blankoscheck zu unterschreiben! In der Wahlzelle ist jeder Wähler mit seinem Gewissen allein. Solange die Österreicher nicht *Ja* sagen, ist überhaupt nichts gelaufen!

Der Vorsitzende des Europarates während der Beitrittsverhandlungen, Außenminister Pangalos, warnte wegen ungelöster innerer Spannungen und Probleme vor einer Erweiterung der EU zu diesem Zeitpunkt. Gut Ding braucht Weile!

Aus tiefer Verantwortung, aus logischen Überlegungen und wegen eines tiefsitzenden Unbehagens über die unnötige Hast unserer Regierung bei dieser einmaligen Entscheidung, folgen wir nicht der Propaganda, sondern unserem Gewissen: *Nein* zu einer vorschnellen Änderung der Verfassung.

Im Interesse der Aufrechterhaltung des inneren Friedens, der Demokratie und einer positiven Entwicklung in ganz Europa, die nicht nur auf die Wirtschaft beschränkt bleibt, sondern die Qualität des Lebens beachtet und in der die Eigenheiten der kleinsten Volksgruppen respektiert werden: *Nein* am 12. Juni 1994.

Europa vor den Toren der EU

Probleme mit der Erweiterung der Brüsseler Gemeinschaft

»Jetzt stellt sich heraus, daß ihr Europa
von Anfang an eine Einbildung war, sein
Glaube und sein Fundament das Nichts«
Czeslaw Milosz¹

Brüssel, 1. Februar 1993. An diesem Montagnachmittag eröffnete die Europäische Gemeinschaft das Beitrittsverfahren für die Aufnahme neuer Mitgliedsländer. Nachdem die EG-Kommission noch im Mai 1988 alle Ausweitungspläne auf Eis gelegt hatte, um zunächst den Gemeinsamen Binnenmarkt zu vollenden, sieht sich nach 1973, 1981 und 1986 die vierte Vergrößerungsrunde des westeuropäischen Wirtschaftsblocks eingeläutet. Wie auf einer Tagung des Europäischen Rates in Lissabon Ende Juni 1992 beschlossen, beschränkt sich diese Ausweitung allerdings vorerst auf solche Antragsteller, »deren Einbeziehung in das Gemeinschaftssystem keine größeren Probleme aufwerfen dürfte«².

Die Kandidaten mußten nicht nur allgemeine Grundregeln erfüllen, indem sie laut Vertragslage etwa europäische Identität erkennen lassen, demokratische Staatsformen aufweisen oder die Achtung der Menschenrechte garantieren. Darüber hinaus hatten die Neulinge dem Zwölferbund auch keine Integrationskosten aufzubürden, vielmehr galt es, die überbeanspruchten Kassen der Europäischen Union (EU) zu entlasten.

Denn daß Vergrößerung nicht unbedingt Verbesserung bedeutet, das hatten frühere Aufnahmen den Staatenbund gelehrt. Wirtschaftsstatistisch gesehen, wurde er dadurch nicht nur immer ärmer, überdies verschärfte sich das interne Wohlstandsgefälle, vor allem nach der letzten Süderweiterung. Der Streit über die Finanzierung der jeweiligen Mehrkosten zur Eingewöhnung der Neubewohner ließ Beobachter daher schon früher von einer europapolitischen Erfolgsfalle sprechen.

Zwar bevölkern immer mehr Mitglieder das umfangreichere EU-Boot; dieses läßt sich jedoch nicht nur schlechter steuern als vorher. Aus dem unterschiedlichen Entwicklungsstand der Mitgliedsländer ergeben sich zudem abweichende Interessen, die berücksichtigt werden wollen. Die vielen Kapitäne haben folglich vermehrt Schwierigkeiten, sich in fast allen relevanten Politikfeldern über den Gemeinschaftskurs zu einigen.

Probleme

Aus der mittlerweile reichlich langen Reihe von – sehr unterschiedlich ausgestatteten und weit auseinanderliegenden – Eintrittswilligen erfüllten diesmal nur wenige Bewerber die an sie gestellten Voraussetzungen. Ihnen und eventuellen Nachrückern wird außerdem von der Gemeinschaft nahegelegt, möglichst ohne Wenn

und Aber die im Frühjahr 1992 in Maastricht abgesegnete Gruppenreise in eine »Politische Union« mitzumachen. Was Wunder, daß bei der feierlichen Gelegenheit Anfang Februar 1993 im Brüsseler Charlemagne-Gebäude vorerst nur die Chefs der Diplomatie aus Helsinki, Stockholm und Wien zugelassen waren, wobei die Zutrittsgespräche mit Oslo immerhin einige Monate später eröffnet wurden.

Es ging ersichtlich um eine *Norderweiterung*³, gleichwohl waren die Verhandlungen viel schwieriger als erwartet, da alle Kandidaten, etwa unter Verweis auf

- Permafrostlandwirtschaft (Finnland)
- Fischereiquoten (Norwegen)
- Transitverkehr/Bergbauern (Österreich)
- Beitragshöhe/Neutralität (Schweden),

auf diese oder jene Ausnahmeregelung drängten.

Erst ein Jahr später, am 16. März 1994, konnten in Brüssel die letzten Hürden in den Verhandlungen mit Norwegen ausgeräumt werden: In der abschließenden 13-stündigen Marathonsitzungen mußten die Außenminister der EU am Ende noch ein paar tausend Tonnen Fisch untereinander aufteilen. Damit waren an diesem Mittwoch endlich die Türen offen für den Mehrfachbeitritt zum 1. Januar 1995, wenngleich es sofort Streit um den neuen Abstimmungsmodus im Ministerrat gab und das Straßburger Parlament⁴ die vier Neuankömmlinge nur unter schweren Bedenken aufnahm, deren Bevölkerung dem Vorgang ohnedies noch zuzustimmen hat.

Wie immer, jener Eröffnungstermin am 1. Februar 1993 tat sich noch dadurch hervor, daß die für den Gruppenempfang zuständige Ministerratsrunde in Brüssel öffentlich abgehalten wurde. Das war eine Premiere⁵, und rund fünf Stunden lang konnte die EU in den europäischen Wohnzimmern *live* empfangen werden. Die durch solche Transparenz erhoffte Werbung für »Eurokratien« blieb freilich aus, denn die Ersetzung der Realität durch die Propaganda war wieder einmal zu offensichtlich. Zu vernehmen waren Fensterreden von einer europäischen Schicksalsgemeinschaft, wie immer bei solchen Hofterminen. Reden also, die niemand mehr hören will.

Da mag Klaus-Peter Möller⁶ vom Institut für Systemforschung in Hannover im Sinne der üblichen Lobhudelei noch so sehr verlangen, Zuversicht solle Europa tragen. Das seit längerem mit den Händen zu greifende Unbehagen der EU-Bürger an der Gemeinschaft dürfte kaum mehr zu beruhigen sein durch derartige Beschwörungsrituale, wie sie durch Meinungskartelle gepflegt werden, die fast alle an Brüsseler Geldtöpfen hängen.

Zwar war sich die Politikerrunde schon bei Gelegenheit der Verhandlungseröffnung in Brüssel einig, daß die anstehende Erweiterung rasch abgeschlossen werden sollte. Die sich damit abzeichnende »Sechzehnergemeinschaft« verfügt, wenn mit der Abstimmung in den Beitrittsländern alles gut geht, womöglich bereits 1995 rein

¹ »Sarajevo«, zit. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 16. 9. 1993, S. 35.

² Vgl. »Bericht der Kommission »Europa und die Problematik der Erweiterung«, *Europa-Archiv* 15 - 16 (1992), S. D 508 ff., hier D 512.

³ Von den damit gemeinten Ländern der »Europäischen Freihandelszone« (EFTA), einer britischen Gegengründung zur EG, hatte sich beim Stelldichein in Brüssel nur Island abgelehnt. Reykjavik fürchtet im kontinentalen Haus nicht nur um die insulare Identität, sondern mehr noch um die Fischbestände in seinen Hoheitsgewässern. Ja, und kurz vor dem Standesamtstermin in Belgien sind die Schweizer abgesprungen. Bei einer Volksabstimmung im Dezember 1992 wählten die Eidgenossen ihre Landesinteressen innerhalb der Röstigrenze besser aufgehoben als unter dem königsblauen Sternenbanner EU-Europas.

⁴ Die Abstimmung vom 4. Mai 1994 in Straßburg ergab zwar eine breite Mehrheit für die Norderweiterung, obschon sich das Parlament nicht zuletzt enttäuscht zeigte über den im nordgriechischen Ioannina am 27. 3. 1994 von den Außenministern der EU getroffenen Kom-

promiß, die Sperrminorität im Ministerrat künftig zwar von 23 auf 27 (der ab 1995 dann 90) Stimmen zu erhöhen, zugleich aber bei strittigen Entscheidungen eine »Phase intensiver Verhandlungen« einzuplanen, also einen institutionalisierten Entscheidungsaufschub vorzusehen.

⁵ Die aber nicht nur deswegen verfehlt wirkte, weil die Zuschauer bei dieser Gelegenheit mit dem üblichen eurospeak traktiert wurden. Vielmehr sorgte ein Gutachten zur Informations- und Kommunikationspolitik der EU, das unter Leitung von Willy de Clercq im Auftrag der EG-Kommission erarbeitet worden war, Ende März 1993 bei der Pressepräsentation wegen seiner »sub-Orwellian strategy« (*Financial Times* vom 5. 4. 1993, S. 28) für einen öffentlichen Krach. Überdies funktioniert die seither lauthals angekündigte Informationsoffenheit bisher keineswegs, vgl. John Carvell, »EU's spirit of openness proves illusory«, *The Guardian* vom 8. 4. 1994, S. 8.

⁶ »Vor uns die guten Jahre. Europa vor dem wirtschaftlichen Aufschwung«, München 1992.

rechnerisch mit 376 Millionen Konsumenten über einen größeren Binnenmarkt als die USA und Japan – ihre Hauptkonkurrenten – zusammengekommen.

Freilich täuscht das mit solchen Zahlen verknüpfte Fortschrittsprofil beziehungsweise Leistungsbild erheblich. Es täuscht, auch was mögliche Startvorteile des Alten Kontinentes in dem vom amerikanischen Ökonomen Lester Thurow⁷ beschriebenen »kommenden Wirtschaftskampf zwischen Japan, Europa und den USA« betrifft.

Solche Umfangangaben verhüllen eher die gegenwärtige Flucht nach vorne durch

Vergrößerung, anstatt die Schwierigkeiten aufzulisten, in denen Brüssel seit längerem steckt. Die Wirtschaftsgemeinschaft hat seit 1980 ein Fünftel ihres Anteils am Welthandel eingebüßt, was auf unzureichende Wettbewerbsfähigkeit verweist. Es geht zudem um entscheidungspolitische Fragen, also etwa darum, wie die Zwölf angemessen auf die überraschend vielen Herausforderungen in Politik und Wirtschaft seit 1989 reagieren müßten. Soll man sich beispielsweise den Staaten des ehemaligen Ostblocks weiter öffnen?⁸ Doch wie und vor allem wann hätte das zu geschehen?

• Vielleicht möglichst rasch, um unbe-rechenbaren Entwicklungen wie im ehemaligen Jugoslawien vorzubeugen, um von drohenden Konflikten etwa im Kosovo oder Makedonien gar nicht zu reden?

• Oder mit Bedacht, so daß Steuerungsschwächen, die inmitten der Gemeinschaft aufgetreten sind, durch organisatorische Neuordnungen vorher behoben werden?

Fragen über Fragen, eigentlich ist die EU also vollauf mit den Risiken der *eigenen* Zukunft beschäftigt. »Europa – ratlos statt grenzenlos« (Marburg 1992), so hat Hortense Hörburger die innergemein-

Alle Fußnoten dieser und der folgenden 4 Seiten auf 1 Blick

⁷ »Kopf an Kopf«, Düsseldorf 1993.

⁸ Wie es ein von Werner Weidenfeld und Manfred Huterer unter dem Titel »Osteuropa. Herausforderungen, Probleme, Strategien und Optionen für die Zukunft Europas« (Gütersloh 1992) herausgegebener Sammelband fordert?

⁹ Vgl. Karl-Uwe Schrogel, »Die Europäische Gemeinschaft als Magnet«, *Europa-Archiv* 18 (1993), S. 525 ff.

¹⁰ Vgl. Scott Sullivan, »Waiting in the Wings«, *Newsweek* vom 5. 7. 1993, S. 6 f.

¹¹ »Europäische Einheit, föderatives Prinzip und Währungsunion«, Aus *Politik und Zeitgeschichte* Nr. 1 (1993), S. 34 ff.

¹² In einem von Alberta M. Sbragia unter dem Titel »Euro-Politics« (Washington 1992) herausgegebenen Sammelband über »Institutions and Policy-Making in the »New« European Community«.

¹³ »Europa am Ende? Die Auflösung von EG und NATO«, München/Zürich 1993.

¹⁴ Die Bonner Politik der eiligen Vereinigung des Erdteils seit 1990 scheint nach wie vor von »national self-abnegation«, also jener Selbstverleugnung angetrieben zu sein, die nun einmal ein Identitätsmerkmal der hiesigen Nachkriegspolitik war, vgl. Hugo Young, »A Fortress for Members Only«, *Newsweek* vom 23. 12. 1991, S. 19.

¹⁵ Mit dem Jenenser Verwaltungsrechtler Peter M. Huber, »Maastricht – ein Staatstreich?«, Stuttgart 1993.

¹⁶ Der am 12. 10. 1993 ergangene Spruch der Verfassungsrichter (vgl. *Europa-Archiv* 22 (1993), S. D 459 ff.) beseitigte zwar die letzten Hindernisse für das Inkrafttreten des Maastrichter Vertrages zum 1. November 1993. Er begrenzte den Einigungsweg allerdings auf einen »Staatenverbund«, in dem die Mitglieds-länder auch in Zukunft die Herren der Verträge bleiben müßten.

¹⁷ Ein gutes Beispiel für diesen neuen und vor allem unabhängigen Ton bietet das Buch »Europa der Vernunft. Kritische Anmerkungen nach Maastricht«, Bonn 1993) des bekannten Politikers und Diplomaten Hans Schauer, Jahrgang 1923, der in seiner ebenso anregenden wie sachlichen Kritik der üblichen Europaideologie mit kräftigen Abstrichen und Einwänden zu Leibe rückt. Ausgiebig beschäftigt sich der Autor neben jenem unseligen »Hang zur Vereinheitlichung von oben« (S. 35) mit der »angeblichen Notwendigkeit supranationaler Zusammenarbeit« (S. 42 ff.), wo doch eine zwischenstaatliche Abstimmung der Kräfte in Wirklichkeit weiterführe. Unter Verweis auf die Problematik des Nationalismus sehe sich in der Öffentlichkeit der Nationalstaat als die übersichtliche Einheit aber leichtfertig in Frage gestellt, obschon bisher selbst auf dem Alten Kontinent keine Dimension ansichtig ge-

worden ist, die emotiv oder auch nur haftungsrechtlich an die Stelle dieser Strukturgröße treten könnte (S. 16 ff.).

¹⁸ Zudem: wenngleich sich gegenwärtig die staats-beziehungsweise völkerechtliche Natur der EU nicht ganz einfach bestimmen läßt, so scheint immerhin klar zu sein, daß wir es *im Rahmen* der Zwölferegemeinschaft inzwischen nicht länger mit Außen-, sondern angesichts der vielfältigen Verzahnungen eigentlich bereits mit Innenpolitik zu tun haben.

¹⁹ Es wird allerdings Zeit für diese Einkehr, sonst sind Kurskorrekturen nicht mehr möglich, wenn und weil die Souveränität für Änderungen längst nach Brüssel und damit an einen rein vordemokratischen Apparat abgegeben worden sind. Und das, obschon etwa das hiesige Demokratieprinzip des Artikels 20 GG nach Artikel 79 III gegen seine Aushöhlung geschützt ist: Auch gegen solche Schmälierung, die sich auf dem Umweg über die Verschiebung von Verantwortung zugunsten eines europäischen Bundesstaates summiert.

²⁰ Übrigens gerade im langfristigen Interesse einer Europäischen Gemeinschaft, für deren Gelingen die Herzen ihrer Völker »ebenso schlagen wie zuvor für die kleinen Vaterländer, die sie jedoch nicht vergessen« (S. 321). So jedenfalls hat es 1932 mit Blick auf das leidige Gegeneinander unserer Staaten der italienische Historiker Benedetto Croce in seiner magistralen »Geschichte Europas im 19. Jahrhundert« (Frankfurt am Main/Leipzig 1993) erhofft. Um jedoch den alten Erdteil auf die Dauer von »jener ganzen Psychologie zu befreien, die mit dem Nationalismus verbunden ist« (a. a. O.), sei eine Zusammenarbeit der Völker vonnöten, in deren Umfeld sich die beteiligten Länder als »Bewußtseinszustände« des gleichen kulturellen Erbgutes erfahren. Das war sehr weitsichtig gedacht, obgleich etwas idealistisch. Doch erscheint es nach jahrzehntelanger EU-Kooperation immerhin als absurd, Streitigkeiten wie früher über Kämme und Korn auszutragen. Das schließt den Bedarf und damit das Fortwähren einer überschaubaren Nahverwaltung freilich nicht aus, denn Vielfalt und nicht Einheit macht Europa aus.

²¹ »Erweiterung, Vertiefung, Verkleinerung«, *Europa-Archiv* 10 (1993), S. 308 ff.

²² Dagegen die blendende Problembeschreibung durch Stefan von Senger und Etterlin, »Das Europa der Eurokraten«, Aus *Politik und Zeitgeschichte* Nr. 42 (1992), S. 16 ff.

²³ Vertrag von Maastricht, vgl. *Europa-Archiv* 6 (1992), S. D 177 ff, hier Titel II/Artikel G/»Artikel 2«, S. D 180.

²⁴ »Europa droht Balkanisierung«, *Die Zeit* vom 25. 4. 1980, S. 9.

²⁵ »EG will Währungssystem nicht reformieren«, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 24. 5. 1993, S. 15.

²⁶ Vgl. »Europa '92. Cecchini-Bericht: Der Vorteil des Binnenmarktes«, Baden-Baden 1988.

²⁷ Um sage und schreibe 430 Milliarden Mark würde der Wohlstand der Zwölferegemeinschaft im grenzenlosen Markt gemehrt, immerhin 1300 DM mehr je EU-Einwohner. Überdies winkten binnenmarktweit mindesten zwei Millionen neue Arbeitsplätze durch mehr Konkurrenz, größere Nachfrage oder auch durch die Abschaffung der hemmenden Grenzformalitäten. Wenn die Euro-Prognostiker nach ihrer Treffsicherheit bezahlt würden, wären sie heute allesamt arbeitslos.

²⁸ Die verspätete Zustimmung an der Themse ging allerdings nur über die Bühne, weil die oppositionelle Labourpartei beschlossen hatte, der entscheidenden Sitzung fernzubleiben. Man mochte es nicht mit der Regierung halten, wollte aber in dieser Frage trotz sonstiger Vorbehalte den amtierenden Premierminister nicht scheitern lassen. Und auch *nach* der Zustimmung standen der Regierung Major Schwierigkeiten genug ins Haus. So im Oberhaus, das seit dem 7. Juni 1993 über das Vertragswerk debattierte. Lady Thatcher und Lord Tebbit suchten hier ihre Chance, der Regierung einen Strich durch die Rechnung zu machen. Überdies mußte sich die Regierung im Herbst 1993 erneut einer Abstimmung im Unterhaus stellen. Diesmal über eine Extrawurst, die Großbritannien in Maastricht den Partnern erst nach zähen Verhandlungen abgerungen hatte: Danach muß London sich *nicht* an der EU-Sozialcharta beteiligen und kann darum mittels Sozialdumping womöglich das wirtschaftliche Hongkong des Erdteils spielen.

²⁹ Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe monierte den Souveränitätsabfluß aus Bonn in einen demokratiefreien EU-Raum, wie es eine unter dem Titel »Europa als politische Idee und als rechtliche Form« (Berlin 1993) vorgelegte Studie von Paul Kirchhof, Hermann Schäfer und Hans Tietmeyer über die drohende Entstaatlichung darlegt, die Josef Isensee herausgegeben hat.

³⁰ Zu den Auseinandersetzungen im Vorfeld vgl. Philippe de Villiers, »Notre Europe sans Maastricht«, Paris 1992.

³¹ Erich Gruner, »Wenn die jahrhundertealten Grenzen verschwinden...«, *Die Weltwoche* vom 10. 3. 1988, S. 43 f., hier S. 43.

³² Wie es sich dem monumentalen, von Peter Rehder herausgegebenen Lexikon »Das neue Osteuropa von A – Z« (München 1993) entnehmen läßt.

³³ Diese »Europa-Verträge« mit Polen und Ungarn sind am 1. 2. 1994 in Kraft getreten, Anfang März kam zum ersten Mal der entsprechende »Assoziierungsrat« zusammen.

³⁴ Vgl. *Der Spiegel* Nr. 23 (1993), S. 144 f.

³⁵ Vgl. *Europa-Archiv* 13-14 (1993), S. D 257 ff., hier S. D 263 f.

schaftliche Schlechtwetterlage zutreffend beschrieben.

Dennoch reißt die Kette derer nicht ab, die sich unter Schutz und Schirm der Zwölf drängeln. Wenn es eben ginge, bitte schön, möchte man lieber heute als morgen in den westeuropäischen Club zugelassen werden. Warum wirkt die Mitgliedschaft in der Gemeinschaft derart verlockend? Wie ist dieser Andrang zu erklären?

Anziehungskraft

Mit Malta, der Türkei und Zypern warten nach der neuerlichen Erweiterung bereits seit längerem drei weitere Antragsteller vor den Pforten der EU. Ankara bekam allerdings 1989 die rote Karte gezeigt, vorerst jedenfalls, seither haben jedoch andere Staaten ihr Einlaßbegehren schon angekündigt, vor allem der ostmitteleuropäische Raum und das Baltikum. Fraglos steht der Gemeinschaft in der nahen Zukunft durch solche »Osterweiterungen« kulturell eine Belebung ins Haus; sozialökonomisch betrachtet, handelt es sich dabei allerdings eher um ein Danaergeschenk, da die Länder in diesem Raum noch für lange Zeit an den ruinösen Folgen des Sozialismus zu leiden haben werden.¹⁰

Von den Hoffnungen etwa Marokkos auf Zulassung soll hier ganz abgesehen werden, denn Rabats Chancen dürften gering sein, hält man sich die Formel von der »Europäität« der Mitglieder vor Augen, die im Artikel 237 EWG-Vertrag verankert ist.

Doch trotz aller Schwierigkeiten Brüssels, die Peter Bohley¹¹ in einem scharfblickenden Aufsatz in die offene Frage münden läßt: »Wurde in Maastricht der richtige Weg beschritten?«, drängt sich die Frage auf: Wie läßt sich die unbremste Anziehungskraft der EU auf ihre Umwelt erklären?

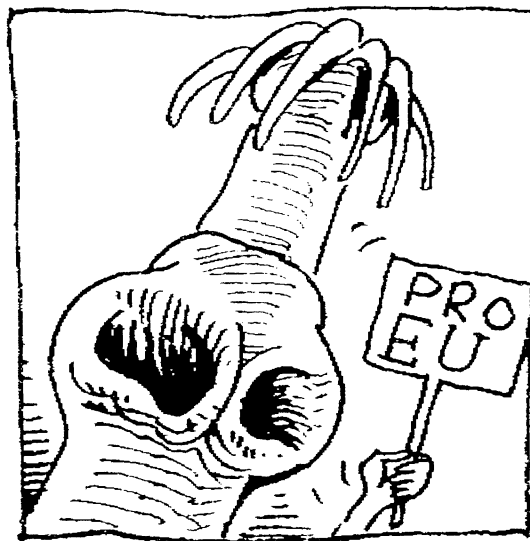
Von außen betrachtet wirkt Westeuropa wie eine Insel der Seligen. Verglichen mit den Verhältnissen anderswo herrscht hier Wohlstand, findet sich Zivilität, gibt es vor allem Stabilität. Und damit auch kollektive Sicherheit, eine zunehmend knappe Ressource in unseren Zeiten eines wilden Friedens, wie er als neue Weltunordnung die eher zwangsregulierten Zeiten des Kalten Krieges abgelöst hat.

Oder haben wir vorher die Konflikte für – verglichen mit einem Zusammenstoß der Blöcke – relativ weniger bedrohlich gehalten und sie darum nicht wahrnehmen wollen? Immerhin sind seit 1945 bei kriegesischen Auseinandersetzungen an der Peripherie der Systemauseinandersetzung über dreißig Millionen Menschen getötet worden...

Denjenigen, die draußen vor der Tür warten, scheint die EU aber noch einen weiteren Vorteil zu bieten. Jedenfalls,

wenn man den *bisherigen* Erfolgskurs der Gemeinschaftspolitik in Betracht zieht und nicht allzu viel von den Erneuerungs- und Orientierungsnöten weiß, die den westeuropäischen Großmarkt beunruhigen. Die EU erscheint nicht nur als sicheres Ufer, darüberhinaus wirkt sie auf die Anrainer zudem wie der Idealfall eines föderalen Zusammenschlusses.

In diesem Sinne erklärte beispielsweise *The Brookings Institution*¹² als größte Denkfabrik der USA den Brüsseler Club gerade *wegen* seiner Organisationsform eines Staatenbundes für politisch so attraktiv. Gerade weil die zwischenstaatliche Zusammenarbeit innergemeinschaftlich gepflegt werde *ohne* allzugroße Verluste an nationaler Eigenständigkeit auf Seiten der Partnerländer, gilt diese Art einer auf verschiedene Tätigkeitsfelder bezogenen und vertraglich geregelten Verzahnung der Interessen mehrerer Regierungen mittlerweile auch in anderen Weltregionen als vor-



Bandwurm

bildlich für die Planung überstaatlicher Absprachen. Entsprechend sieht sich dargestellt, daß und warum die EU kein »Superstaat« würde und es auch gar nicht sein wolle. Vielmehr hätte man es mit einem Beispiel der ausgewogenen Vernetzung von Einzelvorhaben und Gesamtbelangen zu tun, ohne daß die durch die Menge der Teilnehmer bedingte Interaktionsdichte zu Beeinträchtigungen ihrer jeweiligen Staatsziele geführt habe, eher umgekehrt.

Erfreulich zudem, daß auch der übergeordnete, mithin europäische Kooperationszweck nicht zu kurz gekommen ist, bisher jedenfalls nicht, trotz aller Abstimmungsschwierigkeiten in Einzelfragen, die der Gemeinschaft das Leben zuweilen schwer gemacht haben.

Es fragt sich allerdings, ob das Wesen und Funktionieren der EU durch die poli-

tikwissenschaftliche Brille zutreffend beschrieben ist. Denn ob das Brüsseler Experiment tatsächlich die Auflösung des bekannten »Schopenhauer Dilemmas« darstellt und entsprechend die richtige Euro-Mischung zwischen Nähe und Distanz einhält, zudem Gemeinsamkeit und Vielfalt angemessen justiert, das sieht sich innergemeinschaftlich immer häufiger in Frage gestellt.

Es ist heute gerade die Besorgnis vieler EU-Bürger, man übertreibe die Integration durch die einmal ausgelöste und inzwischen kaum mehr zu bremsende Zentralisierung. Ansichtig werde als Ausdruck klammheimlicher Krönungsvisionen der Eurokratie ein Hang zum plurinationalen Superstaat. Folglich herrscht Unmut über Brüssel nicht nur in England oder Dänemark, sondern mittlerweile selbst in Deutschland, wo das Abendland oder Europa jahrzehntelang als Ersatzvaterland diente. Oder man lese das Buch des Politologen Alain Duhamel über »Les peurs français« (Paris 1993), das sich neben anderen bösen Geistern, die Frankreich seit geraumer Zeit umhertreiben, ausführlich beschäftigt mit der Sorge (S. 47 ff.) der Franzosen über jene société anonyme, die sich als angebliche Paßform EU-Europas ausgegeben sieht.

Mittlerweile hat sich nicht nur eine Schere aufgetan zwischen dem eurokratischen Alltag einerseits und einem drückenden Reformbedarf an fast allen Ecken und Enden der EU andererseits. Zudem sind auch Widersprüche zu verzeichnen zwischen

- der Einsicht in die Notwendigkeit von Änderungen und
- der öffentlichen Zustimmung zu dem Europaprojekt insgesamt, was sogar mögliche Korrekturprofile einschließt.

Nicht zuletzt mit Blick auf diese Sackgasse, in die sich die EU hineinmanövriert zu haben scheint, plädiert Hans Arnold¹³ für eine rasch anzugehende, umfassende Korrektur des bisherigen Irrweges, auf den sich VerwaltungsEuropa begeben hat. Wohl nicht zuletzt auch, um den Gedanken der Zusammenarbeit auf dem Alten Kontinent auf die Dauer überhaupt populär machen zu können.

Doch selbst wenn man die Lage nicht ganz so düster sehen will: Lassen sich mit den in Brüssel vorfindlichen Entscheidungsmechanismen beispielsweise die

- zentrifugalen Folgen
- Entscheidungsfragmentierung
- Interessenpolarisierung

der bevorstehende Norderweiterung bewältigen, um von einer späteren Ausweitung der EU auf vielleicht zwei Dutzend Staaten einmal abzusehen?

Und wenn diese Frage zu verneinen ist, was dann? Gilt es stattdessen, einen wirklich entscheidungsfähigen Transnationalstaat aufzurichten? Und fänden dessen

Entscheidungen noch die Zustimmung seiner Bürger? Ärgern wir uns nicht schon jetzt schwarz über die für die Konsumenten ausgesprochen kostspielige Anmaßung der EU, par ordre de mufti zu regeln, welche Bananensorten wir essen dürfen? Oder wäre andererseits besser umzusteuern im Sinne älterer Euromodelle, etwa eines Staatenbundes, der nur ausgewählte Tätigkeitsfelder seiner Mitgliedsstaaten vergemeinschaften will, nicht aber so viele wie irgend möglich?

Widerrede

Die Erleichterung des Bonner Establishments darüber, daß die Annahme der Maastricht-Absprachen so glatt über die Bühne ging, ist daher längst verfliegen. Seit Bundestag und Bundesrat im Dezember 1992 nicht nur ohne die Begleitmusik einer öffentlichen Debatte, sondern überhaupt ohne eine gehaltvolle Diskussion kaum weniger als die staatsrechtliche Abschaffung der Bundesrepublik ins Auge faßten, hat sich Widerstand in der Bevölkerung geregt, obschon wir offenbar noch immer nicht durchschauen, was uns die weitere EU-Planung aufischt.

Wer vermag aber auch nachzuvollziehen, warum die demokratisch legitimierte Souveränität der Mitgliedsländer auf dem Altar einer zum politischen Mythos erstarrten Einigung des »Abendlandes« geopfert werden soll? So lautet aber offenbar der feste Wille etwa von Helmut Kohl, übrigens ganz im Einklang mit Politikreflexen, die seiner Generation während der Reeducation vermittelt wurden.¹⁴ Wie bereits Helmut Schmidt vor ihm, hofiert auch der amtierende deutsche Kanzler daher einer Eurokratischen Gemeinschaft, die in ihrer heutigen Form nicht nur vom imperialen Habitus des Quai d'Orsay geprägt ist; sondern die mittlerweile einen Zug ins Megalomane und damit eben auch ins Supranationale angenommen hat, der nurmehr überzogen wirkt.

Gegen den ungehemmten Abfluß von Zuständigkeiten in Richtung Brüssel waren in Karlsruhe mehrere Klagen anhängig. Und es war für die Bonner Regierung eine ausgesprochene Zitterpartie, ob die zuständigen Richter der Meinung wären, die Vertragsabsprachen verharteten kurz vor der Schwelle des Unzulässigen¹⁵ oder ob in Maastricht das Maß bereits überschritten wurde, das bei der Abgabe von Eigenstaatlichkeit unbedingt einzuhalten sei.

Wie immer der Streit ausgehen würde¹⁶, eines war seither gewiß: Bonn konnte in Brüssel frei nach »Was immer die EU voranbringt, das ist gut für Deutschland!« nicht länger hinter dem Rücken der Bevölkerung schalten und walten wie bislang. Inzwischen ist nicht nur der allgemeine Unmut gewachsen, eine Volksabstimmung etwa über die anstehende »Währungsunion« würde sicherlich keine Mehrheit finden. Vor allem kommt, langsam genug, ei-

ne kritische Erörterung der bisherigen (und damit zukünftigen) Europapolitik in Gang, während bislang solche Stellungnahmen das große Wort führten, die auf die eine oder andere Weise EU-abhängig waren.¹⁷

Zwar sieht sich offiziell die gefällige Ersetzung der EU-Realität durch die Europa-Propaganda weiterhin betrieben; aber trotz der stets rosigen Euro-Barometer, die offenbar in einem Brüsseler Büro maßgeschneidert werden, scheinen die Bürger in Wahrheit seit längerem der Gemeinschaft überdrüssig. Und mit bevorstehenden Erweiterungen beziehungsweise neuerlichen Vertragsrevisionen allein ist dieser Mißmut kaum aufzufangen: Ganz offensichtlich herrscht unter der Euro-Klasse selbst über den Geist und die Zukunft der Gemeinschaft kaum mehr Einigkeit.

EU-Europa als unser aller Ersatzvaterland! Dieses Programm ist zwar nie richtig zu Ende gedacht worden. Aber erst jetzt, wo der Zugzwang, unter den man sich mit Maastricht gesetzt hat, immer größer wird, geraten die europolitischen Ungeheimheiten, die dieser Vorstellung zugrunde liegen, so richtig zum Problem. Und doch, mit der Rede vom Fahrrad, das umstürzt, wenn es sich nicht bewegt, wird die Eurokratie weitergedrängelt. Ist das aber wirklich ein tragfähiges Bild, um jahrhundertalte Staatsgebilde, die sich leidvoll gegeneinander profiliert haben, zu einer vertrauensvollen Zusammenarbeit zu ermuntern?

Als Modell für diese Beziehungen kann daher kaum der Bundesstaat dienen, sondern eher schon die eine oder andere Form eines Staatenbundes. Jedenfalls dann, wenn man das bisher schon erreichte Verflechtungsmaß nicht durch ein Zuviel an Vereinheitlichungsdruck gefährden will.

Man braucht also nicht, gleich einer tibetanischen Gebetsmühle, ständig die abendländische Verfeindung anzuführen, um die Brüsseler Veranstaltung als Modernisierungserfolg zu beschwören. Heute ist es vielmehr hohe Zeit, in der EU gut *innenpolitisch* vor allem Opposition gegen Fehlentwicklungen zu betreiben wie beispielsweise in der Agrar- oder Verkehrspolitik, ohne deswegen gleich als Antieuropäer dazustehen.

Wer seine Europakritik immer nur im Flüsterton äußert, weil man die Gemeinschaft als hehres Ziel möglichst nicht in Frage stellen darf, der bewirkt angesichts der leidigen Realpolitik à la Brüssel unterdessen das genaue Gegenteil seiner wünschenswerten Absichten.¹⁸ Man warte nur einmal ab, was erst eine Europasteuer oder gar ein inflationsgeplagter *ecu* für verheerende Rückwirkungen haben werden, wenn nicht vorher eine Umkehr nach Maßgabe von Augenmaß und Vernunft und damit eben auch der Interessen der beteiligten Nationen stattfindet: der dann allerdings Vorhaben wie Europasteuern oder die Einheitswährung zum Opfer fielen, vorerst jedenfalls.¹⁹

Nötig wäre ganz etwas anderes als solche Vereinheitlichungshysterie, die noch dazu dem Artikel F des Maastrichtvertrages widerspricht, der eigentlich die Identität der Mitgliedsländer im eurokratischen Zentralismus schützen soll.²⁰

Damit sind Spannungen vorprogrammiert, unter anderem auch über den weiteren Weg der EU nach Europa. Diese Divergenzen lassen sich nicht einfach aufheben, und wer sie unterdrückt, erreicht das genaue Gegenteil. Es geht vielmehr darum, das Beste daraus zu machen, daß wir es in Brüssel gestern wie morgen mit – allerdings im Moment reichlich – Uneinigen Staaten von Europa zu tun haben, nicht aber mit einem kontinentalen Einheitsbrei.

Europaradox?

Perspektivisch ergeben sich damit »vitale Fragen für die Europäische Union«. In einem aufschlußreichen Beitrag wertet der Bonner Eurospezialist Wolfgang Wessels²¹ die anstehenden Schwierigkeiten allerdings immer noch EU-ideologisch und verharmlost damit letztlich die Situation.²² Denn wie immer man es dreht oder wendet, die EU befindet sich in einer bedenklichen Lage. Und die hat viel damit zu tun, daß sich der bisherige Einigungsprozeß als regierungsamtliche Kabinettspolitik im abgelegenen Brüssel unter Ausschluß der europäischen Öffentlichkeit abgespielt hat und weiterhin abspielt. Die Nachkriegsgenerationen blieben zwar durchweg positiv zu Europa eingestellt. Aber es war doch eher eine lebensweltferne Dimension wirtschaftlicher, vielleicht noch außenpolitischer Zusammenarbeit, an die man dabei dachte. Man hatte wahrlich nicht mit einer vordemokratischen Einmischungsgröße gerechnet von der Art, wie sich die EU heute der Bevölkerung darstellt, *nachdem* ihr die Euro-Rechnung unvermutet in Form einer Kunstwährung oder weiterer Souveränitätsverluste zugunsten einer ebenso fernen wie unkontrollierten Bürokratie präsentiert wird.

Hier liegt offenbar der Hase im Pfeffer. Die EU ist in eine Art von Verflechtungsfalle geraten, aus der sich schwer wieder herausfinden läßt.

- Denn wenn man die Entscheidungsfindung in Brüssel erst rationalisieren will, ehe man an eine Erweiterung denkt, dann könnte der Widerstand gegen den damit unvermeidlich verbundenen Machtzuwachs der EG-Kommission demnächst systemsprengend wirken.

- Aber vermöchte eine vorherige Durchdemokratisierung diesen Kollaps vielleicht zu verhindern? Auch dieser Ausweg scheint wenig aussichtsreich. Bedingte er doch die zügige und offene Verwandlung der EU in einen veritablen Bundesstaat, den die Mitgliedsländer selbst allesamt nicht wollen.

- Erweitert man die Gemeinschaft hingegen *ohne* eine Reform der Beschlußfin-

dung, dann werden schließlich für einen noch umfangreicheren Kreis von Regierungen die fälligen Entscheidungen kaum mehr zu treffen sein.

Eine Zwanziger-plus-Gemeinschaft etwa würde nur wie ein loser Staatenbund auftreten können, so wie die Dinge liegen. Auch Überlegungen, diesem Handicap dadurch zu begegnen, daß man Kreise verschiedener Integrationsdichte in der EU vorsieht, weisen politische Tücken auf. Denn es entstünden machtpolitische Ungleichgewichtigkeiten und damit ganz neue Spannungen zwischen den beteiligten Partnern, die das vielbeschworene Fernziel der Errichtung einer »Politischen Union« aus den Augen verlieren könnten.

Heute rächt sich folglich das erfolgreiche Lebensprinzip der bisherigen EU-Politik, nämlich sich von Fall zu Fall durchzuwursteln und Entscheidungsblockaden notfalls auszusitzen oder ihnen durch Bewegung nach vorne zu entgehen. Inzwischen ist von einer neuen *Eurosklerose* zu hören. Und es steht zu vermuten, daß diese Störung noch schwerer werden könnte als die Stillstandskrise der EU gleichen Namens zu Anfang der 80er Jahre. Schon deswegen, weil man sich europapolitisch seit Maastricht so hohe Ziele gesteckt hat, an denen man nun gemessen wird. Jedoch auch eine Flucht nach vorne würde diesmal die Dinge nur verschlimmern. Also Europa paradox? Man schwört sich den »wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt« ebenso in die Hand wie »die Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten«²³.

Tatsächlich ist man jedoch in fast jeder Hinsicht uneins, und dementsprechend verurteilt man sich nicht nur welt-, sondern sogar europapolitisch zur Ohnmacht.

Auf dem Balkan oder bis zuletzt in der Frage der Belebung des Welthandels im Rahmen der vor kurzem abgeschlossenen GATT-Verhandlungen, hinsichtlich einer einhelligen Asylpolitik oder auch in der Haltung des Westens gegenüber Rußland kommt man zu keinem Konsens, um nur einige wenige Dollpunkte anzusprechen. Kurz, die Zwölfergemeinschaft war und ist kein Monolith, wahrlich nicht. Wenn man so will, dann ist mit Ralf Dahrendorf²⁴ gesprochen jenes »Europa des cartesianischen Integrationsglaubens« gleichwohl erst jetzt abgelaufen, trotz der anspruchsvollen Vertragslage und weitreichender Erweiterungsabsichten.

In dieser heiklen Lage scheint vor allem Augenmaß gefragt. Die bisherige Europa-, genauer wohl EU-Politik ist zu einer Art Ideologie geworden, so zeigt sich gegenwärtig, vor allem in Deutschland. Gerade um die Brüsseler Gemeinschaft auf die Dauer über die Hürden zu retten, deren *Finalität* laut Artikel 240 EWG-Vertrag zwar festgeschrieben, damit aber doch keineswegs in Zukunft auch garantiert ist, gilt es Abstand zu gewinnen zum europapolitischen Allzuviel. Ist von solchem Umdenken in Sachen EU-Orientierung freilich bei jenen, die Brüssel als Beruf betreiben, bislang etwas zu merken?

Reinfall

Auf einer informellen Tagung im dänischen Kolding beschließen die Finanzminister der Europäischen Gemeinschaft, daß die Welt der Geldmärkte wieder in Ordnung ist. Man schreibt Samstag, den 22. Mai 1993, und soweit die Mitwelt das kafkaeske Innenleben der EU überhaupt wahrnimmt, fragt sie sich erstaunt, ob die Zeiten nicht längst vorbei sind, wo das Wünschen noch geholfen hat. Trotz der währungspolitischen Unwetter, die seit Herbst 1992 nach heftigen Geldwertschwankungen zu fünf Wechselkursanpassungen im EWS – dem Europäischen Währungssystem – gar zum Ausstieg des britischen Pfundes und der italienischen Lira aus diesem Verbund geführt haben, lautet die Diagnose der zuständigen Politiker unverdrossen: Das System selbst ist wohl auf²⁵. Wenn das kein Gesundbeten war? Lassen sich die auf dem Papier noch für dieses Jahrzehnt festgelegten Einstiegs-terminen in die verabredete Währungsunion mit Einheitsgeld aber in der Weise halten,



Springsschwanz

daß man weit auseinanderklaffende ökonomische Grunddaten ebenso außer aller Acht läßt wie die allgemein betrübliche Wirtschaftslage in der EU?

Wenn es nicht so traurig wäre, entbehrte es nicht der Komik: Kein Mensch scheint sich daran zu erinnern, was mit dem Europäischen Binnenmarkt alles versprochen worden war, in dem wir seit Anfang Januar 1993 offiziell leben, selbst wenn kein EU-Bürger etwas davon spürt. Dabei sah sich die Reforminitiative, die Jacques Delors, seit neun Jahren amtierender Präsident der Brüsseler Kommission, zu Mitte der 80er Jahre mit dem Ziel der Marktvollendung startete, doch gerade mit dem massivgoldenen Füllhorn begründet, daß über uns alle ausgeleert werden würde, wenn, ja wenn wir nur möglichst rasch einen einheitlichen Binnenmarkt der »vier Freiheiten« von

- Kapital,

- Dienstleistungen,
- Waren sowie
- Personen

schaffen würden. Nichts erwies sich so förderlich für dieses Ziel, das im Rahmen einer sogenannten »Europäischen Einheitlichen Akte« (1987) zu einer umfänglichen Vertragsrevision der Gemeinschaft führte, wie der propagandistisch weidlich ausgeschlachtete *materielle Anreiz* für einen derartigen Schritt in den gemeinsamen Binnenmarkt.

Skeptikern schlug man den sogenannten *Cecchini-Bericht* vom März 1988 um die Ohren. Mein Gott, wie sollte es nach diesen von Brüssel in Auftrag gegebenen Hochrechnungen der Euro-Wirtschaft gutgehen²⁶, falls durch das engere Zusammenwachsen erst einmal die vielgeschmähten Kosten für das sogenannte »Nichteuropa« beseitigt würden.²⁷

Aus diesen hochgemuten Voraussagen ist wenig geworden, bisher jedenfalls, ohne daß allerdings von Politik oder Eurokratie aus dieser Pleite wirklich Konsequenzen für die weitere Kontinentalarchitektur gezogen worden wären.

Denn nicht Wirtschaftsaufschwung und Wohlstand, vielmehr Krise und Sozialabbau haben das magische Euromarktjahr 1993 eingeläutet. Anstatt von Wachstumsimpulsen durch die EU-Harmonisierung, zeugen die Euro-Statistiken unbarmherzig von wirtschaftlichem Abschwung und einer bedrohlichen Unfähigkeit, sich warentechnologisch auf den Weltmärkten zu behaupten. Mittlerweile gibt es an die 20 Millionen Arbeitslose in der EU, schlimm genug. Hinzu kommen aber noch einmal weit über fünfzig Millionen arme EU-Europäer, und das mitten im Zentrum der angeblich reichsten Region auf der Erde.

Schleuderkurs

Sei dem wie ihm sei, seit dem 20. Mai 1993 strahlte über der Gemeinschaft wieder die Sonne, jedenfalls in der Selbstwahrnehmung der Eurokratie. Spät abends an diesem Donnerstag stimmte das britische Unterhaus einem »Ratifizierungsgesetz« zu. Damit hatte auch London nach einer Zitterpartie den Weg frei gemacht für die gemeinsam beschlossene EU-Zukunft.²⁸ Anscheinend waren wenigstens die hausgemachten Unwetter der letzten Monate erst einmal abgezogen. Und das wirkt einigermaßen beruhigend. Denn außenpolitische Störungen wie der Krieg auf dem Balkan bereiten dem Alten Kontinent erhebliche Sorgen, wenngleich sich die EU weder institutionell noch mental zum kontinentalen Ordnungsstifter berufen gezeigt hat.

Eine derartige Rolle würde im Konfliktfall ein energisches und damit vor allem geschlossenes Auftreten bedingen, wie im heftig umkämpften Raum zwischen Donau und Adria. Dazu fehlen aber nicht nur alle Machtinstrumente. Vor allem beurteilen die Partnerländer vor dem Hinter-

grund ihrer verschiedenen historischen Erfahrungen auch den Konfliktanlaß und anschließenden Kriegsverlauf völlig unterschiedlich.

Die innergemeinschaftlichen Turbulenzen hatten begonnen mit dem im Winter 1991/1992 im holländischen Maastricht voller Euphorie beschlossenen Umbau der EU in eine »Politische Union« bis zum Ende des Jahrtausends. Die Ratifizierung dieses Zukunftsprogramms durch alle Mitgliedsländer geriet zum politischen Debakel.

Trotz der glatten Zustimmung von Bundestag und Bundesrat im Dezember 1992 bekam das Projekt selbst in Deutschland einige Schwierigkeiten.²⁹ In Frankreich fiel am 20. September 1992 mit 51,9 % Ja-Stimmen das Referendum denkbar knapp aus³⁰, und auch in London war die Zustimmung ausgesprochen mühsam. Seit Mitte Mai 1993 konnte die EU aber immerhin wieder hoffen, aus dem Schneider zu sein, vorerst jedenfalls. Die Vereinbarungen hatten auf Messers Schneide gestanden, nachdem vor allem die Ablehnung der Verträge durch das dänische Referendum am 2. Juni 1992 zu einem ziemlich abrupten Durchparieren in Brüssel geführt hatte, was von Kopenhagen erst später wieder revidiert werden konnte.

Aus dieser Phase der Verunsicherungen ist die Gemeinschaft keineswegs unbeschädigt hervorgegangen.

- Nicht nur hat man die Maastricht-Ab-sprachen durch Sonderzustandnisse an einzelne Länder wie einen Emmentaler Käse durchlöchern müssen.

- Überdies hat die forcierte Einigungsdynamik seit 1990 offensichtlich zur einer »Spaltung der Gemeinschaft« (Dahrendorf) in jene Regierungen geführt,

- die wollen und können (Belgien/Deutschland/Holland/Luxemburg/Frankreich),

- die wollen, aber nicht können (Italien/Portugal/Spanien),

- die können, aber nicht wollen (Dänemark/Großbritannien),

- die nicht können und nicht wollen (Griechenland).

- Zudem ist die europäische Öffentlichkeit aufgewacht. Seit neuestem wundert oder ärgert man sich lauthals über die Ziele der Eurokraten, und das ist erst der Anfang, denn der Alte Erdteil sei nicht nur »un continente nervoso, scontento, problematico«, sondern vor allem »un continente degli intellettuali« (S. 23), wie Alberto Moravia es seinem »Diario Europeo« (Mailand 1993) anvertraut hat: Die einmal eröffnete Debatte werde die Euromythen nach Brüsseler Machart nicht schonen.

Entsprechend knapp fiel schon die Zustimmung überall dort aus, wo die Bevölkerung überhaupt um ihre Meinung zur amtlichen Euro-Planung gefragt wurde. Nach Maastricht hatte mithin ein öffentlicher Lernprozeß eingesetzt, der weniger antieuropäisch ausfiel, wie von der amtlichen Europapolitik behauptet, als vielmehr erstmals über

- den Problemstand der Integration sowie über

- mögliche Alternativen zum obwaltenden Eurozentrismus nachzudenken begann.

Die (so könnte man es beschreiben) sanfte Integrationsphase der EU jedenfalls ist abgelaufen, die bislang ohne Beteiligung oder wenigstens genügend Information der EU-Bevölkerung absplute. Seitdem es mit Eurowährung, Eurostaatsbürgerschaft, Euroverteidigung und ähnlichen Riesenschritten mehr an die historische Verfaßtheit des Kontinentes geht, sind die Menschen stutzig geworden.

Ganz offensichtlich hatten die Bürger bisher gar nicht so recht mitbekommen, was die Brüsseler Kabinettpolitik für sie unablässig alles ausheckt. Das ist schlagartig anders geworden, seit die weitreichenden Ziele Brüssels in den Medien diskutiert werden.

Wie weiter?

Auf dem Prüfstand der öffentlichen Meinung erwies sich »Das neue Europa« (München 1993), dessen Konturen der Präsident der EG-Kommission in den angenehmsten Farben schildert, keineswegs in allen Stücken als akzeptabel. Entschieden verteidigt dabei »Monsieur l'Europe«, wie Jacques Delors sich gerne nennen läßt, das »concert européen«, denn anders als gemeinsam sei das zukünftige Überleben des Alten Kontinentes in einer riskanter werdenden Welt schwerlich möglich.

Womit er fraglos Recht hat, denn zur europäischen Kooperation an sich gibt es keine vernünftige politische Alternative.

Aber es bestehen in fast jedem einzelnen Handlungsfeld – von der Außenwirtschaftspolitik über den Agrarbereich bis zum Umweltschutz – sehr wohl Wahlmöglichkeiten zu dem von Brüssel jeweils ein- oder vorgeschlagenen Kurs. Und die wären mit der EU-Bevölkerung ebenso öffentlich zu erörtern wie die weitere Geschwindigkeit der Integration oder die fälligen Erweiterungen. Um gar nicht zu reden von der zukünftigen Gestalt, die der Kontinent haben könnte, beziehungsweise über die weltpolitische Rolle, welche Brüssel hinfort spielen soll.

Während die Mitwelt eher

- Demokratiedefizite,
- wachsende Umweltbedrohungen,
- eklatante Produktionsschwächen,
- den Brüsseler Agrarwahnsinn oder auch
- einen unseligen Hang zur Zentralisierung

beklagt, der einen historisch versierten Beobachter an einen verspäteten Sieg Napoléons über den Freiherrn vom Stein denken läßt, tut das der geradezu »magischen Anziehungskraft«³¹ der Gemeinschaft in der Außenwahrnehmung offenbar keinen Abbruch, wie ein Blick auf die lange Schlange der Anwärter belegt.

Das hat sicher auch mit Mißverständnis-

sen zu tun, denn etwa die erst vor kurzem dem kommunistischen Einheitsdruck entkommenen Staaten werden kein gesteigertes Interesse zeigen, ihre Souveränität ohne Wenn und Aber für *Eurokratien* zu opfern. Aber, um bei dieser Region zu bleiben, die wirtschaftliche und politische Lage östlich der EU sieht derart verheerend aus³², daß dieser Region wenig anderes übrig bleibt, als den Schulterschluß mit Westeuropa zu suchen, vor allem, seitdem das postkommunistische Rußland erneut hegemonale Tendenzen zeigt.

Und da Brüssel kein Interesse an einer weiteren Verschlechterung der Lage in seinem Nahumfeld haben kann, schloß die Gemeinschaft bereits im Dezember 1991 wenigstens mit Polen, Ungarn und der ehemaligen Tschechoslowakei, später mit Bulgarien und Rumänien sogenannte »Europaabkommen«, die nicht nur einen möglichst freien Handelsaustausch sowie regelmäßige politische Konsultationen vorsahen, sondern auch mit der Aussicht auf spätere Mitgliedschaft in der EU eine Assoziierung verabredeten.³³

Aber dieser Türspalt hat sich als viel zu eng erwiesen, vor allem ökonomisch, ob schon andere Organisationen wie die NATO trotz der Einrichtung eines »Kooperationsrates« und einer lyrischen »Partnerschaft für den Frieden« noch nicht einmal so weit gegangen sind. Denn die EU schottete anschließend ihre Märkte gegenüber den östlichen Nachbarn ab.

Laut Václav Havel strahlt solche Desintegration trotz verbindlicher Floskeln Chaotisierung ab wie ein Kernkraftwerk die Radioaktivität.

Entsprechend wird sich die Destabilisierung um die EU herum weiter ausbreiten, falls nicht gegengesteuert wird. Die Mitglieder der sogenannten Visegrad-Gruppe – Polen, die Slowakische Republik, Ungarn und die Tschechische Republik – haben den Europäischen Rat bereits im September 1992 aufgefordert, klare Vorgaben für die weitere Zusammenarbeit zu machen. Anfang Mai 1993 unterbreitete die Kommission ein internes »Strategiepapier« für einen neuen »politischen Raum«³⁴, das dem Rat bei seinen Beratungen in Kopenhagen im Juni 1993 vorlag, der eine Vertiefung der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen vorschlug³⁵, was vorerst wenig kostete.

Es ist eben das eine, EU-intern schöcklingende Europa-pläne zu schmieden, in denen etwa der Kontinent in mehreren, durch Verträge geregelten konzentrischen Kreisen um das Brüsseler Kraftzentrum herum angelagert sein soll, von wo aus sich Konjunkturaufschwung und Ordnung durch den alten Erdteil verteilen wie wohlige Wärme. Etwas ganz anderes ist es, auch in den heutigen Zeiten der allgemeinen Wirtschaftsmisere das zwischenstaatlich Mögliche zu tun. Anstatt von einem europäischen Superstaat zu träumen, der eher abschreckt als begeistert, bleibt konkrete Hilfe gefragt, hier und heute, um Europa einen Kollaps zu ersparen.

Andreas Maier

Europacup

»Die Entscheidung auf den Punkt bringen, das ist das größte Gefühl.«
Otto Konrad, Fußballtormann*

Wäre es zu weit hergeholt, den Fußball als Spiegel für die Politik zu sehen? Man könnte es versuchen. Was im Sport recht ist, scheint für die Politik nur billig zu sein. Das Elfmeterschießen etwa, das dramatischste aller sportlichen Ereignisse, ähnelt es nicht einem Ultimatum in festgefahrenen Verhandlungen, das – eingesetzt nur unter extremen Bedingungen – eine unausweichlich letzte Möglichkeit darstellt, um *die Entscheidung auf den Punkt zu bringen*?

Weit hergeholt?

Fiebern vor dem Anpfiff ...

Vor etwas mehr als drei Jahren, Anfang 1991, blickte die fernsehende Welt gebannt auf den 15. Jänner, auf das Ablaufen des UNO-Ultimatums an Iraks Saddam Hussein. Mit dem Nahen des magischen Datums wuchs die medial vermittelte Spannung ins Unerträgliche. Die dramatisch aufgebauten Kriegs-Erwartungen wurden voll eingelöst. Es kam zum *show-down* in Bagdad und Israel, zum offenen Kriegsausbruch mit Waffengewalt.

Bei allen damaligen Beteuerungen über den Wunsch nach friedlichen Lösungen: War man nicht auch beinahe erleichtert, *als es endlich losging*? Wäre es nicht auch eine leise Enttäuschung gewesen, hätte Saddam Hussein im letzten Augenblick eingelenkt? Ähnlich der Enttäuschung, wenn »eine Mannschaft zum Finale um die Fußball-Weltmeisterschaft nicht antreten würde« (ich schrieb das damals in ein Notizheft)? Hätte man sich nicht auch heimlich betrogen gefühlt? Betrogen um ein lange versprochenes, als unheilvoll erkanntes, jedoch lustvoll herbeigesehntes Spektakel? Das Hinwarten auf die *deadline* gilt mir dem »Fiebern vor dem Anpfiff eines Fußballspiels«.

Vor einigen Wochen ergab sich eine in vielen Dingen ähnliche Situation. Der Anlaßfall war glücklicherweise weniger martialisch und folgeschwer – das Ultimatum in den Beitrittsverhandlungen zwischen Österreich und der Europäischen Union. Die Medienergebnisse glichen sich jedoch verblüffend.

An jenem 1. März 1994 sollten, so war es geplant, die wochenlang sich zuspitzen-

den Verhandlungen ihrem dramatischen Höhepunkt zusteuern – und gleichzeitig eine ekstatische Entladung erfahren. Viele Medien berichteten darüber ganz im Sinn einer self-fulfilling-prophecy. Um den nun einmal betriebenen Journalisten-Aufwand in Brüssel zu rechtfertigen – und wohl auch um die Fadesse des Hinwartens zu vertreiben –, wurden Artikel und Berichte produziert: umso mehr, je weniger es zu berichten gab – umso spannender, je ereignisloser sich das tatsächliche Geschehen präsentierte.

... feiern nach dem Schluß

Der Verhandlungserfolg unserer Minister nahm sich denn auch wie der Sieg in einem Fußball-Ländermatch aus. Außenminister Mock erfüllte seine Aufgabe in jeder Position mit Bravour: Alois Mock als ausgefuchster Teamchef Happel; als denkender Regisseur und Mittelfeldstrategie; als unermüdlicher, bis in die letzte Minute der Verlängerung rackender Mannschaftskapitän; und schließlich doch: als strahlender Goal-Getter beim Sieger-Interview.

Die offene Parteilichkeit der Berichterstattung paßte ganz zur sportlichen Sichtweise. Und ist insofern auch wieder nachzusehen: Welcher Sportreporter würde nicht das eigene Nationalteam unterstützen? Zumal doch *unsere Buam* (incl. Staatssekretärin Ederer) diesmal in der Fremde antreten mußten und es sich um das letzte, entscheidende Qualifikationsspiel handelte.

Österreich, der neue Europa-Meister?

Die überwiegende Zahl der Medienberichte schien es so zu sehen. Mock & Co. dürften in der letzten Minute der Nachspielzeit den erlösenden Treffer erzielt haben. Aber wie? Aus einem Freistoß? Einem überraschenden Konter? Einem lange einstudierten Spielzug? Oder aus einem Abwehrfehler des Gegners? Einem Nicht-Zuschnappen der weitem gefürchteten Abseits-Falle?

Niemand wußte es, nur soviel war gewiß: Das Spiel, das keiner gesehen hatte, endete mit einem Sieg für Österreich. Wir wußten es nicht, aber wir glaubten so gleich fest daran. Wie meinte Heinrich Neisser in der Wiener Parlamentsdebatte zur EU vom 2. März: *Europa, das ist auch eine Glaubensfrage!*

Und Österreich Europameister in Glaubensfragen.

Diese *Inszenierung* (ein Wort, das in diesem Zusammenhang naturgemäß nicht fehlen darf) der politischen Verhandlungen als Sportereignis mag auch als Signum einer weiteren Verflachung des politischen Diskurses gelten. Interessant scheint darüberhinaus, wie nunmehr versucht wird, den Boden für die EU-Volksabstimmung aufzubereiten: mit Österreich-Patriotismus der Jahrgänge 1955 und 1978 (damaliger Endstand 3 : 2).

Daß die Zukunft eines europäischen Industriestaats nur in einer Bereitschaft zur grundlegenden Umorientierung von Denkweisen, Ansprüchen und Systemen zu suchen sein kann, wird ausgeblendet. Daß die rhetorische Leerformel von einem »Europa des Friedens, des Wohlstands und der Stabilität« angesichts der globalen ökonomischen und ökologischen Krisen sehr bald auch zur praktischen Leerformel werden könnte, die ihre vollmundigen Versprechen nur für einige wenige einlösen dürfte, scheint nicht der Rede wert.

Präsentiert wird der Öffentlichkeit etwas Vertrauteres: der Stolz auf unser kleines Land, das den *anderen* getrotzt hat. Die Illusion, daß im Grunde alles so bleiben kann, wie es eben ist. Die Erwartung, daß sich ohne unser Zutun etwas zum Besseren entwickeln könne (*Wohlstand? Arbeit?? Sicherheit???*).

Ohne zu einer Politisierung der Gesellschaft und geistigen Vorbereitung auf künftige Wirklichkeiten beizutragen, werden jene umworben, die unwerbbar sind: die *Konsumenten*. Und damit: wir alle. Es scheint, als wäre dies die ultimative Bestimmung und gesellschaftliche Konsequenz der marktwirtschaftlichen Bedingungen: daß gerade im Zeichen plakativ zur Schau gestellter Individualität und persönlicher Freiheit eine strukturelle Uniformität und Unfreiheit jede und jeden einholt: im Dasein *als Konsument*; im gemeinsamen Streben nach höheren Idealen: den *Waren*, den guten und schönen.

Konsum-Enten?

Allzuweit dürfte die Prognose nicht daneben schlagen: In den Wochen vor der Volksabstimmung wird den Österreichern von Politikern und Werbestrategen eine neue Rolle zugeordnet werden. Nicht mehr nur »Staatsbürger«, »Stimmbürger« oder »potentielle Wähler« sind gefragt, sondern als neuer gemeinsamer Nenner einer disparaten Gesellschaft: die *Konsumenten*. Günther Anders formulierte apodiktisch jene Maxime des Industrie- und Konsumzeitalters, »der wir alle jeden Augenblick ausgesetzt sind«: »Lerne dasjenige zu bedürfen, was dir angeboten wird! Denn die Angebote sind die Gebote von heute.« (Die Antiquiertheit des Menschen, Bd. I. München 1956).

Einmal abgesehen davon, daß die Vorteile eines möglichen EU-Beitritts für die *Konsumenten* meist über Gebühr hervor-

* In der Wiener Stadtzeitung »Falter« zur Dramatik des Elfmeterschießens.

gestrichen werden: tendenziell scheint es darum zu gehen, »Europa« zu einem Produkt (z.B. energy-drink) und damit konsumierbar zu machen. Die Bevölkerung soll die EU nicht wählen, sie soll die EU kaufen. Thomas Bernhards zuspitzende Texte können und sollen nicht vereinnahmt werden (Marke: *Der Bernhard würde diesmal ...*). Allein es genügt, sich auf der Zunge zergehen zu lassen, was in dessen Roman »Frost« aus 1963 berichtet wird: nämlich, daß unser Staatsoberhaupt »ein »Konsumvereinsvorsteher«, unser Kanzler ein »Naschmarktzuhälter« wäre.

Die unerträgliche Ohnmächtigkeit

Zurück zum EU-Qualifikationsspiel. Man könnte der Regierung und dem Verhandlungsteam zugute halten, daß sie in eine demokratische Kultur, die – wie Wolfgang Müller-Funk in der »Presse« vom 22. Jänner 1994 schreibt – »programmatisch langweilig« sei, so etwas wie Spannung und Dramatik einbrachten. Das hervorge-rufene Interesse war indes ein Interesse am Spektakel, das sich bald anderen Spektakeln zuwandte. Wem könnte man dies ernsthaft anlasten? Den Nachrichtenkonsumenten? Den beteiligten Politikern? Den Journalisten?

Zu bedenken wäre dabei stets, daß die öffentlichen Akteure einer unausgesprochenen Notwendigkeit zur permanenten Selbstbewerbung unterworfen sind. Jedem Beteiligten ist es möglich, die Verantwortung für sein Tun aufrichtig von sich zu weisen, da er/sie doch nur Teil einer Maschinerie wäre; da er/sie doch nur den vorgegebenen Sachzwängen folgen könne.

Diese Ohnmachtsklage sei jedoch auch umgekehrt: Wenn alle nur reagieren – wer agiert? Wenn jeder sich vor bereits getroffene Entscheidungen gestellt sieht – wer entscheidet?

Die unglaubliche Weitsichtigkeit

Es läßt sich der Politik in puncto EU Verschiedenes anlasten: Daß die Information über weite Strecken einem billigen (oder teuren?) Schauspiel gleicht. Daß die Diskussion – auch bei Politikern, die das Pathos schätzen – die Tragweite des Konzepts eher verschleiert als offenlegt. Aber auch, daß versucht wurde, mit einer »Immer wieder Österreich«-Stadionatmosphäre Stimmung für die EU zu machen.

Wenn auf Sportplätzen so getan wird, als wäre das jeweilige nationale Team das einzig wichtige und die sportliche Leistung im Länderkampf sich unmittelbar auf das Selbst- und Überlegenheitsbewußtsein der Bevölkerung auswirkt, dann mag das in gewisser Weise unbedenklich sein. Wenn jedoch in der Politik ebensolches versucht wird, ist das im gegenständlichen Spiel Österreich – EU zwar ungefährlich, läuft aber dem, wovon weitsichtige Köpfe in Verbindung mit »Europa« gerne reden, kraß zuwider: einer geistigen Aufgeklärtheit und Offenheit.

Provinz Europa

Gerade diese Form der Diskussion, die manche mit dem pejorativen Attribut »provinziell« versehen würden, scheint eine Lieblingshoffnung Österreichs weltläufiger Europäisierer bereits jetzt zu enttäuschen: die Erwartung nämlich, daß ein provinzieller Mief, von dem sie ihr Land so gerne befreit sähen, durch die EU weggeblasen werden könnte; geschweige denn, daß dieser Mief dort nicht ebenso existierte. Das strahlende Faszinosum der Internationalisierung wird wohl unweigerlich auch eine miefige Regionalisierung mit sich bringen. Und das Schreckgespenst Provinz darf weiter durch intellektuelle Köpfe spuken.

Zudem ließe sich fragen, wo am Tag nach einem möglichen Beitritts-Nein der skandinavischen Staaten die progressiven Strömungen in Europa zu suchen wären, und wo die sogenannten provinziellen, die am Überkommenen festhalten: in oder außerhalb der EU?

Alb(p)anische Ängste

Aber vielleicht mag es – angesichts der horrenden Inflation von Wortgebilden, die

mit den wohlklingenden Vokalen »e« und »u« beginnen – vielleicht mag es hilfreich sein, einen Teil jenes e&u-Kontinents einmal distanzierter zu betrachten. Z.B. mit einer Gedichtzeile aus Gerhard Rühms »europa«: »österreich grenzt an die schweiz, liechtenstein, italien, jugoslawien, ungarn, die tschechoslowakei und deutschland« (In: Gesammelte Gedichte und visuelle Texte. Reinbek 1970.).

Was bis vor wenigen Jahren in jedem Geographieheft hätte stehen können (und in ungezählten Köpfen heute noch so existiert), stimmt zwar nicht mehr ganz, ist aber dennoch aufschlußreich. Allein diese brave Aufzählung läßt möglicherweise mehr über die Rolle Österreichs in Europa erahnen, als sämtliche WIFO-Prognosen und Wachstumsziffern je vermitteln können.

Man kann sich zudem, bei aller kartographischer Inkorrektheit, getrost auf Rühm berufen, wenn plötzlich wieder einmal gemahnt wird, daß Österreich nicht Albanien werden dürfe. Denn es bestehen unleugbare Differenzen: »albanien grenzt an jugoslawien und griechenland«. Eben.

Und abgesehen von der Topographie: Die Albaner schlagen wir noch immer haushoch, und sei es im Elfmeterschießen.

Camillo Cattani

Die letzten (demokratischen!) Wahlen in Italien!

Die grossen Feste des Vorteils

»Non si deve mai lasciar seguire un disordine per fuggire una guerra, perché la non si fugge, ma si differisce a tuo disavvantaggio.«

Niccolò Machiavelli, Il principe¹

Das ist also nun der Dank! Nun beschimpft man uns in Europa schon wieder als Faschisten! Wieder nichts aus der Geschichte gelernt! Aus unserer gemeinsamen europäischen Vergangenheit! Wer hätte das nur für möglich gehalten? Soweit hat die europäische Rest-Linke es also schon wieder gebracht! Sogar das Europa-Parlament verdammt uns, und wenn es wirklich wahr ist (was bezweifelt werden muß), was gewisse Propagandaorgane gewisser Neo-Stalinisten uns glauben machen wollen, sogar der Deutsche Bundeskanzler Kohl! Nun sollen wir uns also schämen! Schämen für all die Opfer, die wir für Europa gebracht haben!

Doch wer das verlangt, der hat sich ganz gründlich verrechnet, denn wir ha-

ben uns da gar nichts vorzuwerfen, denn wir haben uns ganz eindeutig und in freien, gleichen und geheimen Wahlen nach dem Mehrheitswahlrecht für den »Pol der Freiheiten« entschieden! Für Freiheit und Liberalismus, gegen Etatismus und Korruption. Für »ein neues italienisches Wunder«! Dafür brauchen wir uns wirklich nicht zu schämen, im Gegenteil!

Hören wir jetzt doch, bitte, endlich damit auf, uns über alberne Begriffe zu streiten, ja? Das führt doch zu nichts! »Faschismus«! Und selbst wenn wir es so nennen würden? Faschismus ist doch auch nur wieder so ein völlig abgegriffenes Reiz- und Modewort! Wie oft haben wir uns in der letzten Zeit diesen Vorwurf anhören müssen! Tausende von Malen! Manchmal machte er ja wenigstens noch einen politischen Sinn, wenn ihn etwa der Leader der Lega-Nord Umberto Bossi aussprach, um die Postkommunisten damit anzugreifen. Aber jetzt soll man uns, bitte, eine Weile damit in Ruhe lassen! Wir sind es müde, dieses Wort in diffamierendem Zusammenhang zu hören! Wir haben wahrlich Wich-

¹ Roma: Cremonese, 1955, cap. III

tigeres zu tun. Wir haben alle Hände voll zu tun mit dem Aufkrepeln unsrer Ärmel, damit wir endlich an den Wiederaufbau der abgewirtschafteten stalinistischen Zwangswirtschaft gehen können.

Aber bitte sehr, offenbar ist heute mehr denn je dringend Aufklärung geboten. Damit Europa uns endlich wieder richtig versteht. Damit endlich der vereinte europäische Himmel von den dunklen Wolken der Zwietracht und der Boden darunter von den Mauerresten der Vergangenheit befreit werden kann, damit wir wieder alle geschlossen zusammenstehen können. Damit auch das übrige Europa sich endlich unbeschwert und ausgelassen mit uns Italienern freuen kann! »Freude schöner Götterfunken«, wir haben »ein neues italienisches Wunder« gewählt!

Aber doch nicht, um uns mit Europa zu entzweien, sondern nur: »Um in Europa mehr zu zählen!«

Buongiorno! Darf ich mich nochmals vorstellen? Sì? Mein Name ist Cattani, und ich bin nicht, wie Sie vielleicht denken mögen, der Kommissar aus der beliebten Fernsehserie »Allein gegen die Mafia«, sondern ich mache *critica all'informazione*, d.h. ich arbeite – bisher noch weitgehend gratis – als *free-lance*-Informationskritiker für ein *giornale europeista*, eine völlig neuartige europäische Zeitung mit Redaktionssitz in Norditalien, die möglichst bald überall in Europa – in aller Herren Sprachen übersetzt – verbreitet werden und den europäischen Binnenmarkt mitbeleben soll. Und nun bin ich, aufgrund der »Wende«, zusätzlich noch mit einer äußerst dringlichen Aufgaben betraut:

Ich arbeite jetzt in der Abteilung drei, »P3«, wie der capo, d.h. unser Chefredakteur scherzt, »PR- oder Propagandaabteilung 3«, gesponsert von irgend jemandem, man weiß nicht genau von wem, wie, noch warum. Aber »Hauptsache, der Rubel rollt«, wie man so schön auf deutsch sagt. Und er rollt, es geht wieder aufwärts – auch mit uns: Das »neue italienische Wunder« ist bereits in vollem Gange. Und ich, Cattani, bin aufgrund besonderer Verdienste seit neuestem betraut mit der »organizzazione del consenso estero« (»Auslandskonsensveranstaltung«, schönes deutsches Wort, Übers. von mir, C.C.), und wenn ich außer Chef bisher auch nur der einzige Mitarbeiter meines Ressourts bin, kann ich mich nicht beklagen. Im Gegenteil: es geht, wie gesagt, wieder aufwärts mit uns. Der capo hat mir zu Weihnachten einen quasi neuwertigen Hewlett-Packard-Drukker geschenkt!

Liebe Austro-Europäisten, Sie können sich gar nicht vorstellen, was sich hier bei uns in Italien zum Jahresende alles an Erschreckendem abgespielt hat! In welcher Gefahr wir Italiener geschwebt sind!

Wirklich, wenn man sich die Propaganda-Titel von gestern heute wieder vor Au-

gen führt, kann einem immer noch angst und bange werden:

»VITTORIA!«

Sieg! – So zu titeln hatte tatsächlich die postkommunistische »Unità« noch am 6. Dezember vergangenen Jahres gewagt, anlässlich der vorletzten Wahlen in Italien – Kommunal- und Regionalwahlen – fast so, könnte man sagen, als hätte sie endlich wieder einen Partisanenkrieg oder gar alle Redakteure an ein und demselben Tag jeder hundert Millionen und der capo das Dreifache im Fußballtoto gewonnen, in nahezu sektglashohen Lettern! Auch bei den »Genossen« vom kommunistischen »manifesto« hatte man offenbar einiges getrunken – oder, man kann es sich nur allzuleicht vorstellen, eine mehr oder weniger große Dosis an sogenannten »leichten Drogen« konsumiert:

»Die linken Parteien haben zusammen die Wahlen vom Sonntag gewonnen. Und das Ereignis hat, den zahlreichen Unheilspropheten zum Trotz, weder die Devisenmärkte noch die Börse geschreckt.«²



O-Ton von damals, aus: »il manifesto«, »kommunistische Tageszeitung«!

Tja, so gewitzt waren sie schon geworden, die »compagni«: die Kommunisten versuchten sich in unserem Land inzwischen (fast durch die Bank, könnte man sagen) schon als marktkompatible »Kapitalisten« zu tarnen!

Aber was sie in Wahrheit wollten, nämlich ein neo-bolschewistisches Terror-Regime, haben sie dann doch wieder nicht verhehlen können:

»Es ist allerdings keine einfache Kommunalwahl, sondern die Generalprobe für die nächsten, für den Frühling vorgesehenen Parlamentswahlen gewesen. Wenn die unterschiedlichen Kräfte der Linken, ein gemeinsames Feld zu finden und alle drängenden Aufforderungen zur Verwässerung im Moderaten und im Run auf Zentrum zurückzuweisen vermögen werden, werden sie vernünftigerweise auf eine erneute Behauptung bei Wahlen zählen können, die die Tür zum Zimmer mit den Schaltknöpfen öffnen würde.«

Stalinistische Wölfe im marktfreundlichen Schafspelz im Anmarsch auf die Schalthebel der politischen Macht! Volksfront! So weit war es hier schon wieder gekommen!

Verstehen Sie uns nun vielleicht etwas besser? Hätten Sie etwa etwas Derartiges gewollt: Rote Fahnen am Strand von Rimini, Lenin-Mausoleen in sämtlichen wichtigen italienischen Kulturstädten, Lebensmittellieferungen nach Serbien, politisches Asyl für kroatische und bosnische Kriegsdienstverweigerer? Geschändete Madonnen in den Gotteshäusern und an jeder Straßenecke, der Papst im Hochsicherheitstrakt? Damals der Raub des Kirchenstaats und am Ende dieses Jahrhunderts nun das! Und dazu womöglich noch ein Tempolimit 80 auf den italienischen Autobahnen, dank der grünen Mafia in der »fortschrittlichen Regierung«.

Man mag vielleicht einwenden: »War denn die Gefahr wirklich so groß, daß Ihr Italiener und Italienerinnen zu ihrer Abwehr gleich die »Faschisten« wählen mußtet? Wäre es nicht auch ein wenig moderater gegangen?« – Gute Frage! Obwohl sie völlig naiv an der Realität unseres Landes vorbeigeht!

Wir möchten Ihnen, die Sie schließlich keine Schuld daran tragen, das Geschehen nicht am eigenen Leibe miterlebt zu haben, trotzdem antworten: Die Antwort ist:

1. Wir haben nicht wirklich alle durch die Bank die »Faschisten« gewählt, wie die linken Medien es gern darstellen möchten.

2. sind nicht alle in der neuen Regierung »Faschisten«, sondern viele sind auch Neoliberale, wie der Regierungschef selbst, der gerade (am 18. Mai) vor dem Senat versichert hat, daß er in der Wirtschaftspolitik nicht in die Epoche vor Adam Smith zurückkehren möchte, viele überzeugte Katholiken sind dabei, und auch die Lega Nord ist sehr stark vertreten, und

3. gibt es trotz Mehrheitswahlrecht immer noch eine Opposition in der Abgeordnetenkammer, die nahezu so stark ist wie die Regierungsfraktion selbst. Man muß nämlich dazusagen, daß wir zu 25% leider noch ein Verhältniswahlrecht haben. Das soll aber nun auch, da sind sich alle wahren capi einig, möglichst bald eliminiert werden.

Aber seien Sie sich einer Sache gewiß: Auch wenn wir hier jetzt selbst anfangs einstweilen noch ein bißchen gescherzt haben (Fußballtoto, Sektgläser, Partisanenkrieg, Alkohol, Drogen) – die Lage war damals, zur Jahreswende, todernst und

² 7.12.93, S. 1

überhaupt nicht zum Spaß. Nur *ein* weiteres Beispiel hierzu: Der »Postkommunist« Achille Occhetto, der Anführer jenes zusammengewürfelten heruntergekommenen Haufens politischer Abenteurer, der den schon ansatzweise ad hoc zur besagten »Generalproben«-Wahl aufgestellten sog. »fortschrittlichen Pol« bildet(e), war sogar schon in unerschütterlicher Siegesgewißheit zum Sich-Anbiedern zum deutschen Wehrmachtsbewunderer und NATO-Führer Wörner geeilt, um den ihm immer noch anhaftenden Kommunistengeruch endlich vollends loszuwerden und seine »NATO-Bündnis-Treue« zu beweisen! Haben Ihnen das Ihre Medien etwa verschwiegen? Sind Sie da nicht auch endlich hellhörig geworden? Er tat so, als wollte er allen Ernstes im moderaten europäischen Zusammenspiel Serben und Neger mitbombardieren lassen, während man auf dem Lega-Kongreß in Bologna im Februar doch klipp und klar festgestellt hatte, daß die »Ex«-Kommunisten vom *Pds* wie Achille Occhetto und Vitali, der Bürgermeister von Bologna, eindeutige Serbenkomplizen sind.³ Daß also, wenn schon überhaupt jemand, *diese* die wahren »Faschisten« sind, wie der Lega-Führer Bossi sagt. Woraufhin die *progressisti* sich natürlich fürchterlich aufgeregt hatten, mehr als über den Vorwurf des Faschismus allerdings über den der Serbenfreundlichkeit. Was aber nur umso mehr ihre wahren Sympathien verrät! – Wer sich verteidigt, klagt sich an! – Und uns unsere Gewißheit bestätigt: Es handelt sich um Wölfe in Schafspelzen!... Die vor kurzem nahe dran waren, die Zügel in die Hand zu nehmen, das Oberkommando über Streitkräfte, Polizei und Geheimdienste an sich zu reißen und überall in Italien ihre Lenin-Mausoleen zu errichten... Wären Sie unter diesen Umständen wohl noch zu uns auf Urlaub gekommen?

Unser ganz großes, schier unlösbar scheinendes Dilemma bestand in Folgendem: Woher sollten wir Demokraten angesichts eines derartigen Notstands so ganz auf die Schnelle eine sichere, glaubwürdige, positive Alternative nehmen, zumal die Parlamentswahlen nun plötzlich so bedrohlich nah – 27. März – gerückt waren?! Mit einer derartig hartnäckigen Renitenz und Resistenz der jahrelang kommunistisch indoktrinierten Bevölkerung hatte doch keiner mehr ernsthaft gerechnet! Daß der Kommunismus noch so tief in den Menschen drin sitzt, war für uns alle unfassbar!

Ausgerechnet jetzt, wo wir zusammen mit dem *capo* sicher waren, daß es endlich kein rechts und kein links mehr gab, wie etwa in den USA, sondern nur noch Europäer und Nicht-Europäer, Inner- und Außergemeinschaftliche, Männer und Putzhilfen, schien unsere gesamte seit dem Fall der Mauer fleißig betriebene Aufklärungsarbeit auf einen Schlag zunichtegemacht und ein Rückfall in den Kalten Krieg, ja in die Barbarei bevorzustehen.

Verstehen Sie uns denn wirklich nicht?

Die Lage schien schier aussichtslos, die Kapitulation ad portas! Und wenn dann am Ende wirklich die Serben bei uns einmarschiert wären? Was mit 100-prozentiger Wahrscheinlichkeit geschehen wäre! Wären Sie dann wohl noch zu uns auf Urlaub gekommen? Mit dem Bewußtsein, auf der Speisekarte weder *Pizza Napoletana* noch *Quattro Stagioni* noch *Spaghetti alla carbonara* noch Coca-Cola mehr auffinden zu können, sondern nur noch Cevapcici, je nach »Wahl« aus Muselmanen-, Kroaten-, CNN-Reporter- oder gar aus europäischem Fleisch, und zu trinken nur die Wahl zwischen Wasser, Wodka und serbischem Bier? Natürlich, es wäre Ihnen wahrscheinlich alles etwas billiger geworden. Aber: Pfui Teufel! Hätten Sie das etwa gewollt? (Wenn man Sie überhaupt ins Land hineingelassen hätte! Gerade Sie als Österreicher oder Deutsche!)

Und bedenken die europäischen »Antifaschisten« eigentlich, daß Italien zur Zeit praktisch der wichtigste, der größte Flugzeugträger Europas ist, von unschätzbarem Wert für die Vorverteidigung, und obendrein noch unversenkbar! Tag und Nacht für Europa im Einsatz! Genau wie wir italienischen Journalisten!

Wir hatten einfach keine Wahl, keine Alternative: Was sollten wir schließlich tun, wir hatten uns nun mal verrechnet: die altkorrupten Parteien waren alle durch Tangenten- und Mafiaskandale, auch und vor allem dank der Arbeit von uns Journalisten, völlig desavouiert und kamen für kaum jemanden noch für eine Wahl in Betracht, während wir den Kommunisten dagegen leider immer noch nichts Großartiges in jener Richtung haben anhängen können! Wie hätten wir denn in einer solchen Situation anders handeln sollen, als wir es nun einmal getan haben? Wo kaum noch vertrauenswürdige Moderate verfügbar waren, abgesehen von Tausenden von recycelten Christdemokraten und Sozialisten, von denen wir schließlich aber doch bis über die Haare genug hatten, wie wir Italiener zu sagen gewöhnt sind. Und nun werden wir »Faschisten« oder »Faschistenfreunde« zum Dank dafür von offenbar kommunistisch unterwanderten europäischen Medien auch noch öffentlich geohrfeigt! Soweit sind wir schon wieder gekommen! Dabei haben wir es in erster Linie für Europa getan! Sind wir Europa denn überhaupt noch etwas wert?

Wir befanden uns in einem nationalen Notstand! Der beste Beweis dafür ist doch wohl, daß selbst Bossi, der im vorigen Jahr noch kompromißlos mit Sezessionismus gedroht hatte, wenn man dem Norden keine weitgehende Autonomie vom korrupten Rest-Italien geben wollte, angesichts der drohenden Gefahr zu Tode erschrocken war: In einem Interview mit dem »Giornale« sagte Umberto Bossi, daß man, um zu vermeiden, angesichts des Wahltermins und der »roten Gefahr« allein zu bleiben, um eine Vermittlung zwischen den Föderalisten, d.h. den *leghisti*, und den Zentristen zu finden, den Föderalismus in

Klammern setzen kann: »Wir brauchen Regionalismus, und so blockieren wir den Etatismus.« Der leader fürchte keine »Revolution« der Basis, weil, so sagt er, es keinen anderen Weg gebe, »Occhetto's Faschisten« zu schlagen:

»Es ist besser, ein Ziel nach dem anderen zu treffen. Besser erst eine Schlacht, dann noch eine und so weiter gewinnen, als gleich einen Krieg zu verlieren.«⁴

»Das zeigt doch ganz überdeutlich, daß Bossi im Gegensatz zu bestimmten deutschen Scheineuropäisten seinen von Krausewitz aufmerksam gelesen hat«,

hat übrigens der capo dazu kommentiert, der belesener ist als ich.

Er hat seinen Krieg gegen Italien eingestellt, damit wir die Front gegen Serbien weiter halten können – für Europa!

Dann haben alle, Bossi eingeschlossen, alle möglichen und unmöglichen Zweck-Allianzen mit »Zentristen« und »Moderaten«, noch einmal durchgerechnet, aber dann haben alle miteinander feststellen müssen, daß gar nicht genügend moderates, korruptionsunverdächtiges Zentrum mehr vorhanden war.

So daß sogar er, der gar von einem »faschistischen Schweinestall« spricht, sich am Ende dazu überwunden hat, sich für ein Zweck-Bündnis mit den »Faschistenschweinen« vom Msi-Alleanza nazionale zu entscheiden.

So ernst war die Lage!

Aber das ganze zusammen reichte – trotz Mehrheitswahlrecht! – immer noch nicht hin, um dem kommunistischen Rollback der italienischen Serbenfreunde begegnen zu können. Unser Nachholbedarf zur Festigung des gesamteuropäischen Sicherheits-Standards war damit immer noch nicht gedeckt, wir mußten schnell noch einen neuen Hoffnungsträger am sturmwolkenverhangenen italienischen Horizont auffinden, und zwar möglichst einen schon bekannten, der aber kein offensichtlich schmiergeldbefleckter sein durfte und ein leicht und schnell vermarktbarer sein mußte! Und zwar *subito*! Für Europa!

Aber wie? Ein totaler Zusammenbruch der Front stand bevor! Die Zeit drängte! Die Wahlen rückten unaufhaltsam näher! Und uns Journalisten fiel nichts ein!

Wir suchten orientierungslos weiter, fieberhaft, Tag und Nacht, nach einer Rettung. Wir begannen in unserer Verzweiflung schon, auf ein Wunder zu hoffen! Einige von uns konsultierten Kartenlegerinnen, Weissagerinnen. Andere wiederum besuchten zahlreiche Gottesdienste, um in Erfahrung zu bringen, auf welches Pferd die Kirche setzen würde. Wir brauchten irgendeine Hoffnung für die Wähler, eine greifbare, glaubwürdige, konstruktive, verkaufsträchtige, echte, starke Alternative zur bolschewistischen Gefahr, ein konkretes, möglichst rasch vermarktbares Zusatz-Sonder-Angebot zur antipatriotischen Lega Bossi und zu den »Faschistenschweinen Finis«, eine Klammer in Form eines Leaders, der die beiden Feinde irgendwie zu-

³ Il Resto del Carlino, 7.2.94

⁴ L'Unità, 10.1.94, S. 7

sammenzufügen, aneinander zu binden vermochte.

Kurz vor Weihnachten standen wir dann alle vor einer Nervenkrise und begannen ernsthaft, auch an unseren journalistischen Fähigkeiten zu zweifeln. Wir hatten tendenziell allen Lesern, Sehern und Hörern tendenziell alle italienischen Politiker madig, widerwärtig, ja brechreizregend gemacht. Wir brauchten nun unbedingt einen, der gar nicht wie ein Politiker aussah, der nichts, aber auch gar nichts mit jenem korrupten Schweinestall zu tun zu haben schien, aber so einer hätte schon von einem fremden Stern, aus einer unserer italienischen Realität völlig fremden Welt kommen müssen. Er hätte eine völlig neue Sprache sprechen müssen. Und viel freundlich lächeln hätte er müssen.

Dann wurde wohl der eine oder andere von uns, mir jedenfalls ist es so ergangen, eher zufällig auf eine ganz bestimmte Publikation aufmerksam, die vielleicht sogar als Reaktion auf die zynischen Siegesfeiern der Linken entstanden war, auf eine Publikation, die den Geist der Zeit, die wirklichen Wunschträume der Bürger/Konsumenten phantastisch gut traf:

»Die grossen Feste des Vorteils. Der Euromarkt platzt vor/zu Weihnachten!«

So etwas, etwas konsequent Europäistisches, etwas irgendwie auch Märchenhaftes, einer solchen nach dem reichen Deutschland schmeckenden Vision schien es in jener Schicksalsstunde zu bedürfen, um uns Italienern wieder Mut zu machen, weiter zu machen mit der Umwandlung unserer marktwirtschaftlichen Demokratie in europäistischer Perspektive, um nicht in die Klauen der Serben zu geraten und von ihnen ausgehungert zu werden! Ich bin mir sicher, daß uns gerade diese so unscheinbare, gratis an alle Haushaltungen verteilte und namentlich auf die Hausfrauen abzielende Publikation eine wichtige Botschaft vermitteln wollte.

Ich fühlte das intuitiv. Ich denke, viele von uns Journalisten werden diese hoffnungsvolle Botschaft damals als ein Zeichen aufgenommen haben, sei es aufgrund persönlicher Lektüre der Schrift, sei es aufgrund der positiven Schwingungen, die meinen Kollegen durch ihre Kinder, Ehefrauen oder Mütter übertragen wurden. Auch wenn keiner von uns mit den anderen in aller Offenheit darüber gesprochen haben mag, denke ich, daß alle sich zu jener Zeit in einer Art Trance-Zustand befunden haben.

Wir hatten ihn wahrscheinlich alle schon gefunden, unseren Mann! Ohne daß es uns bislang bewußt geworden war!

Aufgrund dieser meiner noch sehr vagen Ahnung habe ich sogleich damit begonnen, mit jener magischen Publikation eine Experimentenreihe durchzuführen, wobei mein kleiner mutterloser Sohn Pierino die Testperson gespielt hat.

Nun haben wir es lange nicht mehr gemacht. Aber ich werde es Ihnen trotzdem noch einmal vorführen. Ich rufe ihn mal, und dann frage ich ihn noch einmal folgendes:

• »Pierino! Ascolta! Cosa vuol dire E-U-R-O-P-A?«

• »Edumeccatto!«

• »Ueh! *Bravissimo, Piero! Sei grande, sei fortissimo!*« Wundervoll! Laut, klar und deutlich! *Grandioso!* Es hat erneut geklappt, und das obwohl »Euromercato« mindestens dreimal so schwer auszusprechen ist wie *mamma* oder *papà*! Er macht ihn also immer noch heiß – wer, darauf kommen wir gleich –, obwohl die Vorweihnachtszeit, da wir mit dem Experiment begonnen hatten, nun schon viele Monate zurück liegt und schon Frühling (obwohl noch für die Jahreszeit entschieden zu kalt und regnerisch) ist!

Ich habe ihn ein bißchen »konditioniert«. Ich habe Piero nämlich »klargebracht«, daß es den – wen, darauf kommen wir gleich noch – im *Euromercato* gibt, und das Wort »Euromercato« mußte er mir vorher sagen, früher habe ich die betreffende Seite nicht aufgeschlagen, und zuvor habe ich stets noch eine Zeitlang gewartet, während welcher er wie jetzt wieder gezappelt hat wie ein Besessener und nicht länger Ruhe gegeben, bis ich ihm endlich wieder die Seite 3 der bereits zitierten, hier auf meinem Schreibtisch liegenden gratis an alle Haushalte verteilten wegweisenden europäistischen Publikation aufgeschlagen habe, und dann hat er wie jetzt wieder vor Vorfreude (schönes deutsches Wort, gibt es im Italienischen so gar nicht) gejauchzt, als er nämlich den blonden, blauäugigen »Mister Muscolo«, den »unglaublichen verlängerbaren« (»bis auf 2 Meter«) Mann mit dem überdimensionalen Oberkörper und den Plastik-Elfenbeinzähnen, der geballten linken Faust (he-he!) wiedererkannt hat, Preis 33.500 Lire (incl. MwSt.). Dann habe ich immer gesagt, »da fahren wir morgen mal hin, um uns den anzuschauen, das ist ein ganz ganz großer Supermarkt, der *Euromercato*«, nur habe ich bis zum jetzigen Zeitpunkt leider noch keine Zeit dazu gehabt, weil ich einfach zu viel an meinen Artikeln feilen mußte. Aber bald soll er ihn endlich wirklich bekommen, den Muskelmister! Obwohl er die linke Faust ballt, da wollen wir dieses Mal mal nicht so ideologisch sein, denn die Zeiten der Ideologien sind ja ohnehin vorbei. Und mein mutterloser Pierino hat ihn sich wirklich redlich verdient. Auch weil er sich nun endlich nicht mehr ständig vollkackt.

Durch die begrüßenswerte Namensgebung der neuen Warenhaus-Supermarktkette »Euromercato« hat Pierino also schon etwas ganz Fundamentales erkannt, was nämlich die Frage betrifft, was uns Europäer verbindet, nämlich zunächst einmal natürlich: unser gemeinsamer Markt. Zweitens meine ich mit meinem Experiment gezeigt zu haben, daß der Euromarkt, wenn man sonst auch gar nichts

mehr zum Festhalten haben mag, geeignet ist, die Bedürfnisse eines affektiv desorientierten Menschen an sich zu binden, oder einfacher ausgedrückt, er macht uns immer noch Appetit. Drittens läßt er sich mit bestimmten Idealbildern verknüpfen und ist wahrscheinlich auch schon seit längerem mit solchen verknüpft. Was z.B. Pieros Fall betrifft, so wird er dank meines Experiments, wenn er »Europa« oder »Euromercato« sagen hören wird, zeitlebens einen blonden, blauäugigen, bis auf zwei Meter verlängerbaren Mister Muscolo in einem großen Supermarkt damit assoziieren und sich viertens einbilden, daß er ihn bald bekommen wird, womit er auf dem besten Wege ist, einmal ein europä(ist)isch denkender Mann zu werden.

Seinerseits belehrt Pierino uns dagegen schon auf seine kindliche Art, daß wir für den Euromarkt keineswegs nur manchmal kleine und/oder etwas größere Opfer zu bringen (z.B., wie in seinem Fall, schon früh auf eine primäre Bezugsperson zu verzichten und sich einstweilen mit der Vorfreude auf etwas Erwünschtes zufrieden zu geben) lernen müssen, sondern daß wir, wie es bei jedem Marktgeschäft der Fall ist, auch etwas dafür retour erhalten, und zwar oft unvergleichlich mehr! In Pieros konkretem Fall nämlich eben:

1. Vorfreude (Die »schönste Freude«! Sie sollten wirklich mal sehen, wie der Pierino zappelt!), und zwar auf:

2. Kraft und

3. Größe.

Sowie zusätzlich und *last not least*, wie die Eröffnung des *Euromercato-Shopville*-Komplexes in Casalecchio di Reno (Bologna) beweist:

4. (Sichere) Arbeitsplätze und damit *in ultima analisi*

5. Wohlstand.

So etwas hatte uns italienischen Wählern nämlich eigentlich (schönes deutsches Wort) immer schon irgendwie als Alternative zum Bolschewismus vorgeschwebt: europäische, d.h. deutsche, Verhältnisse, nach so etwas hatten wir immer schon immer gestrebt! Also etwas ganz anderes als das, was man etwa im Falle der linken »Unità« der Postkommunisten hinter jedem ihrer schwarzmalerischen Titel erwarten mußte: Bomben und Granaten. Im Vergleich dazu bestand die neuartige »Bombennachricht« der »Euromercato«-Informationsschrift mit dem uns italienischen Bürgern und Fernsehzuschauern so lange vertrauten Symbol im Titelbild, der Schreibmaschine, der eine Blume entwächst, etwas gänzlich anderes, und wenn man dann ohne falsche Scheuklappen hinschaute, konnte man die frohe Botschaft erkennen, daß das, was dort beinahe platzte, keineswegs eine Bombe war, sondern der dort aufgemalte *fette Bauch des Weihnachtsmannes*. Dessen Gürtel und Mantel, so mußte man meinen, könnten jeden Moment ob des in seinem Bauche angestauten Drucks aufreißen, und dann müßte man schnell eine Putzkolonne herbeirufen. Das ist doch schon einmal viel lustiger!

Wir müssen noch kurz ergänzen, daß das, was wir alternativ mit »vor/zur« übersetzt haben, im Italienischen das Wörtchen »di« (»von«) ist und in meiner Muttersprache den mit eben jenen zwei deutschen Wörtchen behelfsmäßig ausgedrückten Doppelsinn erhält: »Die grossen Feste des Vorteils. der Euromarkt platzt vor« oder eben: zu Weihnachten!«

Genau hierin lag der Trick, der natürlich von den am Werke gewesenen hervorragenden Werbespezialisten bzw. Journalisten (die Grenzen dazwischen sind ja fließend), beabsichtigt gewesen war: Jenes Bild mochte uns also vielleicht genau wie der zweideutige Titel oder ein x-beliebiger Titel der »Unità« zunächst ein wenig Angst einjagen, da ja manche von uns bereits als Kinder eine gewisse Ehrfurcht vor dem Weihnachtsmann verspürt hatten. Mit dem »kleinen«, aber folgenreichen Unterschied allerdings, daß es andererseits auch gleich Ruhe, ja Freude, Vorfreude ausstrahlte, und erst recht, wenn man den Titel einmal Titel sein ließ und die Werbeschrift endlich aufblätterte. Dann verspürte man wie Pierino Vorfreude, z.B. auf Kraft, Freude, Muskeln, Wohlstand und so weiter. Auf Arbeitsplätze etc.

Mit einer solchen Taktik also, deren Wirksamkeit das Beispiel des »Pierino-Euromercato-Experiments« Ihnen wohl deutlich vor Augen geführt haben sollte, hätten wir vielleicht also noch eine Chance haben können, gegen den Ansturm des Neokommunismus standzuhalten. Mit einem Angebot nämlich, das im positiven Gegensatz stehen würde zu dem, was die Christdemokraten, Sozialisten und, zugegebenermaßen, auch viele Journalisten zu Beginn der großen Krise noch behauptet hatten: daß das Fest nämlich vorbei sei und nun, nachdem man jahrelang von denselben Leuten beklaut worden war, wohl oder übel, auch noch gehungert werden müsse.

Warum also nicht einfach ein neues Fest organisieren oder es zumindest in Aussicht stellen, als Kontrastprogramm zu den Bol-schewisten Occhetto's, die, so phantasielos wie sie sind, den italienischen Lesern und Fernsehzuschauern lieber Zwangskollektivierung mit Hungerkur und Überstunden servieren wollten. Denn was sonst stand hinter Occhetto's dummem Vorschlag, eine Regierung zu bilden, die »in der Lage ist, »Ordnung und Sicherheit im Tausch gegen Arbeit und Solidarität« zu geben.«⁵ Occhetto meinte wohl dadurch Interesse beim Publikum erwecken zu können, daß er ernstliche Anstalten vortäuschte, den Wählerinnen und Wählern endlich auch einmal ein reelles marktmäßiges Tauschangebot zu machen: wir Progressiven geben euch Ordnung und Sicherheit (vor den Serben), und ihr, Bürger, Volk und Postkommunisten, gebt uns dafür eure Arbeit und Solidarität. Na immerhin! Angestrengt hat er sich schon immer sehr. Nur leider immer schon immer zu spät.

In der Tat wäre aber das Volk ja auch um ein Haar darauf hereingefallen, wie wir oben gesehen haben! Wahrscheinlich

hätte das Volk, dumm und kommunistisch indoktriniert wie es ist, gar nicht bemerkt, daß Occhetto in seinem gerade erst eröffneten, aber aus der Vorzeit des Kapitalismus zu stammen scheinenden, von der Supermarkt-Konkurrenz sicherlich bald aufgefressenen Krämerladen ja nicht einmal Kraft, GröÙe, Freude, geschweigedenn Arbeitsplätze noch Wohlstand oder auf zwei Meter verlängerbare Muskelmister vorrätig hatte...

Doch uns fehlte leider noch das noch Produkt selbst, auf dem man das vorteilhaftere Angebot hätte begründen können: der Muskelmister!

Die Zeit lief uns davon, Weihnachten kam näher, die Wahlen kamen näher, einige Generäle heckten wahrscheinlich derweilen schon Putschpläne aus...

Wenn nicht doch noch ein Wunder geschehen würde in jener großen Not...

Doch wir Journalisten wurden mit dem Herannahen des Weihnachtsfestes plötzlich immer zuversichtlicher, ohne recht bewußt zu wissen, warum!

Und dann kam es wirklich! Dann kam es tatsächlich! Uuuuhhh!

Das Wunder!!!! Es kam, kam und kam!

Der Muskelmister kam und versprach uns viele starke Muskerlminister!

Viele kleine nette smarte Faschos. Nordische und mehr südländische.

Wie wunderschön, rechtzeitig zu Weihnachten die frohe Botschaft! Wie nach einem göttlichen Plan!

Er war es wirklich in Person – in Fleisch und Blut! Der Versöhner! Der Erretter! Der nationale Wiedervereiniger mit großen Ambitionen auf Europa!

Silvio Berlusconi, der Besitzer des Euro-marktes höchstpersönlich! Der Medienmagnat, der Besitzer der drei superstarken Fernsehanstalten, von Versicherungsgesellschaften etc. etc....

Wir mochten zunächst unseren Augen noch nicht trauen – aber er war wirklich gekommen, das große Wunder!

Verstehen Sie uns jetzt endlich, Herr Kohl?

Sie sind doch nur neidisch, geben Sie's doch zu!

Tun Sie doch nicht so besorgt, von wegen Faschismus! Fegen Sie mal lieber vor der eigenen Tür! Wieviel Brände dieses Jahr, wieviel Neger, Asiaten tot? Schämen Sie sich denn wenigstens mal ein bißchen? Können Sie das?

Entschuldigen Sie bitte, Herr Kohl, aber ich bin ein Medium, ich befinde mich in in Trance, in der Gewalt des Marktes, das ist die Schuld des blonden blauäugigen *mister muscolo*.

Jetzt sagt es grade, daß ich in 2 Minuten das Geschriebene mit dem Modem wieder nach Österreich schicken soll!

Können Sie uns jetzt endlich verstehen?

Alles weitere ging dann ziemlich schnell. Viele viele Unternehmer und andere wichtige Persönlichkeiten und auch Durchschnittsitaliener wurden Mitglieder seiner »Forza Italia«-Clubs, wir alle sprachen praktisch nur noch von ihm, die Le-

ga sträubte sich noch ein wenig, Bossi schimpfte ihn gar einmal Berluskaizer, aber irgendwann legte sich das, Lega versöhnte sich ein bißchen mit den Faschisten – Pack schlägt sich, Pack verträgt sich, wie zu Anfang in Jugosöatildutjaävioltughslx-1'62 w3o97eü97f7 1+4ßü77nn07tu5bütauchten überall großflächige, zum Teil beleuchtete grün-rot-blaue Plakate auf, von denen herab er uns zulächelte, und in unzähligen Werbe- und Informationsspots lächelte er uns an und versprach es immer wieder, in einer einfachen Sprache, für jedermann verständlich: Das »neue italienische Wunder!« Den »Buon governo«, die »gute Regierung!«

»Um in Europa mehr zu zählen!« – (So wie die Deutschen, *magari!*)

Ja es ist kaum zu fassen: *Wir sind wieder ein Volk* und halten wieder alle zusammen!

Übrigens, was uns die Deutschen wohl auch noch neiden werden:

Der Ganz Große Capo, wenn man das so sagen darf, hat sich offenbar auch irgendwie indirekt bei den Wählern für die bisher wohl ausgewogensten und glücklichsten Wahlen in der Geschichte Italiens bedanken und uns zu unserem drei- ja 4-fachen Volltreffer beglückwünschen wollen: via »Famiglia Cristiana«, Magazin des Vatikans für breiteste Volksgeschichten – das man sogar im – leider immer noch »rot sehenden« (Il Resto del Carlino« unmittelbar nach der letzten Wahl) – Bologna in der Kirche, aber auch an jedem Kiosk kaufen kann. Und zwar mit einem ganz toll gemachten Titelbild:

Bei den genannten drei Volltreffern handelt es sich natürlich, wie Sie sicher schon freudig erwartet haben, nicht um die drei himmlischen Leader Vater, Sohn und Heiliger Geist, sondern um die drei irdischen politischen Führer Silvio Berlusconi (Neuer italienischer Regierungschef, Leader von »Forza Italia«, also »Kraft/los/vorwärts/schlag zu/hau rein, Italien!« [Bitte an die Redaktion: bitte passenden Begriff auswählen bzw. besseren einsetzen, C.C.]) Gianfranco Fini (Vorsitzender von »Alleanza Nazionale«, braucht sicherlich keine Übersetzung ins Deutsche) und Umberto Bossi (Sekretär der »Lega Nord«, »nordische Liga« – hervorgegangen aus der Lega Lombarda, mit ethnischen Wurzeln an der Unterelbe). Über allen dreien stand last not least Oscar Luigi Scalfaro, Presidente della Repubblica, der ehrwürdige alte Mann, leidenschaftliche Madonnenverehrer, eifrige Kirchgänger und Patriot: Und also stand wieder gottseidank »Über allem Italien, über allem Italien«, wie jener nimmer müde wird zu wiederholen.

Pointe: Alle viere arrangiert in Form eines optimistisch grünen Kleeblatts! Oi-oil!

Wir sind also endlich wieder *ein Volk*, wie unser europäisches Vorbild, die Deutschen, wer hätte das gedacht! »Um in Europa mehr zu zählen«, wie der Capo Berlusconi sagt.

Europa – wir kommen – notfalls über Partisanenleichen – *arrivederci* bis zur nächsten Folge!

Michael Häupl

Wien auf dem Weg zur Umweltmusterstadt

M.H. ist, außer Landesparteivorsitzender der SPÖ Wien und FORVM-Autor, auch Wiener Umweltstadtrat – aus diesem Bereich seiner Engagements berichtet er hier. -Red.

Wien hat sich das ehrgeizige Ziel gesetzt um das Jahr 2000 unter den Großstädten der Welt gleichsam als die »Umweltmusterstadt« zu gelten.

Dieses Ziel ist keineswegs so utopisch, wie es klingen mag. Denn der Umweltgedanke und die damit verbundenen Umweltprozesse ziehen sich bereits seit geraumer Zeit wie ein roter Faden durch die Arbeit der Wiener Stadtverwaltung. Daß der eingeschlagene Weg stimmt, zeigt die Vielfalt der Wiener Umweltinitiativen. Von den »kleinen Dingen«, wie dem Salzstreuverbot zum Schutz der Bäume, bis zu langfristigen Milliardenprogrammen, wie jenem zur Luftreinhaltung und der Versorgung mit reinem Quellwasser.

Städtische Umweltpolitik, also eine Politik der Stadtökologie, gehört zu den Grundprinzipien kommunaler Entwicklungspolitik. Im Rahmen der umweltpolitischen Arbeit stehen zwei Aufgabenbereiche im Vordergrund: einerseits der »reparierende Umweltschutz«, wobei die Stadt Wien bereits bedeutende Leistungen zur Verbesserung der Luftqualität vollbracht hat, andererseits der »prophylaktische Umweltschutz«, die Verhinderung oder zumindest weitestgehende Verminderung neuer Umweltbelastungen.

Die unzweifelhaft bestehende Asymmetrie zwischen Sanierung und Vorsorge gilt es nicht nur zu beseitigen, sondern deutlich zugunsten der Vermeidung ökologischer Schädigungen zu verlagern. Zweifelsohne ist städtische Umweltpolitik nur ein kleines, aber bedeutendes Mosaiksteinchen im breiten Feld der globalen Umweltproblematik. Schließlich sind Städte auch Ballungszentren von Umweltbelastungen.

Und das sind die Schwerpunkte der Umweltpolitik für Wien:

Angesichts der Tatsache eines ungebrochenen jährlichen Anwachses eines ohnehin in die Millionen Tonnen gehenden österreichischen Müllberges, ist die Vermeidung von Müll keine Vision des nächsten Jahrtausends, sondern sowohl eine ökologische als auch eine ökonomische Notwendigkeit von tagespolitischer Aktualität.

Die aus der Vision der »ökologischen Kreislaufwirtschaft« resultierende klare Prioritätensetzung einer modernen Abfall-

wirtschaft setzt voraus, daß umweltschädigende Produktionsprozesse und Verhaltensweisen durch umweltverträglichere zu ersetzen sind.

In Ergänzung zum klaren Bekenntnis und zum festen politischen Willen der Abfallvermeidung und Abfallverwertung, hat auch das klare Bekenntnis zur Entsorgungssicherheit der Stadt zu stehen.

Das gut ausgebaute System von derzeit 18 Mistplätzen, 37 Problemstoffsammelstellen und 1319 Altstoffzentren für die getrennte Sammlung von Altstoffen wie Papier, Glas, Metalle, Textilien, Problemstoffe und Sperrmüll, sowie das Projekt »Biotonne« zur Sammlung von vegetabilischen Abfällen, welches es ermöglicht, daß rund 36 Prozent des Wiener Hausmülls einer Wiederverwertung zugeführt werden, ist ein Beweis dafür, daß Abfallvermeidung und Wiederverwertung in Wien keine Schlagworte sind.

☆

Die Wiener Luftsituation hat sich in den letzten Jahren bedeutend verbessert. So haben z.B. die Belastungen durch Schwefeldioxid und Staub beträchtlich abgenommen. Großen Anteil daran haben – die auch international sehr beachteten – Luftreinhaltemaßnahmen im Bereich der Wiener Kraftwerke und Müllverbrennungsanlagen sowie der forcierte Ausbau der umweltfreundlichen, leitungsgebundenen Energie.

Trotzdem besitzt noch immer ein großer Prozentsatz an Wiener Wohnungen Einzelofenheizungen und macht damit den Hausbrand zu einem der größten stadtoökologischen Probleme. Es ist notwendig, daß diese Einzelfeuerungen auf umweltfreundliche Brennstoffe und Öfen umgestellt werden.

Vor allem aber soll die Fernwärme durch Ausbau des Versorgungsnetzes und finanziell günstige Anschlußbedingungen für Haushalte und Betriebe noch attraktiver gemacht werden.

Stickoxide und Ozon sind die beiden Schadstoffgruppen, die uns am meisten Probleme bereiten. Diese Schadstoffe sind überwiegend auf den Kraftfahrzeugverkehr zurückzuführen, der nach wie vor der »Luftverschmutzer Nummer Eins« ist.

Untersuchungsergebnisse lassen ein interessantes Phänomen erkennen: Einerseits

wird von der Bevölkerung sehr wohl erkannt, daß der KFZ-Verkehr die Luft – und somit die Lebensqualität – beeinträchtigt, andererseits ist aber der größte Teil der Bevölkerung offensichtlich nicht bereit, auf das Auto zu verzichten.

Wenn auch in Wien bereits einige Maßnahmen zur Linderung der negativen Verkehrsauswirkungen gesetzt wurden, z.B. Nachtfahrverbot für LKW oder Tempo-30-Zonen, wird eine wirkliche Verbesserung der Luftsituation nur durch weitere gezielte Maßnahmen zur Reduzierung der Schadstoffe aus dem KFZ-Verkehr, u.a. durch eine Forcierung des Katalysators, erreicht werden können. Weiters wird es unumgänglich sein, Maßnahmen gegen den Schadstoffeintrag durch Zweitaktmotoren zu setzen.

Eines der Hauptziele der Wiener Umweltpolitik ist, eine Luftqualität zu schaffen, die mit Sicherheit Gesundheitsschäden durch Luftverunreinigung ausschließt. Mittels eines Computerprogrammes, das in Zusammenarbeit mit der TU-Wien erstellt wurde, kann eine Schadstoffverteilung über Wien berechnet werden, wobei durch das Luftmeßnetz das gesamte Wiener Stadtgebiet erfaßt wird.

☆

Wien ist die einzige Millionenstadt der Welt, deren Bevölkerung in Normalzeiten praktisch ausschließlich mit Gebirgsquellwasser versorgt werden kann. Die Grundwasserwerke dienen nur als Reserve für Perioden extremer Trockenheit. Die Versorgung der Wiener Bevölkerung mit erstklassigem Hochquellwasser ist nach wie vor ein Hauptanliegen. Am Ausbau der öffentlichen Wasserversorgung und an der Erneuerung des alten Wasserrohrnetzes wird daher ständig gearbeitet, um Wasserverluste zu vermeiden.

Durch derzeit laufende Milliardenprogramme – Ausbau der Entlastungskanäle, Umbau alter Kanäle, Anschluß der restlichen Haushalte an das öffentliche Kanalnetz – wird sichergestellt, daß keine ungeklärten Abwässer mehr in Donau und Donaukanal gelangen.

☆

Wien ist eine der grünen Großstädte Europas. Grünflächen und Erholungsräume bilden in Wien die Hälfte des Stadtgebietes. Allerdings gibt es große Unterschiede zwischen dem Stadtzentrum und dem Stadtrand. Gerade in den dicht bebauten Stadtgebieten mangelt es noch manchmal an nahen Erholungsflächen.

Zum Grünprogramm der Stadt Wien gehören natürlich auch Maßnahmen für die Bäume. Das reicht von den Aktivitäten zur weiteren Verbesserung der Luftqualität bis zu Baumsanierungsprogrammen, der Gestaltung neuer Alleen und dem Pflanzen neuer Bäume.

Das Sanierungsprogramm für die Ringstraßenallee wurde bereits abgeschlossen.

Die großen Parkanlagen, wie etwa der Donaupark oder der Kurpark Oberlaa, die Erholungsgebiete des Laaer Waldes, des Lainzer Tiergartens, der Lobau, des Praters und des Wienerwaldes bilden die »grüne Lunge« für unsere Stadt.

☆

Dieser Überblick über die Umweltschutzmaßnahmen in Wien zeigt, daß das gesteckte Ziel der »Umweltmusterstadt« nicht zu hoch ist.

Umweltpolitik ist jedoch nicht Sache weniger Experten eines Arbeitsbereiches in der Stadtverwaltung. Sie ist die Aufgabe jedes einzelnen engagierten Bürgers sowie der gesamten öffentlichen Verwaltung. Wissenschaftler, Umweltschutzorganisatio-

nen und Bürgerinitiativen waren und sind wichtige Partner bei der Gestaltung der Umwelt in Wien.

Es ist unsere Aufgabe, solche Gruppierungen verstärkt in die Planung und Entscheidungsfindung einzubeziehen und der Öffentlichkeit alle für eine solche aktive Rolle erforderlichen Informationen zur Verfügung zu stellen.

Die Partnerschaft mit umweltbewußten Bürgern wird dort leichter und erfolgreicher sein, wo durch verstärkte Dezentralisierung der Mitbestimmungsprozeß überschaubare Bereiche betrifft. Weit mehr noch als heute wird es in Zukunft nötig sein, der Bevölkerung bewußt zu machen, wie sehr jeder in seinem persönlichen Handeln zur Verbesserung der Umweltsituation beitragen kann.

Dr. Fri / Mag. Schle

Eine blaßblaue Programmschrift

Das FORVM trifft auf das Liberale Forum: Friedhelm Frischenschlager, Klubobmann, diskutiert mit Robert Schlesinger über sein Programm.
Wer ist der bessere Liberale?

Robert Schlesinger: Wozu braucht man eine liberale Partei?

Friedhelm Frischenschlager (LF-intern »Dr. Fri«): Jede liberale Partei geht von einem Menschenbild aus: dem vernunftbegabten, zur freien Entscheidung fähigen und eigenverantwortlichen Individuum. Es braucht eine politische Kraft, die das in den Mittelpunkt stellt.

Hat sich durch die Veränderung der weltpolitischen Lage auch an der Berechtigung von liberalen Parteien irgendetwas geändert?

Sie sind dramatisch notwendiger geworden. In Europa ist die Tendenz Richtung Konservatismus viel stärker geworden. Eine liberale Partei baut auf der individuellen Freiheit, der Menschenwürde und den Menschenrechten auf, geht Richtung Rechts- und Verfassungsstaat, schaut darauf, daß es einen in ökologischen und sozialen Rahmenbedingungen ablaufenden wirtschaftlichen Wettbewerb geben muß. Das zeigt, daß der Liberalismus hochaktuell ist.

Ich bin zwar kein Parteigänger des Liberalen Forums, aber ich würde die Notwendigkeit einer liberalen Partei viel schärfer formulieren. Seit 200 Jahren ist das Eintreten für die Menschenrechte und die Demokratie die letztlich prägende Kraft der historischen Entwicklung gewesen. Das sage ich trotz Faschismus, denn in den Teilen der Welt, die von ihm nicht beherrscht wurden, hat der Faschismus diese Kraft noch gestärkt, und sie hat sich ja auch gegen ihn durchgesetzt.

Nach dem Zweiten Weltkrieg hatten die westlichen Gesellschaften das Bedürfnis, Demokratie und Menschenrechte weiterzuentwickeln, um sich von ihrem großen Feindbild Kommunismus abzuheben. Seit es den bösen Kommunismus nicht mehr gibt, ist dieses Interesse offensichtlich restlos verlorengegangen; die Argumentation dafür ist völlig in die Defensive geraten. Ich befürworte es also, daß sich eine liberale Partei dem widmet; da setzt aber meine Kritik an Ihrem Programm an: Das Problem scheint mir nicht scharf genug erkannt. Hier steht nicht: Das Hauptanliegen einer liberalen Partei ist der Ausbau der Grund- und Menschenrechte, der bürgerlichen Freiheiten.

Ich war lange in der Grundrechtekommission und habe die Mühseligkeit kennengelernt, in einem ausgebauten grundrechtlichen System weiter voranzukommen. Die individuellen Grundrechte sind bei uns relativ gut ausgebaut ...

... wenn man ein Inländer ist, der es sich leisten kann, unter Umständen ein langes Verfahren vor dem Verfassungsgerichtshof und dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu führen.

Nicht daß es heute noch Probleme bei der Rechtsdurchsetzung gibt. Unsere Probleme sind die sogenannten Randgruppen, die Ausländer. Wir sind die einzige Gruppierung, die das kommunale, aktive Wahlrecht für Ausländer fordert.

Warum nur das kommunale?

Ein politisches Programm muß Perspektiven entwickeln, es muß aber auch über eine minimale Minderheit hinaus Reso-

nanz finden. Wenn ich heute sage: Ein Ausländer hat die demokratischen Rechte wie ein Inländer, stoße ich natürlich auf sehr grundsätzliche Probleme, aber vor allem auf eine totale Ablehnung. Über die Zirkel, die das akzeptieren, wollen wir schon ein bißl hinausgehen.

Wir haben in Österreich mittlerweile zwei Rechtssysteme: Für Inländer gelten Demokratie und Rechtsstaat, für Ausländer gilt eine Willkürherrschaft der Behörden. Ein Fremder, der bei der Schwarzarbeit erwischt wird, erhält ein Aufenthaltsverbot; so werden Menschen des Landes verwiesen, die zum Teil schon lange hier leben. Asylwerber werden grundsätzlich nicht mehr aufgenommen, es ist vollkommen gleichgültig, welche Fluchtgründe sie haben; dann werden sie systematisch in ihre Heimatstaaten, die Verfolgerstaaten, abgeschoben. Von Menschenrechtsschutz ist da überhaupt keine Rede mehr.

Jedenfalls hinkt er nach. Daß sie rechtlos sind, würde ich nicht sagen.

Sie haben sicherlich recht, daß die Menschenrechtsproblematik bei uns nicht derartig im Mittelpunkt steht, aber sie ist ein Thema, auf dem wir beharren werden. Wir haben eine Grundrechtsordnung, die mag mangelhaft sein, aber sie ist auf einem hohen Standard, das ist eigentlich klar. Und dann haben wir gesellschaftliche Verhältnisse, Vermachtungen, die Realverfassung, die ja für uns – innerstaatlich gesehen – die Hauptherausforderung darstellt.

Ich kann mich nicht erinnern, daß es in Ihrem Programm irgendeine Forderung nach einem neuen Grundrecht gäbe, zum Beispiel nach einem verfassungsmäßig garantierten Recht auf Asyl. »Österreich hat aufgrund seiner historischen Entwicklung eine besondere Verpflichtung gegenüber den Opfern politischer Verfolgung.« O.k. »Wir lehnen daher jede Einschränkung des geltenden Asylrechtes ab.« (S. 18) Das ist defensiv.*

Da gebe ich Ihnen recht. Da hat uns natürlich ein bißchen die ganz aktuelle Situation die Feder geführt.

Anmerkung: Thema verfehlt

Wahrscheinlich habe ich einfach ein verqueres Verständnis vom Liberalismus. Mir erscheint die Gefahr, die Demokratie und die Menschenrechte könnten mangels Publikumsinteresses abgesagt werden, als die bedeutendste, die sich für einen Liberalen denken läßt. Eine »liberale« Partei, die darauf mit einem Achselzucken reagiert, nebst dem Hinweis, die österreichische Realverfassung liege ihr mehr am Herzen, halte ich für ebenso notwendig wie einen Kropf. Wir lesen:

»Der Parteienproporz der großen Koalition beschränkt sich nicht auf die Politik. Alle wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereiche bis hin zu Freizeiteinrichtungen werden einer der beiden »Reichshälften« zugeordnet. Diesem Zweck dienen auch die Zwangsformen

* Seitenangaben beziehen sich auf: Liberales Forum, Das Programm, Wien 1994

des österreichischen Kammern- und Verbändewesens.« (S. 74)

Fürwahr, derlei Weltbewegendes zieht sich durch das liberale Programm wie ein roter Faden. Haider und Leitgeb haben Unterstützung bekommen. Freilich darf man keineswegs dem ganzen Programm solch triviale Absichten nachsagen. Das Liberale Forum stellt an sich vielmehr den hohen und daher sympathischen Anspruch, von einer sehr grundsätzlichen Analyse der Gesellschaft auszugehen. Die vier Abschnitte des Textes heißen »Mensch«, »Gesellschaft«, »Staat« und »Internationale Gemeinschaft«; jedes der zu ihnen zusammengefaßten Kapitel hat drei Teile: Bald verwaschen, bald vernünftig formulierten Thesen folgen – oft scharfsinnige – Deutungen des Status quo, die Conclusio bilden ein paar beispielhafte, konkrete,

Forum jedoch nicht allein; so ist es eben, wenn die einzige Vision, von der das öffentliche Leben geprägt wird, die Television ist.

☆

R. Sch: Auch die Kapitel, in denen es um die Demokratie geht, sind defensiv:

»Eine Parlamentsreform ist unabdingbar: Das Parlament muß die inhaltliche Politikbestimmung zurückgewinnen. (...) Dazu ist ein Ausbau der parlamentarischen Hilfsdienste unerlässlich. (...) Das Parlament muß seinen Gestaltungswillen bei der Budgeterstellung einbringen können. (...) Hinsichtlich der Mitwirkung am Vollzug ist die Stellung des Parlamentes zu stärken.« (S. 80)

Das Parlament wird von der Regierung zu einer Beschlußfassungsmaschinerie degradiert,

in den Ausschüssen mitarbeiten. Das Instrument der Regierungsvorlage wird abgeschafft.

Dr. Fri: Ich kann nicht auf die Gesetzgebungsinitiative der Regierung verzichten, weil der Gesetzesvollzug die unmittelbare Kenntnis über gesetzgeberische Notwendigkeiten mit sich bringt. Außer es gibt nur ein Machtzentrum, das Parlament; ein Ausschuß aus ihm bildet die Regierung als Spitze der Exekutive, aber nicht als politisches Organ, nur zur Administration. Dann habe ich keine Gewaltenteilung mehr. Wir brauchen diesen Gegensatz zwischen Parlament und Regierung.

Gesetzgebung ist nicht gleich Normgebung. Das Bundesgesetzblatt ist aber voll von Normen. Ist nicht vieles, was bei uns Gesetz ist, durch Verordnungen zu regeln? An sich würde ich dazu tendieren: eher grundsätzliche Gesetze und eine größere Verordnungsermächtigung, aber das Mißtrauen gegenüber der Regierung oder der Bürokratie folgt gleich hinterdrein.

Dann muß ich aber weg vom parlamentarischen Regierungssystem. Ich bin ein Anhänger des amerikanischen Verfassungsdenkens: Ich habe den starken Präsidenten; ihm gegenüber den Kongreß, der ihn nicht stürzen kann, außer er stiehlt ununterbrochen. Der Präsident ist direkt legitimiert durch die Bevölkerung, das Parlament ebenso. Das Parlament kann sich gegen den Präsidenten stellen; das ärgert ihn, aber es stürzt ihn nicht.

Warum sind alle diese Überlegungen nicht im Programm enthalten?

Das ist meine persönliche Auffassung. Es gibt viele bei uns, die gegen dieses Präsidialsystem sind.

Anmerkung: Wien darf Washington werden

Gewiß sind Frischenschlagers Befürchtungen, die Regierung könnte außer Kontrolle geraten, wolle man sie ermächtigen, mehr im Wege von Verordnungen festzusetzen, sympathisch. (Ein konstruktiver Vorschlag übrigens, um die Aufgaben der Exekutive klarer von jenen der Legislative zu sondern!) Heute aber bestimmt die Regierung in Wahrheit auch die Gesetze, und das macht dem liberalen Klubobmann offenbar weit weniger Kopfzerbrechen. Ob es daran liegt, daß ihm – dies zeigt seine Schilderung des amerikanischen Beispiels – die Macht der Regierung doch wichtiger scheint als jene des Parlaments?

☆

R. Sch: Ich sehe in Ihrem Programm keine klare Definition von Liberalismus. Die eine Variante ist: Zwänge und Einschränkungen abbauen und es dem freien Spiel der Konkurrenz überlassen, daß jeder sich entfalten soll, wie er kann; und die andere: Ich muß viele Menschen und gesellschaftliche Gruppen aber erst in eine Lage versetzen, in der sie sich überhaupt entfalten können. Das Programm hüpfst ständig zwischen diesen zwei Definitionen hin und her.



meist aber enttäuschende Forderungen. Kurzum: Man merkt die gute Absicht, verstimmt ist man, weil es an der Durchführung hapert.

Mit der merkwürdigen Idee, nicht erst die Politik, sondern bereits die ihr zugrundeliegende Weltanschauung als die Kunst des Möglichen zu definieren, steht das Liberale

diert, gegängelt und nicht ernstgenommen. Und da sagt Ihr Programm, man sollte das Parlament doch ein bißl stärken, statt zum Beispiel zu fordern: Die Ministerien dürfen keine Gesetzesvorschläge mehr ausarbeiten. Ausschließlich das Parlament hat die gesetzgeberische Kompetenz, die Ministerien haben ein Anhörungsrecht und dürfen als Experten

Dr. Fri: Beides ist notwendig.

Ich finde, daß die beiden Auffassungen miteinander gänzlich unvereinbar sind, weil sie unterschiedliche Einstellungen zum Staat bedingen. Ich kann nicht gleichzeitig für und gegen den Staat sein.

Na freilich kann ich. Selbstverständlich.

Das Programm scheint mir über weite Strecken staatsfeindlich.

Wir sind für den Rückbau des Staates, ganz klar. Das heißt nicht, daß ich keine Strukturen habe. Aber ich möchte nicht, daß sie staatlich sind, sondern gesellschaftlich. Nur bestimmte Dinge wollen wir beim Staat belassen.

Vorlesung: »Die Gesellschaft hat sozialer Bedürftigkeit vorzubeugen. Staatliche Rahmenbedingungen haben die größtmögliche Entfaltung gesellschaftlicher Eigeninitiativen zu ermöglichen und zu fördern. Wo jedoch Eigenverantwortung und Selbsthilfe zur Lösung sozialer Probleme nicht ausreichen, bedarf es der Ergänzung durch staatliches Handeln, das über das Setzen von rechtlichen Rahmenbedingungen hinausgeht. In diesem Sinne ist für das Liberale Forum staatliche Sozialpolitik unverzichtbar.« (S. 55)

Damit kann ich nichts anfangen. Der Staat ist als Träger von Sozialpolitik doch viel gerechter.

Ob ich zum Arzt gehe oder nicht, ob ich ihn zahlen kann oder nicht, ist bei meiner Einkommenslage wirklich mein Kaffee. Warum ich heute Kinderbeihilfe bekomme, sehe ich überhaupt nicht ein.

Wenn die Forderung nur heißt, Leuten, die sie nicht brauchen, die Sozialleistungen zu streichen, bin ich einverstanden. Ein Problem habe ich, wenn man sagt, die Hilfe für Bedürftige soll nach Möglichkeit gesellschaftlich und nicht staatlich organisiert werden, denn das bedeutet: Sozialfürsorge soll die Caritas betreiben, und wo sie versagt, soll der Staat einspringen. Der Staat verteilt seine Sozialleistungen ohne Ansehen der Person. Wenn die Altenpflege einer Privatinitiative im Grätzl übertragen wird, und es braucht der Herr Müller Pflege, der sich in den siebzig Jahren, die er in diesem Grätzl gelebt hat, nur Feinde geschaffen hat, dann wird er keine gute Pflege erhalten.

Dann wird man etwas anderes für ihn machen müssen.

So ist es ja nicht organisierbar. Das ist die Etablierung des Zufalls als Ordnungsprinzip der Sozialpolitik.

Die staatlich durchorganisierte Hilfe ist vom Menschlichen her meines Erachtens nicht optimal, und vom Ökonomischen schon überhaupt nicht. Niemand darf aber dem Notstand überlassen bleiben – wenn es einen Notstand gibt.

Mir ist die Rolle des Staates in diesem Programm zu wenig definiert. Ich finde das widersprüchlich und kontraproduktiv. Wenn man Liberalismus als Grundrechtsschutz und Schutz der individuellen Freiheit versteht, dann braucht man den Staat. Er muß das garantieren.

Ich brauche nicht den Staat. Ich brauche die verfaßte Ordnung; die öffentliche Ebene.

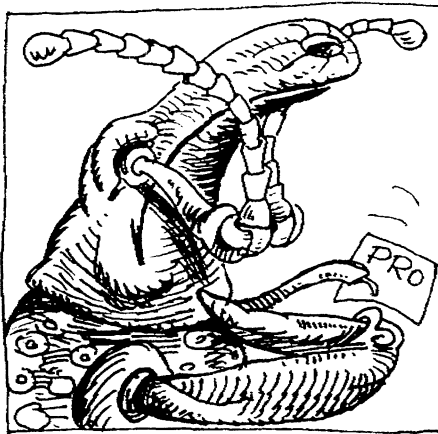
Der Staat allein ist mächtig genug, so etwas durchsetzen zu können. Ich leugne nicht, daß unser Staat kraß überreglementiert ist, daß er Eigeninitiative und demokratische Mitbestimmung erstickt, keine Frage. Aber der Ansatz sollte nicht sein: »Wir drängen den Staat zurück und organisieren uns als Gesellschaft selbst.« Wir sollten den Staat nicht als Gegenüber empfinden; wir, die Bürger, sind ja der Staat.

Wir sind staats skeptisch, mit gutem Grund. Die liberale Aufgabe ist es zu definieren: Wo sind die Grenzen des Staates? Wo ist die gesellschaftliche Selbstregulierung gewünscht?

Ich empfinde diesen Antagonismus zwischen Staat und Gesellschaft als konstruiert. Der Staat ist das Instrument der Bürger, das wichtigste Ordnungsprinzip der Gesellschaft. Es geht nicht darum, ihm, den abstrakten Moloch, zurückzudrängen, sondern ihn zurückzuerobern.

Ich schaffe den Staat ja nicht ab. Seine wesentlichste Aufgabe ist die Rahmengenbung für das individuelle und gesellschaftliche Leben.

Braucht nicht der Liberale auch den Staat als Verbündeten gegen gesellschaftliche Institutionen?



Gelegentlich ja. Das ist ambivalent. Ihr Modell ist auf keinen Fall liberal. Der Liberale wird immer sagen: möglichst viel der individuellen Freiheit und der gesellschaftlichen Selbstregulierung überlassen. Ein reduziertes Staatsbild.

Anm: Solcher und solcher Liberalismus

Auch wohlmeinende Freunde versichern mir, es sei ein unabdingbarer Wesenszug der liberalen Weltsicht, den Staat unter allen Umständen einschränken zu wollen. Wäre dem so, nähme ich mir allerdings die Freiheit, den Liberalismus weniger für eine Geisteshaltung denn für eine Geisteschwäche zu halten. Wer den Schutz der Rechte des Individuums auf seine Fahnen schreibt, dem muß auch – will er nicht unzulässige Einschränkungen der Freiheit des einen zugunsten des anderen in Kauf nehmen – am Interessenausgleich zwischen den Individuen liegen. Diesen kann nur der Staat – oder eine überstaatliche Autorität – vornehmen. Nur in der Demokratie ist gewährleistet,

daß jene, die den Interessenausgleich organisieren, von denen, um deren Interessen es geht, kontrolliert werden; und nur im Rechtsstaat hat der Einzelne die Möglichkeit, seinen Ansprüchen ohne Pistole in der Hand zur Durchsetzung zu verhelfen.

Ein Liberaler mit Verstand muß sich also mit dem demokratischen Rechtsstaat freudigsten Herzens identifizieren. Das schlägt nichts daran, daß er ein Gutteil seines politischen Engagements dem Kampf dagegen widmen mag, daß der Staat zum Selbstzweck werde, eine Macht entfalte, die zum bloßen Ausgleich zwischen den Interessen der Bürger nicht notwendig ist. Er muß sich aber in der Rolle des Hausherrn fühlen; er muß sich darüber empören, daß seine Untergebenen – die staatlichen Institutionen – sich Kompetenzen anmaßen, die er ihnen nicht zugedacht hat. Ganz fehl am Platze ist freilich die Pose des Privatiers, der sich durch den Staat – einen bedrohlichen Fremden – in seiner Sonntagsruhe gestört fühlt.

Restlos absurd scheint mir jedoch, daß ein Liberaler sogar die gesellschaftliche Selbstregulierung der staatlichen vorzieht. Er erkennt damit private, unkontrollierbare Autoritäten an und unterwirft so das Individuum, um dessen Schutz es ihm doch angeblich geht, dem Zufall und der Willkür in einem unüberschaubaren System, in dem – pointiert gesagt – jeder Macht ausüben kann, der sie sich anmaßt. Davor kann ein »schlanker Staat« den Einzelnen nicht schützen.

☆

R. Sch: Sehr gut gefallen hat mir das Kapitel »Leistung und Eigenverantwortung«. Ich sehe da das Grundproblem der westlichen Welt angerissen: Wie kann sie sich nach dem Wegfall des Feindbildes Kommunismus noch motivieren, ihre Gesellschaftsordnung auszubauen? Wie kann sich der einzelne motivieren, eine Leistung für diese Gesellschaft zu erbringen, und zwar in dem Sinne, wie Sie es hier definieren: Leistung ist nicht gleich Arbeit, sondern gleich Kreativität.

Dr. Fri: Das ist unser geronnenes Gesellschaftsbild: Leistung ist nicht das materiell Abgeltbare, sondern geht weit darüber hinaus.

Wie können sich die Menschen zu solchen Leistungen motivieren?

Aus den Bedürfnissen heraus. Immer dann, wenn eine Bedürfnislage entsteht, versucht der Mensch, dem abzuweichen und organisiert sich.

Es entsteht aber keine Bedürfnislage. Es geht den Leuten ja, so glauben sie, gut.

Nein. Den Leuten geht es scheinbar gut. Aber sie glauben es selber.

Die Bedürfnisse verändern sich sehr stark. Die Leute merken langsam: Moment einmal, es ist ja wunderschön, viel Geld zu haben, der Nachteil ist nur: man kommt irrsinnig in Streß beim Verdienen. Ist es nicht gescheiter, weniger Einkommen zu haben – und dafür ein kommoderes Leben? Das andere Beispiel ist das ökologische Bewußtsein, das sehr angewachsen ist.

Meine These ist allerdings, daß die Vielfalt der Lebensformen noch niemals in der Geschichte so gering war wie in den westlichen Gesellschaften heute. Es hat noch nie eine so unfaßbare Konformität der Lebensweisen und Lebensziele gegeben. Unsere Kultur ist eine reine Wirtschaftskultur. Es existiert vor allem das Wirtschafts- und Erwerbsleben; alles andere ist dem untergeordnet.

Das ändert sich. Die Arbeitswelt ist ein zentrales Thema; das ist das schwierigste Kapitel. Wir haben uns darauf konzentriert: Weg mit diesen konformen Arbeitsvorstellungen, was die Arbeitszeit betrifft etc. Ganz wichtig wird zum Beispiel die Sabbatidee sein: daß es ohne gesellschaftlichen und beruflichen Absturz möglich ist, ein Sabbatjahr oder auch Sabbatjahre zu nehmen.

Unsere Situation ist: Wir haben viel zu viel Produktivität – und die Arbeit geht uns aus. Das ist die zentrale soziale Herausforderung, vor der wir stehen. Zunächst muß es darum gehen, die Arbeit anders zu verteilen. Jeder jammert herum wie verrückt, er hat einen Streß. Zugleich haben wir Arbeitslose. Der erste Ansatz ist, einfach diese starren Arbeitszeitregelungen zu beseitigen.

Radikale Arbeitszeitverkürzung? 25 Stunden pro Woche?

Ich würde es nicht normieren. Das ist ja das Übel des sozialpartnerschaftlichen Zentrismus: die berühmten Vier-Augen-Gespräche, die alles entscheiden. Wir wollen sehr viel hinunterverlegen in den gesellschaftlichen Bereich; viel mehr Vertragsfreiheit. Der Helmut Peter hat ein sehr, sehr gutes Modell ausgearbeitet, mit dem er versucht, die Arbeit einmal übers Jahr anders zu verteilen.

Anmerkung: Ehre, wem Ehre gebührt

Applaus für Friedhelm Frischenschlager. Zwar teile ich seinen Optimismus nicht: Weder halte ich die, mag sein, sich verändernden Bedürfnisse für eine tragfähige Grundlage der Weiterentwicklung der Gesellschaft, noch die Vertragsfreiheit für eine solche der Revolution der Arbeitswelt. Aber die Liberalen haben eines der wesentlichen Übel unserer Zeit erkannt: Arbeit schändet; zwar nicht grundsätzlich, aber jedenfalls in der Form, in der sie zur Geißel der Menschen in den Industrienationen wurde. Der Erwerbstätigkeit werden Sehnsüchte, Vorlieben und zwischenmenschliche Beziehungen bedingungslos untergeordnet; das spricht der Entfaltung jedes Restchens von Individualität Hohn.

Das liberale Engagement ist hier also wohl am Platze; zur Abwechslung bin ich, so scheint es, mit dem Liberalen Forum einig, das mir diesmal als die Stimme des Predigers in der Wüste der österreichischen Politik erscheint.

Wählen kann ich es – siehe oben und vor allem unten – darob noch keineswegs; aber vielleicht darf ich mir einen liberalen Wirtschaftsminister oder, noch besser, ÖGB-Präsidenten wünschen?

☆

R. Sch: Wie kann man ein Liberaler werden, wenn man jahrelang ausgerechnet in der FPÖ gearbeitet hat?

Dr. Fri: Vom Anfang der 70er Jahre an bis zu Haider war die FPÖ eine mehr oder weniger rechtsliberale Partei.

Die Volksgemeinschaftsideologie war in allen ihren Programmen enthalten.

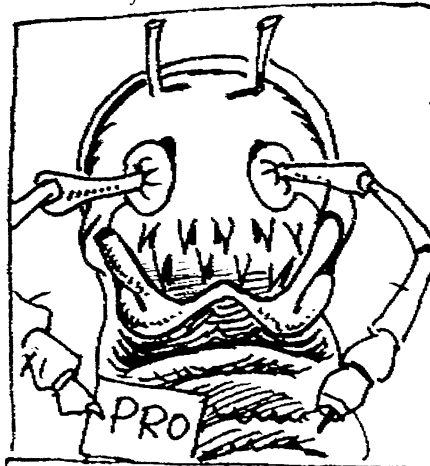
Nicht im Gesellschaftspolitischen Manifest.

Das war ja eine Zusatzklärung. Das Programm hat daneben weitergegolten.

Weil das Gesellschaftspolitische Manifest nur einen Teil des Programms abgedeckt hat und der zweite Teil nie kam, konnten wir das Parteiprogramm nie aufheben. Aber es war völlig bedeutungslos. An sich war geplant: ein Gesellschaftspolitisches Manifest und ein Staatspolitisches.

Was beim Liberalen Forum sozusagen der nationale Rest ist, ist das ethnische Bewußtsein, die grundrechtliche Verankerung der ethnischen Identität; aber nicht von der Höherwertigkeit meines Volkes ausgehend, auch nicht kollektivistisch aufgefaßt.

Haider definiert immer sehr schön und



brauchbar: Nationales Denken ist Gemeinschaftsdenken.

Das ist es aber nicht. Das ist nicht in der Tradition der FPÖ.

Aber es muß ja Gemeinschaftsdenken sein; das heißt der Einzelne hat zurückzustehen gegenüber den Interessen der Gemeinschaft. Das ist doch illiberal.

Das ist wieder eine andere Debatte. Bei uns (wen meint er jetzt? R. Sch.) heißt national nicht kommunitaristisch. Die Fragestellung: Individualismus oder Gemeinwohl ist vom Nationalen unabhängig. »Gemeinnutz geht vor Eigennutz« – das ist nicht ursprünglich oder kausal nationales Denken; das war im Faschismus so, aber auch im Sozialismus: Klassensolidarität. Die österreichische Tradition des Deutschnationalen ist die ethnische Gemeinschaft oder Sprachgemeinschaft oder Volksgemeinschaft, aber nicht als soziales Gefüge, sondern als kulturell-sprachliches Phänomen.

Das hat wenig politische Relevanz. Fühlen kann sich jeder, als was er mag.

Heute ist es politisch nicht mehr wirksam. Deswegen steigt Haider ja auch um, und auf einmal heißt es: »Österreich zuerst«.

Sie meinen, es sei eine nationale Politik ohne Volksgemeinschaftsideologie möglich.

Es ist nicht einfach, aber es geht. Das sind die national-liberalen Überlappungen. Eine national-liberal-demokratische Tradition, die eher aus dem Volkstumskampf der Monarchie entstanden ist. Ich selber habe jahrzehntlang geglaubt: Es ist aus dem heraus eine liberale Entwicklung aufbaubar.

Glauben Sie heute noch daran?

Nein. Denn es wohnt dem Nationalen ein wahnsinnig starkes reaktionäres Element inne.

Ich erinnere mich mit Schaudern an das Anti-Ausländer-Volksbegehren der FPÖ. Das ist bis heute eine Reserve, die ich Ihnen gegenüber habe: Sie und Frau Dr. Schmidt haben zwar an diesem Volksbegehren scharfe Kritik geübt; allerdings Sie an zwei von den zwölf Punkten, Schmidt an einem. Beide haben Sie an der Beschränkung des Anteils ausländischer Kinder in den Schulklassen kritisiert, das sei rassistisch ...

Die Zuordnung! Man kann ohne weiteres sagen, sage ich auch heute: Es kann aus pädagogischen Gründen gescheitert sein, daß man die ausländischen Kinder in einer Klasse konzentriert, bis sie anständig Deutsch können – das ist eine rein praktische Frage für mich. Der zentrale Punkt, wo wir gesagt haben: Das ist unerträglich, war, daß es an der Abstammung hing und nicht an den Sprachkenntnissen.

Und den Punkt 1, man solle in die Verfassung schreiben, Österreich sei kein Einwanderungsland, haben Sie kritisiert, aus juristischen Gründen: Der österreichischen Verfassung seien Staatszielbestimmungen fremd.

Ja. Das ist Unsinn hoch drei.

Für mich war allerdings das ganze Volksbegehren ein Schlag ins Gesicht jedes Demokraten, vom ersten bis zum letzten Punkt. Ich fand nicht, daß man auch nur über einen von ihnen diskutieren konnte.

Von einem obrigkeitsstaatlich-polizeistaatlichen Konservatismus aus kann ich sagen: Ja, diese Punkte sind tragbar. Ich hab's gar nicht mehr im Detail in Erinnerung; es waren so Punkte drinnen, die eher administrativen Charakter haben.

Zum Beispiel: Ausbau der Kriminalpolizei.

Ja, gut. Das kannst fordern, das ist vernünftig oder nicht vernünftig.

Es ist aber widerliche Demagogie, es im Zusammenhang mit Ausländern zu fordern.

Das hat für uns keinen ideologischen Charakter gehabt. Die Kernpunkte waren, daß man sagt: Grenzen dicht, Artikel 1; und Artikel 6: Wo kommst denn her? Wo war deine Großmutter?

Es war auch drin: Einwanderungsstopp, bis die Frage der illegalen Ausländer einer befriedigenden Lösung zugeführt werden kann.

Die Forderung, die Illegalität zu beheben, ist ja etwas Richtiges. Ich habe immer

vertreten, man soll von der Strafsanktion absehen, um den Illegalen einmal sozusagen auf den Boden heraufzubringen.

Sie wissen viel besser als ich, daß das nicht so gemeint war. Nicht von dieser Partei und nicht von diesem Parteiführer.

Ich habe mich auf den Text bezogen. Er war ja nicht blöd. Die meisten Punkte hat er irgendwie durchargumentieren können; aber diese beiden nicht.

Sie wissen, daß es außerordentlich selten passiert, daß jemand von so weit rechts so weit in die Mitte rückt wie Sie.

Ich war nie rechts. Da muß ich Sie wirklich korrigieren: Ich habe mich nicht geändert. Meine politischen Prinzipien stehen im wesentlichen ziemlich fest. In meiner Jugend war ich sicherlich rechts-konservativ; in meiner Mittelschulzeit. Während des Studiums hat sich das schon radikal gewandelt.

Von 1970 an, als ich in die Bundespolitik kam, war immer völlig klar: Es geht um das liberale Ziel.

Der Nationalsozialismus war in der FPÖ kein wirkliches Thema. Für die heutige FPÖ spielt das meines Erachtens keine Rolle mehr. Es ist das Dümme, was man jetzt versucht, am Neonazismus anzuknüpfen: Am liebsten täten s' wieder das Braunhemd anziehen.

Sie glauben, daß die FPÖ das will?

Nein, nein, absolut nicht.

Sie halten den Vorwurf für dumm?

Der ist dumm und kontraproduktiv. Das ist lächerlich. Haider's politisches Motiv ist: Er hat gewußt, es gibt ein Segment, das unter dem Mantel »Kriegsgeneration« emotionalisierbar ist. Ich glaube nicht, daß das Motiv ist: NS-Reaktivierung.

Bis hin zur Behauptung, in der Ulrichsbergrede, die SS habe für Frieden und Freiheit in Europa den Grundstein gelegt.

Na gut, das ist nur dumm. Es ist auch eigentlich seiner unwürdig, so eine Dummheit von sich zu geben. Man kann sagen: »geopfert«, und was weiß ich, »im guten Glauben«, alles das; aber eine positive politische Dimension hineinzulegen, das ist absurd. Ich nehme's aber nicht wirklich ernst, denn so dumm kann er gar nicht sein. Das ist seine Skrupellosigkeit. Wo er etwas bewegen kann, probiert er's.

Gerade aus dem Bauch heraus argumentiert er so; man denke an die »ordentliche Beschäftigungspolitik«.

Das ist ihm passiert. Er hat nachgedacht und inzwischen einen Blödsinn geredet. Ich habe mir das auf Band angehört: Er murmelt so vor sich hin: ... Beschäftigungspolitik – blablabla – und dann sagt er auf einmal laut: »Ihr alter HJ-ler, der Wagner!« Das ist ihm eigentlich eingefallen als Erwiderung auf die SPÖ. Das Bestürzende ist in seiner Persönlichkeit: Er steht dazu. Er sagt quasi: Ich bin unfehlbar. Das ist es, was mir so zutiefst zuwider ist.

Steger hat damals richtig gesagt: Es kann einem nur herausrutschen, was drinnen ist.

Ja. Aber ich sage noch einmal: In der Aussage war kein politischer Zweck, die ist ihm passiert.

Anmerkung: Liberungentreue

Es ist gewiß nicht leicht, sich nach all den Jahren daran zu gewöhnen, daß man mit einem Mal ein Liberaler geworden ist; daß Frischenschlager sich von der freiheitlichen Vaterfigur Haider noch so wenig zu lösen vermochte, verblüfft doch ein wenig. Das Gespräch wurde, zur Klarstellung, wirklich zur Gänze am 19. Mai 1994 geführt.

Er verteidigt Haider also mit Zähnen und Klauen: Haider darf kein Faschist sein; ob er Faschistisches bedacht oder unbedacht absondert, Frischenschlager weiß eine Entschuldigung. Seine Kritik lautet nur, daß sich Haider seiner eigenen Intelligenz nicht würdig erweist, und daß er keine Fehler eingesteht.

Dazu paßt, daß der liberale Klubobmann

und Programm-Ko-Autor findet, man könne alten SS-Recken unter Umständen »guten Glauben« attestieren; und man könne ausländische Kinder mit schlechten Deutschkenntnissen in eigenen Klassen konzentrieren, aus pädagogischen Gründen. (Damit sie niemals Deutsch lernen?)

Ja, und für noch eines kritisiert er, fast unbemerkt, Haider: daß dieser sich von der deutschnationalen Tradition der FPÖ entfernt habe. Frischenschlager freilich hat sich, sagt er, nicht geändert. Wir müssen also zur Kenntnis nehmen, daß das liberale Parteiprogramm nicht zufällig inkonsistent und das Liberale Forum, bei allen erfreulichen Ideen, die es unter anderen auch vertritt, die bessere FPÖ ist. Was zugleich erklärt, warum die Farbe der neuen Partei das alte Blau ist; wenn auch in einer blässeren Variante.

Arbeitsbeschaffung im Dritten Reich



„Hallo! Soeben ist eine Stelle freigeblieben für einen Bg.“

Jörg Haider hat in einem Interview mit der »Kleinen Zeitung« gesagt, sein Ausspruch über die »ordentliche Beschäftigungspolitik im Dritten Reiche« tue ihm nicht leid. Der abermalige Versuch, uns blöd und »Untergangster des Abendlandes« (Karl Kraus) harmlos zu machen, weil sie schließlich auch ihre guten Seiten haben, ist mit Abscheu zurückzuweisen; mit gebotem Nachdruck darauf hinzuweisen, daß die nationalsozialistische Beschäftigungspolitik nicht nur deshalb so »ordentlich« ausfiel, weil man in sogenannten Arbeits-schlachten Panzer und Autobahnen bauen ließ, sondern auch deshalb, weil so viele Menschen aus dem Arbeitsleben, aus dem Leben scheiden mußten. Schon im März 1933 verließen Zehntausende fluchtartig das Land. Tausende politischer Gegner wurden hingerichtet oder bestialisch umgebracht. Hunderte »auf der Flucht erschossen«, wie der Mord im Jargon der Mörder hieß. Millionen Juden, Roma und Sinti wurden vertrieben, Millionen starben in Konzentrationslagern. Kann man sich ein Bild davon machen, wie »ordentliche« Beschäftigungspolitik damals ausgesehen hat? Die »Arbeiter-Zeitung« hat es – siehe obenstehendes Faksimile – am 6. Oktober 1933 versucht.

Eckart Früh

Das Rendezvous der Löwen und der Lämmer

Freiheit und Verantwortung. Jahrbuch für politische Erneuerung 1994
Herausgegeben von Lothar Höbelt, Andreas Mölzer und Brigitte Sob
Freiheitliches Bildungswerk Wien im Eigenverlag, 1993

Das »Jahrbuch für politische Erneuerung 1994« der FPÖ ist ein gefundenes Fressen. Aber ich bin nicht hungrig, danke. Eher neugierig und ein wenig ängstlich, ob es gelingen kann, »für die tüchtigen, für die fleißigen, für die begabten Menschen und vor allem für jene, die anständig sind« (Jörg Haider, S.179) mehr als ein bitteres Lächeln aufzubringen. Mein Ziel ist weder, FPÖ-Sympathisanten zu bekehren, noch geistreiche Polemik zu demonstrieren.

Eine über 800 Seiten starke Sammlung von Meinungen, Argumenten und teilweise erregter Auseinandersetzungen bietet naturgemäß keine scharf umrissene Position. Im Gegenteil: Das Jahrbuch will gerade die intellektuelle Offenheit der FPÖ dokumentieren. Ich frage, was es damit auf sich hat. Ein paar Buchseiten kann sie unorthodoxen Autoren leicht zur Verfügung stellen, aussagekräftiger sind die Regeln des Ensembles insgesamt. Die Beziehung (und Beziehungslosigkeit) der Beiträge untereinander zeigt den Geisteszustand in der Partei.

Die Diskussion wird exemplarisch vorgehen und sich auf Kulturpolitik, Philosophie und Geschichte konzentrieren. Die ausgedehnten Bereiche juridischer, ökonomischer und sozialer Fragen sowie die europäische Integration bleiben ausgespart. Trotz der methodischen Zurückhaltung ist meine Darstellung vorgekommen. Ich verrate besser gleich zu Beginn, worauf sie hinausläuft.

In pluralistischen Verhältnissen machen sich sture Dogmatiker nicht gut, darum muß jede wahlwerbende Gruppe Gesprächsbereitschaft mit Andersdenkenden signalisieren. Die Freiheitliche Partei kann dabei auf Reste ihres liberalen Erbes zurückgreifen. Doch damit entsteht eine Schwierigkeit. Bekanntlich beruht ihr Erfolg auf der Zuspitzung politischer Differenzen und einem straffen Führungsstil. Das schmissige Auftreten des Parteiobermanns ist am Wahltag mehr wert, als die Belege der Weltoffenheit, die für ein einigermaßen demokratisches Image gefordert werden. Im »Jahrbuch für politische Erneuerung« prallen die beiden Seiten aufeinander. Weder ist es ein Dokument mit klarer Linie, noch ein Gesprächsforum. Löwen und Lämmer weiden vorläufig friedlich nebeneinander. Wenn das kein Paradies ist, hat ihnen jemand was ins Futter getan und das Gemetzel steht noch aus.

Volkstreue und Liberale

Mitunter schlägt der blanke Haß durch. In einem Absatz attackiert Kurt Diemant Dichtl u.a.

»Altmarxisten und Neobolschewiken«, »beamtete Berufsantifaschisten«, »selbsternannte Künstler und linke Konsistorialien (sic!)«, »sitzengebliebene Taferlklassiker der »Frankfurter Schule«, »Weihwasserchaoten und Linkskatholiken« (S. 279).

Was haben sie gemeinsam? Wer dirigiert sie?

»Die Antwort kann nur lauten: Das Europäische Haus und die Mächte, die hinter ihm stehen. ... Die »Internationale« der »Vaterlandslosen«, deren »Credo« im Antreiben einer europaweiten (»europareifen!«) Völkerwanderung besteht, die kein Land und keine Kultur heil und unbeschädigt überstehen kann ...« (a.a.O.)

Besonders angefeindet werden die Protagonisten von SOS-Mitmensch:

»Mit Hilfe von Politik und Teilen des Klerus gründeten sie zur Bekämpfung des Volksbegehrens »Österreich zuerst« ihre »Plattform SOS Mitmensch«, um die Leute zu einem »Lichtermeer« auf die Straße zu treiben. Unter dem propagandistischen Trommelfeuer der volksdemokratisch gleichgeschalteten Medien ist ihnen das auch gelungen.« (Walter Marinovic, S.315)

Der Erfolg der Demonstration ist offenbar schwer zu verkraften. Die Prinzipientreue der Fürsprecher des

»Aufbaus einer neuen geistigen Grundhaltung, die sich an den Naturgesetzen, den christlich-abendländischen Wertvorstellungen, der Philosophie der Antike bzw. des Deutschen Idealismus orientiert« (Kriemhild Trattning, S.275),

schlägt in Beschimpfung um. Geklagt wird, daß die Gleichschaltung ihre Erfinder überlebt hat und heute »die Sammlung aller positiven, werterhaltenden- und stiftenden, dem Staat und Gesamtvolk verantwortlichen Kräfte« (Trattning, S.273) trifft. Die Namen der Bösen, die den »Kampf derer, die dem Guten dienen wollen« (Trattning, S.275) anstacheln, lassen sich leicht erraten. Überraschend ist dagegen, daß Thomas Bernhard, Alfred Hrdlicka und Claus Peymann auch verteidigt werden. Sigurd Paul Scheichl, Germanist in Innsbruck, plädiert dafür, Experimente in Malerei, Musik und Literatur nicht bloß zuzulassen, sondern auch zu fördern.

»Thomas Bernhards Geschichtenzerstören

hilft uns zu mehr Verständnis unserer Welt als eine gut erzählte Geschichte.« (Scheichl, S.330) und »Alfred Hrdlicka bleibt ein eindrucksvoller Bildhauer, ganz unabhängig von seinen politischen Ansichten.« (Scheichl, S.333) Scheichl ist »der Ansicht, daß sich trotz einigen Fehlleistungen insgesamt die österreichische Kunstförderung auf dem richtigen Weg befindet. Übrigens auch in der Causa Peymann ...« (Scheichl, S.335).

Nach Walter Marinovic ist der Burgtheaterdirektor unter Billigung der SP-Regierung mit der Zerstörung seines Hauses beschäftigt, andererseits:

»... Peymanns sogenannte verbale Entgleisungen sollte man als das zur Kenntnis nehmen, was sie sind: witzige Überspitzungen, und daß Peymann sich als Linker versteht, hat mit seiner Leistung als Theatermacher gar nichts zu tun.« (a.a.O.)

Scheichl argumentiert, daß Kunst geistige Auseinandersetzung auslösen und dazu den Konflikt mit tiefsitzenden Erwartungsmustern riskieren muß.

»Einer politischen Erneuerung scheint mir also letztlich weniger die österreichische Kunstförderung – die keine sozialistische, sondern im Sinne des Programms der Freiheitlichen Partei eine liberale Kunstförderung ist – zu bedürfen, als die Bewertung der neuen Kunst durch die österreichischen Freiheitlichen.« (Scheichl, S.335f)

An die Stelle militärischer Metaphern tritt hier die Anstrengung, das Geschehen im Kulturbereich als einen zukunftsorientierten Lernprozeß zu fassen. Es kommt noch eindrucksvoller.

Den Beiträgen des Jahrbuches gehen Porträtfotos und die Kurzbiographie der Autorinnen und Autoren voran. Jene von Bertl Petrei beginnt so:

»geb. am 17. November 1919 in Bleiburg/Kärnten; von Geburt an durch Vorgeburtstunfall körperbehindert (Fehlen des linken Unterarms); Humanistisches Gymnasium in Wien; Tätigkeit als Luftschutzlehrer, beim »Kärntner Grenzruf« und in der HJ-Gebietspressestelle in Klagenfurt; 1944/45 Dolmetscher beim »Stellungsbau Süd«; 1945-47 Anhaltelager; anschließend Studium an der Universität Wien (Zeitungswissenschaft, Germanistik, Volkskunde) ...« (Petrei, S. 361)

Das ist der Stoff, aus dem sich rechts von der Mitte Persönlichkeiten bilden können. Den eigenen Lebenslauf so zu formulieren heißt, aus ihm gelernt zu haben. Entsprechend unbefangen ist der Titel »Brauchtum und Volkskultur. Gefährdete kulturelle Werte?«

Was für die Abbrüche der Biographie gilt, läßt sich verallgemeinern. Auch soziale Gruppen bewahren ihre Kontinuität, indem sie Umorganisationen, ja Zerstörung in Kauf nehmen.

»Volksbrauch ist etwas unerhört Lebendiges, gewiß Schwindendes und sich Wandelndes, aber immer in Anpassung an neue Funktionen sich Erneuerndes.« (Petrei, S.373)

Vor kurzem hatte ich eine polemische Auseinandersetzung mit einem Sozialanthropologen aus Oxford. Er betrachtete den »Musikantenstadl« als legitime Weiter-

entwicklung der Volksmusik und warf mir Rigorismus vor. Bertl Petrei würde auf seiner Seite stehen.

»Hier sind auch, sozusagen als Wiedergutmachung für alles, was sie auf diesem Gebiet zerstört haben, die elektronischen Massenmedien eingesprungen. Im Radio wie im Fernsehen gehören Volksmusiksendungen zu den beliebtesten.« (a.a.O.)

Petrei wird mich nicht davon abbringen, daß hier ein glatter Ausverkauf stattfindet. Doch seine gebrochene Zuversicht ist respektierbar.

Zwei sehr verschiedene Tonarten, zwei diametral entgegengesetzte Problemauffassungen. Was tun sie miteinander? Der eine kippt Mist vor's Burgtheater, der andere rühmt die Befreiung aus erstarrten Theaterkonventionen. Verständigung in der Sache ist praktisch unvorstellbar. Die multi-kulturelle Szene, in der sich solche Widersprüche massenweise finden, hat ein probates Mittel, mit ihnen umzugehen: einfach alles nebeneinander laufen lassen. Ausführlich (und nicht zu Unrecht) wird das von konservativer Seite als Relativismus gerügt. Das vorliegende Jahrbuch wirft ein Problem für diese Position auf. Um sich mit liberalen Zügen sehen zu lassen, tut das freiheitliche Bildungswerk genau das, was mehrere Wortführer verdammen, es verzichtet auf den »Kampf der Guten«. Auf der Umschlagseite ist zu lesen:

»Die größtenteils kontroversen und aus verschiedenen weltanschaulichen Richtungen stammenden Beiträge sollen ... Material bieten, das den Diskurs zwischen Parteigrenzen und ideologischen Fronten ermöglicht.«

Dieses Material enthält u.a. eine »Erklärung des Bundesparteiobmanns anlässlich des Staatsfeiertages«, in dem André Heller, Kurt Jürgens (?), Elfriede Jelinek und Jazz Gitti »Wehrdienstverweigerer, Steuerflüchtige und Österreichbeschimpfer« (S.176) genannt werden. Schwierig, unter diesen Vorzeichen ein Gespräch zu führen.

Prinzipienreiter und Empiriker

Normalerweise schließen Verständigungsbereitschaft und Radikalisierung einander aus. Philosophie, speziell der schon von Kriemhild Trattning ins Spiel gebrachte Deutsche Idealismus, versucht mitunter, beides zusammenzubringen. Die Denkfürer besagt, daß nur ein wirklich radikaler Ansatz tief genug reicht, um das Entstehen der Divergenzen begreifen und vereinbaren zu können. Insbesondere Hegel hat es meisterhaft verstanden, Widersprüche dialektisch als Bestandteil einer umfassenden Problementwicklung nachzuweisen. Franz Ungler exponiert Hegels Freiheitsbegriff. Möglicherweise löst sich die angesprochene Unverträglichkeit aus dieser Position. Auf hohem Reflexionsniveau zeigt Ungler, daß es nur eine akzeptable Antwort auf die Prinzipienlosigkeit der Zeit gibt: Freiheit als konkret in die Praxis eingeschriebene Vernunft. Um diese Einsicht herum wird kräftig geschimpft, zuletzt stehen die Prinzipien demonstrationen aller-

dings unverbunden und unreflektiert neben ihrem Gegenteil.

Die Bösen sind im vorliegenden Fall

»die sogenannte analytische Philosophie« (Ungler, S.40), »das Marx-Freudgemisch einer bekannten, eine sogenannte Studentenrevolution initiiert habenden Schule« (Ungler, S.46) und »die ziellose Progressivität, die in ständiger Enttabuisierung und Gesellschaftskritik dazu gelangt (wenn ihr die beliebte Gleichsetzung des Menschen mit dem Tier allmählich langweilig wird) das Perverse hochzuschätzen.« (Ungler, S.47)

Ungler vermeidet Namen, doch zielen seine Invektiven deutlich auf die bereits markierte Personengruppe. Als hegelianisierender Philosoph verfügt er über einen Kniff, die Sache vom Persönlichen ins Geistige zu heben. Der unentschuldbaren

»Zärtlichkeit uns selbst gegenüber«, die »verhindert, daß wir etwa durch Selbstdisziplinierung oder gar durch Sittlichkeit uns Leid zufügen« (Ungler, S.50)

begegnet er mit der »Anstrengung des Begriffs«. Alle, die nach Hegel vom Versuch, die Wirklichkeit als vernünftig zu erweisen, abgekommen sind, haben die Nerven verloren.

»Im Sinn des logisch fundierten Entwicklungsbegriffs bzw. der Einsicht, daß die Besonderung und Beschränkung keine Verunreinigung, sondern Konkretisierung der Freiheit bedeutet, ja daß sie erst darin mit sich identisch ist, daß sie die Endlichkeit nicht verschmäh, konnte die Geschichte ... in ihren konkreten Gestalten begriffen werden.« (Ungler, S.48f)

Spruch: Hegel hat geschafft, was allen vor und nach ihm unerreichbar blieb, nämlich den Gang der Weltgeschichte zu durchschauen. Der so eröffnete Vernunftzustand liegt in der Erfüllung der sittlichen Bestimmung des Individuums in Ehe, Familie und Patriotismus (Ungler, S.49f). Der »Weltstaat« ist ein Unding, das nur die animalischen Bedürfnisse einer zusammengewürfelten Menschenmasse befriedigen könnte.

Zur Logik dieser Ausführungen gibt – wie Ungler eigens hervorhebt – die christliche Theologie das Vorbild. Inkarnation heißt, daß einmal in der Geschichte Gott Mensch geworden ist. Wir müssen zur Erlösung auf nichts mehr warten. Philosophisch gewendet: Ein Studium der Schriften Hegels ist alles, was fürderhin zur Lösung der Probleme reicht. Die Rolle der Heiden in diesem Schema übernimmt dabei die »exakte Wissenschaft«. Sie glaubt, den Dingen durch geregelte Forschung auf den Grund kommen zu können.

»Der philosophisch Naive könnte meinen, daß diese Frage erforderte, das Ingesamte der Bedingungen dieser Kenntnis vom Urknall bis dato aufzuzählen, wie uns die evolutionäre Erkenntnistheorie diesbezüglich eine Geschichte erzählt.« (Ungler, S.47) – Dagegen gilt jedoch:

»... der Grund alles Wissens ist die Form: Ich weiß, und diese ist schlechthin aus keinem Ding oder einem Zustand der Dinge abzuleiten. Die Ichheit als die absolute Form alles Wissens ist als sich selbst setzend, Setzen des

Objekts, von welchem sie sich ebenso als Subjekt unterscheidet (sich entgegensetzt).« (a.a.O.)

In dieser komplizierten Sitzordnung wird man sich ohne Platzanweiser kaum zurechtfinden. Im Gesamtbild des »Jahrbuchs« hat sie sich allerdings nicht durchgesetzt. Wenige Seiten von ihr entfernt hat sich ein Vertreter genau des Gegenteils niedergelassen.

Rupert Riedl kommt in der Auseinandersetzung um Grundlagenfragen der moderaten Part zu:

»Für diese neuen Lebensprobleme aber, so behaupte ich nun, sind unsere alten Anschauungsformen, jene Entscheidungshilfen unserer Vernunft, nicht geschaffen. Und wo die Prognostik regelmäßig an der Erfahrung scheitert, dort sollten wir sie übersteigen. ... Wohl ist es wieder nicht mehr als ein weiterer Adaptierungsschritt, den uns die Evolution aberlangt – nunmehr eine Adaptierung unzureichend adaptierter Anschauungsformen, die genetisch zwar nicht mehr änderbar sein werden, aber korrigierbar durch Erfahrungen.« (Riedl, S.247) – Die »Unentscheidbarkeit zwischen einer empirischen, einer rationalen und einer »sozialen« Wahrheit« (Riedl, S.253)

folgt auf den Fuß. Christologie trifft auf Evolutionstheorie, auch auf dem Feld der Theorie zeigt sich die Bruchlinie. Der programmatisch-aggressive Standpunkt der Überlegenheit koexistiert mit vorsichtigen Versuchs- und Irrtums-Verfahren. Noch einmal: Aus der Sicht des weitverbreiteten Pluralismus wäre dagegen nichts zu sagen. So aber werden zornige Angriffe gegen die Unentschiedenheit vorgebracht und gleich darauf nicht ernst genommen.

Die intellektuelle Substanzlosigkeit des ganzen Unternehmens springt ins Auge. Man könnte die Abgrenzung der Feindpositionen zumindest konsequent nennen, wenn sie den großen Gesten auch den Verzicht auf demokratisierende Verwaschenheiten folgen ließe. Und umgekehrt würden sich manche vom guten Willen liberaler Persönlichkeiten überzeugen lassen, wenn die Unduldsamkeiten ihrer Kolleginnen und Kollegen nicht gar so aufdringlich den Ton angäben. Die eierlegende Schafwoll-Kuh ist zumindest so konzipiert, daß sie sich selber nicht zerfleischt. Wenn die Scharfmacher jedoch meinen, was sie sagen, müßten sie der Partei das Auge, das nach außen schielt, ausreißen. Oder sie setzen auf Polarisierung und Liberalität, dann werden ziemlich starke gedankliche Betäubungsmittel nötig sein.

Löcher

So übersichtlich, wie ich das Dilemma hier gezeichnet habe, sieht es nur von außen aus. Die Entwicklungsgeschichte der Partei ergänzt es um kompliziertere Facetten. Kurt Piringer macht auf eine Lebenslüge der 2. Republik aufmerksam, die direkt mit den gegenwärtigen politischen »Ausgrenzungen« zu tun hat. Mit strategischem Geschick gelang es den Überlebenden der beiden Bürgerkriegslager, Österreich den Alliierten als Opfer des Faschis-

mus vorzustellen. Das bedeutete einerseits, daß die heimischen Spielarten des Totalitarismus schamhaft verschwiegen wurden, andererseits, daß man Sündenböcke brauchte – die FPÖ. Piringer spricht von einem »Geschichtsbild voller Löcher«, das die liberalen Traditionen der österreichischen Geschichte ausspart, und es ist nicht zu leugnen, daß die zwei Großparteien sich ein sehr selektives Bild des Geschichtsverlaufs zurechtgezimmert haben.

Der Konsens stützte den Wiederaufbau und trug dazu bei, den derzeitigen Lebensstandard zu erreichen. Die Kehrseite des Verfahrens wird immer deutlicher. Vom Einvernehmen ausgenommen sind jene Schichten der Bevölkerung, die – zu Recht oder zu Unrecht – neuerlich Zukunftsängste entwickeln. Politische Parteien versuchen, möglichst viele Stimmen zu erhalten, das kann ihnen niemand vorwerfen. Die Bedingungen, unter denen ein ansehnlicher Prozentsatz der Österreicherinnen und Österreicher FPÖ wählt, haben zu einem guten Teil die Regierungsparteien geschaffen. In ihren Gedächtnislücken lagert Dynamit. Auch hier kommen besonnene Stimmen zu Wort. Gesittet fordert Piringer ein faires Verfahren:

»Man wird endlich die unumstößliche Tatsache respektieren müssen, daß es in allen Parteien Vernünftige und Unvernünftige, Anständige und Unanständige und neben guten Demokraten eben auch Exponenten des Extremismus gegeben hat und auch heute noch gibt.« (Piringer, S.802)

Doch ein schlimmes Trauma durchkreuzt die symmetrische Verteilung und bewirkt, daß die Parteien alles andere als gleich belastet sind. Es ist noch immer die Hypothek der Vergangenheit. Wie reagiert ein »anständiger Mensch« auf das Faktum des staatlich exekutierten rassistischen Massenmordes?

Was er im Wirtshaus sagt, steht nicht im Jahrbuch. In diesem Punkt begnügen sich die Autoren mit vereinzelt angelegten auf Überfremdung und Sozialschmarotzer. Die Eigenart des freiheitlichen Umgangs mit der Katastrophe wird im Eröffnungsartikel und – als Klammer – fast am Ende des Bandes manifestiert. An Konzentrationslagern ist aktuell, daß die bisher angenommenen Zahlen revisionsbedürftig sind:

»Doch kommen aus dem Osten auch andere wesentliche Korrekturen bisher akzeptierter Daten. So liegt »die Zahl der im nationalsozialistischen Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau Ermordeten ... nach jüngsten Untersuchungen polnischer Historiker wahrscheinlich zwischen einer Million und 1,5 Millionen Menschen« (FAZ v. 18.7.1990) und in Auschwitz ist die Tafel mit der Zahl von vier Millionen Opfern entfernt worden. Nun ändert auch die neue Zahl nichts an der Furchtbarkeit und Verwerflichkeit des Massenmordes, doch mag sie ein Hinweis darauf sein, daß auch hier noch vieles klärungsbedürftig ist.« (Topitsch, S.18)

Alfred Schickel zitiert dieselbe Meldung (S.767). Auch er nimmt sie zum Anlaß,

kursorisch auf das Faktum hinzuweisen und mit Nachdruck eine ausgeglichene Interpretation zu fordern:

»Daß die Herrschaft des Nationalsozialismus Millionen Menschen das Leben kostete, ist bekannt; ebenso geläufig ist, daß man die Opfer teilweise mit Gas ermordet hat. Besonders der Versuch, das europäische Judentum auszulöschen, hat vielerorts die NS-Verbrechen als einmalig in ihrer Art erscheinen lassen und zugleich alle anderen Unmenschlichkeiten der Weltgeschichte in ein milderes Licht getaucht.«

Man soll nicht sagen, daß die beiden unbelehrbar sind, sie sprechen auch nicht von der »Auschwitz-Lüge«. Aber sie wollen das Geschehene nicht übertrieben sehen. Das klingt vernünftig.

Zu den Spätfolgen der Nazi-Verbrechen gehört unter anderem, daß sie selbst der Erschütterung das rechte Maß nehmen. So wenig man Millionen Menschen vernichten kann, so wenig kann man sich darüber aufregen. Nun, da es doch geschah, ist das Fassungsvermögen aus der Balance. Wie könnte es anders sein?

Im Prinzip verständlich sind die Warnungen davor, den Bogen zu überspannen und Generationen von Deutschen und Österreichern als moralische Geiseln zu nehmen. Trauer kann nicht verordnet werden, schlimmer noch: Staatstrauer provoziert die Tabuverletzung. Die Aufklärung muß zur Kenntnis nehmen, daß der Mechanismus der libidinösen Übertretung des gesellschaftlichen Regelkanons links wie rechten Randgruppen zur Verfügung steht. An Topitsch und Schickel ist abzulesen, wie das Tabu gewahrt und indirekt umgangen wird. Die Strategie ist keineswegs auf Volksgenossen beschränkt. Jesus Christus hat sich auch schon einiges gefallen lassen müssen. Ihn nehmen mehrere Beiträge des FPÖ-Jahrbuchs in Schutz. Für moralische Skrupel über die jüngere Ver-

gangenheit ist kein Platz vorhanden. Es gibt irreparable Löcher. Wenn alles, was Du mir zur »Endlösung« zu sagen hast, darauf hinausläuft, daß es ein schreckliches Verbrechen war, das überschätzt wird, hört sich der Gleichmut auf. Alfred Schickel fordert,

»sich in den Dienst der unvoreingenommenen Vergangenheitserhellung (zu) stellen und etwas unabänderlich Geschehenes nicht nachträglich »bewältigen« zu wollen.« (Schickel, S.778)

Was soll die »Unvoreingenommenheit« bewirken? Mehr Sympathie mit den Massenmördern, weil sich der Opferpegel gesenkt hat? In einer traurigen Verschubaktion holen sich die Herren ihr gutes Gewissen vom Zählerstand der Vernichtungsmaschine.

Am 20. April 1994 lese ich in der FAZ einen Artikel mit dem Untertitel: »Fünfzig Jahre nach Giovanni Gentiles Tod: Immer noch sind alle Fragen offen.« In diesem Feuilletonbeitrag findet sich folgender bemerkenswerte Satz:

»Obwohl Gentile es war, der 1931 an den Universitäten den Treueeid auf das faschistische Regime einführte – nur zwanzig von zwölfhundert Professoren verweigerten ihn und wurden dafür entlassen – verfolgte er kulturpolitisch eine Linie der Toleranz.« (S. N5)

Da scheinen wirklich ziemlich viele Fragen offen. Die stramme Antwort gibt Franz Ungler:

»... wenn jene von Freiheit reden, so weisen ihre Metaphern z.B. »offen« und »geschlossen« darauf hin, daß sie statt Freiheit zu begreifen nur die Vorstellung vom leeren Raum dem Namen anhängen.« (Ungler, S. 42)

Freiheit im Sinn der Kerngruppe der Freiheitlichen braucht eine starke Hand. Einstweilen herrschen beträchtliche Koordinierungsschwierigkeiten zwischen Faust und Samthandschuh. An ihrer Beseitigung wird gearbeitet.

Zusätzliche Veranstaltung Germanistik – Neue Literatur – Fortführung des Kolloquiums

»Literatur aktuell: Gertrud Fussenegger«

Mittwochs 12:15-13:45 – Uni Heidelberg, Seminarraum 38, Germanistik

Für das laufende Semester wurde von Dr. Huber ein Kolloquium zu literarischer Qualität und Preiswürdigkeit der Werke von Gertrud Fussenegger angeboten. In der Ankündigung hieß es: »Bereitschaft zur Aufarbeitung historischer Fakten und zur gründlichen Textdiskussion wird vorausgesetzt«. Obwohl sich bei der ersten Sitzung zeigte, daß diese Bereitschaft bei den TeilnehmerInnen in hohem Maße vorhanden war, sagte Dr. Huber am 27.04. das Kolloquium ab, weil er »aufgrund eines Artikels im FORVM über Prof. Borchmeyer befürchten muß, daß auch meine Äußerungen in dieser Veranstaltung in entstellender Weise in die Öffentlichkeit getragen werden.«

Wir finden diesen Schritt Dr. Hubers ebenso bedauerlich wie bedenklich, werden unsere Arbeit in dem Kolloquium aber auch ohne Dozenten in jedem Fall fortsetzen. Wir freuen uns über alle neuen Interessierten, die mit uns an einem selbständig geführten Kolloquium teilnehmen wollen.

– Die TeilnehmerInnen des Kolloquiums –

P.S: Es war kein Artikel über, sondern drei Aussprüche von Borchmeyer waren im vorigen Heft abgedruckt; und die nicht entstellt, sondern authentisch gemäß einer Mitschrift von OhrenzeugInnen. Er soll halt in Zukunft nichts sagen, was er nicht öffentlich sagen kann. Es lebe die *Freie Universität Heidelberg*, Keimzelle Germanistik. G.O.

Jagdszenen an der Uni Wien

Der Autor* erzählt hier von einer gegenwärtigen Entwicklung am Forschungsinstitut für Genossenschaftswesen: ein Paradigma für die Unfähigkeit der institutionellen Wissenschaft, sich noch selbst zu reformieren.

Am 2. Dezember 1993 hat der Akademische Senat der Universität Wien, ihr höchstes interfakultäres Kollegialorgan, einstimmig seine Absicht erklärt, das Forschungsinstitut für Genossenschaftswesen aufzulösen. Er hat weiters den Rektor, den Prorektor sowie den Physiker Professor Wagner damit beauftragt, die Abwicklung dieser Auflösung durchzuführen. Diese Beschlussfassung stellt den vorläufigen Höhepunkt (oder Tiefpunkt) einer langjährigen tragischen Entwicklung dar, die das Wiener Institut paradoxerweise gerade in einer Periode wachsender internationaler Anerkennung in eine Existenzkrise geführt hat.

Freilich – ein wirklicher Endpunkt der Affäre ist noch nicht abzusehen. »Beschwichtigungshofräte« und Interventionen sind unterwegs, Formalfehler werden gerügt, und es ist durchaus möglich, daß der Kraftakt des akademischen Senats ohne unmittelbare Folgen bleibt, sodaß sich eine triste und für alle Beteiligten eigentlich unerträgliche Situation ad infinitum fortsetzt. Auch mögliche Schadensbegrenzungen, wie eine Institutsauflösung und Neugründung (unter geänderter Führung), die Errichtung eines eigenen Forschungsschwerpunktes Genossenschaftswesen im Rahmen der Betriebswirtschaft und ähnliches sind durchaus noch möglich. Aufmerksamkeit erheischt die Lage am Wiener Institut aber nicht zuletzt auch aus grundsätzlichen Gründen: einerseits in bezug auf die Probleme der Selbstreinigungskraft des Organisationstypus Universität,

andererseits aber auch bezüglich der keineswegs »idyllischen« Beziehung zwischen genossenschaftswissenschaftlicher Forschung und (Verbände-) Praxis.

Vordergründig ließe sich die Entwicklung natürlich auf rein personenbezogener Ebene abhandeln. Die Ernennung eines nichthabilitierten wissenschaftlichen Beamten als (de facto unabsetzbarer) Institutsvorstand und Nachfolger Professor Wilhelm Webers im Jahre 1988 kann man mit Fug als schwerwiegenden personellen Fehlgriff interpretieren. Institutsintern war ja jahrelang bekannt, daß Dr. Patera größte Schwierigkeiten mit eigenständiger wissenschaftlicher Arbeit hat. Der vom Verfasser dieser Anmerkungen vor einiger Zeit (in Wirtschaftswoche Wochenpresse 25./26.6.1992) unwidersprochen publizierte Plagiatsvorwurf an Patera war etwa kein Geheimnis am Institut. Im übrigen hat Patera diese Neigung zur »Selbstbedienung« an Fertigprodukten anderer Autoren erst unlängst wieder, pikanterweise ausgerechnet in der Jubiläumsschrift zum 40jährigen Bestand des Institutes unter Beweis gestellt: Der von ihm namentlich gezeichnete Einleitungsbeitrag stellt sich als »baukastenartig« zusammengesetzte Kombination der Kurzfassungen der Festvorträge anderer Referenten dar.¹

Daß die Personalentscheidung gefällt wurde, einen kommunikativen, geltungsbedürftigen »Kontaktprofi« und nicht einen forschungsorientierten Wissenschaftler zum Institutsvorstand zu machen, mußte

den Avancierten unter den Druck einer unerfüllbaren wissenschaftlichen Verantwortung bringen. Damit ist allerdings ein Grundproblem aller »praxisnahen« Forschungsinstitutionen angesprochen.

Pateras persönliche Gewandtheit im Umgang mit Menschen, namentlich potentiellen Geldgebern, galt damals unter institutsnahen Personen als wichtigste Entscheidungsgrundlage für seine Bestellung als Institutsvorstand: In dieser Prioritätensetzung kam damit jener problematische, »utilitaristische« Charakter der Beziehung zwischen Genossenschaftsforschung und Verbändepraxis zum Ausdruck, der erst jüngst wieder nicht ohne Schärfe – von Oswald Hahn, zuvor aber auch schon von anderen Autoren wie Boettcher und Blümle festgestellt wurde.²

Zunächst war allerdings damit zu rechnen, daß der neue Vorstand und der langjährige, eindeutig wissenschaftlich ausgerichtete Institutsassistent Dr. Brazda eine Art produktiver Aufgabenteilung einführen würden, in der die »Kontakte nach außen« schwerpunktmäßig dem ersteren, die »Knochenarbeit« aber dem zweiten zu fallen würden.

Nicht vorhersehbar war in dieser Konstellation, daß die zunehmende eigene wissenschaftliche Profilierung Dr. Brazdas auf internationalem Niveau (mit Forschungsschwerpunkten im Bereich Konsumgenossenschaften und Genossenschaften in den Reformländern Osteuropas³, wachsender Animosität in der Person des wissenschaftlich vornehmlich als »Herausgeber«⁴ und in der Propagierung von Förderbilanz und Seniorengenossenschaften tätigen Institutsvorstand begegnen würde. Wiewohl letzterer nebenberuflich die Qualifikation als »Psychotherapeut« erworben hat, scheint er in dieser ihn belastenden Situation persönliche Schwierigkeiten entwickelt zu haben, die sich in zunehmend eigentümlichem Verhalten, nicht nur gegenüber dem »stillen, aber erfolgreichen« Kollegen äußerten, sondern auch gegenüber Institutsmitarbeiterinnen in Sekretariatsfunktionen. Eine höchst eigentümliche Koinzidenz war etwa die »Belohnung« Dr. Brazdas für seine IGB-Publikation durch ein an den Haaren herbeigezogenes und bald wieder eingestelltes Disziplinarverfahren im Jahre 1989.

Ein Institutsklima, das durch eine Vielzahl zuweilen offenkundig schikanöser schriftlicher Dienstanweisungen des Vorstandes an »unliebsame« Mitarbeiter geprägt ist, eine Atmosphäre, in der gegenseitige Vorwürfe wahrheitswidriger Behauptungen häufig sind und es einem der Kontrahenten offenkundig darauf ankommt, die wissenschaftliche Betätigung des anderen zu behindern, ist leider im Universitätsmilieu nicht ganz unbekannt. Bei einigermaßen stabilisierter Existenzgrundlage, die keinen wirtschaftlichen Überlebenskampf nach außen erfordert, ist ja immer wieder, ähnlich wie in Klöstern, eine Konzentration auf innere Intrigen und Rangordnungskämpfe oft kleinlichster Art fest-

* R.Sch., geboren 1947, Jurist (Dr.) und Ökonom (Mag., M.A. St.Louis/Miss.); war 1971 bis 1973 Assistent des mittlerweile emeritierten Univ.-Prof. Dr. Wilhelm Weber an dem Institut, von dem sein obiger Beitrag handelt; derzeit Leiter des Referats für Konsumgenossenschaften, gemeinwirtschaftliche und öffentliche Unternehmungen an der Wirtschaftskammer Österreich.

¹ Mario Patera, (Hsg.): »Genossenschaftliche Herausforderungen im 21. Jahrhundert«, Vorwort Seite 1 ff, Wien 1993.

² Vgl. E. Boettcher: »Zielsetzung und Anspruchsniveau der Genossenschaftswissenschaft« in: Ernst Bernd Blümle (Hrsg.) »Erwartungen der Genossenschaftspraxis an die Wissenschaft«, Göttingen 1979, S. 60 ff.

E.B. Blümle »Die Genossenschaftswissenschaft – Ärgernis für die Praxis oder Anwalt für ein glaubwürdiges Genossenschaftswesen?« in ZfG Nr. 3/1990, S. 69 ff.

Sowie O. Hahn »Die Krise der Genossen-

schaftsbewegung als Chance zum Neubeginn« in: Verbands-Management Nr. 3/1991.

Dazu auch R. Schediwy »Mouvements en crise: La nécessité de faire face à la réalité«, S. 26 und folgende in Berliner Hefte vom internationalen Genossenschaftswesen 1 »Economic Changes in Eastern Europe: Quo vadis Cooperative Movement?«, Berlin 1993

³ Vgl. u.a. das zweibändige, vom internationalen Genossenschaftsbund herausgegebene Übersichtswerk »Consumer Cooperatives in Changing World«, Genf 1989, sowie T. Todev, J. Brazda, J. Laurinkari: »Aufbruch im Osten mit oder ohne Genossenschaften«, Marburg 1992 etc.

⁴ Diese Herausgeberqualität wird allerdings zuweilen am Titelblatt von Büchern »vergesen« – so bei: »Genossenschaftsentwicklung im österreichischen Wohnungsbau«, Frankfurt/New York 1987 und bei »Die Zukunft von Wohnbaugenossenschaften«, Frankfurt/New York 1993.

zustellen. Wenn ein solches unkooperatives Klima ausgerechnet an einem Institut für Kooperationsforschung herrscht, ist das allerdings schon eine besonders bittere Paradoxie.

Die entsprechenden Phänomene und ihre Außenwirkungen dürften in der Ära Patera des Forschungsinstitutes für Genossenschaftswesen an der Universität Wien jedenfalls ein Ausmaß erreicht haben, das die Toleranzschwelle des seit 1983 für das fakultätsfreie Institut unmittelbar zuständigen akademischen Senats letztlich überschreiten mußte: daher der Beschluß vom 2. Dezember 1993.

Es ist nun zu hoffen, daß auf der personellen Ebene durch eine »freiwillige« Ablösung des überforderten und aus seiner Überforderung her »entgleiten« Institutsvorstandes sowie durch die Übertragung seiner Aufgaben an einen habilitierten, anerkannten Experten, am besten einen Ordinarius, ein wenig Ruhe ins Geschehen gebracht werden wird. Die Alternative der tatsächlichen Auflösung des 1952 gegründeten Instituts, immerhin eines Gründungsinstitutes der AGI (Arbeitsgemeinschaft Genossenschaftswissenschaftlicher Institute), erscheint allerdings immer realistischer. Angeblich hat der Vorstand des Instituts auch schon seinen Rücktritt angeboten, allerdings unter Bedingungen, die auf eine »Strafversetzung« seines Kontrahenten hinausliefen. Angesichts der Tatsache, daß auch die »unorthodoxe« Finanzgebarung des bisherigen Vorstandes ins Schußfeld sachkundiger Kritik geraten ist, erschiene dies als eine wenig gerechte Lösung.

Zugleich allerdings wird durch die geschilderten Geschehnisse beispielhaft beleuchtet, wie sehr eine Favorisierung wissenschaftlich schwächerer, in »Verbändekontakten« aber aktiver Personen die praxisorientierte Forschungsinstitutionen in ein schiefes Licht zu bringen vermag.

Es dürfte kein Zufall sein, daß einer der qualifiziertesten Wiener Institutsmitarbeiter der letzten Jahrzehnte, Universitätsprofessor Dr. Hans-Georg Ruppe⁵, sich als Finanzrechtsordinarius vom Genossenschaftsbereich mittlerweile gänzlich verabschiedet hat, der ihm im übrigen seine »allzusehr« um Objektivität bemühte Übersichtspublikation über das österreichische Genossenschaftswesen nicht eben gedankt hat.

Auch heute scheint es so, daß die wachsende internationale Anerkennung für unvoreingenommene Forschungstätigkeit am Wiener Institut manche Sponsoren eher gleichgültig läßt.

Dabei ist angesichts einer Lage, in der etwa Konzentrations- und Rationalisierungsdruck auch im lange Zeit geschützten landwirtschaftlichen Genossenschaftsbe-

reich voll durchschlagen, eben solche unvoreingenommene, vorrangig am wissenschaftlichen Wahrheitsanspruch interessierte Genossenschaftsforschung mehr denn je Gebot der Stunde. »Gefälligkeitsgutachten« und satte »Selbstberühmungsliteratur«, die der Verbändepraxis so lange lieb und wert gewesen sind, können in einer solchen dramatischen Lage wenig Positives leisten.

»Quousque tandem Patera abutere patientia nostra?«

Ist jedenfalls eine Frage, die weit über den Anlaßfall eines unglücklichen, »catilinarischen« Charakters hinaus beispielhafte Aufmerksamkeit verdient. Bedrückend war es für den Verfasser dieses Beitrages, als »nahestehender Beobachter« mitzuerleben, wie inneruniversitär über Jahre weitestgehende Klarheit über die Zustände am FOG-Institut bestand, aber dennoch keinerlei zielführende Aktionen gesetzt wurden. Ein führender Repräsentant der sozialwissenschaftlichen Fakultät, der das FOG bis 1983 zugeordnet gewesen war, versicherte dem Verfasser etwa vor noch nicht allzu langer Zeit, der gegenwärtige Institutsvorstand sei für ihn persönlich zwar »Feindbild Nummer 1«, die sich aufdrängende Institutsauflösung stoße sich aber unter anderem daran, daß niemand diesen (unkündbaren) Universitätsmitarbeiter übernehmen wolle. Ein anderer Ordinarius derselben Fakultät, angesprochen auf die geradezu sadistischen Quälereien, die tüchtige und gutwillige Mitarbeiter/innen an diesem Institut immer wieder zu erdulden hätten, äußerte sich bloß in der Art: »Die Welt ist eben ungerecht, Herr Kollege!«

Einer der wenigen ausdrücklichen Protektoren des gegenwärtigen Vorstandes, ein anerkannter Jurist, soll in einer Organsitzung des Instituts (protokollarisch festgehalten) mit unverhohlenem Zynismus die fatale Leistungsschwäche des eigenen Protagés im Vergleich zu dessen Assistenzprofessor zugegeben, zugleich aber die universitäre Hierarchie als absolut vorrangig bekräftigt haben. Die Überlegung, daß der nebenberuflich als Therapeut tätige Vorstand vielleicht selbst therapeutischer Hilfe, jedenfalls aber einer starken »führenden Hand« bedürftig sein könnte, blieb offenkundig unberücksichtigt. Das kleine Senatsinstitut trieb im Vakuum des interkulturellen Desinteresses dahin – jedenfalls bis zum Kraftakt des akademischen Senats vom Dezember 1993.

Der einzige, der sich angesichts der unhaltbaren Zustände am Institut frühzeitig (und wie man heute weiß berechtigt) »exponierte«, ein hochangesehener Honorarprofessor aus dem Raiffeisen-Bereich, wurde dafür universitätsintern und in seinem Verband geradezu ins »Querulantenek« gedrängt.⁶

Insgesamt ergibt das eine erschütternde Fallstudie institutioneller Trägheit und re-

duzierter Selbstreinigungskraft des Organisationstypus Universität.

P.S: In seiner Sitzung vom 20.1.1994 revidierte der Akademische Senat der Universität Wien seine Haltung. Er sprach sich nun für die Absetzung des bisherigen Institutsvorstandes aus, für die Einsetzung eines angesehenen (dem bisherigen Institutsvorstand nahestehenden) Ordinarius als neuer Vorstand und für die »Abschiebung« Assistenzprofessor Brazdas ans Institut für Betriebswirtschaftslehre – ein Urteil von »salomonisch ausgewogener Ungerechtigkeit«, das Peiniger und Gepeinigten jeweils in maßvoller Weise Sanktionen unterwirft.

Die tatsächliche Entscheidung liegt nun wohl beim Ministerium, könnte aber ähnlich ausfallen. Die These von der nur beschränkten Selbstreinigungskraft der Institution Universität wird durch diese Entwicklung allerdings leider bekräftigt.

P.P.S: Die neueste Variante der »unendlichen Geschichte«: Das FOG-Institut soll »evaluiert« werden. Es bestehen also noch Chancen, daß die Bestrafung von Unschuldigen vermieden werden kann. Aber zunächst einmal wird der Zustand der Sartre'schen Hölle hinter den geschlossenen Türen des FOG prolongiert...

Ein Beispiel für die Art, in der Institutsvorstand Patera üblicherweise agiert: er genehmigt seinem Institutsassistenten Brazda eine Dienstreise (sie geht im Dezember nach Bulgarien, weil Brazda viel über Osteuropa arbeitet – nicht gerade ein »Lustreiseziel«). Die Abrechnungsbelege liegen dann monatelang auf dem Schreibtisch des Institutsvorstandes. Plötzlich erhält Brazda eine Dienstmitteilung seines Vorgesetzten, die Reisekosten könnten nicht vergütet werden. Seit 1. Jänner gäbe es ja am Institut ein neues Reisekosten-Formular, das Abrechnung innerhalb von drei Monaten vorschreibe. Außerdem seien die Originalbelege vom Schreibtisch des Vorstands verschwunden.

Als Brazda dem Autor verzweifelt von dieser Lage erzählt und beteuert, er habe das neue Formular erst vor wenigen Tagen zu Gesicht bekommen, erhält er den Rat, doch umgehend einen Gegen-Aktenvermerk abzufassen, der dies festhält. Wenige Tage später ist das Geld angewiesen und sind die Belege »wunderbarerweise« wieder aufgetaucht. Aber kurz darauf folgt eine ähnliche Quälaktion.

Es ist ja nun leider bekannt, daß an der Universität immer wieder Vorgesetzte versuchen, ungeliebte Mitarbeiter durch »Zermürbungsaktionen« loszuwerden. Das hängt auch mit der personellen Starrheit des Systems Universität zusammen, die, im Zusammenhang mit der streng hierarchischen Struktur, das »Hinausekeln« mittels schikanöser Dienstweisungen (plus allenfalls Disziplinarverfahren bei offener Nichtbefolgung) für skrupelfreie Vorgesetzte attraktiv macht.

Ein solches Ausmaß an satanischer Quälerei ist aber doch selten. □

⁵ Verfasser der Buchpublikation »Das Genossenschaftswesen in Österreich«, Frankfurt 1970.

⁶ Siehe Wirtschaftswoche/Wochenpresse vom 13.4.1992

N a j a b l e i b t N



Naja, aber ...

Übersetzt: Die Logik ist auf Deiner Seite.
Pech für Dich, daß ich ausschließlich aus
dem Bauch heraus entscheide.



Naja, eigentlich ...

Übersetzt: Was Du da sagst, klingt toll.
Ich hab' mich nur leider längst für ganz
was anderes entschieden.



Naja, also:

Übersetzt: Letzte Warnung.
Wenn das so weitergeht,
muß ich leider grundsätz-
lich werden.

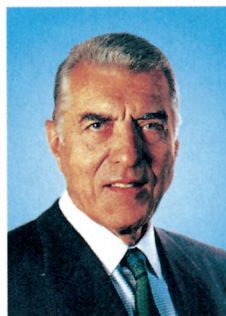
Wien bleibt Wien.

a j a .



Naja, eben!

Übersetzt: Ich hab' schon geglaubt, das geht nie in Deinen Dickschädel!



„Der EU-Beitritt ist das Ende der österreichischen Selbstbestimmung!“, sagen die EU-Gegner. „Nur als EU-Mitglied haben wir ein Vetorecht, mit dem wir europaweite Fehlentscheidungen in so wichtigen Fragen wie

Umweltschutz, Sicherheit und Wirtschaftsentwicklung korrigieren können“, sagen die EU-Befürworter. Täglich wird die Diskussion aufgeregter. Warum eigentlich? Unser Wien hat schon dramatischere Umbrüche gesehen und ist trotzdem immer Wien geblieben. – Die Stadt, in der man statt „Ja“ und „Nein“ lieber „Naja“ sagt und trotzdem mehr weiterbringt als anderswo. In Brüssel zum Beispiel ist man ziemlich nachdenklich geworden, seit wir in Sachen Transitverkehr einen Baum aufgestellt haben. Eine europäische Verhandlungsrunde über Verkehrs- und Umweltfragen wird die Folge unserer harten Haltung sein. Als EU-Mitglied könnten wir da ein Veto gegen Luftverschmutzung, Lärm und Blechlawine einlegen. Als Nichtmitglied leider nicht. Naja, Wien bleibt Wien. Ob in der EU oder nicht. Aber weil wir einerseits ein bisschen zu klein sind, um alles allein zu machen und andererseits viel zu groß, um über unseren Kopf hinweg entscheiden zu lassen, hätte ich eigentlich nichts dagegen, Europäer zu werden. Solange ich ein Wiener bleiben kann!

Dr. Helmut Zilk



Naja, warum nicht?

Übersetzt: Fang' schon mal an. Wenn's schiefgeht, dann hab' ich's immer schon gesagt. Wenn's klappt, dann war's natürlich meine Idee.

Und wird jeden Tag ein bisschen bedeutender.

Jazz – Zwischen Anpassung und Aufmüpfigkeit

Im Verlauf seiner Geschichte offenbarte sich Jazz immer wieder als etwas Widerspenstiges, schwer Kalkulierbares und nicht recht in das Gefüge der bürgerlichen Anständigkeit Hineinpassendes. Wer glaubte, Jazz ein für allemal definiert zu haben, sah sich nicht selten mit Erscheinungsformen konfrontiert, die das musikalische Weltbild erschütterten und den sorgsam gezimmerten Rahmen auseinanderbrechen ließen. Zwei Sturm- und Drang-Perioden setzten besonders tiefgreifende und langfristige Umwandlungsprozesse in Gang: die der Bebop-Rebellen in den vierziger und die der Free-Jazz-Revolutionäre in den sechziger und siebziger Jahren. Bezeichnenderweise waren beide Bewegungen in starkem Maße mit einem veränderten Lebensstil und Lebensgefühl bzw. sozialem Protest oder Engagement verbunden. Die freigesetzten musikalischen Energien entwickelten eine Eigendynamik und veränderten allmählich die kulturelle Landschaft, ungeachtet des Gezeters konservativer Kritiker, die sich selbst noch im vergangenen Jahr im »down beat« zu der These vom Free Jazz als einem gescheiterten Experiment bekannten. Je radikaler sich musikalische Umbruchphasen manifestieren, desto länger dauert es in der Regel, bis sie vom etablierten Kulturbetrieb assimiliert werden. Integriert wird zumeist nur das Material, abgelöst von der dieses hervorbringenden Haltung. Was den Stoff, weniger was die Substanz anbelangt, so ist Bebop vollständig und Free Jazz zumindest teilweise in das allgemeine, nicht notwendig subkulturell konnotierte Bewußtsein vom Jazz eingemeindet worden.

Entwickelte sich diese Musik immer wieder im Spannungsfeld von Anpassung und Protest, so scheint die Dialektik von Affirmation und Widerspruch seit einiger Zeit weitgehend außer Kraft gesetzt. Damit sei keineswegs gesagt, daß es keine Entwicklung mehr gäbe. Nur: Was passiert, regt kaum mehr jemanden auf, greift selten jemanden an. Gewiß: die Zeichen der Zeit sind nicht auf Radikalität gestellt; und die Utopien von damals haben mit den Jahren an Leuchtkraft verloren. Auch Jazz ist – egal, ob man das nun begrüßt oder beklagt – weitgehend ein Kulturgut im Marktmechanismus von Angebot und Nachfrage. Und da sich in der Regel nur das verkaufen läßt, was auch beschriftet werden kann, erweist sich die Ware Jazz,

gehandelt unter Kategorien von New Orleans bis Noise Music, überwiegend als ein kalkulierbares Risiko. Eine der schönsten feuilletonistischen Bestimmungen dieser Musik – »the sound of surprise« – ist dabei auf der Strecke geblieben.

Die Abnutzung des Eindrucks von Überraschung betrifft nicht den Jazz allein, sondern die Künste. Franz Koglmann hat in diesem Zusammenhang den Maler Anselm Kiefer mit der Bemerkung zitiert: »Umstürzlerisch zu sein ist heute eine Meisterschülerhaltung.«

Und er, Koglmann, folgert: »Die Revolutionen von gestern sind die Akademismen von heute.«¹ Das Zeitalter des Schocks ist ohnehin längst vorbei, und die künstlerischen Mittel der historischen Avantgarde-Bewegungen haben – entschärft und verfeinert – ihren Siegeszug in die Tonstudios und Werbeateliers angetreten. Steve Lacy sagte einmal, die Musik von Thelonious Monk sei erst jetzt – erst so viele Jahre nach dessen Tod – in das allgemeine musikalische Bewußtsein gedrungen. Man merke das daran, daß Monks Harmonien und Patterns selbst in Werbejingles auftauchten. Und Lacy kommentierte, dies sei positiv, weil es Assimilation bedeute, problematisch insofern, als der Biß verlorengehe.² In diesem Spannungsfeld zwischen Wunsch nach Akzeptanz und Absetzen von Etabliertem bewegen sich viele Innovationsbestrebungen. Im musikalischen und gesellschaftlichen Sinne aufmüpfig ist offensichtlich nur noch, was nicht oder noch nicht im allgemeinen Verständnis von Jazz bzw. von Musik Platz gefunden hat. An der Peripherie passiert mehr als im einstigen Kern des Zyklons, der sich mit deutlich verlangsamter Geschwindigkeit bewegt und einen stark konservativen Drall erkennen läßt.

Darüber in Wehklagen zu verfallen, kann leicht den Eindruck spätpubertärer Trotzigkeit erwecken. Kaum je zuvor hat Mainstream-Jazz eine so breite Akzeptanz erfahren wie in den letzten Jahren – und über eine längere Zeitachse betrachtet, erfolgt nach den Phasen der Innovation nun eine der allmählichen Tradierung. Jenseits dieser Konstanten gestaltet sich auf einem immer unübersichtlich werdenden Feld eine Vielzahl oftmals fluktuierender Entwicklungen. Dabei entstehen die spannendsten Reibungen an den Schnittstellen von eigener Tradition und fremden Kulturen, in den Grenzgebieten zwischen den Genres und in den Übergangsbereichen zwischen Experiment und Etablierung.

Mittlerweile verkürzen sich augenscheinlich die Zeiten, in denen Elemente

der Subkulturen von der Hochkultur übernommen werden. Verhielten sich die Medien in der Vergangenheit neuen musikalischen Entwicklungen gegenüber zumeist ignorant, so zeigen sie sich mit zunehmender Ausbreitung gefräßig und nicht selten vampiristisch. Nicht erkannt zu werden ist bei mediokrem, aber selbst bei überdurchschnittlichem Talent mittlerweile eine Meisterleistung. Der Widerwille, sich aufsaugen zu lassen, zählt zum Kreativitätspotential. Auf der anderen Seite wäre es töricht, alles, was in die etablierten Kommunikationskanäle vordringt, des Verrates an der Sache zu bezichtigen – einer Sache, zu deren Gralshütern sich ideologisch argumentierende Sektierer aufschwingen. Wichtig erscheint hingegen, daß der Kreislauf zwischen nicht angepaßten Erneuerungen und ihrer Assimilation in anderen Kontexten ständig in Bewegung bleibt. Die Außenseiter von gestern sind nicht selten die Kultfiguren von morgen. Und diesen vorzuwerfen, daß mit ihrer Verbreitung Umsätze bewegt werden, mutet so naiv an wie die Annahme, gute Musik setze sich schon von alleine durch. Der Impetus von Innovatoren ist in der Regel antikommerziell und antiakademisch. Die gesellschaftliche Assimilation des dann zumeist nicht mehr ganz so Neuen bedeutet Vermittlung und somit zwangsläufig auch kommerzielle Professionalisierung und bildungsbürgerliche Aufbereitung. Vokabeln wie »Vermarktung« und »Verschulung« mögen noch so schlimm anmuten – die mit ihnen bezeichneten Prozesse bilden einen unumgänglichen Teil des musikkulturellen Kreislaufs. Die Jazzpädagogik – mag sie auch mitunter an der Essenz des Jazz vorbeidozieren und sich in einem Kreislauf von Musikpädagogen auszubildenden Musikpädagogen reproduzieren – ist Bestandteil gesellschaftlicher Integration des Jazz als einer allgemein anerkannten Kunstform. Die Frage, ob man Jazz lehren und lernen könne, ob Jazz vermittelbar sei, ist ebenso sinnvoll oder unsinnig wie jene, ob eine Hochschule Künstler und Künstlerinnen ausbilden könne. Daß Jazz seit geraumer Zeit gelehrt wird, kann als ein Anzeichen für seine Akzeptanz gewertet werden. Daß diese Praxis noch in Frage gestellt wird, deutet auf einen Restbestand an Renitenz einer Kunstform, die noch nicht voll integriert ist. Auch die Vermarktung des Jazz erweist sich als Bestandteil des genannten Kreislaufs, wobei die am wenigsten anstoßenden Spielbereiche natürlich die größten Chancen haben, flächendeckend verbreitet zu werden. Problematisch an diesem unabwendbaren und bedingt auch folgerichtig anmutenden Prozeß erscheint, daß der vermeintliche Hauptstrom oftmals der aktuellen Entwicklung hinterherfließt und nichtsdestotrotz als das Ganze dargestellt und verstanden, daß das musikalisch Fremde, Neue und Unangepaßte aus der Vermittlung weitgehend ausgeklammert wird. Unbeabsichtigt läuft solche Ignoranz auf ein Totfeiern des Jazz hinaus, und selbst ein stark mit der Tradi-

¹ Franz Koglmann: Es ist eine Zeit der Revolution, sondern eine der Komplexität, in: Neue Zeitschrift für Musik. Mainz 3/1989, S.31

² Steve Lacy im Gespräch mit dem Autor. Juni 1984

tion verbundener Musiker wie Heinz Sauer bedauerte schon vor einiger Zeit:

»Mit dem Jazz bin ich so ein bißchen traurig. Das, was wir Jazz nannten, das ist am Aussterben. Beim Jazz (...) da sind die Perfektionisten am Werk, und das läuft eigentlich dem zuwider, was früher der Jazz war.«³

Heinz Sauer mißtraut der Glätte, beklagt die Austauschbarkeit und schlußfolgert für sich, er wolle ja nicht nur vorführen, was er geübt, sondern mitteilen, was er erlebt habe⁴. Das bedeutet – und damit sind wir zurück – bei dem, was Jazz einmal war und gelegentlich auch noch ist, ein nicht-musikimmanentes bzw. das rein Musikalische transzendierendes Kriterium. Handwerk ohne Seele erscheint ebenso belanglos wie eine glänzende Stilistik ohne die mit ihr gewachsene Musizierhaltung. Mit vorrückender Zeit verschwinden nach und nach die Inauguratoren vergangener Stilepochen, verbreitet sich im Jazz zwangsläufig das Epigontum; und es ist durchaus vorstellbar, daß Bebop nachwachsenden Generationen so anachronistisch vorkommen wird wie einigen von uns seit langem schon Dixieland. Stil läßt sich immer erst klar definieren, wenn eine Entwicklung im wesentlichen abgeschlossen erscheint; Stil ist, um Heinz-Klaus Metzger zu zitieren, eine »retrospektive Kategorie«⁵. Andererseits durchwandern den Jazz immer wieder singuläre Erscheinungen, die nicht mit Stil kategorien erfaßt und schon gar nicht musikpädagogisch aufbereitet werden können. Es gibt beispielsweise keine Peter-Brötzmann-Schule; es gibt nur Brötzmann-Epigonen. Diesbezüglich entstehen Parallelen zu den historischen Avantgardebewegungen, für die Peter Bürger konstatierte, »daß sie keinen Stil entwickelt haben. Es gibt keinen dadaistischen, keinen surrealistischen Stil.«⁶ Der in der Tradition verankerte Anspruch von Jazzmusikern, ihre eigenen Geschichten zu erzählen, steht der Nachahmung entgegen. Ohne Nachahmung wiederum entsteht keine Kontinuität. Die Koexistenz von Originalität und Reproduktion zählt zu den unvermeidlichen Paradoxien des Jazz als einer sich etablierenden Kunstform. Das Übergewicht von Second-Hand-Versionen deutet allerdings auf den zunehmenden Verlust einer der wichtigsten Kraftquellen: der des Erlebens.

Die für die musikalische Weiterentwicklung entscheidenden Prozesse verlaufen heute jenseits des Jazz, wie er von der Mehrzahl seiner Produzenten und Vermittler definiert wird. Das wäre nicht weiter tragisch; denn Begriffe sind ohnehin nur Behelfskonstruktionen, um uns Musik plausibel zu machen und uns über Musik verständigen zu können. Statik und Präzision des Begrifflichen müssen zwangsläufig mit musikalischen Bewegungen kollidieren, deren Wesen fließend ist. Problematisch erscheint, daß musikalische Begriffe vielfach ein Wertgefüge abbilden, und per Definition gewissermaßen Zensur oder Diskriminierung betrieben wird. Das passiert, wenn die Arbeit von Radiostatio-

nen, Redaktionen oder Verwertungsgesellschaften in unzulässig eng oder inadäquat bezeichnete Ressorts eingeteilt wird. Völlig untaugliche Unterscheidungen wie die zwischen U- und E-Musik zählen zu den »klassischen« Beispielen; der Begriff »Jazz« hat längst auf ähnliche Weise Verwirrung gestiftet. Kein Geringerer als Duke Ellington legte ihn bereits in den vierziger Jahren ad acta. In seiner Autobiographie schreibt er:

»Der Begriff Jazz« wird immer noch mit großem Erfolg angewendet, ich verstehe jedoch nicht, wie man die heute existierenden Extreme alle unter einem Begriff zusammenfassen kann.«⁷

Angesichts der Entwicklungen in jüngerer Zeit gibt es nur die Alternative, den Begriff total auszuhöhlen oder ihn beckenmesserisch eng zu definieren. Fragen wie diese wären rein scholastischer Natur, wenn sie nicht für Produktion und Vermittlung des Jazz Bedeutung hätten. Abgehoben von diesem Praxisbezug, erinnert das Spiel mit Begriffen an eine Theorie, die über den Versuch, ihren Gegenstand zu bestimmen, nicht hinauskommt und sich auf diese Weise selbst ad absurdum führt.

Zum Entwicklungspotential des Jazz zählt seine Fähigkeit, Fremdes assimilieren und auf andere Bereiche ausstrahlen zu können. Selbst ein Produkt vielschichtiger Akkulturationsprozesse, hat Jazz immer wieder – quasi im Zuge fortwährender Fusionen und Zellteilungen – neue Einflüsse integriert oder neuen Entwicklungen Auftrieb gegeben. Weltweite Verbreitung und interkulturelle Kommunikation trugen wesentlich dazu bei, daß sich diese Prozesse beschleunigt haben. Jazz mit einer europäischen Identität erscheint in diesem Zusammenhang als eines der erstaunlichsten Phänomene; doch auch vom »europäischen Jazz« zu sprechen, ist längst eine unzulängliche Sammelbezeichnung; und in anderen Teilen der Welt vollziehen sich ähnliche Differenzierungsprozesse. Kann von »Weltmusik« als einer alles mögliche integrierenden Richtung nicht anders die Rede sein als von einer naiv oder kommerziell angerührten Pseudo-Fusion, so bedeutet Jazz jenseits seiner etablierten Erscheinungsformen doch immer auch Bereitschaft zur Begegnung mit dem Fremden, dem Anderen. Kaum anderswo kam der Drang zum Erkunden neuer Erfahrungsquellen, zur Erweiterung eigener Traditionszusammenhänge in einer ansonsten weitgehend ausbetonierten Kulturlandschaft so eruptiv zum Vorschein wie in der Vielfalt improvisierter Musik. Sich außerhalb der jeweiligen musikalischen Konvention zu bewegen, sich gar auf Improvisation ohne ein festgefügtes Regelsystem einzulassen,

bedeutet Abkehr von Sicherheiten, aber auch Befreiung von Anpassungszwängen. Das ist der Weg, auf dem höhere Söhne und Töchter in der Subkultur der Jazzkeller und Rockpaläste, auf dem eingeschworene Improvisatoren beim Studium der Zweiten Wiener Schule, Country-Sänger im Avantgarde-Rock, Klassikfreaks bei experimentellen Soundcollagen oder Musiker aus dem Jazz in den erweiterten Klangbezirken der freien Improvisation gelandet sind. Im besten Falle haben sie alle etwas von ihrer Identität bewahrt und in neue Bereiche hineingetragen, Widersprüchliches ebenso wie Verbindendes kennengelernt und dabei auch einiges über sich selbst erfahren, was ihnen in gleichförmigen Bahnen der eigenen Kultur verschlossen geblieben wäre. Im Schnittbereich unterschiedlicher Einflüsse wollen verantwortungsbewußte Musiker wie Peter Kowald »nicht zudecken, zusammenmischen, sondern hinterfragen«:

»Ich möchte sozusagen gar nicht lernen, die Melodie anderer Leute zu spielen, die dann lernen müssen, meine Melodie zu spielen. Mir geht es eher darum, bestimmte Dinge nebeneinanderzustellen und dann festzustellen, daß auf einer bestimmten Ebene eben doch etwas zusammengeht. Diese Ebene ist oft nicht offensichtlich, aber das ist genau die richtige Ebene.«⁸

Eine solche Sensibilität kann auch Eigenes in neuem Licht erscheinen lassen.

»Und wenn wir unsere Welt, unser Weltbild heute betrachten«, fährt Kowald fort, »dann ist es mit Sicherheit sehr wichtig, daß wir lernen, auf etwas einzugehen – demütig sozusagen –, was uns im Moment noch fremd erscheinen mag. Damit verliert man natürlich auch etwas. Maßstäbe, an die man sich gewöhnt hatte, über die man sich realisierte, funktionieren nicht mehr. Und eventuell gelingt es mit der Reibung an etwas Fremdem, etwas Neues Wirklichkeit werden zu lassen, und das ist natürlich die große Chance, die uns das Fremde bietet.«⁹

Lange bevor »Grenzüberschreitungen« und »musikkulturelle Vielfalt« als modische Vokabeln in Umlauf kamen, ging es im weitgefächerten Feld improvisierter Musik um die Begegnung mit dem Unbekannten, die Berührung mit dem Fremden. Daß die Kategorien aufgesprengt wurden, erscheint die Folge einer musikalischen Praxis, die sich nicht in das Klassengefüge der Konservatorien pressen läßt. Beklagten die Linienrichter des Kulturbetriebs zunehmend das Ausbleiben von Innovationsschüben, die Absenz von Leitfiguren, das Ende der Avantgarde oder die Belanglosigkeit des musikalisch Beliebigen, so fanden Musiker und Musikerinnen im vermeintlichen Niemandsland zwischen Jazz, Rock, Funk, Punk, Noise, ethnischer Überlieferung und imaginärer Folklore, Hip Hop und Hard Core, Elektronik und Neuer Musik unverbrauchte Nährstoffe für ihre musikalischen Phantasien. Erschienen die Anfangsjahre des europäischen Free Jazz noch relativ überschaubar, so entwickelte sich in der Folgezeit eine neue Unübersichtlichkeit, die zugleich einen enormen Wachstums- und Demokratisierungsprozeß widerspiegelt. Immer

³ Ein Suchender: Heinz Sauer. Gespräch mit Gudrun Endress, in: Jazz Podium. Stuttgart 12/1985, S.5

⁴ Vgl. ebd.

⁵ Heinz-Klaus Metzger: Musik wozu. Frankfurt/M. 1980, S.13

⁶ Peter Bürger: Theorie der Avantgarde. Frankfurt/M. 1974

⁷ Duke Ellington: Autobiographie. München 1974, S.287

⁸ Peter Kowald im Gespräch mit Markus Müller, in: Jazzthetik. Münster 7/8/1992, S.29f.

⁹ Ebd.

mehr, immer neue Spielweisen, Sicht-, Hör- und Lebensgewohnheiten brachen ein, so daß die fest zementierten Hochburgen der Klassik wie auch die der industriell gefertigten Populärmusik zumindest unterschwellig und mit sanfter Gewalt erschüttert wurden. Ungeachtet dessen hält der Kulturbetrieb an einem Institutionen- und Ressortgefüge fest, das auf die realen Prozesse mit Verzögerung reagiert und auf weitere Veränderungen nur unzureichend vorbereitet ist. Das Bemühen, »Alibi-Exoten« zu integrieren, ist ebenso Ausdruck des Unverständnisses wie der arrogante Versuch einer Marginalisierung der eigenmächtig wachsenden Musikkulturen. Von den vermeintlichen Rändern aus ergeben sich hingegen unerwartete Sichtweisen auf das Ganze, schließlich gar Relativierungen des musikkulturellen Wertgefüges wie auch der eigenen Standortbestimmungen. Wird in den vorgeblichen Zentren vermehrt reproduziert und repräsentiert, so hat sich das Schwergewicht innovativer Entwicklungen längst auf Bereiche musikalischer Produktion verlegt, die die Widersprüchlichkeit kultureller Alltagserfahrung jenseits einer Stildefinition und oftmals mit den Mitteln der Montage, Collage und Fragmentierung zum Klingen bringen.

»Eklektizismus« schreibt Heiner Goebbels (in seinem streitbaren Aufsatz mit dem Titel »Existiert der Realismus nur noch in der Disco?«) »muß länger kein Schimpfwort mehr sein, wenn er nicht beliebiges Kombinieren und Selbstbedienung im musikalischen Supermarkt meint, sondern wenn es sich um ein reflektiertes, mit Zurückhaltung, Geschmack und Geschichtsbewußtsein ausgestattetes Verfahren handelt. Ein Verfahren, das unsere Wahrnehmungsweisen vorantreibt und gleichzeitig Erinnerungen aufarbeitet...«¹⁰

Abwehrhaltungen und Apathie begegnen einer solchen, im konventionellen Sinne schwerlich einzuordnenden Musik nicht nur bei den etablierten Institutionen, sondern auch in bestimmten Bereichen der Jazzszene. Derek Bailey meinte schon vor Jahren:

»Es ist ein Problem der frei improvisierenden Musiker und Musikerinnen, daß ihre Musik mit Jazz assoziiert wird. Frei improvisierte Musik hat nämlich keine Geltung im Bereich des Jazz. Die Leute, die die frei improvisierte Musik am wenigsten schätzen, sind Jazzleute. Das einzige, worin Jazzfans ganz sicher gehen wollen, ist, daß ihre Musik nicht wie improvisierte

Musik tönt. Nun sind aber die Leute, die Jazzkonzerte oder Festivals organisieren, Plattenfirmen oder Labels haben, meistens Jazzfans.«¹¹

Auch wenn sich Begriffe wie »improvisierte Musik« oder »kreative Musik« als kaum weniger diffus erweisen, kann das von Anthony Braxton angeschnittene Problem einer restriktiven Veranstalterpraxis schwerlich bagatellisiert werden. Braxton nannte das Wort »Jazz« im Zusammenhang mit seiner Musik »einen Würgegriff, ein Mißverständnis«.¹² Das mag bedauerlich erscheinen, wenn man bedenkt, daß Jazz seiner Entstehung und Entwicklung nach multikulturelle Offenheit bedeutete. Trotz der weit verbreiteten Klage über das Sinken der Toleranz mit zunehmender Institutionalisierung, findet ein Teil der improvisierten bzw. schwer zu kategorisierenden Musik noch immer erfolgreich Zuflucht in einigen Vermittlungskanälen der Jazzszene. Und daß die Nabelschnuren noch nicht völlig zerschnitten sind, deutet auf latente Verwandtschaftsbeziehungen, die auch mit der Selbstbezüglichkeit einiger Musiker als Jazz-Dissidenten nicht spurlos aus der Welt zu reden sind. Dem musikalischen Wildwuchs adäquater als eine Ecke im Treibhaus der Jazzszene erscheint ein in den achtziger Jahren gewachsenes Geflecht, das auf dem wahlverwandten Engagement von Musikern und Veranstaltern beruht. Mittlerweile sind international verzweigte Netzwerke entstanden, die die Klänge der Außenseiter und Einzelgänger aufzufangen vermögen. Ein gemeinsames Solidaritätslied läßt sich hingegen nicht mehr anstimmen. Dazu sind die musikalischen Interessen und kulturellen Bindungen bzw. Ambitionen viel zu differenziert und zum Teil auch auseinanderstrebend. Daß im Bereich der improvisierten Musik längst auch mit kompositorischen Verfahren gearbeitet wird, macht einmal mehr die Unvollkommenheit begrifflicher Abbildungsversuche bewußt. Wichtiger als die jeweiligen Mittel, Materialien und Methoden erscheinen allerdings noch immer die Musizierhaltungen, die sich vom Jazz, praktiziert als Reproduktion von Stilvorlagen, durch den Drang zu authentischer Mitteilung unterscheiden. Die Aura der improvisierten Musik und der Ereignischarakter der im besten Falle Momente spontaner Kommunikation freisetzenden musikalischen Praxis transzendieren den Konzertbetrieb herkömmlicher Provenienz zumindest der Möglichkeit nach.¹³

Nimmt auch der Neo-Konservatismus gegenwärtig im Jazz breiten Raum ein, so deutet die Vielzahl von musikalischen Grenzüberschreitungen auf eine allmähliche, langfristige Veränderung des musikkulturellen Gefüges. Kulturen im Umbruch verzeichnen einen Zuwachs an Außenseitern. Sie sind es, die im unbewußten und unsystematischen Zusammenwirken einen Wertewandel vorbereiten.

Ob von den Rändern aus noch einmal die Hauptströme des Jazz mit innovativen

Impulsen durchzogen werden können, bleibt im Bereich des Spekultativen. Jazz ohne Biß wäre auf die Dauer ein Fall für die Fürsorge. Auch wenn eine Hommage für Miles Davis der anderen folgt, reicht das auf die Dauer wohl kaum für die Pensionskasse. Doch das leicht verschwommene Panorama stimmt eigentlich gar nicht so trübsinnig: Jazz, im weiten Sinne verstanden, war noch nie so pluralistisch wie in der Gegenwart, Jazz in traditionell-moderner Fassung erlebte selten eine so weite Verbreitung und Akzeptanz wie Ende der achtziger, Anfang der neunziger Jahre. Mit dieser Musik verbunden, muß keiner hungern; und die Zahl der verkannten oder sich selbst zerstörenden Genies ist augenscheinlich zurückgegangen. Die Anpassungstendenz erscheint allerdings viel stärker ausgeprägt als die Aufmüpfigkeit. Eine Avantgarde ist im Getümmel nicht mehr auszumachen; und die Frage nach der Kontinuität von Materialentwicklung interessiert allenfalls noch die Musikologen. Die schier grenzenlose Verfügbarkeit von Klangereignissen hat jedoch nicht nur Demokratisierungsprozesse in Gang gesetzt, sondern – wie es Vinko Globokar kürzlich in einem Gespräch ausdrückte – auch eine gewisse Graueit mit sich gebracht, eine weitgehende Nivellierung der Reizmuster.¹⁴ Sinnvoll strukturieren und – vor allem – gestalten läßt sich kaum mehr und ließ sich wahrscheinlich noch nie auf der Grundlage abstrakter musikalischer Parameter.

Sind wir auch weit entfernt vom politischen Klima der späten sechziger Jahre, so stellt sich die Wertsituation oder, wenn wir nicht einmal so weit blicken wollen, selbst die Situation in Europa dermaßen widersprüchlich und problematisch dar, daß es nur schwer vorstellbar erscheint, dies alles bleibe auf die Dauer folgenlos für die musikalische Praxis. Damit freilich sei nicht die naive Vorstellung oder Erwartung einer vordergründigen Politisierung des Ästhetischen verknüpft.

»Natürlich richtet es keinen großen Schaden an,« bemerkt Heiner Goebbels, »Streichquartette für Greenpeace und Rockkonzerte für Afrika aufzuführen. Aber es ist sicher weder radikale politische Wahrnehmung noch Musik auf der Höhe der Zeit.«¹⁵

Worum es Heiner Goebbels und anderen, ursprünglich mit dem Jazz verbundenen Musikern geht, ist das Aufbrechen von verfestigten Wahrnehmungsmustern im Interesse einer sinnlichen Geistesgegenwart, in der Kritisches und Kulinarisches nicht notwendig Gegensätze darstellen.

Ohne Zufuhr von Wirklichkeit und ohne Reflexion eigenen Erlebens (was freilich Erlebnissfähigkeit voraussetzt) gerät auch der Jazz in die Nähe von Kunstgewerbe. Dabei geht es nicht an, Anspruchsniveau und Unterhaltungswert gegeneinander auszuspielen. Selbst glühender Protest kann musikalisch flach formuliert, und Entertainment kann mit höchstem Engagement gestaltet werden. Worum es geht, sind Gesten, die etwas bedeuten.

¹⁰ Heiner Goebbels: Existiert der Realismus nur noch in der Disco?, in: Patrik Landolt und Rudi Wyss (Hg.): Die lachenden Außenseiter. Zürich 1993, S.79

¹¹ Derek Bailey: Suche nach dem größtmöglichen Spielraum. Interviews mit Rosmarie A. Meier und Patrik Landolt, in: Ebd. S.87

¹² Anthony Braxton – ein Alternatives Herangehen. Gespräch mit Guido Gazzoli, in: Jazzforum, Warschau, Nr.62, Heft 6/1979, S.41

¹³ Vgl. Bert Noglik: Klangspuren. Wege improvisierter Musik. Frankfurt/M. 1992, S.315ff.

¹⁴ Vinko Globokar im Gespräch mit dem Autor. April 1993

¹⁵ Heiner Goebbels, a.a.O., S.81

Gleichheitsrecht und Höchstgericht

Traktat übers gegenwärtige Legiferieren abseits des Normenmaterials
5. Teil: Refeudalisierung und Resubstantialisierung
1979 bis zur Gegenwart

I. Testfall Arbeiterkammer

Wir sparen uns im Rahmen dieses Beitrages die detaillierte Nachzeichnung der weiteren Entwicklung und legen unser Augenmerk gleich auf den Beginn der heutigen Gleichheitsjudikatur: Das Erkenntnis vom 31. Jänner 1979 über die Mitgliedschaft familieneigener Arbeitnehmer zu den gesetzlichen Interessenvertretungen im Bereich der Arbeiterkammern.¹³⁹

Der Sachverhalt ist einfach: Mit Bundesgesetz vom 11. Oktober 1978 (BGBl. Nr. 519/1978) hatte der Gesetzgeber die Ehegatten des Betriebsinhabers und Personen, die mit diesem im ersten Grad verwandt oder verschwägert sind, sowohl aus der Arbeitnehmererschaft nach dem Arbeitsverfassungsgesetz (ArbVG) als auch aus der Mitgliedschaft zur Arbeiterkammer ausgeschlossen (für die entsprechenden Verwandten eines Organmitgliedes [Vorstandsmitglied etc.] einer juristischen Person wurde das Gleiche vorgesehen). Begründet wurde dies im wesentlichen damit, daß die Interessen der nahen Angehörigen des Betriebsinhabers in keiner Weise mit der arbeitsverfassungsrechtlichen Interessenlage der übrigen Arbeitnehmerinnen übereinstimmen würden; daher sei (wie seit jeher etwa im Landarbeitsrecht) die Ausnahme der familieneigenen Arbeitskräfte von der Zugehörigkeit zur Arbeitnehmererschaft im betrieblichen und überbetrieblichen Bereich gerechtfertigt. Der VfGH hatte nun zu entscheiden, ob diese Herausnahme gleichheitswidrig ist.

Mit dem angeführten Erkenntnis entschied er, daß es an einer sachlichen Rechtfertigung dafür fehle, den „gesamten Personenkreis“ bzw. die „genannte Personengruppe zur Gänze“ aus dem Betriebsverfassungsrecht bzw. Arbeiterkammerrecht auszunehmen. Diese folge zusammengefaßt vorallem daraus, daß die vom Gesetzgeber getroffene Annahme, daß na-

he Angehörige des Unternehmers als Arbeitnehmer interessensmäßig nicht der Arbeitnehmererschaft zuzurechnen seien, in ihrer Allgemeinheit nicht zutreffe.

Wir folgen dem schriftlichen Begründungsversuch des VfGH im einzelnen:

• Einerseits sei davon auszugehen,

„daß das Familienband innerhalb der Familienangehörigen typischerweise – aber durchaus nicht ausnahmslos – eine Interessenparallelität mit sich bringt und daß sich solche Interessenparallelität in erster Linie und vor allem im Gemeinschaftsleben innerhalb des Familienverbandes selbst zeigt, aber auch im Arbeitsrecht und hier insb(ondere) bei Regelung der Betriebsverfassung von Bedeutung sein kann“; – andererseits:

„Eine Interessenparallelität des Arbeitgebers und des Personenkreises der zu ihm in einem nahen Angehörigenverhältnis stehenden Arbeitnehmer stellt nicht in so weitem Maße den Regelfall dar, daß ein Interessengegensatz eine zu vernachlässigende Ausnahme bedeutet“.

Daher:

„Die im [...] Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung zur Begründung der getroffenen Regelung enthaltene Aussage, daß mit dem Arbeitgeber nahe verwandte Arbeitnehmer interessensmäßig nicht der Arbeitnehmererschaft zuzuordnen seien, ist somit nicht geeignet, eine sachliche Rechtfertigung [...] zu bieten. [...] Die genannten Familienangehörigen sind sowohl von der Anwendung der die Organe der Arbeitnehmererschaft betreffenden organisationsrechtlichen Bestimmungen als auch insb(ondere) der betriebsverfassungsrechtlichen Bestimmungen zum Schutze der Arbeitnehmer (wie Versetzungs-, Kündigungs-, Entlassungsschutz) ausgeschlossen; es handelt sich dabei nicht nur um den Entzug des Schutzes, der durch die angeordnete Einschaltung von Organen der Arbeitnehmererschaft gewährleistet ist, sondern auch um den Entzug von individuellen Rechten [...] Eine solcherart [...] undifferenzierte Regelung ist sachlich nicht gerechtfertigt.“

ger zu den Interessenvertretungen der Arbeitnehmer, DRdA 1979, S. 276ff.; *Tomandl*, Entscheidungskommentar, ZAS 1980, S. 195ff.; *Wimmer*, Gleichbehandlungsgrundsatz und familieneigene Arbeitskräfte, DRdA 1982, 32ff.; *Firlei*, Gebiet der Gleichheitssatz die Einbeziehung der familieneigenen Arbeitskräfte in die Interessenvertretung der Arbeitnehmer? FS Strasser (1983), S. 387ff.; *Rebhahn*, Familie und Gleichheitssatz, in: Harrer – Zitta (Hrsg.), Familie und Recht (1992), S. 145ff. (S. 171f.).

• Grundsätzlich kann

„(d)ie Herausnahme von Personen aus dem betriebsverfassungsrechtlichen und Arbeitnehmerbegriff unter dem Gesichtspunkt des Gleichheitssatzes nur auf Grund von Sachverhalten vorgenommen werden, die infolge ihrer Besonderheiten eine Abweichung von den für die anderen Arbeitnehmer geltenden Regelungen rechtfertigen“;

daher vermag

„(d)er von der Bundesregierung geltend gemachte Umstand, daß sich aus bestehenden oder bestandenen familienhaften Zusammenhängen bei der Beendigung eines Arbeitsverhältnisses [...] für nahe Angehörige des Arbeitgebers andere Konsequenzen ergeben als für andere Arbeitnehmer, ebenso wie der Umstand, daß der Betriebsrat bei Handhabung seiner Befugnisse vor Schwierigkeiten stehen könnte, weil er nur die betriebliche Situation, nicht aber familienhafte Zusammenhänge berücksichtigen könne, ferner der Umstand, daß Ehegatten für ihre Mitarbeit außer dem Arbeitsvertrag auch andere Rechtsformen zur Verfügung stehen [...], keine sachliche Rechtfertigung dafür zu bieten, undifferenziert den ganzen Personenkreis aus dem betriebsverfassungsrechtlichen Arbeitnehmerbegriff auszunehmen“. (Wie leicht hatte doch der VfGH noch in VfSlg. 3197/1957 unter Hinweis „auf die naturgegebene Tatsache einer engen persönlichen und auch wirtschaftlichen Bindung zwischen den Familienangehörigen“

die differenzierende Regelung des § 5 Abs. 1 Z. 1 ASVG für gleichheitskonform gehalten!)

• Und überdies könne gerade das Angehörigenverhältnis selbst

„auch als sachlicher Grund dafür genommen werden, diesem Arbeitnehmerkreis in besonderem Maß den betriebsverfassungsrechtlichen Schutz zuzuwenden, da dieser Schutz auch noch ein persönliches Abhängigkeitsverhältnis aufzuwiegen habe [...] Es kann keinesfalls generell davon ausgegangen werden, daß familienrechtliche Beziehungen [...] den Schutz, wie ihn die betriebsverfassungsrechtlichen Bestimmungen des ArbVG gewähren, entbehrllich machen“.

Soweit der VfGH.

Vermutlich gibt es in der Geschichte der 2. Republik kein anderes Emanat des VfGH, das so übertoll von „Fehlern“, „schweren methodischen Verstößen“, „methodischen Mängeln“ und „einseitiger Zitierungsweise“ und deshalb „methodisch völlig verfehlt“, das in solch überreichem Ausmaß mit „argen Begründungsmängeln“ behaftet ist und das insgesamt völlig „an der Lebensrealität vorbei(geht)“ (*Floretta*); und es gibt augenscheinlich auch kein anderes VfGH-Erkenntnis, dem in ähnlich begründeter Weise vorgeworfen werden durfte, es habe sich nicht einmal „mit der einschlägigen Fachliteratur auseinandergesetzt“ und „befindet sich meilenweit von jeder stringenten juristischen Argumentation entfernt“; zudem:

„(d)ie vom VfGH mehrfach strapazierten Erfahrungen des täglichen Lebens stimmen mit diesem nicht überein und konnten nur unter peinlicher Vermeidung der Heranziehung

¹³⁹ VfGH v. 31. Jänner 1979, G 109, 111, 112/78 (= DRdA 1979, S. 317ff. = ZAS 1980, S. 183ff. = VfSlg. 8485/1979). Das Erkenntnis bietet sich vorallem auch deshalb an, weil es in ungewöhnlich großem Umfang diskutiert wurde; vgl. *Floretta*, Die familieneigenen Arbeitskräfte im österreichischen Recht, insbesondere im Arbeitsrecht, DRdA 1979, S. 257ff.; *Hagen – Rabofsky*, Zur sozialwissenschaftlichen und rechtspolitischen Problematik der Zugehörigkeit naher Familienangehöri-

Alle Fußnoten dieser und der folgenden vier Seiten auf 1 Blick

¹⁴⁰ Vgl. die Fundstellen in Fn. 139

¹⁴¹ *Firlei*, a.a.O., S. 402

¹⁴² Ebd., S. 420

¹⁴³ Ebd., S. 422

¹⁴⁴ *Walter – Mayer*, a.a.O., S. 474

¹⁴⁵ *Firlei*, a.a.O., S. 423. – Vgl. auch *Noll*, Die Politik des Verfassungsgerichtshofs, in: ders. (Hrsg.), *Justiz unter Druck?* (1991), S. 101ff.; ders., *Wider das Recht der Richter*, Wiener Zeitung EXTRA, Blg. zur Ausgabe v. 2. Oktober 1992, S. 1 und 3

^{145a} *Tribe*, a.a.O., S. 1512

¹⁴⁶ *Eichenberger*, Die richterliche Unabhängigkeit als staatsrechtliches Problem (1960), S. 68f. –

Natürlich kann ein Jurist dagegen halten, daß sich fast alle Rechtsakte sowohl als rechtsvollziehend als auch als rechtsschöpfend denken lassen, und das seit jeher (vgl. *Merkel*, Das doppelte Rechtsantlitz [1918]), – aber darum geht es nicht.

¹⁴⁷ *Maus*, a.a.O., passim; *dies.*, Rechtstheorie und Politische Theorie im Industriekapitalismus (1986), S. 277ff.

¹⁴⁸ *Kant*, Metaphysische Anfangsgründe der Rechtslehre (1797), § 45, hier zit. nach der von H. Klenner besorgten Ausgabe: I. Kant, Rechtslehre. Schriften zur Rechtsphilosophie (1988), S. 127

¹⁴⁹ Ebd., § 46, S. 128

¹⁵⁰ Ebd., § 49, S. 132

¹⁵¹ Ebd., § 48, S. 131

¹⁵² Dies nachgewiesen zu haben, ist das Verdienst der Arbeiten von *Ingeborg Maus*.

¹⁵³ *Kant*, Zum ewigen Frieden. Dritter Definitivartikel, Erster Zusatz, zit. nach der von Klenner besorgten Ausgabe (Fn. 148), S. 315; vgl. dazu *Günther*, Kann ein Volk von Teufeln Recht und Staat moralisch legitimieren? Rechtshistorisches Journal 1991, S. 233ff.

¹⁵⁴ *Maus*, Zur Aufklärung, a.a.O., S. 293f.

¹⁵⁵ Ebd., S. 294f.

¹⁵⁶ Ebd., S. 236f.

¹⁵⁷ Ebd., S. 239

¹⁵⁸ Vgl. zu dieser allgemeinen Tendenz schon *Weber*, Wirtschaft und Gesellschaft⁵ (1980), S. 496ff.

¹⁵⁹ Freilich gibt es Versuche, auch aus „semantisch instabilen Werten“ subsumtionsgerechte Regeln zu fertigen; man sucht dann nach einer stabilen Struktur von Abwägungsschritten; vgl. *Alexy*, Theorie der Grundrechte (1985), S. 74ff.; *Buchwald*, Der Begriff der rationalen juristischen Begründung (1990), S. 311ff; *Stelzer*, Das Wesensgehaltargument und der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit (1991)

¹⁶⁰ *Luhmann*, Grundrechte als Institution³ (1986), S. 169; vgl. auch *dies.*, Der Gleichheitssatz als Form und Norm, ARSP 1991, S. 435ff. Schlußfolgerung:

„Der Gleichheitssatz bezieht sich auf die Einheit des Rechtssystems, unabhängig von organisatorischen Einteilungen und Zuständigkeiten. Er bezeichnet die Form der Formen, die die Funktion von Programmen übernehmen, gleichgültig ob es Gesetze sind oder eine gefestigte Rechtsprechung zu bestimmten Fragen. Aber er erfüllt diese Funktion nicht als eine moralische Idee, nicht als oberstes Prinzip, nicht als höchste materielle Norm – alles Formen, die nur die Unterscheidung von Konformität und Devianz erlauben und wegen der Unbestimmtheit des Leitgedankens nicht einmal diese Unterscheidung in Operationsanweisungen umsetzen können. Was der Gleichheitssatz bezeichnet, ist vielmehr nicht anderes als die Unterscheidung von gleich und ungleich. Der übliche Einwand, damit bleibe

dem Belieben überlassen, was als gleich und was als ungleich behandelt wird, geht fehl. Vielmehr bezieht sich das System mit dieser Unterscheidung immer auf sich selbst als ein bereits operierendes System, das sich in einem bestimmten historischen Zustand vorfindet. – In jedem Entscheidungsvorgang stellt sich die Frage neu, wie Gleiches gleich und Ungleiches ungleich zu behandeln ist. Dabei werden immer auch Unterscheidungskriterien, sei es bestätigt und wiederverwendet, sei es neu produziert. Unter Führung durch die Norm des Gleichheitssatzes arbeitet das System an sich selbst. Damit bewegt es sich nicht in Richtung auf mehr Gleichheit und weniger Ungleichheit, sondern in Richtung auf höhere Komplexität, die mehr Hinsichten für Gleichheit und mehr Hinsichten für Ungleichheit anbietet. Die Asymmetrie des Schemas, die formale Präferenz für Gleichheit, hat nur den Sinn, das System bei der Option für Ungleichheit auf die eigene Funktion, auf die eigene Geschichte und vor allem auf die Erwartung konsistenten Entscheidens zu verweisen. Gleichheit ist in all diesen Hinsichten diejenige Form, die das System im Bereich des Beobachtens seines Beobachtens operativ schließt, nämlich auf sich selbst verweist.“ (a.a.O., S. 445)

¹⁶¹ Vgl. *Günther*, Der Sinn für Angemessenheit (1988), S. 172

¹⁶² VfGH vom 3. Oktober 1989, G 227/88, 2/89; aus formalen Gründen wurde der Antrag zu G 227/88 (der sich auf die Fassung des § 209 StGB vor der Novellierung durch BGBl. Nr. 599/1988 bezogen hat) zurückgewiesen (die in *Walter – Mayer*, Grundriß³, a.a.O., Rz 1349 angeführte GZ ist daher falsch!). Zu besprechen sind hier also nur die inhaltlichen Ausführungen zu G 2/89. Vgl. auch die ausführliche Besprechung des Erkenntnisses von *Wiederin*, EuGRZ 1992, S. 509ff.

¹⁶³ *Stangl*, Die neue Gerechtigkeit. Strafrechtsreform in Österreich 1954–1975 (1985), S. 99: „Man sollte sich bei der Untersuchung staatlicher Normgeneseprozesse von der Vorstellung lösen, Politik erfolge sachbezogen; sie ist machbezogen, wobei Reformen nicht als Ziel, sondern als Mittel der Politik zu verstehen sind. Es geht um den politischen Tauschwert von Reformen und nicht um ihren Gebrauchswert [...]“

¹⁶⁴ Ebd.

¹⁶⁵ Vgl. in diesem Blatt *Pallin*, Barbarisches Strafrecht, FORVM 8-9/1968, S. 549ff.; *dies.*, „Sire, geben Sie Pornofreiheit?“ FORVM 8-9/1970, S. 843ff.; *dies.*, Arrest für Ehebruch, FORVM 12/1971, S. 1093

¹⁶⁶ Ausreichende Nachweise für alle des Lesens Kundigen bei *Schmidt*, Allies and persecutors. Science and medicine in the homosexual issue, Journal of Homosexuality 1985, S. 127ff.; *Jäger – Schorsch* (Hrsg.), Sexualwissenschaft und Sexualstrafrecht (1986);

¹⁶⁷ *Freud*, GW XII, S. 300

¹⁶⁸ *Sigusch*, Vom Trieb und von der Liebe (1984), S. 104.

^{168a} Vgl. DER STANDARD, Ausgabe v. 11. April 1990, S. 6

¹⁶⁹ *Jellinek*, Verfassungsänderung und Verfassungswandlung, S. 20 (zit. nach Weyr, Rahmengesetze [1913], S. 76). – Zurecht hat *Wiederin*, a.a.O., S. 511, dem VfGH also vorgeworfen, „daß seine Berufung auf ‚Unterschiede im Tatsächlichen‘ eine in vollem Bewußtsein ihrer Fragwürdigkeit getätigte Behauptung darstellt, der nach dem gegenwärtigen Stand naturwissenschaftlicher Erkenntnis keinerlei Tatsachen entsprechen.“

rechtssoziologischer, sozialpolitischer und anderer einschlägiger Literatur zustandekommen“, die Entscheidung führe zu einer „Verzerrung sozialpolitischer Fakten“ (*Hagen – Rabofsky*). –

Allzu offensichtlich hatte der VfGH mit seinem Erkenntnis einem tagespolitischen Bedürfnis (des der ÖVP zugehörigen ÖAAB) Befriedigung verschafft und dabei alle Regeln und Instrumente des juristischen Handwerks beiseite gelegt und vergessen.

Die Kritik an diesem Erkenntnis wurde von *Floretta*, *Hagen – Rabofsky*, *Wimmer* und *Firlei*¹⁴⁰ ausführlich geleistet; sie braucht an dieser Stelle nicht wiederholt zu werden; allzu deutlich sind das Anknüpfen an überwunden geglaubte Gemeinschaftsideologie ständestaatlicher Gegebenheiten der bürgerlichen Gesellschaft im allgemeinen und der industriellen Arbeitswelt im besonderen.

Aufmerksam gemacht werden soll aber auf folgendes:

Bisher war die Gleichheitskontrolle als Exzeßkontrolle durchgeführt worden; dabei konnte die Gleichheitsmäßigkeit der gesetzlichen Regelung vermutet werden und die Gleichheitswidrigkeit war zu beweisen:

„wo kein Argument gegen die gesetzliche Regelung erkennbar ist, kann man dem Gericht nicht gut auftragen, um jeden Preis nach solchen zu suchen und sie durchzuprüfen“¹⁴¹

Wenn aber der VfGH an keiner Stelle seiner gerade skizzierten Argumentation nachweisen kann, daß hier ein Exzeß des Gesetzgebers vorliegt (und es im übrigen auch gar nicht behauptet), dann liegt mit der vorliegenden Entscheidung aus inhaltlicher Sicht der erste Fall

„eine(r) Überprüfung der politischen Zielsetzung des Gesetzgebers unterhalb der Exzeßschwelle“¹⁴²

vor; und aus methodischer Sicht ist es (untechnisch gesprochen) zu einer Art Beweislastumkehr zu Lasten des Gesetzgebers gekommen.

Legt man aber die in diesem Erkenntnis gewonnenen Maßstäbe an andere rechtliche Differenzierungen im Bereich des Betriebsverfassungsrechtes an, dann – *Firlei* hat dies ausreichend gezeigt – „wären sie allesamt gleichheitswidrig, da in allen Fällen die Gleichheit unter dem Gesichtspunkt individueller Schutzbedürftigkeit sehr viel deutlicher verletzt ist und die rechtfertigenden Gesichtspunkte keineswegs überzeugender nach einer Ungleichbehandlung verlangen als die Gegnerfreiheit bei den familieneigenen AN. Deutlicher kann wohl das Ausmaß an Unvereinbarkeit dieser Maßstäbe mit den Aufgaben der Verfassungsgerichtsbarkeit nicht demonstriert werden. Große Teile des geltenden Rechts könnten auf diese Weise aus politischen Gründen durch den VfGH beseitigt werden. Eine konsistente Gesetzgebung, die den auftretenden gesellschaftlichen Problemen und den von der Bevölkerung artikulierten Interessen folgt, wäre schwer behindert“, folgert *Firlei*¹⁴³.

Diese „Umstellung“ der Gleichheitsprüfung hatte Folgen:

Überall dort, wo der VfGH die gesellschaftliche Realität umfassend und ihrer Problemvielfalt entsprechend zu erfassen hätte – an gleiche Tatbestände sind gleiche Rechtsfolgen zu knüpfen und wesentliche Unterschiede im Tatsachenbereich müssen zu einer entsprechenden unterschiedlichen Regelung führen –, es ihm aber aus naheliegenden Gründen am notwendigsten Sachverstand fehlt und es ihm überdies vorurteilsbedingt unterschiedlichste Lese- und Sichtbehinderungen verunmöglichen, die nunmehr zum Maßstab erkorenen „Erfahrungen des täglichen Lebens“ anders als durch die Idylle schaffende Brille juristisch-justizieller Sozialisation wahrzunehmen, überall dort muß er dennoch die deshalb falsch geratenen Antworten auf schon falsch gestellte Fragen zur Grundlage seiner als „juristische Entscheidungen“ Geltung beanspruchenden Lösungen machen, weil er (aus den oben skizzierten Gründen) den aus der logischen Struktur und dem politischen Charakter des Gleichheitssatzes entspringenden methodisch-handwerklichen Anforderungen der Gleichheitskontrolle nachzukommen nicht in der Lage ist.

Kein Wunder daher:

„Der VfGH vertritt [...] willkürlich und meist unvorhersehbar einmal eine strenge, und dann wieder eine ganz lockere Linie, um das von ihm erwünschte Ergebnis zu begründen.“¹⁴⁴

Die Entwicklung seit Anfang der 80er Jahre ist folgerichtig geprägt von dem in unterschiedlicher Qualität erfolgten Bemühen, die Gleichheitsjudikatur auf rationalere Basis zu stellen. Da es bei all den gedanklichen Anstrengungen in einer niemals Zweifel weckenden Weise nicht darum ging, den Trend verstärkter „Wirklichkeitsanwendung aufs Recht“ (so treffend *Ridder*) umzukehren, sondern vielmehr darum, die bestehenden Verhältnisse in einer subtileren und vom juristisch gebildeten Teil der *scientific community* vermehrt zu akzeptierenden Weise ins geltende Verfassungsrecht zu inkorporieren, ist die folgende Mahnung *Firleis*¹⁴⁵ immer noch aktuell:

„Unterläßt es der VfGH auch in Zukunft, Arbeitsweise und Begründungsstil nach den angedeuteten Kriterien auszurichten und jenen Teil seiner Tätigkeit, der in der Erfassung der gesellschaftlichen Wirklichkeit besteht, zu wissenschaftlichen, so wird der nicht nur hier kritisierte Hang zum Dezisionismus insbesondere seiner Entscheidungen zum Gleichheitssatz, der auch die vorliegende Entscheidung maßgeblich gefördert hat, als Gefahrenquelle bestehen bleiben. Unter geänderten Rahmenbedingungen oder in bestimmten Sachbereichen [...] könnte dies zu einer deutlichen Machtverschiebung zwischen Parlament und Verfassungsgericht führen.“

Diese „Machtverschiebung“ konkretisiert sich empirisch in unterschiedlichem Ausmaß; die Verselbständigung einer „justizförmigen Moral“ (die im Verfassungstext keinen Anhalt findet) gegenüber ba-

sisdemokratischen Diskursen hat aber in der Tatsache, daß die Ergebnisse parlamentarischer Rechtsetzungsprozesse nicht „von unten“ durch eine kritische Öffentlichkeit, sondern durch die „Gerechtigkeitsexperten“ des Verfassungsgerichts“ (*Maus*) kontrolliert werden, längst schon einen prinzipiellen und institutionellen Ausdruck gefunden. Wenn aber der selbständige Durchgriff des VfGH auf dem Verfassungstext nicht zu entnehmende Werte erfolgt, dann ist die Bindung der höchsten verfassungsmäßigen Kontrollinstanz an die Normen der Verfassung – auch dann, wenn dieser Durchgriff im Gewande der Verfassungs„interpretation“ auftritt! – definitiv beseitigt. Die von *Antonilli* im Jahre 1956 geforderte Bildung von „bestimmten Rechtssätzen“ endet daher spätestens im Jahre 1979 in einer „institutionalisierten Moralverwaltung“ – die nicht mehr kontrolliert werden kann. Mag sein, daß dieser Umstand dem noch näher zu bestimmenden Wesen jeglicher Art von Höchstgerichtsbarkeit entspricht, daß die Unmöglichkeit demokratischer Kontrolle also schon in der Errichtung des VfGH begründet liegt; dennoch ist man mit *Laurence H. Tribe*¹⁵⁴ geneigt zu sagen:

„But the Court may not be forgiven for the way it has elided the problem rather than facing up to it.“

II. Vor der Verselbständigung justizförmiger Moral

Die bisherige Darstellung könnte dem Mißverständnis ausgesetzt sein, die im Hinblick auf die Judikatur des VfGH entworfenen und praktizierten Interpretationsvorschläge entwickelten sich aus den differentiellen Persönlichkeitsstrukturen der jeweiligen Autoren und Richter. Die mögen eine Rolle spielen. Wichtiger ist indes die sich seit Einrichtung des VfGH stetig ändernde Gesetzesstruktur selbst. Das dektieren von Generalklauseln, unbestimmten Rechtsbegriffen und Gemeinwohlformeln ist als Ausdruck sinkender Chancen zu verstehen, auf der Ebene des Gesetzgebungsprozesses noch gesellschaftspolitisch wirksame Entscheidungen zu treffen. Die fast schon offen eingestandene – und in der vermehrten Anrufung des VfGH als Normenkontrollinstanz sichtbar werdende – Unfähigkeit, die sich streitenden Rechtsinteressen zu koordinieren oder im Wege laufender Änderungsgesetzgebung entlang inhaltlicher Prioritäten Rechtsentscheidungen (wenn auch von bloß vorübergehender Dauer) herbeizuführen, verlagert diese Koordinations- und Entscheidungsfunktion auf die Verwaltung und die Rechtsprechung. In bedächtigen schweizerischen Worten:

„Das Verhältnis der richterlichen Gewalt zu den herkömmlichen Gewalten im materiellen Rechtsstaat zeichnet sich offensichtlich durch eine zunehmende Spannung zwischen Trennungs- und Hemmungstendenzen aus. Während normativ organisatorische und personelle Trennung aufrechtbleiben, setzt die Fragwür-

digkeit bei der Bindung des Richters an das Gesetz und in seinem Verhältnis zur *Legislative* ein. Das Bewusstsein, dass das moderne Gesetz nicht nur als Emanation richtigen Rechts gelten, sondern dieses verfehlen, Ausdruck von bestimmten Machtkonstellationen und staatlicher Sanktionierung relativ einseitiger Sozialinteressen sein kann, muss die Bindung des Richters, der auf die Realisation richtigen Rechts verpflichtet ist, lockern. Vollendeter Ausdruck dieser Lockerung bilden die ausgebauten Verfassungsgerichtsbarkeit bei reichhaltigen Grundrechtskatalog, das richterliche Prüfungsrecht gegenüber Gesetzen und Verordnungen, sodann die Zubilligung freier Auslegungsmethoden und weitgehender richterlicher Rechtsfindung. Solche Verringerung der alten funktionellen Abhängigkeit des Richters von der Legislative wird begleitet von Tendenzen, die die organisatorische und personelle Trennung noch mehr zu betonen suchen: das Begehren nach Kooptation und die Eindämmung des parlamentarischen Aufsichtsrechts gehören dazu. Die richterliche Gewalt entfernt sich so vorerst einmal von den unmittelbaren und den funktionellen Einwirkungen durch die Legislative und den sozialen Machtfaktoren, die in der Rechtssetzung zum Zuge kommen, namentlich den intermediären Kräften moderner Verbandsbildung. Unvermeidlich bahnen sich aber auch bemerkenswerte *Anziehungen* an: die gesetzgebende Gewalt und die in ihr wirksamen Sozialkräfte werden durch die Akte der freier gesetzten richterlichen Gewalt direkt betroffen und können diese nicht mehr ausserhalb ihres Kraftfeldes lassen. Es kommt zu einem wachsenden ‚Interesse‘ aneinander und schliesslich zu Begegnungen, die bis jetzt nicht oder nur schwach stattgefunden hatten, weil eine unangefochtene funktionelle Dependenz der richterlichen Gewalt von der Legislative bestand. Die richterliche Gewalt tritt aus ihrer politisch-machtmässigen Abgeschlossenheit heraus.“¹⁴⁶

Was gezeigt werden soll: In dem Maße, in dem sich die (Verfassungs-)Justiz bedingt sowohl durch die im Gesetz inkarnierte Unbestimmtheit des Rechts als auch durch ihre eigenständigen, über ein neues methodisches Selbstverständnis vermittelten Durchgriffe auf überpositive Wertungen und Rechtsprinzipien instand gesetzt hat, gesellschaftspolitische Entscheidungen im jeweiligen Einzelfall selbst zu treffen, kehrt sich *uno actu* die Hierarchie des klassischen Gewaltenteilungsschemas um.

Wir greifen – nochmals *Ingeborg Maus*¹⁴⁷ folgend – auf *Kant* zurück:

Bestimmendes Prinzip jeglicher bürgerlicher Staatsverfassung ist die Unterscheidung von gesetzgebender, vollziehender und richterlicher Gewalt; sie manifestieren jeweils in sich das dem staatlichen Zusammenschluß zugrundeliegende allgemeine Gesetz:

„Ein jeder Staat enthält drei *Gewalten* in sich, d. i. den allgemein vereinigten Willen in dreifacher Person (*trias politica*): die *Herrscher-gewalt* (Souveränität) in der des Gesetzgebers, die *vollziehende Gewalt* in der des Regierens (zufolge dem Gesetz) und die *rechtsprechende Gewalt* (als Zuerkennung des Seinen eines je-

G wie Zukunft



Viele positive Begriffe beginnen mit dem Buchstaben G:

Geburt.
Gerechtigkeit.
Gesundheit.

Materialisten denken da anders:
Gehalt. Gewinn.

Wir sagen:
G wie Gewerkschaft.

Darin steckt ein Stück
guter Zukunft. Wir gestalten sie.

Gemeinsam. ÖGB

den nach dem Gesetz) in der Person des Richters (*potestas legislativa, rectoria et iudiciaria*), gleich den drei Sätzen in einem praktischen Vernunftschluß: dem Obersatz, der das *Gesetz* jenes Willens, dem Untersatz, der das *Gebot* des Verfahrens nach dem Gesetz, die das Prinzip der Subsumption unter denselebn, und dem Schlußsatze, der den *Rechtsspruch* (die Sentenz) enthält, was im vorkommenden Falle Rechtens ist.“¹⁴⁸

Wenn nun *Kant* darauf insistiert, daß ausschließlich der Volksvertretung die gesetzgebende Gewalt und nicht bloß eine einschränkende Gewalt zukommen müsse, so heißt dies vorallem, daß ausschließlich das Volk souverän ist und die Exekutive bloß noch als Beauftragte demokratischer Gesetzgebung konstruiert werden kann. Dies gilt ebenso im Verhältnis zu den Gerichten: Der Idee nach sind im Parlamentarismus alle institutionalisierten politischen Kommunikationsstrukturen und gerade auch das Prinzip funktionsspezifischer Gewaltenteilung daraufhin angelegt, den Willen der gesellschaftlichen Basis von unten nach oben zur Geltung zu bringen und auch in repräsentativen Vermittlungen Volkssouveränität wenigstens noch zu symbolisieren. Die von *Kant* nicht voraussetzende Entformalisierung des Rechts erlaubt es den rechtsanwendenden Instanzen der Gegenwart, die Inhalte des unbestimmten Rechts selbst zu definieren und sich dadurch gegen die Kontrolle des gesetzgebenden Souveräns zu verselbständigen.

Aber die gesetzgebende Gewalt „kann nur dem vereinigten Willen des Volkes zukommen“; nur dadurch ist die freie Entscheidung aller Staatsbürger für das allgemeine Gesetz gewährleistet:

„Denn da von ihr alles Recht ausgehen soll, so muß sie durch ihr Gesetz schlechterdings niemand unrecht tun können. Nun ist es, wenn jemand etwas gegen einen anderen verfügt, immer möglich, daß er ihm dadurch unrecht tue, nie aber in dem, was er über sich selbst beschließt (denn *volenti non fit iniuria*). Also kann nur der übereinstimmende und vereinigte Wille aller, sofern ein jeder über alle und alle über einen jedoch ebendasselbe beschließen, mithin nur der allgemein vereinigte Volkswille gesetzgebend sein.“¹⁴⁹

Dies gilt *Kant* zufolge auch im Verhältnis zur Gerichtsbarkeit:

„Endlich kann, weder der Staatsherrscher noch der Regierer *richten*, sondern nur Richter, als Magistrate, einsetzen. Das Volk richtet sich selbst durch diejenigen ihrer Mitbürger, welche durch freie Wahl, als Repräsentanten desselben, und zwar für jeden Akt besonders, dazu ernannt werden.“¹⁵⁰

Kant leitet die richterliche Gewalt unmittelbar vom Volk ab.

Die von Richtern zu besorgende „urteilende“ Verstandestätigkeit ist in *Kants* Transzendentalphilosophie so universalistisch gefaßt, daß ihr auf der Ebene der Rechtsphilosophie nur das Urteilen des gesamten sich verständigenden Publikums entsprechen kann. Das „Urteil“ freilich wird bei *Kant* unter strenge Abhängigkeit

vom demokratischen Prozeß des Urteilens und Beurteilens gestellt und führt deshalb zu einer prinzipiellen Unterordnung der rechtsanwendenden Instanzen unter den Gesetzgeber: Der Gesetzgeber ist Souverän, die Entscheidungsfindung des Richters wird im Sinne eines logischen Schlußverfahrens an das Gesetz gebunden. Insofern ist *Kant* zufolge „der Wille des Gesetzgebers (*legislatoris*) ... untadelich (*irreprehensibel*)“¹⁵¹ – auch und besonders für den ihm untergeordneten Richter.

Unter den gegenwärtigen justizstaatlichen Vorzeichen laufen Rechtstheorie und Rechtspraxis freilich darauf hinaus, unter Berufung auf ein verselbständigtes „höheres Recht“ (das uns als untadelig aus der gesamten Rechtsordnung herausdestillierte „Rechtssätze“ präsentiert wird) die Vernunft der Justiz gegen den bloßen Voluntarismus des Gesetzgebers auszuspielen und damit die Verschränkung von Demokratie und Rechtsstaat wieder aufzulösen.¹⁵² Gegen die so veranstaltete Involution der Volkssouveränität hatte *Kant* immer daran festgehalten, daß der in der Gesetzgebung zum Ausdruck gelangende Wille nichts anderes ist als „praktische Vernunft“.

Die in der *Kant*'schen Theorie angelegte Reflexivität, die auf die „vernünftige Selbstüberlistung interessierter Egoisten“ (*Maus*) zielt (weil *Kant* aus demokratischen Gründen keine expertokratische Korrektur des demokratisch erzeugten Willens zuläßt und er deshalb Organisationsprinzi-

prien sucht, die „selbst für ein Volk von Teufeln [wenn sie nur Verstand haben]“ taugen¹⁵³), wird umgekehrt:

Kant hatte ein demokratisch-institutionelles Arrangement konzipiert,

„das aufgrund seines faktisch ausgelegten Verfahrensformalismus die gesellschaftliche Kompatibilisierung der unterschiedlichen materiellen Interessen leisten soll. In der Tat haben sowohl der Formalismus der demokratischen Binnenstruktur (freie und gleiche Beteiligung) als auch der rechtsstaatlichen Außenstruktur (auseinanderziehen von formalen Entscheidungsprämissen und inhaltlichen Entscheidungen) die Funktion einer vernünftigen Selbstüberlistung interessierter Egoisten, die der politische Willensbildungsprozeß notorisch rekuriert. Dabei gewährleistet das rechtsstaatliche Arrangement eine gestufte Unkenntnis materieller Interessen für die jeweils nächste Entscheidungsebene. Zum Zeitpunkt der Verfassungsgesetzgebung müssen die Rechtssetzungsverfahren in Unkenntnis der konkreten (interesseninfiltrierten) Gesetzesvorhaben, die nach ihrer Maßgabe künftig zur Entscheidung anstehen, festgelegt werden. Auf der nächsten Stufe des Gesetzgebungsaktes selbst darf der konkrete Fall noch nicht bekannt sein, auf den das Gesetz künftig Anwendung findet. Umgekehrt sollen die im Gesetzgebungsverfahren zustande gekommenen Rechtsnormen im Gerichtsverfahren nicht geändert werden, eben weil man hier die Fälle kennt. Nicht nur jeder simple Fall von Korruption, sondern erst recht jede stabile Interessenvernetzung, die diese Verfahrenstrennung und künstlich errichteten ‚Sichtblenden‘ durchschlägt, ist darum für die Institutionalisierung des demokratischen Rechtsstaates dramatischer als für jedes andere politische System, weil auf ihnen gleichsam die strukturelle Vernunft der freigesetzten Willensbildung beruht.“¹⁵⁴

Die in der Gegenwart zu beobachtende Verselbständigung justizförmiger Moral gegen basisdemokratische Diskurse – wir werden darauf gleich eingehen – findet in der Tatsache, daß die Ergebnisse parlamentarischer Rechtssetzungsprozesse nicht durch eine kritische Öffentlichkeit von unten, sondern durch die Gerechtigkeitsexperts des VfGH inhaltlich kontrolliert werden, ihren institutionellen Ausdruck:

„Trotz umfassender Verrechtlichung aller gesellschaftlichen und politischen Prozesse bewirkt der Trend zur Unbestimmtheit der Gesetze, daß sämtliche staatliche Apparate das Geschäft der inhaltlichen Rechtsetzung unter konkreten Rechtsanwendungsbedingungen selbst übernehmen, während ihre ‚Gesetzesbindung‘ im Zeitalter steigender Normenflut zum legitimatorischen Schein verkommt. Dadurch ist nicht nur die ohnehin rudimentäre demokratische Kontrolle des Gesetzgebers leerlaufend, weil dessen Entscheidungen die ‚anwendenden‘ Instanzen nicht mehr programmieren, sondern auch die strukturelle Freiheitssicherung hinfällig, die in der abgestuften Unkenntnis konkreter Entscheidungsbereich im rechtsstaatlichen Instanzenzug bestand.“¹⁵⁵

Kant hatte die Volkssouveränität als prinzipiell nichtinstitutionalisierbar beschrieben und in ihrer spontanen außerrechtli-

chen und rechtsbegründenden Aspekten bestimmt. Die außerrechtlich-demokratische Spontaneität (also der vorstaatliche, apriorische Charakter der Freiheitsrechte) kann aber nur durch streng formale Rechtspositionen gesichert werden. Erst ein Rechtsformalismus, der die Staatsapparate wirklich domestiziert und deren Inhaltsbestimmung des Rechts je nach Situation, Lage des Einzelfalls und eigenen Interessen verhindert, ist in der Lage, die rechtsfreien Räume auszugrenzen, in denen

„basisdemokratische Aktionen rechtsändernd experimentieren können. [...] Je formalistischer Freiheitsrechte durch Verfassungen gewährleistet sind, desto genauer entsprechen sie einer Verfassungskonzeption, die Volkssouveränität zu realisieren sucht. Freiheitsrechte in diesem Sinne liegen dem positiven Recht und dem gewährleistenden Staat ebenso voraus wie die schlechterdings konstituierende Volkssouveränität. [...] Jeder Aktivismus der Grundrechtsinterpretation durch die Staatsapparate selbst verwandelt den vorstaatlichen, apriorischen Charakter der Freiheitsrechte, den diese aus der Perspektive souveräner Citoyens außerdem noch haben, und vermindert sie zu von oben zugewiesenen und staatlich definierten Gütern.“¹⁵⁶

– Und weiter:

„Der nichtinstitutionalisierte Gebrauch der Freiheitsrechte durch die Bürger aber wird [...] durch den Einbau einer Verfassungsjustiz im Sinne inhaltlicher Normenkontrolle zerstört. Letztere macht jedem souveränen Grundrechtsgebrauch der Staatsbürger dadurch ein Ende, daß sie den Inhalt jedes Grundrechts jeweils autoritativ definiert. [...] Daß so die Individuen selber zum Material staatlicher Grundrechtsverwirklichung degenerieren, während umgekehrt die Verfassungsgerichte ihren legitimatorischen Mehrwert aus der vorstaatlichen Struktur der Grundrechte beziehen, beleuchtet noch einmal in scharfem Kontrast die freiheitsrechtliche Funktion der Volkssouveränität: Sie besteht in der demokratischen Allokation des Gebrauchs vorstaatlicher Rechte.“¹⁵⁷

Die Justiz insgesamt, auch die Verfassungsjustiz, wird damit in eine ambivalente Situation gestellt: Es kommt aus den genannten Gründen einerseits zu einer steten Verstärkung ihrer Kompetenzen auf Kosten der Gesetzgebung – aber nicht gegenüber der Verwaltung. Die Unbestimmtheit des Rechts (insbesondere der Grundrechte) trägt zwar zur erhöhten Nachprüfung von Verwaltungsakten bei, aber die juristische Form ist oft nicht mehr als bloße Verkleidung: tatsächlich wird damit die Konkurrenz zwischen Verwaltungsgericht bzw. Verfassungsgericht und Verwaltung um die inhaltliche Auffüllung des Rechts beschrieben. Damit einher geht die Orientierung der Justiz an Gesichtspunkten, die für das Verwaltungshandeln typisch sind, die Justizfunktion gleicht sich der Verwaltungsfunktion an¹⁵⁸; dies führt zur weiteren Entformalisierung des Rechts (es erledigt die Situationsunabhängigkeit des Rechts).

Weil man notgedrungen (auch nur irgendwelche) feste Gesichtspunkte nicht

mehr voraussetzen kann – nur solche könnten normativ diktieren, was als gleich und was als ungleich zu behandeln ist¹⁵⁹ –, wird der Sinn der „Gleichheitsprüfung“ in die vergleichende Orientierung selbst verlegt. Er zeigt sich dann darin, daß das gleich/ungleich-Schema als Frage nach dem zureichenden Grund dient:

„Gerade die Entleerung des Gleichheitssatzes: daß er *keinerlei* Hinweis darauf enthält, was als gleich und was als ungleich zu behandeln ist, gibt ihm seine spezifische Funktion: die zureichende Begründung *jeglicher* Ungleichbehandlung.“¹⁶⁰

Weil die Gleichheitsoperation so unendlich variabel wird¹⁶¹, steigt der Bedarf nach Legitimation. Und weil jede Feststellung einer Gleichheitsrelation zwar nicht analytisch, aber faktisch die Setzung eines Unterschiedes bedeutet, wird mit der Begründung eines bestimmten Gleichheitsverhältnisses auch die Rechtfertigung des damit gesetzten Unterschiedes erforderlich.

In der Praxis des VfGH kann dies dann so aussehen:

III. Beispiel Homosexualität

Seit dem Inkrafttreten des Strafgesetzbuches (StGB – BGBl. Nr. 60/1974)) gibt es einen Paragraphen „Gleichgeschlechtliche Unzucht mit Jugendlichen“:

„§ 209. Eine Person männlichen Geschlechtes, die nach Vollendung des achtzehnten Lebensjahres mit einer jugendlichen Person gleichgeschlechtliche Unzucht treibt, ist mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren zu bestrafen.“

Mit dem Jugendgerichtsgesetz 1988 (BGBl. Nr. 599) wurde diese Bestimmung wie folgt geändert:

„§ 209. Eine Person männlichen Geschlechtes, die nach Vollendung des neunzehnten Lebensjahres mit einer Person, die das vierzehnte, aber noch nicht das achtzehnte Lebensjahr vollendet hat, gleichgeschlechtlich Unzucht treibt, ist mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren zu bestrafen.“

Über Antrag des Walter Z. hatte der VfGH über die behauptete Gleichheitswidrigkeit bzw. Verfassungsmäßigkeit dieser Bestimmungen zu befinden¹⁶². Walter Z. hatte seinen Antrag auf das Argument gestützt, in der angefochtenen Norm würden Männer und Frauen in sachlich nicht gerechtfertigter Weise unterschiedlich behandelt. Wenn nämlich der Gesetzgeber den Schutz und die Sicherung der ungestörten sexuellen Entwicklung junger Menschen vor Augen gehabt, so bestehe kein Unterschied in der Entwicklung männlicher und weiblicher Sexualität überhaupt; werde zur Rechtfertigung der Straflosigkeit weiblicher homosexueller Kontakte zu jüngeren Partnerinnen eine Position bezogen, die sich an schädigenden Wirkungen orientiere, könne dieser Standpunkt bei Beurteilung homosexueller Kontakte zu männlichen jüngeren Personen nicht aufgegeben werden.

Was hatte der VfGH dazu zu sagen?

Zunächst hielt er formelhaft fest, daß

der einfache Gesetzgeber frei entscheiden könne,

„welche Instrumente er – unter Berücksichtigung erwünschter oder in Kauf genommener Nebenwirkungen – in der jeweils gegebenen Situation zur Verwirklichung seiner Zielsetzung geeignet erachtet und anwendet. Verwehrt ist ihm hiebei nur“ – wir kennen das schon! – „die Überschreitung der von Verfassungen wegen gezogenen Schranken, so die Verletzung des aus dem Gleichheitssatz erfließenden Sachlichkeitsgebots, indem beispielsweise zur Zielerreichung völlig ungeeignete Mittel gewählt werden oder die vorgesehenen, an sich geeigneten zu einer sachlich unbegründbaren Differenzierung führen [...]“

Um nun zu beantworten, ob die in § 209 StGB getroffene Differenzierung zwischen Männern und Frauen „sachlich“ ist, braucht der VfGH knapp eine (!) Seite. – *Zunächst:*

„Die Fortentwicklung der Strafrechtsordnung in den letzten Jahrzehnten zeigt [...], daß der Gesetzgeber das Justizstrafrecht – in Verfolgung seiner unter dem Überbegriff ‚Entkriminalisierung‘ bekannt gewordenen kriminalpolitischen Bestrebungen – deutlich restriktiver als zuvor einzusetzen trachtet, Straftatbestände also nur dann bestehen läßt oder neu schafft, wenn eine derartige Pönalisierung sozial-schädlichen Verhaltens auch nach strengsten Kriterien unbedingt geboten und unerlässlich ist.“

Unreflektiert verschaffen sich hier Auffassungen über das Strafrecht Raum, die, wenn sie schon gedacht, so doch nicht hätten geschrieben werden dürfen. Das StGB ist ein Paradebeispiel für den „Warencharakter politischer Vorgänge“ (*Stangl*)¹⁶³. Die Entkriminalisierung der Homosexualität war das Ergebnis der sog. „kleinen Strafrechtsreform“ des Jahres 1971; sie war gegen den Widerstand der ÖVP nur durchzusetzen, nachdem „flankierende Maßnahmen“ (Verbot gleichgeschlechtlicher Prostitution, der Werbung für Unzucht und Verbindungen zur Begünstigung gleichgeschlechtlicher Unzucht) in das Gesetz aufgenommen wurden. Aufgabe des VfGH wäre es gewesen, die historischen Gründe der Normgenese zu rekonstruieren und auch „bei den Parteien, ihren Kalkülen, Taktiken und Ressourcen, ihrer Vergangenheit und Gegenwart anzusetzen“.¹⁶⁴ Der VfGH hätte dann leicht zu erkennen vermocht, daß die im StGB enthaltene Strafnorm das Ergebnis einer konkreten historischen Situation ist, die es nicht zuläßt, generalisierend davon zu sprechen, daß die im StGB „verbliebenen“ Strafnormen *per se* „nach strengsten Kriterien unbedingt geboten und unerlässlich“ sind; der VfGH setzt voraus, was zu begründen ihm aufgegeben ist. – *Weiter:*

„Die angefochtene Strafnorm zählt zu jener Gruppe von Unrechtstatbeständen, die dem Schutz des heranreifenden jungen Menschen vor sexuellen Fehlentwicklungen – im unumgänglich befundenen Umfang – dient (Homosexuelle Betätigung ist strafrechtlich nur insofern relevant, als die sexuelle Entwicklung männlicher Jugendlicher nicht durch homose-

xuelle Erlebnisse in gefährdender Weise belastet werden soll“; Pallin, in: Foregger, Nowakowski [Hrsg.], Wiener Kommentar zum Strafgesetzbuch, 1980, Rz 1 zu § 209 [mit Berufung auf Hanack, Empfiehlt es sich, die Grenzen des Sexualstrafrechts neu zu bestimmen? Verh. 47. DJT Bd. I A, S. 151ff.]). So betrachtet (sic!) kann dem Strafgesetzgeber aber nach Überzeugung des Verfassungsgerichtshofs unter dem Aspekt des Gleichbehandlungssatzes der Art. 7 Abs. 1 B-VG und 2 StGG nicht mit Grund entgegengetreten werden, wenn er – unter Berufung auf maßgebende Expertenmeinungen in Verbindung mit Erfahrungstatsachen den Standpunkt einnehmend, daß eine homosexuelle Einflußnahme männliche Heranreifende in signifikant höherem Grad gefährde als gleichaltrige Mädchen – auf dem Boden und in Durchsetzung seiner Wertvorstellungen mit Beachtung der eingeschränkten, maßhaltenden Ziele der vorherrschenden Strafrechtspolitik (bei sorgsamer Abwägung aller vielfältigen Vor- und Nachteile) ableitet, es sei mit einer strafrechtlichen Ahndung homosexueller Handlungen an jungen Menschen männlichen Geschlechts, wie in § 209 StGB festgelegt, das Auslangen zu finden. Denn es handelt sich hier – alles in allem genommen – um eine Differenzierung, die auf Unterschieden im Tatsachenbereich beruht und deswegen aus der Sicht des Art. 7 Abs. 1 B-VG iVm Art. 2 StGG verfassungsrechtlich zulässig ist.“ – Mehr nicht.

Der Reihe nach: Keiner weiß, aus welchen Himmeln der Moral der VfGH sein Wissen holt, um vom „unumgänglich befundenen Umfang“ des Schutzes vor sexueller Fehlentwicklung zu sprechen. Es ist dies vermutlich eine schlichte (*recte* gedankenlose) Fortsetzung seines Vorurteils, daß die im StGB „verbliebenen“ Strafnormen „nach strengsten Kriterien unbedingt geboten und unerlässlich“ sind. Die Rede vom „unumgänglich befundenen Umfang“ dient der stimmungsmäßigen Vorbereitung auf ein dem Verfasser des VfGH schon bekanntes Ergebnis, wobei dem Leser imaginiert werden soll, es sei ein noch ungewisses. Der VfGH schafft so *en passant* die „Begründung“, daß § 209 StGB zu recht im StGB enthalten ist („nach strengsten Kriterien unbedingt geboten“) und daß deshalb, weil er im StGB enthalten ist, er auch seinem spezifischen Inhalte nach (im „unumgänglich gebotenen Umfang“) gerechtfertigt ist. Noch bevor er also in die spezifisch verfassungsrechtliche Prüfung eingestiegen ist, hat er sich das Problem schon vom Hals geschafft. Der Rest ist Routine: Der Verweis auf *Pallin* – *der einem Höchstgericht gerade in Sachen des Sexualstrafrechts immer gut ansteht*¹⁶⁵ – ist nur ein Verweis; Argument ist das keines. Und das Zitat selbst spricht nicht für die vom VfGH in weiterer Folge eingenommene Auffassung; es gibt – wie das bei Juristen heißt – für den bezogenen Standpunkt nichts her. Zur Frage der Zulässigkeit einer Differenzierung von Männern und Frauen im Hinblick auf gleichgeschlechtlichen Verkehr ist mit *Pallins* Zitat nichts gesagt. Es ist deshalb auch der vom

VfGH aus diesem Zitat gezogene Schluß („So betrachtet ...“) notwendig falsch. Das Gerede von „maßgebenden Expertenmeinungen in Verbindung mit Erfahrungstatsachen“ schließlich ist ein Hohn auf alle Ansprüche wissenschaftlich-akademischen Arbeitens.

Wichtigster Punkt aber: Der Beschwerdeführer *Walter Z.* war schlecht beraten. Er hat – vermutlich durch seinen Anwalt *Dr. Otto D.* geleitet – dem VfGH die falsche Vergleichsgruppe zur Hand gegeben. Nicht gegenüber Frauen ist *Walter Z.* benachteiligt, sondern gegenüber allen Heterosexuellen. Homosexuelle Betätigung mit unter 18jährigen ist nach der heutigen Fassung des § 209 strafbar, während heterosexuelle Beziehungen mit unter 16jährigen bestraft werden können. Eine rationale Begründung für diesen strafrechtlichen Unterschied gibt es nicht; der § 209 StGB ist ein Stück Verfolgung und Benachteiligung einer Minderheit von Staats wegen. Nicht die Männer im Vergleich zu Frauen werden benachteiligt – das hat der VfGH auf seltsam verschlungenen Gedanken-Pfaden (die immanent als Spekulation und in ihrer Simplizität als unhaltbar zu qualifizieren sind) richtig zu erkennen gewußt –, sondern die Homosexuellen im Vergleich zu den Heterosexuellen.¹⁶⁶ Wenn wir *Freud* die Einsicht verdanken,

„daß alle Normalen neben ihrer manifesten Heterosexualität ein sehr erhebliches Ausmaß von latenter oder unbewußter Homosexualität erkennen lassen“¹⁶⁷, –

dann liegt darin gleichzeitig die subjektive Erklärung für die panische Erregbarkeit der Normalen, wie sie im eben besprochenen VfGH-Erkenntnis juristisch verkleidet zum Ausdruck gelangt. Der VfGH bezeugt durch sein – nochmals: unter Hintanstellung sämtlicher für das juristisch-handwerkliche Arbeiten seit 2000 Jahren herausgebildeten Argumentations- und Begründungsanforderungen verfaßtes – Erkenntnis die Einschätzung, daß

„das Homosexuelle unverändert eine geistig-affektive Irritation hervor(ruft)“.¹⁶⁸

Dem Gleichheitssatz kommt dabei nur mehr die Funktion zu, die sach- und fallabhängige Einführung von außerrechtlichen Wertprämissen im Scheine höchstgerichtlicher Legalität vonstatten gehen zu lassen. Der VfGH als „moralische Instanz“.

Es versteht sich, daß damit die geforderte Legitimation nicht erzielt werden kann. Derartige Judikate (auch wenn sie nicht die Regel sind, so kommen sie doch immer wieder vor) sorgen für Gelächter, Hohn und Aversion¹⁶⁹; sie vermitteln darüberhinaus den Anschein, als wäre die *Jelinek*-sche Ermunterung von anno dazumal: daß

„die höchste Kunst des Interpreten nicht in dem Heraus-, sondern in dem Hineininterpretieren bestehe“¹⁶⁹

zwar freudig aufgenommen, aber mangels entsprechender Fertigkeiten nicht bewältigt wurde.

Fortsetzung, ev. Schluß, im nächsten Heft

Die Rassistenrepublik wird zum Staat des ganzen Volkes

Südafrika

Dem europäischen politischen Verstand gilt die Auflösung der südafrikanischen Homelands im Zuge der Abschaffung der Apartheid ebenso als Erfolg wie die Einrichtung derartiger Gebilde in den von Israel besetzten Gebieten Gaza und Jericho – durchaus schon ein Hinweis darauf, daß die Beurteilung politischer Veränderungen durch zur Affirmation entschlossene Freunde des demokratischen Fortschritts sich von den tatsächlichen Vorkommnissen nur peripher beeindrucken läßt. Auch über die Gründe des allseits begrüßten Umbruchs am Kap der Guten Hoffnung ist eine bemerkenswerte Ignoranz zu verzeichnen. Man begnügt sich mit der tautologischen Feststellung, wonach die stattfindenden Veränderungen hinlänglicher Beweis dafür seien, daß die früheren Verhältnisse eben nicht mehr zu retten gewesen wären, wofür ihr Abgang Zeugnis ablege. Untermauert wird diese Gewißheit gern durch die Erinnerung, daß der südafrikanische Staat mit der »Rassentrennung« seit je gegen die Geschmäcker sozial- bzw. christ- bzw. liberaldemokratischer Zeitgenossen verstoßen habe, und daß das einfach nie gutgehen konnte, zumindest nicht länger als etliche Jahrzehnte, das steht für jeden Anhänger demokratischer Prinzipien ohnehin fest.

Dabei blamiert sich die Vorstellung der Unhaltbarkeit des status quo ante immerhin an der Tatsache, daß das System der Apartheid stabil war, bis es von der Staatsspitze selbst angezweifelt und modifiziert wurde, daß die Republik Südafrika mit dem gewaltsamen Widerstand des ANC und den ihn unterstützenden »Frontstaaten« militärisch fertiggestellt ist und daß gerade die Erfolglosigkeit der bewaffneten Opposition des ANC seinen Chef Nelson Mandela zum Partner der Rassistenregierung bei der Abschaffung der Apartheid qualifiziert hat.

Das System der Apartheid: Weder Vorurteil noch Rassen-»Trennung«

Die letzte Variante der öfters reformierten Apartheid brachte ziemlich schnörkellos zur Anschauung, welchen Überlegungen und Kalkulationen sich die Behandlung der Schwarzen verdankte. Die Vorgangsweise, die südafrikanischen Neger per Gesetz zu *Ausländern* zu erklären,

kann ihre Verwandtschaft mit der europäisch-zivilisierten Benutzung von *Gastarbeitern* einfach nicht verleugnen. Das Recht, in Südafrika zu arbeiten, soweit sie in Bergwerken, Fabriken, in der südafrikanischen Landwirtschaft oder auch als Hauspersonal gebraucht wurden, besaßen die Neger nämlich sehr wohl – und darüber hinaus brauchten sie nach der Einschätzung der Burenpolitiker keines, weil sonst kein staatliches Interesse an ihnen bestand. Die Unterscheidung eines weißen Staatsvolks mit Wehrrecht und Wahlpflicht von den Schwarzen, die als in der Gegend vorhandenes lebendiges Inventar wie ein »Rohstoff« benutzt oder sonst weggeräumt wurden, war die Fortsetzung des Kolonialismus nach innen, als Südafrika, genauer: die Einwanderer und ihre Nachkommen, politisch unabhängig geworden waren. Die Rechtlosigkeit der Neger wurde später auf moderne Art als ihr spezieller Status festgeschrieben, indem sie als Staatsbürger von eigens zu diesem Zweck – nach Stammesgesichtspunkten – erfundenen Ausländern definiert wurden, die in Südafrika nur begrenzt, nämlich zum Arbeiten, geduldet wurden, und jederzeit problemlos abgeschoben bzw. angefordert werden konnten. Den Status des Staatsbürgers durften sie in den jeweiligen »Bantustans« genießen; das waren von Südafrika geschaffene und alimentierte Reservate zur Aufbewahrung einer »Reservearmee« an Arbeitskräften unter immerhin stammeseigener Aufsicht, ansonsten aber ohne nennenswerte Existenzmöglichkeiten, weil schon die Grenzziehung ziemlich genau entlang der Fruchtbarkeit des Bodens dafür gesorgt hatte, daß als einzige Perspektive der südafrikanischen Neger wirklich nur die Lohnarbeit in der südafrikanischen Marktwirtschaft übrigblieb. Auf diese spezielle Weise hatte also sogar die Republik Südafrika der Periode der *Entkolonialisierung* Rechnung getragen und ein Stück weit die Fiktion praktisch werden lassen wollen, ihre Unterscheidung der Einheimischen durch den »Population Registration Act« von 1950 (in exakt vier Sorten) sei nur eine Variante der »normalen« Unterscheidung der Einheimischen von den – Ausländern. Ergänzt wurde diese Fiktion allerdings nach wie vor durch die bekannten Schikanen im Alltag: Öffentliche Einrichtungen, Verkehrsmittel und die berühmten Parkbänke »für Weiße«. Außer

zum Schuften hatte ein Schwarzer in Südafrika eben nichts verloren, und wenn es sich nicht vermeiden ließ, wie beim Transport vom und zum Arbeitsplatz, dann nur widerwillig geduldet in »separaten« Anlagen.

Weder dem südafrikanischen noch dem internationalen Unternehmertum war die Diskriminierung der Neger wirklich peinlich, sie wurde als das genommen, was sie herstellte, nämlich als *Standortvorteil* des südafrikanischen Kapitalismus, der es mit der Unterscheidung der arbeitenden Klasse in einen (durch »job reservation«) privilegierten weißen Teil und in einen schwarzen ohne politische und gewerkschaftliche Rechte immerhin zur einzigen afrikanischen Nationalökonomie gebracht hatte, die nicht auf Rohstoffexport und Entwicklungshilfe, sondern auf einem im Land akkumulierenden Kapital und dessen Potenzen beruhte. Erbracht wurde der wenig überraschende Beweis, daß ein Kapitalismus auch mit einem Proletariat ohne Bürgerrechte funktioniert; und ohne Rücksicht darauf, ob sich die Arbeitskraft mit einem Hungerlohn und unter ruinösen Arbeitsbedingungen reproduzieren kann, weil innerhalb und außerhalb Südafrikas genügend Verelendete bereit standen, die Verbrauchten zu ersetzen. (Multinationale Unternehmungen, die in Europa die Vorteile von Gewerkschaften für eine geregelte Ausbeutung kennen und schätzen gelernt hatten, wurden zu Vorreitern des sozialen Fortschritts, indem sie mit schwarzen Gewerkschaften verhandelten, als diese noch verboten bzw. höchstens geduldet waren.)

Die Negerfreunde außerhalb Südafrikas: Sensibel in Methodenfragen

Die Rassistenrepublik erfreute sich jahrzehntlang in den Zentren der Demokratie einer notorisch schlechten Presse. Keineswegs nur bewährte Gesellschaftskritiker, sondern auch Leute, die am Lauf der Welt ansonsten wenig auszusetzen haben, entdeckten in Südafrika schreiendes Unrecht. Was den Menschenfreunden (bisher) mißfiel, war keineswegs die miserable Lage der Neger, sondern die südafrikanischen Spezialitäten der Sortierung des dortigen Menschenmaterials. Daß Leute zur Manövriermasse des Kapitals gemacht werden, mit allen schädlichen Konsequenzen, ist keine südafrikanische Besonderheit; Überarbeitung und Arbeitslosigkeit, Armut und Elend in allen Schattierungen, Alphabetismus, Slums, Mangelkrankheiten und Unterernährung sind auch außerhalb Südafrikas weit verbreitet und vertragen sich doch – im Prinzip zumindest – glänzend mit Menschenrecht und Menschenwürde. Der von bekennenden Freunden aller Entrechteten, wie dem Kolumnisten Richard »Nimmerrichter« Staberl, berechnend vorgetragene Hinweis, daß es den Schwarzen Südafrikas noch immer besser gehe als den Bewohnern der umliegenden

Negerstaaten mit reinrassigen Negerregierungen, war ja wegen seines Realitätsgehaltes immer ein wenig blamabel – für Nationalisten, die glauben, das Menschenrecht auf eine »eigene« Regierung aus Angehörigen derselben »Menschensorte« sei ohnehin viel bedeutsamer und als politisches Beurteilungskriterium relevanter als das, was diese Regierung dann mit ihrer Macht und ihren Untertanen anrichtet. Wie verkehrt Staberl immer gelegen hatte, wird aktuell gerade bekräftigt; um materielle Ansprüche von Elendsgestalten geht es den Kritikern Südafrikas genau so wenig wie normalerweise dem Herrn Staberl. Die Befreiung der Unterdrückten besteht in ihrer Ernennung zu gleichberechtigten Wählern. *Darauf* haben sie ein Recht, auf sonst nichts.

Es war also nie das – gern zitierte – Elend der Schwarzen als solches, das die Empörung vieler Negerfreunde mobilisierte, sondern die Modalitäten seiner Herstellung ausgerechnet durch *Rassengesetze* anstatt allein durch Gesetze zur Garantie des Privateigentums. Nach demokratischer Übereinkunft darf für die Sortierung eines Volkes und seine Festlegung auf Armut und Reichtum auf gar keinen Fall die *Rasse*, sondern nur die *Klasse* der entscheidende Gesichtspunkt sein. Vor allem die Klasse der *Eigentümer*, die Arbeitskraft gegen Lohn nachfragt oder auch nicht, und Wohnungen sowie alle sonstigen Waren anbietet, und damit darüber entscheidet, was die andere Klasse vom Leben hat. Die Republik Südafrika hatte die Scheidung von arm und reich nicht, wie sich das international gehört, den Gesetzmäßigkeiten des Eigentums überlassen und durch ein freies und gleiches Ausbildungswesen und einen freien und gleichen Arbeitsmarkt ergänzt, sondern die Neger durch die politische Gewalt in den Status rechtloser Lohnarbeiter gezwungen.

Die in den westlichen Metropolen gepflegte schlechte öffentliche Meinung über die Rassenrepublik hat sich übrigens die längste Zeit hervorragend mit normalen ökonomischen Beziehungen vertragen, es wurden zwar von der UNO allerlei Boykottmaßnahmen beschlossen, wirklich merkbar war davon allerdings noch am ehesten der Ausschluss Südafrikas von den Olympischen Spielen und vom sonstigen internationalen Sportbetrieb. Daher lesen wir in »Meyers Großem Taschenlexikon« aus dem Jahr 1981 zum Stichwort »Südafrika« u. a.:

»1963 beschloß der UN-Sicherheitsrat ein Waffenembargo (1977 verschärft); wirtschaftliche Sanktionen lehnten Regierungen, Unternehmer und Gewerkschaften in der westlichen Welt ab. ... Dabei ist die Politik der westlichen Industriestaaten gegenüber Südafrika zwiespältig: Einerseits arbeiten sie mit den Regierungen von Südafrika zusammen, um die bedeutenden wirtschaftlichen Interessen des Westens in Südafrika zu sichern, andererseits bemühen sie sich um die Durchsetzung von Menschen- und Bürgerrechten in Südafrika.«

Das allerdings hat sich um die Mitte der 80er Jahre entscheidend geändert.

Die Krise Südafrikas: Vom nützlichen Partner zum unliebsamen Konkurrenten zurückgestuft.

Damals fiel Südafrika bei den wichtigen Nationen, die Weltordnung und -wirtschaft dirigieren, d.h. vor allem bei den USA, massiv in Ungnade, und »Europa« schloß sich dem an. Ehrwürdige UN-Handelsboykotte, um die sich bis dahin niemand zu kümmern brauchte, wurden ausgegraben bzw. verschärft in Kraft gesetzt. Südafrikas Ökonomie verlor wichtige Märkte, Kapital wurde abgezogen, und das genügte, um die bislang schwerste Rezession der südafrikanischen Wirtschaft auszulösen, die noch immer nicht als überwunden gilt. Man kann nun natürlich die offiziellen Verlautbarungen hernehmen, nach denen die jahrzehntelange Toleranz des Westens dem Rassenstaat gegenüber auf einmal – noch dazu federführend vom bekannten Schutzherrn aller Unterdrückten, Ronald Reagan – gekündigt wurde, weil die Menschenrechte der Neger einfach von der Tagesordnung der Geschichte nicht mehr wegzukriegen waren. Man kann sich allerdings auch ein wenig dafür interessieren, was sonst noch in dieser Weltgegend von Belang war, und wer dabei welche Interessen geltend machte.

Die Republik Südafrika hat sich immer als Bündnispartner des vereinten Westens im Kampf gegen die weltkommunistische Gefahr verstanden. Die imperialistischen Ambitionen Südafrikas deckten sich in diesem Verständnis mit dem westlichen Ziel, den Einfluß der Sowjetunion in Afrika zu bekämpfen und die Stabilität ihrer Bündnispartner zu untergraben. Daher durfte Südafrika auch lange Jahre eine bewaffnete Oberaufsicht über das komplette südliche Afrika ausüben, jeden Versuch dieser Staaten, sich seiner Dominanz zu entziehen, unterbinden und den ANC auch in den umliegenden »Frontstaaten« militärisch bekämpfen. Das galt erst recht, als im Zuge der portugiesischen Entkolonialisierung in Angola und Mozambique Mitte der 70er Jahre Befreiungsbewegungen mit Hilfe der Sowjetunion bzw. Kubas an die Macht gelangt waren, die es mit einem »sozialistischen Aufbau« versuchen wollten, weil ihnen die Perspektiven eines »Entwicklungs«landes einfach zu gut bekannt waren. Südafrika hat das als Auftrag und Gelegenheit genommen, jede Konsolidierung und jeden Aufbau in diesen Ländern zu verhindern, indem es in Angola die schon im Kampf gegen Portugal mit der sozialistischen MPLA konkurrierende »pro-westliche« UNITA unterstützt, und indem in Mozambique eine Guerilla gegen die Regierung überhaupt erst aufbaute und in Schwung brachte. Als unterstützende Maßnahme kontrollierten die südafrikanischen Streitkräfte über das südafrikanisch besetzte Namibia den Süden Angolas und

unternahmen Vorstöße bis weit nach Norden, in der schlichten Mission, die sowjetisch/kubanisch unterstützte Regierung zu stürzen bzw. auf die Hauptstadt und einige Landstriche an der Küste zurückzudrängen. Herausragender Erfolg und – zumindest rückblickend – Höhepunkt der südafrikanischen Vormachtstellung waren Abkommen mit Angola und Mozambique aus dem Jahr 1984, in denen diese militärisch terrorisierten Staaten dem südafrikanischen Standpunkt recht geben mußten, im Interesse der Bekämpfung von ANC und SWAPO (der Unabhängigkeitsbewegung des von Südafrika temporär annektierten Namibia) sei die Republik Südafrika zu Aufsicht und Intervention im südlichen Afrika berechtigt, sofern die drangsalierten Staaten nicht durch eigene Aktivitäten den südafrikanischen Forderungen Geltung verschafften. Südafrika war als regionale Vormacht etabliert.

Mit dem Rückzug der Sowjetunion aus Afrika – und der datiert schon vor dem aus Osteuropa und darf u.a. auch als Erfolg der südafrikanischen Feldzüge betrachtet werden – wurde allerdings vom Westen die *Gleichsetzung* von regionalimperialistischen Ambitionen und internen »Sonder«regelungen einerseits und der Erfüllung von Kriegs- und Kontrollaufgaben im westlichen Interesse andererseits aufgekündigt. Südafrika wurde zunehmend als *Konkurrent* betrachtet, der sich Kompetenzen anmaßt, die nur befugteren Mächten zustehen, und durch einen Wirtschaftsboykott »international isoliert«. Charakteristisch dafür ist auch ein Handel aus dem Jahr 1988, mit dem der Rückzug der Sowjetunion aus Afrika abgewickelt wurde und von dem diese logischerweise nichts hatte, der aber dennoch auf Kosten Südafrikas ging. Dabei wurde die jahrzehntelange wohlwollende Duldung der südafrikanischen Eingemeindung Namibias von den USA widerrufen und in Erfüllung eines lange (= während des Ost-West-Konflikts) ignorierten UNO-Beschlusses dessen staatliche Unabhängigkeit hergestellt, wobei im »Gegenzug« die Sowjetunion bzw. Kuba ihren endgültigen Abzug aus Angola und damit aus Afrika paktierten. Die westliche Hegemonie über den schwarzen Kontinent war vollendet, und Südafrika war sein Protektorat losgeworden, noch dazu (via Wahlen) an die SWAPO, die Südafrika noch in Angola gehetzt und von der Teilnahme an der namibischen Machtübernahme auszuschließen versucht hatte, durch den Aufbau einer eigenen Unabhängigkeits-Plattform, der sog. »Turnhallen-Konferenz«. Auch die Anerkennung der während der südafrikanischen Verwaltung etablierten vollständigen ökonomischen Abhängigkeit Namibias durch die neue SWAPO-Regierung war für Südafrika natürlich kein Ersatz für die von den Chef-Imperialisten bestrittene Teilhabe am Weltmarkt. Und in Angola war es der Republik Südafrika zwar gelungen, die früher sozialistische Regierung in das Reich des Westens zurückzubomben, aber

auch dort reduzierte sich der schon erreichte Einfluß. Der Westen akzeptierte – Verlaufsform: von der UNO begutachtete Wahlen – die Nachfolger der MPLA als international anerkannte Regierung; der spezielle Schützling Südafrikas, Savimbi und seine UNITA, gelten seither als Störfriede.

Die Fähigkeit Südafrikas, mit steinwerfenden Unruhestiftern, streikenden Arbeitern und mit kirchlichen Bürgerrechtsgruppen auf die bisher bewährte Art umzugehen, nämlich mit Polizei und Militär, war durch diese Veränderungen der außenpolitischen Erfolgsbedingungen des südafrikanischen Weges zwar nicht in Frage gestellt, und die militärischen Basen des ANC längst zerschlagen. Die ökonomische Krise, die Diskriminierung am Weltmarkt und der Verlust der früher erworbenen Einflußsphäre im südlichen Afrika wurde aber von der politischen Führung als schwerwiegende nationale Problemlage bilanziert, die jedenfalls eine Fortsetzung des althergebrachten »way of life« nicht mehr zuließ.

Die Staatsform auf dem Prüfstand: Mittel oder Hindernis für den weiteren Erfolg der Nation?

Der Übergang von der *Krise der Nation* zur Reflexion auf die *Verfaßtheit des Gemeinwesens*, zur Frage, ob die leitenden Gesichtspunkte des Regierens und Wirtschaftens, die Ausstattung der Bürger mit Rechten und Pflichten etc. dem weiteren Erfolg der Nation im Weg stehen oder ihn garantieren, ist keine südafrikanische Besonderheit. Noch jeder Demokrat, der in schwerer Stunde zum Faschisten konvertiert und das »Parteiengetzänk«, den die Nation spaltenden »Klassenkampf« und die »zersetzenden« Verbesserungsvorschläge kritischer Intellektueller unterbinden will, wälzt im Prinzip analoge Überlegungen. Daß der Staat angeschlagen ist, weil die Regierenden von ihrer Macht den verkehrten Gebrauch machen und so die Zukunft der Nation verspielen, weswegen radikale Änderungen der inneren Ordnung anstehen – diese Schuldzuweisung an »das System« ist noch jedem Nationalisten vertraut. Sogar die wesentlich umfassenderen Veränderungen, die die ehemaligen »realen Sozialisten« in ihrem Laden vorgenommen haben oder zumindest vornehmen wollten – auch so eine »Revolution von oben« –, gründen in dem Entschluß, alle als Hindernisse des nationalen Erfolgs identifizierten Einrichtungen und bisherigen »Erfahrungenschaften« beiseite zu räumen. Aus vergleichbaren Überlegungen gelangte in Südafrika das System der Apartheid zur Überprüfung, wurde vom *Staatszweck* zu einer *Methode* relativiert, die sich an den Resultaten messen lassen muß, und hatte damit schon verloren; schließlich war Südafrika in Schwierigkeiten. Genau so begriffslos und »monokausal«, wie die Buren immer den Erfolg ihres Staatswesens – zur Erinnerung: der einzige afrikanische Kapi-

talismus, der diesen Namen verdient – der Apartheid zugerechnet hatten, wurde sie nun für dessen Krise verantwortlich gemacht. Die Burenpolitiker sind Nationalisten genug, daß ihnen der Erfolg Südafrikas als einer kapitalistischen Nation mit dem Anspruch auf Teilnahme am Weltmarkt und eine gewichtige Rolle in Afrika mehr gilt als die bloße, nach wie vor erfolgreiche Trennung der südafrikanischen Neger von den Bürgerrechten und den politischen Institutionen. Von diesem Standpunkt aus entdeckten sie in ihrem bisherigen Staatswesen plötzlich eine im Grunde genommen »unfertige« Nation, die den größeren Teil ihrer Bürger ausgegrenzt und »entfremdet« habe, was in eine »Sackgasse« und in die »Isolation« geführt habe. Nun trifft diese Einschätzung gar nicht den Kern der südafrikanischen Krisenlage, die auf die Einschätzung der Ober-Imperialisten zurückgeht, südafrikanische Eigenmächtigkeiten und Extratouren nicht mehr hinnehmen zu wollen und klarzustellen, wer Südafrika politische Richtlinien vorgibt und wer sie zu berücksichtigen hat. Das hat die Staatsführung nicht daran gehindert, diese Diagnose soweit verbindlich zu machen, daß tatsächlich, beginnend mit der Freilassung Nelson Mandelas, mit diesem die Konditionen der Abschaffung der Apartheid ausverhandelt wurden, um auf diese Weise außenpolitische Handlungsfreiheit, die Einflußsphäre im südlichen Afrika (diesmal mit den Methoden friedlich-ökonomischer Erpressung) und den Zugang zum Weltmarkt wiederzugewinnen:

»Die Politik der Apartheid hätte niemals die Zukunft der Weißen gewährleisten können. Sie hätte das Land zerstört und die Afrikaner mit in den Untergang gerissen. Die Abschaffung der Apartheid hat nicht nur die Schwarzen befreit, sondern auch die Weißen gerettet. ...

Wie könnte das einstmals geächtete Südafrika als Lokomotive für die Entwicklung des Kontinents wirken?

Ich stelle mir eine Wirtschaftsgemeinschaft vor, die ihre Ressourcen gemeinsam nutzt – das Verkehrsnetz, die Energie- und Wasservorräte, die Landwirtschaft. Und wir wollen unsere Rohstoffe nicht mehr nur exportieren, sondern auch verarbeiten. ... Das südliche Afrika hat viel zu bieten. Aber wir brauchen Kredite aus Europa. ...« (Ex-Außenminister Botha im SPIEGEL 18/94)

Nur ist der Entschluß, es einmal mit Demokratie und allgemeinem Wahlrecht zu versuchen, die eine Sache. Eine andere Frage ist, wie die damit untergrabene Stabilität des Staates zu gewährleisten sei. Immerhin wird hier der ironische Spruch von der Regierung, die sich ein neues Volk wählt, mit völlig neuen Rechten und Pflichten, und die ihr bisheriges zu einer Minderheit macht, die zum Teil mit Terror auf ihren traditionellen Rechten beharrt, auf vollständig unironische Weise in die Tat umgesetzt. Weder erschließt diese Umwälzung der Nation neue innere Potenzen, die sie vorher nicht gehabt hätte,

auch wenn die Burenpolitiker diese Erweiterung der völkischen Basis so sehen wollen; noch ist sicher, ob die Eingemeindung gelingt, ob sich die neuen Staatsbürger auch als solche begreifen und sich ihren Widerstand dermaßen billig, gegen ein Kreuz auf dem Stimmzettel, abkaufen lassen.

Das Angebot: Wahlrecht statt Wohlstand

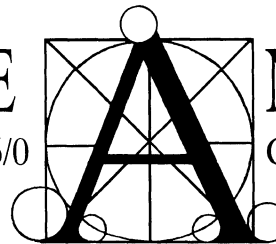
Der entscheidende positive Faktor bei der Lösung dieses Problems ist eindeutig der ANC. Seine Galionsfigur wurde vom Rassistenstaat aus dem Gefängnis geholt und als ein Verhandlungspartner aufgebaut, dessen Gewicht und Verhandlungsposition darauf beruhte, daß Premier deKlerk eben mit ihm die Übergabe in allen Einzelheiten aushandeln wollte, um die wesentlichen Grundsätze des neuen Südafrika festzulegen, *bevor* die frischgebakkenen schwarzen Stimmbürger in einem Urnengang immerhin über die Sitzverteilung im neuen Parlament abstimmen durften.

Der erste und wesentliche dieser Grundsätze betraf den südafrikanischen Kapitalismus als das jenseits der Rassen zu respektierende wahre Lebensmittel zwar nicht der Neger, aber der Nation. Das weiße Eigentum und die Eigentumsordnung als solche wurden daher von Anfang an außer Streit gestellt, die ANC-Politiker bemühten sich nach Kräften und sehr glaubwürdig, jeden Sozialismusverdacht auszuräumen und dem nationalen wie ausländischen Kapital zu versichern, daß sich an dessen rassenneutraler »Vorherrschaft« nichts zu ändern brauche. Für das weiße Proletariat bedeutet das eine ganz neue Konkurrenz mit rechtlich gleichgestellten Schwarzen, für die Neger bedeutet es nicht mehr und nicht weniger, als daß ihre ökonomische Lage bleibt, wie sie ist. Arm sind sie nicht mehr, weil sie schwarz sind, arm bleiben sie, weil sie Proleten sind bzw. zur Reservearmee zählen bzw. die unbenutzte Überbevölkerung bilden. Das mag man dem ANC als »Verrat« ankreiden, ein Vorwurf, der ihm angesichts seiner Wahlversprechen auch gemacht werden wird, es kennzeichnet die Sachlage aber nur ungenügend. Die schwarze Politikergarde hat es nämlich schnell gelernt, den südafrikanischen Kapitalismus aus der Perspektive von Staatsmännern zu betrachten, die eine funktionierende Ökonomie *übernehmen* und benutzen wollen, und nicht aus dem Blickwinkel ihrer Anhänger, die der Marktwirtschaft *ausgeliefert* sind. Offen ist derzeit allerdings noch, ob die Basis des ANC jene staatsbürgerliche Reife besitzt, die man von den gefestigten Demokratien kennt. Dort weiß der Demokrat, daß seine Stimmabgabe kein Mittel zur Durchsetzung seiner Interessen ist, sondern der schönste Lohn für seine diesbezügliche Enthaltensamkeit. Was man von *Wahlversprechen* zu halten hat, ist ebenfalls bekannt und wird mehr von der sportlichen

Sie bringen IDEEN wir REALISIEREN

TYPOGRAPHISCHE ANSTALT

Muthgasse 56, A-1190 Wien, Telefon 37 35 46/0



Ges.m.b.H. SATZ

OFFSETDRUCK

*Layoutberatung · Datenkonvertierung · Texterfassung
Desktop-Publishing · Ganzseitenbelichtung*

Seite genommen – wer ist der gewieftere Einseifer und als solcher »glaubwürdig«. Aber das alles wurde den südafrikanischen Negern bisher vorenthalten, so daß sich erst herausstellen muß, ob sie schon so »reif für die Demokratie« sind wie ihre Politiker, oder ob ihre absehbare Enttäuschung in bürgerkriegsähnliche Unruhen übergeht. Und alle Versuche, jenseits des Wahlergebnisses die neuen politischen Rechte zum Kampf um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen zu nutzen, tangieren die Geschäftsgrundlagen und Konkurrenzvorteile des südafrikanischen Kapitalismus, der die schwarze Arbeitskraft ohne lästige Schranken zu nutzen weiß. Schon während des Wahlkampfes wurde daher von der internationalen Öffentlichkeit teilnahmsvoll das Problem gewürdigt, wie es dem ANC wohl gelingen werde, seinen Wählern klarzumachen, daß ein schwarzer Präsident und eine ebensolche Parlamentsmehrheit schon den ganzen Erfolg ausmachen, den diese erwarten durften, und die Sache mit den Wohnungen und Arbeitsplätzen so nicht klappen wird. Der Streit um die Rückgabe von Grund und Boden an während der Apartheid vertriebene Bewohner und frühere Benutzer ist ohnehin vorprogrammiert.

Der zweite wesentliche Verhandlungsgegenstand mit Mandela war die weitere Beteiligung von weißen Repräsentanten an der Macht, und zwar unabhängig vom Wahlausgang und den erzielten Mehrhei-

ten. Auch in dieser Frage erkannte Mandela, daß die Lage eine Regierung der »nationalen Einheit« erfordere, an der alle relevanten politischen Kräfte zu beteiligen seien. Wer zu diesen zählen sollte, war aus anderen Gründen umstritten. Die Einrichtung der »Bantustans« hatte schwarze Nutznießer, nämlich deren Verwalter von Pretorias Gnaden, hervorgebracht; und diese sahen von der Neuordnung ihre Macht und ihre Pfründe bedroht. Obwohl ursprünglich Mandela samt ANC als alleiniger Partner bei der Übergabe auserkoren war, gelang es noch dem Zulu-Chef Buthelezi, ein derart respektables Quantum an Terror hauptsächlich gegen Anhänger des ANC zu mobilisieren – 1993 ca. 20.000 Tote in Südafrika, hauptsächlich Schwarze –, daß er sich damit als nicht zu übergehender politischer Faktor profilierte und sowohl in Bezug auf die regionale Machtverteilung als auch bei der Ressortverteilung in die neue Regierung »eingebunden« wurde. Das wieder einmal ein Beleg für die These, wonach demokratische Wahlen kein Verfahren zur gewaltlosen Austragung von Konflikten sind, sondern daß vorher die *Gewalt* der interessierten Parteien rücksichtslos zum Einsatz kommt, um über die *Bedingungen* eines Wahlgangs zu entscheiden, dessen Ergebnisse man anschließend auch *anzuerkennen* bereit ist: die wesentlichen Entscheidungen beim Wählen trifft nämlich auch in Südafrika nicht der Wähler, sondern der Veranstalter.

Die politische Macht an die Neger, damit sich deren Lage nicht ändert und Südafrika als geeinte Nation zu neuen Ufern aufbricht: das ist das Programm der früheren Rassisten und ihrer schwarzen Partner, für das de-Klerk und Mandela gerechterweise den Friedensnobelpreis erhielten. Und den Beifall einer Weltöffentlichkeit mit großen Erwartungen:

»Werden die Sieger ihre ekstatischen Anhänger im Zaum halten können? ... Jahrelang hatte die schwarze Befreiungsbewegung der Townshipjugend eingeheizt: »Macht das Land unregierbar.« Jetzt, im Augenblick der Machtübernahme, muß sie die Revolutionäre zügeln. So handelte der ANC mit dem verbündeten Gewerkschaftsdachverband Cosatu ein Moratorium für Massenkundgebungen und Streiks aus. Gleichzeitig umwirbt Mandela die Sicherheitskräfte, die ihn und seine Organisation jahrelang verfolgten und nun als Verlierer der Geschichte einen Staatsstreich planen könnten. Er verspricht ihren Mitgliedern Weiterbeschäftigung und volle Pensionsbezüge.« (»Spiegel« 18/94)

So schnell verwandeln sich die Anhänger einer Befreiungsbewegung, die an die Macht kommt, in ein Ordnungsproblem. Ist der Hinweis eine Übertreibung, wonach von den neuen Machthabern erwartet wird, unter freien und gleichen Negern für ungefähr jene Stabilität zu sorgen, die der Republik Südafrika immer vorgeworfen worden war, damals, als die Neger noch unterdrückt waren?!

Das Ende der Gemütlichkeit

Die ordentliche Planungspolitik des III. Reiches 4. Teil

Die ersten drei Teile dieser Untersuchung erschienen in den Heften November und Dezember 1993 sowie im April 1994; jede Folge ist für sich verständlich und setzt die Kenntnis der vorhergehenden nicht voraus. -Red.

Von der Selektivität der diffizilen Ordnung

Eingedenk dessen, wem der »humane« Ordner eine »diffizile« Behandlung zugesteht, nimmt es nicht Wunder, daß die Zone der Gemütlichkeit von der Ordnung endgültig verlassen wird, wenn sie sich in die Bezirke außerhalb des Gürtels begibt, denn dort »dominieren« »eindeutig« die »hohen Mietskasernen« (Planko S.52):

»In diesen Mietskasernen wurden in den Kellern und Höfen vielfach Werkstätten aller Art eingebaut; bei einer so intensiven Ausnutzung der Grundstücke und unter den damaligen städtebaulichen Auffassungen, die *nur* auf eine *äußerliche Regulierung* der Straßenfronten gerichtet waren, konnte sich kein eigener Typ zeitgemäßer Werkstätten und Betriebsbauten entwickeln.«

Das *Übel* ist bezeichnet: es liegt an einem *Mangel, an zuwenig Ordnung*, an zuwenig Reglementierung und Typisierung. Hätten sich die Zeiten »schrackenloser Baufreiheit« nicht nur an »äußerlicher Reglementierung«, sondern wie spätere Zeiten an »umfassender« versucht, dann hätte bestimmt ein eigener Typus »zeitgemäßer Werkstätten« entwickelt und der städtebaulichen »Not« mit ihrer »lawinenartig zuwandernden Bevölkerung« (Planko S.39) rechtzeitig der Garaus bereitet werden können. So aber wurde, wie man weiß, erst recht »strenge« Ordnung nötig...

Aber vorerst »verewigt selbst die Wiener Bauordnung noch den

»äußerst unzweckmäßigen Typus des Massenmiethauses mit Keller- und Hofwerkstätten« (Planko S. 52), »wo die Wohnungen heute zwischen dem Lärm der Verkehrsstraßen und dem Lärm der Werkstätten, Parkplätze, Garagen und Tankstellen in den Höfen eingekellt sind. Drei Viertel der Wiener Bevölkerung wohnen in solchen »gemischten Baugebieten« (ebd.) –

– die Mehrheit der Bevölkerung also; es wird interessant, zu wessen Gunsten Rainer das Problem zu lösen gedenkt. Interessant die Wende, die er schafft:

»Diese Mischung aus Wohnungen und Werkstätten in einem Gebiet stört selbstverständlich nicht nur die Wohnungen ...«

[Anm: Man beachte die Verdinglichung: nicht Menschen, sondern »Wohnungen« werden gesört – so »schafft« der Ordner die Wende!]

»... immer empfindlicher; auch die in solchen Großhäusern eingebauten Betriebe können sich hier nicht den heutigen Bedürfnissen der Produktion und des Transports anpassen.« (ebd.)

Da muß der Ordner tätig werden und die Entwicklung »in räumlich gesunde Bahnen« lenken (S. 72)

Der Ordner hat da so seine »gesunde« Idee. Er weiß da etwas Entscheidendes:

»Die Störung der Wohngebiete durch Fabriken ist sehr verschieden.« (S. 53)

Woraus sich ergibt:

»Das Studium der Entwicklung [sic!] städtischer Arbeitsstätten zeigt also, daß die früher als besonders störend erscheinende (!) Großindustrie die Umgebung vielfach (!) wenig belästigt und die Luftverunreinigung durch Fabriken vermutlich in Zukunft mehr und mehr vermieden werden kann.« (ebd.)

Wir ahnen schon, worum's da geht: In Sachen »Mischung von Wohnungen und Werkstätten« soll da jemandem etwas »schmackhaft« gemacht werden – eingeschoben war nämlich nach den »Transport- und Produktionsproblemen« der Betriebe:

»Daneben sind ... große Fabriken ... am damaligen Stadtrand entstanden« (S. 52)

und fortgesetzt wurde:

»daß sich in den letzten Jahren Zeichen einer neuen Randwanderung der Wiener Industrie« (ebd.)

bemerkbar machten. – Das »Problem« ist alt: *die Leute ziehen nicht mit*. Auch wenn der Ordner noch so oft von einer ohnehin schon »seit Jahrzehnten feststellbaren Bevölkerungsverschiebung« spricht, sind nach wie vor drei Viertel der Bevölkerung »im dicht verbauten Stadtgebiet« massiert (Planko S. 17); hingegen sind am Stadtrand »die als Wohngebiete gewidmeten Flächen ... vielfach nur sehr teilweise besiedelt« (Planko S. 64)

Da muß nachgeholfen werden: Der Ord-

⁷⁷ A. Schorr, Citybildung und Bevölkerungsentwicklung in der Berliner City, Zentralbl. Bauverwaltung 1938, S. 1363

ner »erhöht« die »Anziehungskraft noch wesentlich« (Planko S. 53) und stellt sogar der *Großindustrie* ein anzügliches »*Gesundheitszeugnis*« aus (ebd.)

Schorr, Rainers Mentor in Cityfragen aus der Nazizeit, zeigt vor, wie das Problem zu lösen ist:

»... die Entscheidung [kann] nur zugunsten der Wirtschaft lauten«⁷⁷

Interessant, ob Rainer sich heutzutage etwas anderes einfallen läßt. Er argumentiert wie folgt:

»Dagegen stellen die in den dichten Wohngebieten eingestreuten zahllosen kleinen und mittleren, oft arbeitsintensiven Gewerbebetriebe weitaus schwierigere Aufgaben [als die gemäß Rainer gar nicht mehr so ungesund »erscheinende Großindustrie«, Anm.F.U.] Diese können selbstverständlich (!) nicht durch eine generelle, großräumige Entmischung, durch Ab- oder Umsiedlung ... gelöst werden; die Verflechtungen ... sind so vielfältig, daß radikale Umsiedlungen die Betriebe ihrer Standortvorteile, ihrer lebenswichtigen betriebswirtschaftlichen Beziehungen berauben, dadurch unter Umständen an den Rand des Ruines bringen und so das Wirtschaftsleben der Stadt schwer schädigen würden.« (Planko S. 53)

Mit der möglichen Schädigung des Wirtschaftslebens ist der Punkt erreicht, der die *politische Entscheidung* des Raumordners in die bestimmte Richtung fallen läßt. Ab diesem Punkt wird klar, für welche Seite der »Gemengelage« die unmögliche »radikale Umsiedlung möglich wird: Nicht die, die stören, werden ab- oder umgesiedelt, sondern die durch die Betriebe Beeinträchtigten – die Menschen.

Trieft auf Seiten der Betriebe des Planers Sprache nur so von »diffizilem« Verständnis, so hat er für die durch die Betriebe gestörten Menschen und ihre Lebensbedingungen nur Worte wie »Deklassierung«, »Überalterung«, »Entleerung« (Planko S.73), »Entkernung« und »Entwertung« sowie »planmäßig zu fördernde Bevölkerungsverschiebung« (ebd. S. 21) übrig.

Weil aber noch immer nicht ist, was nach des Planers Option an »Bevölkerungsverschiebung« ohnehin schon »seit Jahrzehnten feststellbar« (S. 72) sei, wird mit umfänglichen städtebaulichen Anziehungs- und Schwerkraftübungen ordentlich nachgeholfen: »*Subzentren*« sollen befördern, was noch immer nicht ist, aber der Planer so will.

Noch ein Blick zurück zu jenem Wohnungswesen, das des Ordners vehementes Unbehagen so richtig hervorgerufen hat: die *Mietskasernen*.

Die Verräumlichung der Wirklichkeit als Verwirklichung des Parteiprogramms

Sicherlich zu Recht sieht Rainer die Entstehung »der Wiener Zinskaserne« als einen »Mißbrauch des Wohnbedürfnisses für spekulative Zwecke« (Planko S. 42). Allerdings wird aus der klaren, auf den Gegenstand bezogenen Kritik bei Rainer gleich mehr:

- ⁷⁸ R. Rainer, *Gesundung der großstädtischen Massenquartiere*, Zentralbl. 1940, S. 399
- ⁷⁹ K. Köster, *Energie und Raum in Städtebau und Raumordnung*, Raumf. 1941, S. 399
- ⁸⁰ H. Killus, *Der Totalitätsgedanke im neuen Städtebau*, Monatsh. f. Baukunst u. Städtebau, Berlin 1940, S. 85
- ⁸¹ F. Wiedemann, I. C. Duelffer J., *Hitlers Städte*, Köln 1978, S. 13
- ⁸² W. Rafelsberger, *Die wirtschaftliche Eingliederung der Ostmark*, Raumf. 1938, S. 401
- ⁸³ J. Duelffer, a.a.O., S. 18
- ⁸⁴ R. Wurzer, *Über die Entwicklung der Raumplanung in Österreich*, in: *Öst. Ges. f. Raumforschung u. Raumplanung* (Hg), 30 Jahre Raumplanung in Österreich, Wien 1985, 7
- ⁸⁵ Akad. d. Bildenden Künste (Hg), R. Rainer – *Arbeiten aus 65 Jahren*, Salzburg 1990, S. 5, 9
- ⁸⁶ R. Rainer, *Grünflächen der Stadt Wien*, Raumf. 1940, S. 400 f.
- ⁸⁷ R. Rainer, *Die Entwicklung des Wiener Wohnungsbaues*, Zentralblatt 1940, S. 732 f.
- ⁸⁸ R. Rainer, *Die Behausungsfrage*, Wien 1947, 15
- ⁸⁹ Siehe Teil 2, FORVM Dezember 1993
- ⁹⁰ R. Rainer, *Die rechtlichen Grundlagen*, Zentralbl. 1940, S. 639
- ⁹¹ F. Scharpf, *Planung als politischer Prozeß*, in: *Die Verwaltung* 1/1971, S. 2
- ⁹² H. Singer, *Wiederaufbau heißt Bessermachen*, in: *Wiedergeburt einer Weltstadt*, Vorwort Bgm. F. Jonas, Wien 1965, S. 101
- ⁹³ B. Schäfers, U. Podewils, *Steuerung des Verstärkerprozesses*, in: *Die Verwaltung* 2/1975, S. 193
- ⁹⁴ E. Hamm, *Der Einfluß der neuen politischen und wirtschaftlichen Lage Großdeutschlands auf seine Reichsplanung*, Raumf. 1939, S. 543
- ⁹⁵ J. Umlauf, *Zur Stadtplanung in den neuen deutschen Ostgebieten*, Raumf. 1941, S. 106
- ⁹⁶ D. Steiner, R. Rainer und Wien, in: *Akad. d. Bild. Künste*, a.a.O., S. 9
- ⁹⁷ R. Niemeyer, *Über die Neugestaltung der Städte*, Raumf. 1941, S. 540
- ⁹⁸ W.H. Blöcker, *Raumordnung*, Raumf. 1936, 7
- ⁹⁹ J. Umlauf, a.a.O. S. 105
- ¹⁰⁰ G. Langen, *Siedlungsentwicklung u. Heimatbildung in der Nähe von Großstädten*, Zentralbl. 1937, S. 942
- ¹⁰¹ H. Killus, a.a.O., S. 87
- ¹⁰² R. Niemeyer, *Tagungsbericht*, in: *Raumf.* 1938, S. 500
- ¹⁰³ H. Dörr, *Städtebauliche Grundsätze etc.*, Raumf. 1938, S. 171
- ¹⁰⁴ R. Rainer, *Die zweckmäßigste Hausform für Erweiterung, Neugründung und Wiederaufbau von Städten*, Forschungsarbeit im Auftrag der Deutschen Akademie für Städtebau, Reichs- und Landesplanung, Arbeitskreis im N.S.B.D.T., Breslau 1944, S. 28
- ¹⁰⁵ vgl. H. Lackner, *Die Gartenstadt Puchenaus*, in: *FS Puchenaus*, Puchenaus 1993, S. 207
- ¹⁰⁶ R. Rainer, *Grünflächen der Stadt Wien*, a. a. O., S. 401
- ¹⁰⁷ Beinahe wörtlich übernommen in das Planko Wien, 1961, S. 32: »Alles, was wir bauen, dient nicht dem Zuwachs an Bewohnern, sondern zusätzlichem Raumbedarf vorhandener Bewohner, dient der Verbesserung der Verhältnisse auf allen Gebieten, dient der Gesundung, also einem Sanierungsbedarf.« Die seinerzeit beabsichtigte Fertilitätsförderung wird freilich nun nicht mehr erwähnt.
- ¹⁰⁸ R. Rainer, *Die zweckmäßigste Hausform...*, a. a. O., S. 24
- ¹⁰⁹ R. Rainer, *Vorwort des Verfassers*, Planko Wien, S. 6
- ¹¹⁰ H. Dörr: *Bomben brechen die »Haufen«-Stadt*, Stadtplanliche Betrachtung des Luftkriegs, Raumf. 1941, S. 272

»... ein fast uferloses, kaum gegliedertes Meer von Mietskasernen mit finsternen Hinterhöfen ..., ein technisierter, naturferner, maßlos angewachsener Stadtmechanismus, dessen gesundheitliche Auswirkungen auf die Bewohner zwar frühzeitig erkannt und bekämpft worden sind, mit dessen psychischen Folgen wir uns aber noch auseinanderzusetzen haben.« (ebd.)

Wenn an und für sich berechtigte Kritik an gesellschaftlichen Mißständen so über ihren Gegenstand hinaus bis »fast« ins »Uferlose« geht, erscheint es uns angebracht, sie etwas näher zu betrachten. Versuchen wir, den immanenten Grundlagen der Kritik nachzugehen, dann werden wir – wie bereits so häufig bei Rainer – in die »Zeit des Dritten Reiches« verwiesen: In seiner programmatischen Schrift »Gesundung der großstädtischen Massenquartiere« des Jahres 1940 legt Rainer seinen »Gesundungsvorschlägen« folgende bemerkenswerte »Diagnose« zugrunde – womit wir gleichzeitig, aber auch nachhaltig wieder an die im Planko S. 42 (s.o.) angezogenen »psychischen Folgen« und »gesundheitlichen Auswirkungen« dieses Wohnungswesens erinnert werden:

»In den unwürdigen, schlecht belüfteten und belichteten Massenquartieren der Zinskaserne war sie [die Bevölkerung] stärker zusammengedrängt als in den mauerumgürteten Städten der Renaissance, und die zuströmenden Arbeitermassen wurden bald zu einem besitz- und heimatlosen Proletariat. Wir haben die gesundheitlichen, moralischen und politischen Folgen dieses Wohnungswesens erlebt.«⁷⁸

Setzen wir noch dazu, was Rainer zuvor im selben Absatz unter Berufung auf völbürgerliche (!) Zeiten sozusagen als völbildhaftes »Gegenmodell« anführt, so gewinnen wir einen exemplarischen Einblick in das Gesellschaftsbild eines in Architektur ausgebildeten, in Sozialordnung aber dilettierenden »Raumordners«:

»Jene Zeit hat ihren neuen Bewohnern jedoch ganz andere Behausungen geschaffen als die vorhergehenden Zeiten ... Sowohl in den aufblühenden mittelalterlichen Städten als auch in den Gründungen und Erweiterungen der Landesfürsten ist die große Masse der benötigten Kleinwohnungen in Form des damals noch selbstverständlichen Einfamilienreihenhauses errichtet worden, so daß die neuen Einwohner alsbald auf ihrem eigenen Grund und Boden Bürger der Stadt wurden. Noch 1915 war die Wohnung des Arbeiters in den deutschen Industriestädten das kleine Reihenhaus mit Garten.« (ebd. S. 670)

Läßt also Rainer in Mittelalter und Absolutismus »die neuen Einwohner« durch das »Einfamilienreihenhaus« mit »eigenem Grund und Boden« zu »Bürgern« werden und kann er selbst »noch 1815« wegen des »kleinen Reihenhaus[es] mit Garten« vom »Arbeiter« sprechen, so werden seiner Darstellung nach in den »Massenquartieren der Zinskaserne« die »zuströmenden Arbeitermassen« »bald« zu »einem besitz- und heimatlosen Proletariat«.

Rainer »verst« es also, komplex ablaufende sozioökonomische Prozesse wie

die der »Verbürgerlichung« oder der »Proletarisierung« auf Funktionen räumlicher Strukturen: der »Behausung«, zu reduzieren.

Das selbe Denkmodell der Verräumlichung sozialer Prozesse dient dem ausgebildeten Architekten in seiner Funktion als Raumordner nicht nur zur Erklärung sozialer Abläufe, sondern auch zur Schaffung entsprechender räumlicher Umwelten, die die entsprechenden sozialen und ökonomischen Verhaltensweisen bewirken sollen (vgl. Planko S. 7, 8 etc.).

Gesellschaft und Geschichte zu verräumlichen, d.h. auf die Funktionen räumlicher Strukturen zu bringen, das war das gesellschaftspolitische Ziel des Faschismus, das er gerade durch »Raumordnung« anstrebt und realisieren wollte, durch ein gesellschaftliches Regelungsverfahren, das bereits methodisch im Ansatz und verfahrensmäßig in der Durchführung auf dem Prinzip der Verräumlichung sozialer und ökonomischer Prozesse beruht.

Dieses Denken in und Konstituieren von Räumen erfreute sich insbesondere im Faschismus allgemeiner Wertschätzung: So sah »das Reich« die »Raumordnung« als organischen Bestandteil der europäischen Neugestaltung⁷⁹, »bedeutete« »Raumordnung und Städtebau« bereits vom Ansatz her »die Verwirklichung des Parteiprogrammes«⁸⁰, sah sich Hitler als »eigentlicher Architekt des 3. Reiches«⁸¹, ließ er sich als »größten Meister raumordnerischen Könnens der Weltgeschichte«⁸² feiern, rangierten Architekten und Ingenieure als professionelle Gestalter von Räumen im Dritten Reich noch vor Ministern⁸³ und wurden – bis heute! – vornehmlich Architekten (und Absolventen technischer Universitäten) als »Planer« und »Ordner« der sozialen und ökonomischen wie auch ökologischen Bedingungen eingesetzt.⁸⁴

Unseres Wissens hat sich Rainer bislang noch nicht von der angesprochenen »Verräumlichung« geschichtlicher und sozialer Prozesse verabschiedet: nach wie vor scheint er diesem Gesellschaftsbild anzuhängen – vgl. etwa sein Motto der »Behausungsfrage« – bzw. praktiziert er in Raumordnung dessen Verwirklichung als gesellschaftliches Konstitutionsprinzip.

Rainer, der Wandelbare

Bestellte Vorworteschreiber wie C. Hakelsberger oder D. Steiner, die glauben, Rainer ausreichend zu kennen, dabei aber sein grundlegendes Oeuvre der NS-Zeit völlig unter den Tisch fallen lassen, heben gerne Rainers Beharrlichkeit und Unveränderlichkeit⁸⁵ jenseits aller gängigen Moden hervor. Daß dem nicht ganz so ist, daß also Rainer durchaus in seiner Meinung wandelbar und anpassungsfähig ist, zeigt sich in seiner Einstellung zu den Wiener Gemeindebauten.

Rainers Kritik an den »Zinskasernen« war/ist – wie gezeigt – fundamental: Sie machten aus den »zuströmenden Arbeitermassen« ein »besitz- und heimatloses Pro-

letariat»⁷⁸, weil es dieser Wohnform nicht gelingt, die Menschen mit dem Boden zu »verwurzeln (vgl. Zitat 50, wo sich Rainer Hitler voll und ganz anschließt:

»Zu keiner Zeit hatte wohl das Wort des Führers größere Bedeutung: »Haltet das Reich nie für gesichert, wenn es nicht auf Jahrhunderte hinaus jedem Sprossen unseres Volkes sein eigenes Stück Grund und Boden zu geben vermag.«)

Aber selbst bei den *Reformversuchen des Roten Wien* sieht der *Flachbau-Ideologe* Rainer noch lange *rot*: Die Wiener Gemeindebauten werden von Rainer in einen Topf mit den Zinskasernen geworfen. Erst als Rainer vom Magistrat Wien zum Wiener Stadtplaner bestellt wird, wird auch seine Haltung zu den Wiener Gemeindebauten moderater bzw. eine andere. 1940 formulierte Rainer seine Kritik an den Wiener Gemeindebauten noch beinhart und vernichtend:

»Die neuen Mietblöcke stehen ebenso hart und fremd in der Landschaft *wie die alten Mietskasernen* der Gründerzeit. An vielen Stellen sind die letzten Möglichkeiten verbaut worden, Grünflächen in das Innere des geschlossenen bebauten Gebietes hereinzuführen. Sogar die Bebauung der »Schmelz« wurde fortgesetzt, und zwar unbegreiflicherweise von der Stadt selbst. [...] obgleich die Stadt ... eine großzügige Bodenvorratspolitik getrieben hatte, wurden die in diesem Grundbesitz liegenden Möglichkeiten nicht genützt, die aus ihm erwachsenden Verpflichtungen nicht erfüllt. Ebenso wie den städtischen Bauten fehlte naturgemäß auch dem privaten Wohnungsbau die planvolle, städtebauliche Lenkung. Man vermißt vor allem bis in die letzte Zeit jede zielbewußte Einordnung in die Landschaft, die gerade in Wien besondere Verpflichtung wäre.«⁷⁹

Diese von Rainer an den Gemeindebauten des Roten Wien geübte Kritik bleibt kein »zeitbedingter« Einzelfall. In seiner Schrift »Entwicklung des Wiener Wohnungsbaues« führt Rainer aus:

»Die Stadt ging selbst an die Lösung der Wohnungsfrage heran. ... Eine Voraussetzung für die Finanzierung dieses Programmes bot das Mietengesetz ... Damit war praktisch der Hausbesitz fast völlig enteignet worden ... Nun durfte eine Erneuerung des Wiener Wohnungswesens erwartet werden ... Aber die Entwicklung hat gezeigt, daß man sich von den wohnungspolitischen und städtebaulichen Gesichtspunkten der vorangegangenen Zeit nicht zu lösen vermochte ... Schon die Wohnungsgröße knüpfte an den Maßstab der alten Mietskasernen an ...Zahllose solch winziger Einheiten in riesigen Blöcken übereinander gehäuft – das war jedoch *keine Wendung* im Wohnungswesen der Stadt, das war die *Fortführung* des durch Jahrhunderte überlieferten *Mietshausbaues*. ... Mit einem starken äußeren Aufwande an architektonischen Mitteln und Mittelchen sucht jeder einzelne Block alle Blicke auf sich zu lenken ... Der Gegensatz von Stadt und Land wurde so verschärft und viele Möglichkeiten einer planvollen Grünpolitik verbaut. Auf diese Weise hat der repräsentative *Mietshausbau* der Ringstraßenzeit sechzig Jahre

später eine *sonderbare Nachfolge* gefunden. Wie die Ringstraße keinen Anschluß an die alten Bauten und Räume der Innenstadt und der Vorstädte finden konnte, so haben diese Bauten der Gemeinde Wien keine Beziehung zur Landschaft finden können. ... Das feudalistische Kaiserreich stand der sozialen Frage instinktos gegenüber, und zwanzig Jahre *Republik* haben erst recht *keine Besserung* gebracht, weil hier der Sozialismus nur *Schein* und *politisches Lockmittel* für die Massen war.«

Und zu einer Zeit, als in Österreich die Verbrechen dieses Regimes schon allgemein bekannt waren, setzt Rainer fort:

»Erst der *Nationalsozialismus* ... besitzt die *sittliche* (!) *Kraft*, nüchtern und offen die Zwangsergebnisse zu veröffentlichen, weil er der Aufgabe, die Wohnungsfrage zu lösen, nicht ausweicht, sondern sie nach dem Willen des Führers für seine vordringlichste Pflicht nach der Wehrhaftmachung hält.«⁸⁰

Und selbst nach 1945 wird Rainer an seiner fundamentalen Kritik an den Gemeindebauten des Roten Wien festhalten. In seiner »legendären« »Behausungsfrage« läßt Rainer wiederholt »die modernen Mietskasernen ... seit 1870 bis heute« reichen.⁸¹ Als »abschreckendes« Beispiel zeigt Abb.21:

»Um 1930 entstandenes Mietshaus in einem Wiener Vorort« (ebd.) –

– also zweifellos einen *Gemeindebau* des Roten Wien. Im Bildnachweis S. 123 erfolgt die Bestätigung zur Abb.21:

»*Neue Mietkaserne* am Wiener Stadtrand.«

Sehr viel *positiver* nimmt sich Rainers Haltung gegenüber den Gemeindebauten aus, wenn er von der Gemeinde *Wien* zu deren *Stadtplaner* bestellt wird. Da heißt es dann z.B. im Planko S. 46:

»Der wesentliche Vorzug dieser Wohnanlagen der Zwischenkriegszeit besteht zweifellos in der außergewöhnlich großzügigen städtebaulichen Gruppierung um sehr große, baumbestandene, ruhige Gartenhöfe mit Gemeinschaftseinrichtungen wie Kinderspielplätze usw., deren *große Vorzüge* gerade in letzter Zeit allgemein fühlbar werden.«

Entgegen der vorgefaßten Meinung einiger Laudatoren zeigt Rainers gewandelte Einstellung zu den Gemeindebauten des Roten Wien, daß Rainer durchaus in der Lage ist, seine Meinung geänderten Bedingungen – wie etwa der Bestellung durch die Gemeinde – entsprechend anzupassen. Beobachten wir deshalb auch, ob es ihm in seinen zentralen Planungsvorstellungen ebenfalls gelingt, eine gewisse, etwa durch gewandelte Zeit- und Gesellschaftsumstände erforderliche Anpassungs- bzw. Innovationsfähigkeit an den Tag zu legen.

Die Ordnung der Zwangsläufigkeit

Parlamentarische Demokratie geht davon aus, daß die Mitglieder der Ordnung am politischen Willensbildungsprozeß weitestgehend beteiligt, keinem ungesetzlichen Zwang und keinerlei staatlicher Bevormundung ausgesetzt werden. In Raumordnung, so stellte sich inzwischen heraus, wird sowohl das demokratiepolitische

Prinzip der Mitbestimmung als auch das rechtstaatliche Prinzip der Mitwirkung glatt unterlaufen.⁸² Bereits im Ansatz als auch im Ordnungsverfahren geht Raumordnung von der prinzipiellen *Disponibilität der Lebensbedingungen* der Bürger aus; um realisiert zu werden, ist sie letztlich auf autoritative Durchsetzbarkeit angewiesen – ihre *Anfälligkeit für* und ihre *Nähe zu autoritären politischen Systemen* ist ihr damit von vornherein immanent. Ein Sachverhalt, der auch bei Rainer immer wieder durchschlägt und sich z.B. in seinen, dem NS-System entgegengebrachten Hoffnungen

(»Gerade heute, wo wir am Beginn einer Arbeit stehen, die uns die Verwirklichung unserer siedlungspolitischen Absichten bringen soll...«)⁸³

als auch in seinem Lamento über *mangelnde »Lenkung« und Reglementierung«* zeigen (s. Fußnote 87, seine Kritik am »Zeitalter schrankenloser Baufreiheit« im Planko S.42 usw.)

Raumordnung beruht auf *Zwang*, wenn auch weniger der offenen, als vielmehr der subtileren Art – dies aber auch nur aus Nützlichkeitsbetrachtungen (vgl. Fn.72). In Raumordnung konnte sich staatliches Verwaltungshandeln – noch dazu der gestaltenden Art – seit den Zeiten des Faschismus bis heute von jeglicher Kontrolle selbst durch die betroffenen Bürger freispielen. Verwiesen wird dabei immer darauf, daß Raumordnung eine Verwaltungsmaterie sei, die nicht unter das Allgemeine Verwaltungsverfahrensgesetz (AVG) mit seinem *Parteienbegriff* falle, was aber nur insoweit stimmig ist, als »Raumordnung« seinerzeit vom AVG ja gar nicht erfaßt werden konnte, weil es dieses Regelungsverfahren »Raumordnung« bei Einführung des AVG noch gar nicht gab.

Raumordnung ist damit von vornherein in unserer politischen Kultur ein ärgerlicher *Fremdkörper aus autoritärer, faschistischer Zeit* – ein Ärgernis staatlicher Herrschaftsausübung ohne Kontrollmöglichkeiten durch die Bürger. Was bei solch unkontrollierter staatlicher Herrschaftsausübung alles möglich wird, das führt das Planungskonzept Wien ziemlich handgreiflich und bis zur Unterschlebung faschistischer Ordnungsmodelle vor.

Ist der *Raumordnung* also *Zwang immanent*, dann produziert zwangsläufig das angewandte Verfahren auch eine *entsprechende gesellschaftliche Ordnung*, der *Zwang* und *Gewalt* innewohnt. Die in den geplanten/ verplanten Städten bzw. Stadtteilen so häufig anzutreffende *Gewalt der Jugendlichen* z.B. wäre dann als eine Art diffuser *Gegengewalt* gegen die in der gebauten/verbauten Umwelt materialisierte *strukturelle Gewalt der »Ordnung« des Raumes* zu verstehen (beispielsweise mußte in dem von Rainer geplanten Linzer Stadtteil Anwesen wegen häufiger Krawalle aus Sicherheitsgründen das Granitsteinpflaster vor dem Jugendzentrum entfernt werden). Die »Planung« und »Ordnung« der gesellschaftlichen und ökonomischen Bedingun-

gen mittels des Verfahrens der Raumordnung scheint immer mehr zu einem *unkalkulierbaren Gefahrenpotential* jeder demokratisch verfaßten Gesellschaftsordnung zu werden – verständlich angesichts der Herkunft der Raumordnung aus dem NS-System.

Mittels Raumordnung hat die politische Oligarchie die effektiven gesellschaftlichen Entscheidungen aus der politischen Sphäre in ihren geschlossenen Kreis verlagert. Damit allerdings »wird das eigentliche Ärgernis der Herrschaft, die Inanspruchnahme individueller Verhaltensalternativen (und Ressourcen) ohne Rücksicht auf das aktuelle Einverständnis des Betroffenen«⁹¹ von einem politisch in Wahlen lösbaren Problem zu einem gesamtgesellschaftlichen Ärgernis mit entsprechend *systemkritischen Potential*. Wie sich zeigt, ist das Versagen der Problemlösungskapazität und -kompetenz seitens der Politik inzwischen so total geworden, wie ihr Ordnungsanspruch in Raumordnung umfassend gewesen ist. Das Scheitern des *omnipotenten Ordnungsanspruches* der Politik in Raumordnung ist inzwischen so evident, daß den großen politischen Parteien die Mitglieder davonlaufen und die Wähler abhanden kommen.

Verständlich, daß die Menschen kein Vertrauen mehr in ein politisches System haben können, das ihnen in »Raumordnung« *Zwangsläufigkeiten* wie in faschistischen Zeiten in der Ordnung ihrer gesellschaftlichen Belange zumutet. Selbst Protagonisten der Raumordnung in der erklärten Nachfolge des Stadtplaners Rainer müssen die Zwangsläufigkeit des Regelungsverfahrens »Raumordnung« einbekennen: H. Singer stellt in einem Buch, in dem sich die Wiener Stadtverwaltung »ihren« Bürgern vorstellt, die in Raumordnung praktizierte Zwangsläufigkeit mittels *Investitionslenkung* bzw. -*verweigerung* und dadurch bezweckter *Verschlechterung der Lebensbedingungen* klar heraus:

»Der »Unstadt«, wie man die zentrumslosen Siedlungsgebiete an den Stadträndern bisweilen nennt, wird hier durch weitgesteckte Planung entgegengewirkt. Denn mit den neuen Wohnbauten kommen auch Wohnkomfort, Schulen, Kindergärten und Volksbildungsstätten in diese kulturellen Notstandsgebiete. Den Bewohnern wird in kürzester (!) Zeit bereits eine Umwelt geboten, die in anderen Stadtteilen, die zu dicht verbaut sind [– Fragt sich nur: für wen zu dicht? F.U.], noch lange (!) Zeit auf sich warten lassen wird ... Eine statistische Untersuchung des überbesiedelten Bezirkes Ottakring hat ergeben, daß sich die Bevölkerung zwischen 1951 und 1961 um sechs Prozent verringert hat. Es wären (!) sogar fünfzehn Prozent gewesen, hätte man nicht in diesem Zeitraum viele Neubauten im Bezirk aufgeführt. Es ist damit zu rechnen, daß durch die Schaffung neuer, anziehender Wohngebiete zwangsläufig (!) eine Abwanderung aus den überdicht (!) besiedelten Bezirken erfolgen wird.«⁹²

In keinem anderen gesellschaftlichen Bereich wäre eine solche *totale Verfügbar-*

keit über Lebensbedingungen und Lebenschancen anderer noch möglich, wie sie in »Raumordnung« üblich ist. Schäfers und Podewils bestätigen, daß

»nicht übersehen werden [darf], daß die *Wanderung* aus Innenstadtbezirken in städtische Randzonen *wohl kaum »freiwillig« geschieht* und Initiativen für eine grundlegende Verbesserung der Wohn- und Freizeitverhältnisse im Innenstadtbereich den Wandervorgängen in Stadtregionen eine *andere Richtung* geben können.«⁹³ –

Rainer aber hat dies bekanntlich nicht vor. Für ihn gilt nach wie vor

»die Absicht der Raumordnung, die *Balungsräume aufzulockern*«⁹⁴ – eine Absicht, mit der nationalsozialistische Raumordnung an die »Ordnung« von Gesellschaft, Staat und Wirtschaft getreten und letztlich unter ungeheuren Opfern daran gescheitert ist. Es fragt sich, ob zwei Jahrzehnte später so ein Entwicklungsmodell zur *herrschaftssichernden Enturbanisierung der Stadt* überhaupt noch irgendeine beispielhafte Vorbildwirkung abgeben kann.

Subzentren und der innere Gang

Als eines der wichtigsten Mittel, die Dezentralisation der Stadt zu bewirken und 400.000 Menschen aus den Innenstadt-Bezirken an den Rand der Stadt zu bringen, setzt Rainer die »planmäßige Entwicklung von Bezirkszentren« (Planko S. 117) ein. Deren »Anziehungskraft« (Planko S. 53, ähnlich bereits in »Die zweckmäßigste Hausform...«, Breslau 1944, S.24) soll »planmäßig« erhöht werden:

»Die Dezentralisation der Schwerpunkte im Inneren und die Stärkung der zentralen Funktionen in den Bezirken bedeutet eine von innen heraus in Gang gebrachte Auflockerung.« (Planko S. 68)

»Bezirkszentren«, auch »Sub-« oder »Nebenzentren« genannt, stellen sozusagen die *Etappen der »Bevölkerungsverschiebung« an den Rand* der Stadt dar. Ähnliches hat Rainer auch für die »Entwicklungsgebiete vor:

»Wenn es also besonders wichtig ist, in den Entwicklungsgebieten neben neuen Wohnungen auch entsprechend zahlreiche Arbeitsplätze zu schaffen, dann genügt dazu keineswegs die Ansiedlung von Industriebetrieben..., vielmehr ist die Ansiedlung jener Vielfalt der gewerblichen und Handelsbetriebe, der freien Berufe und kulturellen Einrichtungen, der Vergnügungs- und Erholungsstätten nötig, die den inneren Bezirken ihren *anziehenden Reichtum* wirtschaftlicher, beruflicher, kultureller Möglichkeiten gibt – deshalb ist die Ausweisung und die Anlage von Gewerbegebieten, Geschäfts- und Verwaltungsgebieten, ist die Schaffung kommerzieller und kultureller Zentren nötig, also eine echte innere Dezentralisation!« (Planko S. 54) –

– Ein gigantisches Projekt der Um- und Neugestaltung der Stadt also; vgl. J. Umlauf, 1941:

»... die Umgestaltungen [werden] in den meisten Fällen so tief greifen müssen, daß sei einer *Neugestaltung* fast gleichkommen.«⁹⁵

Die Ambivalenz philosophischer Höhenflüge oder: Soll Wien NS-Prag werden?

Der von Rainer projektierte »Umbau« der Stadt (Planko S. 21) bezweckte, daß das, was in der inneren Stadt an »Urbanität« anzutreffen ist, auch in den äußeren Bezirken »werden« sollte. Dort also, wo Rainer »*Kaufzentren*« »neuen Typus« schaffen will, deren

»um eine mittlere Fußgängerfläche gruppierte Läden ... ein ruhiges und unter Dächern geschütztes Flanieren vor den Auslagen [gestatten], während außerhalb hinter den Läden viele Parkplätze für die Kunden und Liefermöglichkeiten«

zu finden sind, sowie

»eine Vielzahl verschiedenartiger *Betriebsbauten* an den Verkehrsstraßen, die *Wohnungen* aber in durchgrünten, verkehrsarmen, hauptsächlich fußläufigen Ruhebezirken« (Planko S. 54) –

– welche »Art« von Urbanität sich in diesen Kauf- und »fußläufigen Ruhebezirken« entwickelt, ist abschätzbar: wieder ein Fall für bemühte, aber vergebliche Stadtteil-Belebung. Aber

»wir wollen ja »Raumordnung« nicht um ihrer selbst willen« (Planko S. 9), –

– sondern: um die Leute *aus dem Zentrum der Macht* herauszubekommen. Das ist also Sinn und Zweck der diversen städtebaulichen Anziehungs- und Schwerkraftübungen zur Schaffung »anziehende[n] Reichtum[s] wirtschaftlicher, beruflicher, kultureller Möglichkeiten« (ebda S. 54). Der Aufwand hierfür ist sicherlich beachtlich. Kosten-Nutzen-Analysen wurden vorsichtigerweise gar nicht angestellt. Ob der Aufwand dafürsteht, kann daher von Rainer nicht beantwortet werden. Jedenfalls aber kam dieses Konzept der »Subzentren« zu philosophischen »Ehren« D. Steiner verdanken wir diesen Einfall, als er apodiktisch zu Rainer meinte:

»Von ihm wurde die Philosophie der »Subzentren« formuliert, aufbauend auf der Selbständigkeit der alten Wiener Vororte und Vorstädte.«⁹⁶

Der vielsagende Untertitel der Lobrede, der das Zitat entstammt, lautete: »Das ambivalente Schicksal einer apodiktischen Lehre« (ebd). Der gute Lobredner und bestellte Vorwortschreiber, wenn der wüßte, was er da an ambivalenter »Lehre« apodiktisch in »philosophische« Höhen lobt!

Allerdings hätte auch Rainer die längste Zeit schon nett sein können zu seinem Laudator und ihm – und sich selbst – eine Peinlichkeit ersparen können... Die »Philosophie« der Entwicklung von »Subzentren«, aufbauend auf der Selbständigkeit von Vororten ist nicht neu und auch nicht von Rainer. Formuliert wurde sie als städtebauliches Entwicklungsmodell schon wesentlich früher und nicht für die besten Zwecke: In prononciert kolonialistischer Attitüde wurde dieses städtebauliche Entwicklungskonzept von den Nazis zu dem Zwecke ausgearbeitet, um *aus Prag* »endgültig« eine »deutsche« Stadt zu machen,

wobei seinerzeit unter »Trabanten« und »Nebenkernen« das nämliche verstanden wurde wie heute unter »Nebencitys« und »Subzentren«. Landesrat R. Niemeyer, als Vorsitzender der NS-Akademie für Städtebau, Reichs- und Landesplanung sicherlich ein guter Bekannter von Rainer, formulierte seinerzeit:

»Prag ist schon so groß, daß es in seinen Vororten ausgesprochene Trabanten entwickeln kann, die Arbeitsstätte und Wohnung, durch entsprechend breite Grünstreifen getrennt, enthalten. Ansätze zu solchen Nebenkernen sind schon vorhanden.«⁹⁷

Niemeyer war natürlich damals nicht alleine mit seiner dezentralen Entwicklung der Stadt über die Vororte oder Nebenkern. Er hielt sich nur an das, was die NS-Raumordnung für eines ihrer wichtigsten Ziele hielt und W.H. Blöcker 1936 in dem Grundsatz-Artikel »Raumordnung« formulierte:

»Wesentlich ist mir, daß eine *weitergehende Verstädterung des deutschen Menschen aufhört...*«⁹⁸

So war es z.B. auch

»erwünschter, daß sich eine größere Zahl solcher Mittelstädte bildet, als daß eine neue Großstadt entsteht oder eine vorhandene sich weiter vergrößert.«⁹⁹

Um die weite Verbreitung der städtebaulichen Theorie von den »zentralen Orten« (W. Christaller), den Kernen und Unterkernen, Mittelpunkten und Nebenmittelpunkten, Zentren und Trabanten zu belegen, nur einige Fundstellen aus der NS-Zeit:

1937 deponierte G. Langen nachhaltig die »Forderungen der Nebenmittelpunkte« und sprach von der »Möglichkeit einer besseren Lösung [der Siedlungsfrage] durch Bildung selbstständiger Siedlungskerne mit genügendem Raum für gut gelegene Einrichtungen des Gemeinschaftslebens.«¹⁰⁰

Der Landesplaner H. Killus führte 1941 aus:

»Je nach Größe der Stadt müssen die Kerne auch noch differenziert werden. Bei großen Städten wird man jeweils zwei bis drei Kerne einem größeren zuordnen und die größeren dem Hauptkern zuordnen.«¹⁰¹

Auf der Jahrestagung 1938 bediente sich der Vorsitzende der Deutschen Akademie für Städtebau, Raum- und Landesplanung Niemeyer des Modells von »Kern«, um den »Nebenzentren« zu legen wären.¹⁰²

Und auch der Landesplaner H. Dörr spricht in »Städtebauliche Grundsätze einer landschaftsverbundenen nationalsozialistischen deutschen Stadt« von »dem Stadtzentrum untergeordnete[n] Kerne[n] (Trabanten)«.¹⁰³

Man sieht: Rainer befindet sich mit seinen heutigen »Subzentren« in »bester« nationalsozialistischer Gesellschaft; allerdings ist es denn doch etwas peinlich, wenn eine *NS-Städtebau-Theorie* heutzutage zum »zukunftssträchtigen« *Entwicklungskonzept einer Stadt* und sogar zu einer »Philosophie« erhoben werden kann.

Doch kehren wir an den Beginn der subzentralen »Philosophie« zurück: Rainer

selbst war seinerzeit sichtlich beeindruckt von dieser *antiurbanistischen Theorie* der Beschränkung der »Verstädterung des deutschen Menschen«. Allerdings tastete er sich sozusagen von außen und nach kolonialem Vorbild an die dezentralisierte und enturbanisierende »Entwicklung« der Stadt Wien heran, um dann 1944 voll in das Entwicklungsmodell der *Deurbanisierung* einzusteigen, was dann auch die Grundlage für die im *Planko Wien* 1961 projektierten »Subzentren« abgeben sollte.

Im letzteren Zusammenhang müssen wir allerdings eine kleine Anmerkung zu einem kleinen Wandel im Theoriegebäude Rainers, welches mancherorts als kontinuierlich und jenseits aller gängigen Moden hervorgehoben wird, nachschicken: Unter dem tiefen Eindruck, daß ob des fatalen Verlaufs des Krieges der Führer »vor allem eine zahlreiche Jugend, deren Körper durch den Aufenthalt im Freien gestählt ist«¹⁰⁴, brauche, begründete Rainer seinerzeit die *besonderen »biologischen«* Vorteile seiner »Reihenhaus-Siedlungen« der Marke »Gartenstadt« im zu erwartenden »größeren Kinderreichtum« (ebd. S. 24). Worte in der Nähe von »Jugend hart wie Krupp-Stahl« führt Rainer heutzutage, in den Zeiten der allgemeinen Stahlkrise, natürlich nicht mehr im Mund, wenn er die Vorteile seiner »Gartenstädte« preist. Allein seine damaligen Versprechen löst er heute mit seinen »Gartenstädten« in Puchenu noch allemal ein – selbst bis zum »größeren Kinderreichtum«.¹⁰⁵

Doch zurück zu den Anfängen von Rainers antiurbaner Theorie, mit einem gehörigen Schuß Vorbildnahme bei früherer Kolonisation.

»Es wird die wichtigste Aufgabe des Wirtschaftsplanes für das Wohnsiedlungsgebiet Wien sein, die zukünftige Besiedlung im Raum Wien so zu lenken, daß ein weiteres Anwachsen des bisherigen großstädtischen Baugebietes ... verhütet wird. Die zahlreichen, mehr oder weniger selbstständigen Wohn- und Industriesiedlungen im Wiener Becken sind ... durchaus geeignet, Wohn- und Arbeitsstätten aus dem allzu dicht gedrängten Baugebiet der Millionenstadt aufzunehmen. Schon zur Zeit Maria Theresias haben ja die landwirtschaftlich geringwertigen Flächen ... am Ostabfall der Alpen zur Kolonisation herausgefordert.«¹⁰⁶

1944 war Rainers Konzept der dezentralen Entwicklung der Stadt so weit ausgereift, daß es in seinen wesentlichen Zügen als Grundlage des Planungskonzeptes Wien dienen konnte:

»Neben der Gesundung der Wohnverhältnisse gehört die bewußte Beschränkung der Stadtgröße zu den wichtigsten Aufgaben der planmäßigen Lenkung städtischer Entwicklung. Uferlose Ausdehnung macht die Stadt nicht nur unübersichtlich, sondern verlängert vor allem die Wege zu den Arbeitsstätten ebenso wie zu den Erholungsflächen am Stadtrand. Die gesünderen Lebensverhältnisse in kleineren Städten kommen in dem größeren Kinderreichtum dieser Städte besonders bedeutsam zum Ausdruck. Die Reichswohnungszählung hat gezeigt, daß die Familie, d.h. die *Kinder-*

zahl, um so größer ist, je kleiner die Stadt ist, in der sie wohnt. [Folgt entsprechende Statistik. F.U.] Wo immer Aufgabe und Eigenart des Raumes es zulassen, wird man darum grundsätzlich mehreren kleinen und mittleren den Vorrang vor einer großen Stadt geben. [Daher »Subzentren! F.U.] Im Bereich großer Städte werden neue Wohngebiete darum nicht zur Aufnahme zuwandernder oder zuwachsender Bevölkerung geschaffen, sondern vielmehr zu dem Zweck, die in den zu dicht besiedelten Altbaugebieten ansässigen oder ansässig gewordenen Bewohner aufzunehmen. Sie dienen nicht dem Wachstum, sondern der Gesundung, d.h. der Auflockerung und Aussiedlung.¹⁰⁷ Die *Auflockerung* großstädtischer Baugebiete wird sich aber nur dann in jeder Beziehung *segensreich* auswirken, wenn zusammengehörige Wohn- und Arbeitsstätten gleichzeitig aus- bzw. angesiedelt werden, so daß sich mehr oder weniger selbständige, in sich abgerundete *Stadtteile* mit gesundem wirtschaftlichem und kulturellem Eigenleben entwickeln. [= das Konzept der »Subzentren«. F.U.] Nur so ist eine übersichtliche Gliederung der Baugebiete und die dringend nötige Verkürzung der Wege im Berufsverkehr und zu den Erholungsflächen zu erreichen. Umfangreiche Zerstörungen geben darüber hinaus Gelegenheit, auch zu stark ausgedehnte Altbaugebiete durch Freihaltung von Grünstreifen aufzugliedern.«¹⁰⁸

Wie die letzten Zeilen des Zitates zeigen, bleibt es uns nicht einmal erspart, selbst den nekrophilen Zynismus, der in den *Zerstörungen des Krieges* noch seine *letzten großen städtebaulichen Chancen* entdeckt, auf Rainers städtebauliche Konzepte der Nazi-Zeit zurückführen zu müssen. So sieht die »humane Städteplanung« (Lexikon der Weltarchitektur, s. Fußnote 1, FORVM Nov. 1994, S. 39) Rainers im Vorwort zum *Planko Wien* 1961 noch immer in »schweren Kriegsschäden« auch »neue Möglichkeiten städtebaulicher Gestaltung erwachsen« und lamentiert der »Stadtplaner«, daß er

»mit der Ausarbeitung eines »städtebaulichen Grundkonzeptes« für die nächsten 30 – 50 Jahre in einer Zeit beauftragt worden [sei], als der »Wiederaufbau« abgeschlossen war und *Kriegsfolgen keine städtebaulichen Chancen* mehr geboten haben.«¹⁰⁹ –

– Was ist das für eine »humane Städteplanung«, die sich Kriegsfolgen als »städtebauliche Chancen« ersehnt? Und was ist das für eine Politik, die solcher »Städteplanung« die politischen und finanziellen Chancen gibt, eine ganze Stadt nach ihr auszurichten?

Um uns aber nicht noch weiteren Planungskontinuitäten aus der Nazizeit im einzelnen befassen zu müssen – solche wären z.B. in der Verkehrsplanung, in der »Grünplanung«, in der Sistierung von Kosten-Nutzen-Rechnungen, in den Siedlungsreihen, in der Heranführung der Stadt an die Donau (Hitlers Forderung!), in der Monumentalverbauung des Donauufers usw. zu finden – soll zum Abschluß der Analyse des Planungskonzeptes Wien Rainers Zielvorstellung von Stadt mittels

eines kleinen »Planspieles« etwas näher betrachtet werden.

Das Ergebnis der Ordnung ist die Bomben-Stadt

Das Ergebnis all der von Rainer im Planko Wien projektierten Auflockerungs-, Verdichtungs-, Anziehungs-, Entmischungs-, Entkernungs- und Verschiebungsübungen, all der Um-, Aus- und Neugestaltungsmaßnahmen sowie der mehr als 1000 »erledigten« Rechnungen (Planko S. 17) ist erschütternd – im Planko S. 57 führt uns der »Stadtplaner« das »Bild« der fertig »geordneten« Stadt vor:

»Ein großer und wichtiger Teil der Arbeitsstätten dient als »zentrale Einrichtung« gemeinschaftlichen Bedürfnissen, und die richtige räumliche Lage dieser Einrichtungen ist besonders wichtig, weil Märkte, Schulen, Ämter usw. starke Verkehrserreger sind, durch deren richtige Lage Verkehr gespart werden kann, und weil ihre zweckmäßige Zusammenfassung in *ausgeprägten örtlichen Schwerpunkten* eines der *wichtigsten Mittel zur wirksamen Aufgliederung der Städte in möglichst selbständige Einheiten* bildet – ein Ziel, das für den schrittweisen Umbau der vorhandenen Stadtteile mindestens so bedeutsam ist wie für die Planung der Erweiterungsgebiete.«

Dieses »Bild« von »geordneter« Stadt ist deshalb so erschütternd, weil wir als »Ergebnis« der »städtebaulichen Ordnung« des Jahres 1961 das an »Stadt« vom raumordnenden »Stadtplaner« präsentiert bekommen, was »die deutsche Stadtplanung« in der »Erfüllung« ihres »klaren und umfassenden Auftrages«, ein *nationalsozialistisches Gemeinwesen* zu schaffen¹⁰, vorhatte.

Ein Textvergleich

1. Kurzfassung des Planungszieles von Rainers »Stadtplanung« gemäß Planko S. 57 und S. 68, 1961:

Bildung »örtlicher Schwerpunkte« zur »wirksamen Aufgliederung der Städte in möglichst selbständige Einheiten« zur »Entlastung der City« vom Verkehr (s. »Dezentralisierung der City«).

2. H. Dörr, »Grundlagen nationalsozialistischer Stadtplanung«, S. 272, 1941:

»Aufgliedern der Wohnmasse in möglichst eigenständige Siedlungseinheiten, so daß neben dem Gewinn des örtlichen Gemeinschaftsgefühls eine verkehrliche und luftschutztechnisch erwünschte Entlastung der Innenstadt eintritt.«

Der Textvergleich ergibt: Bis auf die Worte »und luftschutztechnisch« entspricht das von Rainer im Planungskonzept Wien 1961 entwickelte Modell von »Stadt« in Geist und Inhalt sowie z.T. auch wörtlich dem Ideal-Bild von »Stadt«, welches *nationalsozialistische Stadtplanung* seinerzeit entworfen hatte. Und was noch erschreckender ist: Das ist das »Bild« von

»Stadt«, wie es die NS-Planung wünschte, um einen Luftkrieg möglichst und führbar zu machen – der Ordnung des Raumes liegt der erwünschte Krieg zugrunde!

Die Worte »und luftschutztechnisch« können getrost vergessen werden, löste doch die »Aufgliederung« bereits ein, was »luftschutztechnisch« gefordert war.

Dörres weitere »Grundforderungen des Siedlungsaufbaus« in »III. Grundlagen nationalsozialistischer Stadtplanung«, ebd. S. 272 f., lassen die Übereinstimmungen und Ähnlichkeiten der Planungsmaßnahmen des Planko Wien deutlich erkennen:

»Die deutsche Stadtplanung hat den klaren und umfassenden Auftrag, ein nationalsozialistisches Gemeinwesen zu schaffen: ... wobei im näheren folgende Grundforderungen des Siedlungsbaues einzuhalten sind:

a) Weitgehendes Absetzen der Industrie- und Versorgungsbetriebe von den Wohngebieten [vgl. Planko: »Entmischung«; S. 8, 18, 52, 65 usw.].

b) Aufgliedern der Wohnmasse in möglichst eigenständige Siedlungseinheiten ... [Fortsetzung s.o.; vgl. Planko S. 67 f, 11, 17, 105 usw.]

c) Heranführen der freien Landschaft an alle Wohnkörper einschließlich der Innenstadt, auf daß eine tägliche Berührung mit der Landschaft möglich wird. Einsparen des großen Erholungsverkehrs zum Wochenende und weitgehende Luftschutzmöglichkeiten unterstützen diesen radikalen Eingriff in die heutige Stadtstruktur [vgl. Planko S. 8, 65, 73, 159 usw.].

d) Lenkung der aufzulockernenden Stadtentwicklung in weitgespannten Verkehrs- und Siedlungssträngen und Ausbau der an ihnen angesetzten Wohneinheiten zu voll entwickelten Gemeinschaftszellen. Nur durch die straffe Siedlungslenkung wird eine wirtschaftliche Stadtbildung möglich gemacht.« [vgl. Rainers »Subzentren«, »Nebencitys«, »Bezirkszentren«, »Vororte« sowie seine Konzepte »Puchenau« und »Pichling«; weiters Planko S. 10, 18, 80, 68 etc.]

Dörr liefert damit faktisch auch das Konzept der »Gegliederten und aufgelockerten Stadt« – so der »legendäre« Buchtitel von Rainer, Hoffmann und Göderitz 1957.

In »IV. Grundzüge der nationalsozialistischen Großstadt« (ebd. S. 273) charakterisiert Dörr weiter:

»Die nationalsozialistische Großstadt ist ein straff gefügter Gliederkörper von eigenständigen landschaftsnahen Siedlungseinheiten.« [vgl. Planko S. 52; Puchenau etc.] »Die Strukturgesetze dieses Gebildes verdichten sich zu einem klaren, gesetzmäßig aufgebauten Raumsystem« [vgl. Rainer: »Den heute entstehenden Stadtbildern fehlt nicht die Abwechslung, sondern die Ordnung, Klarheit, Ruhe und Einheitlichkeit.« Planko S. 140; »Ähnliche allgemeine gültige Gesetzmäßigkeiten lassen sich ... erkennen...«; »Versucht man, die Gebäudehöhe aus den inneren Gesetzmäßigkeiten zu entwickeln...« Planko S. 139] Dörr: »Das räumliche System der nationalsozialistischen Großstadt ist ein System einiger weniger im Stadtschwerpunkt verankerten, von eigenständigen Siedlungseinheiten besetzten Siedlungszweigen, die

zwischen sich weit gespannte Landschaftsstrecken eindringen lassen« – das ist eine ausgezeichnete Beschreibung von Rainers »Gliederungsschema«, Planko S. 68.

Als »Richtschnur aller Stadtplanungsentwürfe« gibt Dörr schließlich an:

»Ein System von Siedlungszweigen, bezogen auf den aufzulockernenden Schwerpunkt der bisherigen Stadtentwicklung.« (ebd. S. 273) –

– das »Planungskonzept Wien« des Jahres 1961 hält sich an diese »Richtschnur aller Stadtplanungsentwürfe« und betreibt die Auflockerung der Innenstadt mittels Entwicklung eines Systems von Neben- oder Subzentren. »Bemerkenswert: Auch die Politik des Jahres 1961 war einhellig begeistert davon.«

Resümee

1. Im *Planungskonzept Wien des Jahres 1961* ist dem renommierten Architekten und raumordnenden »Stadtplaner« Roland Rainer das Unwahrscheinliche gelungen, der größten Stadt Österreichs ein Entwicklungskonzept für die nächsten 30 – 50 Jahre zu unterbreiten, das zum überwiegenden Teil in den angeführten Planungsbeispielen auf *Planungskonzepten aus der Nazizeit* zurückzuführen ist.

2. Das von Rainer im Planko Wien formulierte *Entwicklungsziel von Stadt* steht in der Tradition jener Stadtplanungs-Ideologien, die eine weitere *Verstädterung unterbinden* wollten und direkt vom nationalsozialistischen Machtsystem für seine *systemstabilisierenden Zwecke* übernommen werden konnte.

3. Das Prinzip der *gegliederten und dezentralen Entwicklung* der Stadt wurde von den deutschen Okkupanten in dezidiert kolonialer Absicht dafür eingesetzt, um aus Prag »endgültig« eine »deutsche« Stadt zu machen. Das Modell der »*aufgelockerten Stadt*« wiederum wurde entwickelt um einen Luftkrieg im Zusammenhang eines totalen Krieges führen zu können.

Beide Entwicklungsmodelle von Stadt entbehren nach 1945 jeglicher vernünftigen, objektiv gegebenen Grundlage.

4. Dessenungeachtet werden *nach '45* beide Entwicklungskonzeptionen der Bevölkerung und der Stadt zugemutet, weil

a) Politik und Verwaltung ein eminentes Interesse an möglichst umfassender gesellschaftlicher Regelungskompetenz hatten;

b) Politik und Verwaltung weder willens noch in der Lage waren, die Planung einer inhaltlichen Kontrolle zu unterwerfen;

c) das Verfahren der Raumordnung die Ausschaltung der Bürger garantierte, und

d) das Verfahren der Raumordnung die Reduktion der komplexen gesellschaftlichen Wirklichkeit auf die Einfalt planbarer Elemente versprach.

5.) »Stadtplanung«, wie im Fall des Planko Wien als »Raumordnung« betrieben, ist damit ein außerordentlich prekäres gesellschaftspolitisches Regelungsverfahren, weil Raumordnung

a) beansprucht, den *gesamten Lebens- und Wirtschaftsraum* »ordnen« zu können;
 b) im Verbund mit Politik und Verwaltung äußerst eingriffsintensiv ist;
 c) mit banalen Ordnungsmodellen operiert und danach die Wirklichkeit gestalten will;

d) es ermöglicht, völlig ungeniert und unauffällig *autoritäre* (siehe Rainers so beliebte »strenge« Ordnung) und sogar *faschistische Ordnungsmodelle* in das Ordnungsverfahren einzubringen: Planungsinhalte aus der NS-Zeit finden ihre optimale Passung im aus der NS-Zeit stammenden Verfahren, und

e) als Verfahren selbst *außer Kontrolle der Beteiligten/Betroffenen* gerät und eine gesellschaftspolitisch bedenklich unkalulierbare Eigendynamik in Richtung Etablierung faschistischer Gesellschaftszustände entwickelt: die betroffenen Bürger werden ausgeschaltet, die *Planer* selber sind zumeist nur politisch unbedarfte, sozial aber dilettierende Gestalter; und Politik, die der »Ordnung« Rechtskraft verleiht, ist unfähig, eine effektive und inhaltliche Kontrolle über das Verfahren auszuüben.

6. Wie gerade auch das Beispiel Rainer im Planko Wien zeigt, gelingt es selbst einem einfallsreichen und begabten Konzeptionalisten/Architekten nicht, im Verfahren der Raumordnung zu anderen Planungsinhalten und Verfahrensweisen zu gelangen, als sie seinerzeit dem *erreichten Stand* der Planung von Gesellschaft, Staat und Wirtschaft in der NS-Zeit entsprochen hatten. Offensichtlich produziert das Verfahren der Raumordnung seiner immanenten Logik nach auch entsprechende Planungsinhalte, was bei betroffenen Personen/Protagonisten – wie z.B. Rainer – durchaus zu einem eminenten, aber latenten Unbehagen führt, das zwar die *Inhalte* *erinnerbar* hält, die *faschistische Zeit* allerdings, in der eben jene Inhalte erfolgreich vertreten werden konnten, zur *Verdrängung* und damit auch die Inhalte um ihre kritische Aufarbeitung bringt.

7. Raumordnung/»Stadtplanung« ist damit ein demokratiepolitisch und rechtsstaatlich außerordentlich bedenkliches Verfahren zur Regelung gesellschaftlicher Belange, das zeigt, wie sehr die *Primitivität faschistischer Ordnungsvorstellungen* und Verfahrensweisen auch zukünftige Innovationsmöglichkeiten zu blockieren vermag.

Es ist höchste Zeit für ein anders verfaßtes gesellschaftliches Regelungsverfahren – die Bürger sind gerufen, auch wenn Politik nach wie vor der Simplizität des Faschismus zu erliegen scheint.

★

Interessant wäre es nun freilich zu untersuchen, ob es Rainer in seinen »Gartenstadt«-Konzepten – frei von bestehenden und nach der Bombung wiederaufgebauten Stadtstrukturen – gelingt, sich von den Schatten der Vergangenheit zu lösen. □

Soeben erschienen



240 Seiten.
 Gebunden.
 DM 36,-
 öS 281,-
 sFr 37,-

Die Vision
 eines vernünftigen
 Europas

Die Europäische Gemeinschaft – eine teure Illusion, gebaut aus Milliarden-subsidien für dänische Schweine-, sizilianische Oliven- und norddeutsche Milchbauern; gepflegt von ausgemusterten Politikern der Mittelklasse; eine egalitäre Bürokratenutopie der perfekten Reglementierung von allem und jedem zum Zwecke des kontinentalen Einheitslooks?

Hans Apels Buch »Der kranke Koloß« enthält eine Fülle von wirtschafts- und währungspolitischen Vorschlägen zur Reform der EG. Sein mit großer Sachkenntnis vorgetragenes Plädoyer ist die Vision für ein vernünftiges Europa und setzt neue Maßstäbe in der politischen Diskussion.

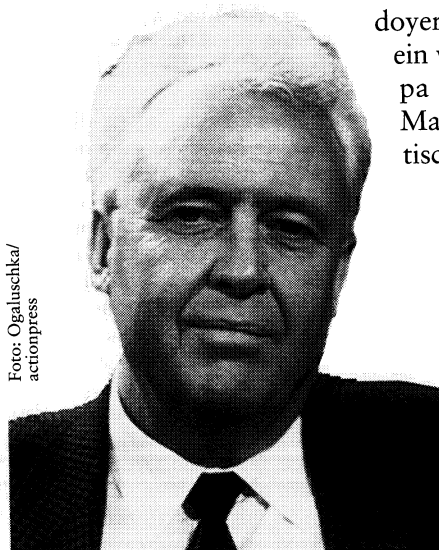


Foto: Ogalschka/
 actionpress

Rowohlt

Peter Gutjahr

Das Jesus-Kind und das falsche Matriarchat der Christenheit

Der Wille zur Macht ist ein Naturinstinkt, er entspricht ganz dem ursächlichen Impuls alles Seins, das ein Beharren, ja ein Aufstand gegen das Vernichtende ist.

Ein Kind wird geboren als reiner Wille, der nichts von sich weiß, sein Schreien ist ein Protest gegen seine Hilflosigkeit, die es zum Objekt macht, es schreit, wenn irgendetwas seine fötale Ruhe und Geborgenheit stört, das Schreien ist seine einzige Waffe gegen das Nichts.

Die Rolle der Mutter – oder die des mütterlichen Vaters, das Geschlecht ist in dieser Hinsicht nicht von Bedeutung – besteht zunächst darin, alles das zu nichten, was dem Lebenswillen des Kindes im Wege steht. Die Mutter reagiert auf das Schreien des Babys mit Besorgnis, das heißt, mit einer Form der Angst. Das Geschrei des Babys signalisiert Gefahr für die Vitalität, die die Mutter unbewußt auf sich selbst überträgt, da sie sich in jenem Moment, da sie das von ihr geborene Kind als ihr eigenes angenommen hat, mit den Interessen dieses neuen, wehrlosen Lebens identifiziert. Die Bedrohung des Lebens ihres Kindes ist zugleich eine Bedrohung ihres MutterIchs. Darum reagiert sie auf das Schreien des Kindes mit derselben Vehemenz, als ob sie selbst unmittelbar betroffen sei von dem, was die Vitalität ihres Kindes bedroht.

Das Mutter-Ich ist demnach gespalten. Es besteht zum einen im alten, individuellen Ich des lebenden Subjekts, das nur die Sorge um sich selber kennt, zum anderen aber in jenem symbiotisch gewordenen Ego, das auch das fremde andere Ich umschließt, das mit dem wehrlosen Kind geboren worden ist. Dieser Konflikt hat keine Bedeutung, solange das Kind wehrlos und seine bloße Existenz keine Bedrohung für die Mutter ist. Er wird aber virulent, wenn das Kind an Macht gewinnt oder wenn etwas die Existenz des Kindes bedroht, das stärker als die Mutter ist.

Im Zweifelsfall, das heißt, wenn die Mutterliebe das Leben der Mutter ernsthaft gefährdet, wird die Mutter ihre symbiotische Bindung lösen und das Kind der Vernichtung preisgeben, um sich selber zu retten.

☆

Die Mutterschaft ist eine natürliche Funktion. Neben dem Fortpflanzungsinstinkt

die einzige Form einer ertümlichen, selbst den primitivsten Formen des tierischen Lebens eingeborenen Sozialität.

In der menschlichen Gesellschaft wird das instinkthafte Sozialverhalten als moralische Norm reproduziert. Sowohl der Wille zur Paarung wird prinzipiell mit dem Attribut des moralisch Guten besetzt, als auch die Mutterschaft. Beide Formen des ertümlichen Sozialen sind denn auch von hohem Prestigewert in der gesunden menschlichen Gemeinschaft. Wer keinen Fortpflanzungspartner findet, ist ebenso mißlungen wie eine Frau, die nicht gebären kann.

☆

In der modernen Massengesellschaft ist die Erfüllung der ursprünglichsten sozialen Funktionen aber keine unabdingbare Voraussetzung für die Existenz der Art. Aus diesem Grunde kann die soziale Formation das Mißlingen im ursprünglichen Sinne durchaus tolerieren. Das heißt, daß die Verknüpfung zwischen Werturteil und ertümlicher sozialer Funktion gelockert wird. Je sicherer ein sozialer Verband in seiner physischen Existenz ist, desto geringer wird der Druck der moralischen Norm auf den einzelnen.

In Massengesellschaften schwindet darum auch der Druck auf die Mutter und wird individualisiert, es wird damit aber auch das Mutter-Kind-Verhältnis sozusagen privatisiert, das Kind wird das individuelle Eigentum der Mutter, sodaß diese in ihren vier Wänden mit dem Kind machen kann, was sie will.

In dieser neuen Situation, da die Aufzucht der Kinder keine Aufgabe der ganzen sozialen Formation mehr ist, spitzt sich das Mutter-Kind-Verhältnis zu und wird zu einem Drama. Zwei egoistische Protagonisten betreten jetzt mit der Geburt eines Kindes die Szene, und die Mutter-Kind-Beziehung wird zu einer Beziehung zwischen zwei Egoisten, deren Macht sich im Laufe der Zeit zu verändern beginnt.

Jetzt kann es durchaus geschehen, daß die Mutter vom Kind unterjocht wird, wenn diese sich gegen den Druck der moralischen Norm nicht wehren, die Ansprüche des Kindes nicht relativieren kann. Denn das Kind ist ein unbewußter, von

keiner sozialen Norm belasteter oder gebremster Egoist. Darin, und daß im Unterschied zu ihm die Mutter durch die moralische Norm gebunden ist, besteht seine Macht.

Wenn die Mutter, etwa mangels einer funktionierenden sozialen Einbindung in den sozialen Verband, ihr Machtproblem nicht dadurch lösen kann, daß sie das Problem des kindlich-unschuldigen Machtanspruchs sozialisiert, das Kind somit dem Machtanspruch der Gesellschaft unmittelbar konfrontiert (in der alten Kleinfamilie übernahm diese Rolle der Vater als die den sozialen Verband darstellende Autorität), dann wird das Problem der wachsenden Macht des Kindes für die Mutter zu einer ernsthaften Gefahr. Sie kann dieser Gefahr begegnen durch eine innerliche Abkehr von der moralischen Norm, die in ihr selber sich als Gewissen reproduziert. Das heißt, daß sie nun ihrerseits beginnen wird, das Kind zu unterdrücken und es für ihre egoistischen Zwecke zu mißbrauchen – sie stößt das Kind als fremdes Ego von sich ab und wendet sich ihm zynisch, das heißt: objektivierend zu. Sie kann aber auch versuchen, die der Auflösung zustrebende Symbiose zu vertiefen, indem sie verhindert, daß das Kind im Kontakt mit der sozialen Umwelt zu sich selbst kommen kann.

In beiden Fällen wird das Ego des Kindes genichtet, seine natürliche Entwicklung wird gestört, es kann aus seiner kindlichen Ohnmacht nicht heraus und wir zu einem Menschen, der ohne seine Mutter – sei es die Gute, oder die Böse – angsterfüllt und hilflos ist.

☆

Das Jesus-Kind ist ein Mutter-Kind. Das heißt, daß es keinen natürlichen Vater hat, sondern nur den himmlischen. Es ist innerlich daher nicht gebunden an die irdische, durch die Väter repräsentierte Autorität, sondern nur durch die, durch die Mutter erschlossene Macht eines individuellen Gewissens. Dieses Gewissen ist aber gegenüber den irdischen Mächten frei, weil diese nicht durch die leibliche Vaterautorität legitimiert sind.

Im Mythos vom Christuskind löst sich die gesellschaftliche Moral von der männlichen Autorität und wendet sich gegen sie. In der Geschichte vom bösen Herodes, der seine männlich-weltliche Macht durch das Kind bedroht sieht, der darum in scheinbar irrationaler Weise um sein Ego kämpft, indem er alle erreichbaren Kinder ermorden läßt, bringt der Mythos diesen Aspekt der christlichen Religion auf den Punkt. Die väterliche Macht wird durch das Christuskind nicht länger toleriert, sie wird vielmehr fundamental in Frage gestellt und veräußerlicht als angemaßte, also tyrannische Macht.

Der Mythos vom Christus-Kind entstammt einer matriarchalen Kultur, die in

der Gemeinschaft der Essener lebendig war und neben, oder besser: unter der vorherrschenden patriarchalen jüdischen Kultur existierte. In diesem Mythos wendet sich eine minderprivilegierte, ihrer Differenz zur vorherrschenden Kultur sehr bewußte Schicht gegen die durch die römische Besatzungsmacht schwer angeschlagene männliche Autorität und greift in der Form einer Neuinterpretation des göttlichen Willens frontal die bloß noch von den Römern aufrechterhaltene Macht des Tempels in Jerusalem an. Darum ist der Konflikt zwischen Jesus und den Vörmächten auch nicht ein Kampf eines Juden gegen die Römer, sondern der Kampf eines jüdischen Sektierers gegen die jüdische Obrigkeit, den diese nur mit Hilfe der Römer für sich entscheiden kann.

Daß der Mythos des Christus tragisch enden muß, hat seinen Grund in der realpolitischen Situation jener Zeit. Die römische Macht war eine patriarchale Macht, ihr Bündnis mit den patriarchalen Mächten des Judentums war realpolitisch naheliegend und vernünftig, wenn es auch in der Praxis der römischen Herrschaft keinen zwingenden Grund gegeben hat, eine matriarchische Macht als solche zu unterdrücken. Der römischen Macht ging es um die Herrschaft über Palästina beziehungsweise um die dort vorhandenen Produktionsmittel. Daher konnte Pilatus dem jüdischen Volk die Wahl lassen, wen es in Freiheit sehen wollte: diesen Christus, der die männliche Macht des Tempels über das Judentum in Frage stellte, oder einen Widerstandskämpfer gegen die jüdische Besatzungsmacht. Die Wahl des Volkes fiel auf den »Räuber« Barrabas. Das heißt, daß sich die Mehrheit des jüdischen Volkes nicht mit dem Kampf des Matriarchats um die Macht des Tempels identifizierte, sondern mit dem Kampf der Aufständischen gegen die Besatzungsmacht.

Jesus Christus war zwischen die Mühlsteine der realen Mächte geraten, weil sich das Volk von ihm nicht geistige Führerschaft und die Abschaffung des jüdischen Patriarchats erwartete, sondern den Kampf gegen die ausländische, das einheimische Patriarchat kastrierende Macht. Aus diesem Grunde war der triumphale Einzug Jesu in Jerusalem, den die christliche Welt am Palmsonntag feiert, zugleich auch der Auftakt für den Untergang des Jesus Christus. Im Verrat des Judas zeigt sich die Enttäuschung des Jesus zujubelnden Volkes, das ihn als den Anführer des Aufstandes gegen Rom akzeptiert hätte, seinen Kampf gegen den Tempel unter Wahrung der Vorherrschaft Roms über Palästina aber nicht akzeptierte. Jesu Tod am Kreuz war auch der Tod des Aufstandes der Essener gegen die geschwächte patriarchale Macht des Tempels über das jüdische Volk.

☆

In der christlichen Religion wird die Autorität des Vaters ersetzt durch die Institution der Kirche. Die Kirche wird als Au-

torität legitimiert durch den Kult der Mutterschaft der jungfräulich gebärenden Maria. Indem die Kirche dieser Mutter dient, ihren Mythos aufrechterhält und als zentrales christliches Dogma verteidigt, verteidigt sie zugleich auch ihre eigene Macht als Repräsentant des göttlich-väterlichen Willens auf Erden. In derselben Weise, wie die jungfräuliche Zeugung des neuen Königs durch den heiligen Geist (das moralische, durch einen Vater im Himmel pädagogisch abgesicherte Prinzip) die matriachale Herrschaft inthronisiert, indem sie die männliche Herrschaft auf Erden angreift und delegitimiert, so inthronisiert sich die Kirche als geistliche Macht, die über den weltlichen Mächten stehen will. Die männliche Autorität auf Erden soll eine vom Matriarchat verliehene Macht sein, die Kirche tritt darum als die große Mutter auf, die den patriarchalischen weltlichen Herrschern ihre irdische Macht verleiht.



Es ist darum kein Widerspruch, wenn die katholische Kirche extrem patriarchalisch organisiert ist und fest an der männlichen Königswürde festhält. Denn nur durch die Macht des männlichen Königs über die Männer sichert sich der Geist des Matriarchats seine weltliche Herrschaft.

☆

Das Christentum kann daher als patriarchale Verwaltung einer ihrem Inhalt nach matriarchalen Religion auf Erden verstanden werden. Es ist denn auch dieser matriarchische Geist, gegen den etwa Nietzsche vergeblich, das heißt: ohne ihn zu erkennen, rebelliert. Seine Verachtung der Weiblein deckt sich nicht von ungefähr vollkommen mit der Verachtung der Priester-

kaste der christlichen Kirchen. Es sind im wesentlichen dieselben Attribute, mit denen er sie belegt, es ist derselbe Vorwurf, den er beiden macht. Es ist der Vorwurf, die männliche Autorität zu untergraben, das Männliche zu schwächen und neue, aus männlich-chauvinistischer Sicht verächtliche Werte zu installieren. Diese Werte heißen bei ihm Mitleidsmoral und sind, bei Licht besehen, die Werte einer mütterlichen, das Hilflose umsorgenden Kultur.

In Nietzsches Philosophie richtet sich, sozusagen in einem letzten Aufbäumen, das schon untergehende Patriarchat noch einmal auf und will den Kultus der Männlichkeit reinstallieren. Diesem Zweck dient sowohl Nietzsches ästhetische Rückwendung zur tragischen Periode der alten Griechen, als auch seine Erfindung der (nicht notwendigerweise blonden, aber in jedem Falle männlichen) Bestie, die ohne Zweck und Sinn die Welt kraft ihrer physischen Überlegenheit beherrscht. Nietzsches Wille zur Macht ist der Wille zur Herrschaft: des sich als ohnmächtig empfindenden Mannes über die Frau ebenso, wie es der Wille ist, seinen als schwächlich und der praktisch-rührigen Mutter unterlegenen Vater zu überwinden, um endlich selber Mann zu werden, und zwar einer, wie es sein leiblicher Vater eben nicht war.

Indem sein leiblicher Vater für Nietzsche die schwächlichen, das heißt auch: schwächenden kulturellen Werte seiner Epoche repräsentierte, mußte Nietzsche, stellvertretend für alle Männer, diese Werte selbst überwinden. Die den Vater (einen Pastor, der die Töchter des preußischen Königs unterrichtet hatte) schwächenden Werte waren aber die christlichen gewesen. Die Hinwendung des Vaters zu den Werten des Christentums, ja seine völlige Selbstaufgabe im Dienste dieser Werte hatten ihn in den Augen des kleinen Fritz zu einem erbärmlichen Menschen gemacht, der nur für seine geistigen Werte lebte, darüber seine männliche Autorität vollständig vergaß und das Regiment im Haus vollkommen den Weibern überließ.

Der Umwerter der Werte, die Pflugschar des Bösen ist daher nichts anderes als ein Mann, der hofft, seiner eigenen Ohnmacht dadurch zu entrinnen, daß er eine neue männliche Selbstherrlichkeit inthronisiert. Sein Aufstand gegen das Christentum ist daher kein Aufstand gegen den mosaischen Gott (in diesem Sinne hat er sich öfters geäußert, und der Vorwurf des Antisemitismus geht hier tatsächlich ins Leere), sondern gegen die weiblichen Werte und damit gegen das von den christlichen Religionen installierte informelle Matriarchat.

☆

Die christlichen Religionen verbindet, bei aller im Laufe der Geschichte erfolgten Differenzierung, das Prinzip der Trennung von geistlicher und weltlicher Macht. Diese Trennung installiert die Herrschaft der matriarchischen Werte über eine vorder-

gründig patriarchische Welt. Es entsteht so eine Form der Doppelherrschaft, die die weltliche Macht permanent bedroht. Indem die Kirche die Mutterrolle übernimmt und sich zur Beschützerin und Anwältin macht für alle Ohnmächtigen in der von Männerbünden regierten brutalen Welt, scharf sie die Unterlegenen hinter sich und installiert sich so selbst als reale politische Macht.

Die christlichen Kirchen unterlaufen in diesem Sinne tatsächlich auf eine »perfide« Weise die patriarchische Macht, indem sie diese benützen zur Durchsetzung der christlich-matriarchischen Werte. Die Folge dieser listigen Politik eines falschen Matriarchats ist eine Schwächung der politischen Autorität. Die christlichen Kirchen werden zu jener Gegenmacht, die die weltliche Herrschaft der Warlords reduziert und in ihrem Sinne zivilisiert.

Nach dem Zerfall des römischen Reichs und der Aufteilung der Herrschaft über den Mittelmeerraum und das europäische Festland unter die Heerführer der siegreichen Barbaren gibt es keine andere geistig-ideologische Macht, die diese weltliche Macht der Krieger zugleich zügeln und stabilisieren kann. Das Christentum etabliert sich als der kulturbildende Faktor in Europa, es drängt durch seinen Missionarismus jene, durch den Zerfall der römischen Autorität wiedererstarkenden, zum Teil echt matriarchischen Kulturen zurück, die sich anschicken, das römische Erbe zu übernehmen.

Auf diese Weise wird die christliche Religion mit ihren matriarchischen Werten zur wichtigsten ideologischen Stütze einer neuen patriarchischen Macht, die sich in Europa als Feudalismus installiert. Der Kampf gegen das alte Wissen, gegen das Heidentum und alle Formen eines ertümlchen Matriarchats, wie es in befriedeten Regionen urwüchsig im Stammesleben entsteht, war denn auch die wichtigste missionarische Tat der jungen Christenheit in den Urtagen der neuen europäischen Zivilisation.

Durch die ideologische Geschlossenheit des frühen Christentums wurde aber zugleich das geschaffen, was wir heute Europa nennen: ein von einheitlichen Wertmaßstäben geschaffener Kulturraum, in dem sich die weltlichen Mächte verständigen konnten, um sich, in durchaus nicht immer friedlichen, aber einer Wertesprache verpflichteten, ideologischen und militärischen Kämpfen zu dem herauszubilden, was wir heute unter dem Begriff Europa verstehen: eine Wertegemeinschaft verschiedener Völker und Nationen, das Urbild der modernen Welt.

☆

Die Schwächung der weltlichen Mächte durch die ideologische Macht der Kirche, die für den europäischen Kulturraum typische Doppelherrschaft von geistlicher und weltlicher Macht hat aber nicht nur das geschaffen, was wir eine moderne Kultur

nennen. Sie hat darüberhinaus dem Individuum selbst einen Freiraum geschaffen, indem es jedem einzelnen die Möglichkeit gegeben hat, sich zwischen den Mächten zu entscheiden. Dieses neue Selbstbewußtsein des Individuums, das in seinem Gewissen einen Pol der Gegenmacht gegen die weltliche Macht der Väter erhalten hat, ist der Ursprung des europäischen Menschen, der heute der weltweit dominierenden geistige Typus ist.

Dieser neue Typus zeichnet sich aus durch eine individuelle Distanz zu den weltlichen Mächten, deren Herrschafts-ideologie er nicht vollkommen unterliegt. Durch die Doppelherrschaft zwischen Kirche und Königtum entsteht ein Freiraum, in dem sich der neue Heide etabliert. Dieser neue Heide ist weder Leibeigener, noch ist er ein Agent der Religion, noch ist er gebunden an die engen Normen einer ursprünglichen, der Horde nah verwandten Gesellschaft. Er zeigt als neureicher Bürger in der Frührenaissance zum erstenmal seine geistige Macht, indem er sich als das unternehmerische, bürgerliche Individuum zwischen den Mächten etabliert und ihnen Enklaven der politischen Souveränität abtrotzt. Ohne diese europäische Konstruktion der Doppelmacht eines Matriarchats wäre das Heraufkommen des europäischen Bürgertums nicht möglich gewesen. Nur in dieser Situation der geteilten Macht zwischen der Mutter Kirche einerseits und Vater Staat andererseits konnte das Kind, das Individuum sich emanzipieren und zum Bürgerlichen werden, der aufgrund seines materiellen Reichtums sich selber regiert.

Die Wendung der jungen Bourgeoisie gegen den Absolutismus sowohl, als auch gegen den Hokusfokus des christlichen Glaubens, ist die notwendige Folge dieser Emanzipation. Diese ist als solche weder in Hinsicht auf die Moral, noch in Hinsicht auf die Vernunft besser als das Regime der alten Mächte. In der bürgerlichen Emanzipationsbewegung kommt nur eine neue mägliche Form menschlichen Seins zum Durchbruch, die ihre politische Macht durch den Begriff Eigentum legitimiert. Der Kampf für die bürgerliche Freiheit war daher zunächst vor allem ein Kampf gegen das Recht der alten Mächte, persönliches Eigentum der Bürger einzuziehen und, zu welchen Zwecken und aus welchen Gründen auch immer, zu beschlagnahmen. Erst auf dieser Grundlage konnte eine neue gesellschaftliche Schicht entstehen, diesem Zweck diente der Kampf gegen den Absolutismus und gegen die »finstere« Macht der Kirche. Die Aufklärung war keineswegs der Wille zur objektiven Wahrheit, sondern Sabotage der kirchlichen Macht, die ihre Wurzel im Glauben hat. Aus diesem Grunde fand es die Aufklärung keineswegs für geboten, radikal gegen den Gottaberglauben vorzugehen. Stellte sich die Kirche nicht gegen die bürgerliche Macht, so war das Bürgertum ohne weiteres zu einer neuen Auflage der alten Doppelmacht bereit. Selbst die Faschisten haben in diesem Sinne klug ge-

handelt und sich keineswegs frontal gegen Rom gestellt.

Die neue Doppelherrschaft zwischen Bürgertum und den christlichen Kirchen ist die Wiederholung der Grundformel des alten falschen Matriarchats. Das Bürgertum legitimiert sich daher keineswegs durch die brutale Macht, über die es in Wahrheit verfügt, über die es ohne zu zögern gebietet, wenn ihr Dogma, das Eigentum, angetastet wird. Es muß mit dem modernen Menschen leben, das heißt: es muß leben mit dem christlichen Gewissen, das die Macht an matriarchischen Werten mißt. Aus diesen Gründen hat sich das Bürgertum in langen inneren Kämpfen zur Formulierung eines Sozialvertrags durchgerungen, der sich sowohl mit dem Machtfaktor Eigentum, als auch mit der christlichen Moral verträgt. Der Rousseausche gute Heide ist in diesem Sinne nichts anderes, als ein anderer von Gott pauschal geliebter Mensch, dem auch der neue Machthaber, der bürgerliche, nicht schaden soll, wenn er ihn für seine Zwecke einspannt und benützt. Auf der Grundlage dieses Sozialvertrags aber entsteht nun der Staat neu als jene politische Macht, die die alte Rolle der christlichen Kirchen übernimmt.

Der Staat als Sozialstaat übernimmt in der bürgerlichen Moderne die Rolle der Mutterschaft, während das Kapital die real dominierende Rolle der rohen patriarchischen Macht spielt.

☆

In diesem Sinne leben wir auch heute in einem falschen Matriarchat. Die christlichen Religionen spielen darin nur die Rolle einer legitimatorischen Unterstützung für die soziale Funktion des Staates. Die bürgerliche Gesellschaft ist auf die Kirchen nicht mehr angewiesen, darum geht ihr Einfluß auch drastisch zurück. Nur der Staat selbst schützt die Kirchen noch; indem er am Prinzip der Staatskirchen, wenigstens in Europa, festhält, nützt er die legitimatorische Kraft des Glaubens.

Diese relative Bedeutungslosigkeit der Kirchen äußert sich in einer Relativierung der Inhalte des Glaubens. Nicht das Dogma, nicht die Form des Glaubens ist wichtig, sondern nur, daß das Glauben an sich mit der Herrschaft des Bürgertums versöhnt. Darum sind in den USA hunderte von Kirchen möglich, ohne daß es die Staatsmacht oder auch die Gläubigen selbst im geringsten stört. Wichtig ist nur, daß der Grundkonsens gewahrt bleibt. Und dieser Grundkonsens ist das durch irgendeinen Aberglauben legitimierte falsche Matriarchat der modernen bürgerlichen Gesellschaft.

★

Dies ist seit 1988 der etwa zehnte Beitrag von Peter Gutjahr im FORVM, wo er u.a. Ansichten eines Belehrenden, eines Belehrteten, für Pferde und einen Idioten, gegen das Gespenst der Moderne und an Europa schrieb.

Wir brauchen einen Guru

W.R.R., Enkel der Anni, Sohn eines SS-Mannes, der sich vom Dienst im KZ an die Front meldete, wo er alsbald fiel; war Aktivist des Volksbegehrens gegen das Bundesheer, Historiker (Die Deutsche Gemeinschaft, Europa Verlag Wien), Mitarbeiter des ORF (Journal-Moderator; Im Brennpunkt, u.a. über die slowenische Minderheit in Kärnten). Seine nachstehenden Überlegungen erreichten uns aus Mana Pakkam, Indien. Gruß, G.O.

Der weltweiten Nazi-Bewegung fehlt nur noch ein Führer vom Kaliber Hitlers, und sie ist nicht mehr aufzuhalten. Das Bedürfnis nach Hingabe an einen Pseudo-Guru hat inzwischen die internationale Inklination zu Drogen überholt. Die Drogen sind letztlich zu schwach, um sich ihnen bis zum (frühen) Tod hingeben zu können. Die Jugend braucht Vitaleres, um dafür zu sterben: Den großen Zug der Lemminge rund um die Welt, das große Blutbad anrichtend, nach dem die Seele sich als Reinigungsbad sehnt, nach all dem Schmutz und Schund seit Hitlers Selbstmord und dem Sieg der »Just enjoy life«-Idole, welche uns statt der versprochenen Freiheit tiefste Abhängigkeit in Form jedweder Sucht gebracht haben. Ihre Zeit geht zu Ende, der Westen lechzt nach einem Super-Idol, er ist der Ich-Sucht müde, er will Freiheit als Freiwilligkeit, Freiwilligkeit in der Hingabe des Ich an den großen Mann, der »es« bringt, was immer das bedeuten mag, es ist unwichtig, wenn nur das Herz es will – der Verstand ist sowieso am Ende, wie sein Resultat beweist.

Das Argument, die Nazis wären zu dumm, um reüssieren zu können, können wir vergessen. Die Nicht-Nazis mit ihren Lebensstandard-Sorgen sind echt noch dümmere, und: Sie sind nicht bereit, für ihre Pseudo-Ideale aufs Schlachtfeld zu gehen. Deshalb sind sie auf jeden Fall entscheidend schwächer. Das einzige, was die Nazis aufhalten kann, ist ein echter Guru, das heißt: ein radikaleres, echteres, natürlicheres System, vollkommene Hingabe statt fast vollkommener, wie sie 99% der Nazis zu leisten nur imstande sind. Das ist in der Tat die einzige Schwäche der Nazis: das große Theater, das die wirklich vollkommene Hingabe ersetzt. Mit dieser Schwäche haben sie den letzten Krieg verloren, in dem die Russen die besseren Soldaten waren, nur weil sie mehr Herz hatten, wahrhafter waren in ihrer Hingabe für das heilige Rußland – Stalin war nur ein Symbol, das schwächste. Und hätte Hitler die Russen geworfen und wäre über Stalingrad in Asien eingedrungen, hier wäre Endstation gewesen, siehe Vietnam. Die Atombombe konnte das westlich infizierte Japan mit dem Tenno an der Spitze zur Kapitulation zwingen, nicht das orthodoxe Japan, das niemals aufgeben wird, bis es

seinen Fuß auf Amerikas Nacken setzt, und das ist die westliche Führungsmacht. Asien ist unbesiegbar für Soldaten mit Heimaturlaub, Geldsorgen und Familienproblemen, für Soldaten, deren Heldentum zwischen 10 und 99% aus Show besteht. So viele Atombomben kann man gar nicht auf Asien werfen, daß nicht der Westen eher verstrahlt als der asiatische Kämpfer z.B. aus Afghanistan aufgibt.

Sogar die sehr westlichen Araber konnten durch 4 oder 5 vernichtende Niederlagen nicht besiegt werden, sondern befinden sich auf dem Vormarsch Richtung Balkan, während Israel sich zum Kessel der U.S.-Army-Show entwickelt – und bald die Hilfe radikalerer Politiker brauchen wird.

Wenn die Nazis aufgrund eines charismatischen Führers an die Macht kommen, und zur Zeit würden Michael Jackson und Prince auf weiß vereinigt genügen, beginnt der Krieg gegen den Osten und Süden des Planeten in seine ungeschminkte und noch brutalere Phase zu treten. Wir brauchen unsere Rohstoffe gratis, wir brauchen Sklaven, wir brauchen Platz, wir brauchen Ideale und wir brauchen keine Gefahr quantitativer Übermacht. Das Kräfteverhältnis läßt sich in Milliarden Menschen ausdrücken: 1 : 5. Unsere Liberal-Demokraten werden umfallen wie ihre vorangegangenen Sozialdemokraten seit 1968. So ein Widerstand kann die Nazis diesmal erst recht nicht aufhalten, wenn sie den Über-Hitler haben, ohne Charlie-Chaplin-Verschnitt.

Aber unterschätzen wir nicht Hitlers Authentizität. Was seine eigene Radikalität angeht, steckt er die meisten seiner Kritiker in die Tasche, die nur klaffen, so lange es nicht gefährlich wird. Die Wahl der Swastika – und es ist die echte, nicht die verkehrte – signalisiert einige (asiatische) Radikalität. Er selbst lebte in jenen protzigen Repräsentationsbauten relativ bescheiden, vegetarisch, trank nicht, rauchte nicht, nahm seine Sache als Guru-Angebot so ernst er konnte, deutete Ich-losigkeit an: »Ich bin der unbekannte Soldat des (1.) WKS, ich bin ein Werkzeug der Vorsehung«, und Zigtausende gaben freiwillig ihr Leben für ihn – und er war doch nicht radikal genug, um wirklich zu siegen bzw. einen Siegfrieden erzwingen zu können –

weil eben alles Erzwungene auf schwachen Beinen steht. Der asiatische Kämpfer zwingt sich nicht zur Hingabe an seinen militärischen Führer oder Guru, er #ist# Hingabe, er ist als »Ich« gestorben, bevor er die Waffen ergreift. Eine Ahnung davon erfaßte auch den weißen Soldaten, insbesondere zu Beginn des Ersten Weltkriegs. Sogar Rilke hob ab (»Seh' ich dich endlich, Gott ... Kriegsgott« oder so ähnlich), die Uniform macht einem gewissen »Ich« ein Ende und gibt uns komischerweise das Gefühl, frei zu sein. Das ist die Berührung durch das Phänomen »Hingabe«, bei uns zu schwach, um zu dauern. Die ersten nach der Mutter kreischenden sterbenden Jungs machen dem ein Ende. Man will nur mehr »durchkommen«. Nicht so der Guru-Kämpfer in Fernost. Hier geht es um die ganzen 100% und nicht weniger. Die einzige Einschränkung, der auch der orientalische Krieger unterliegt, ist diejenige, daß er sich auf den Krieg festgelegt hat statt nur er selbst zu sein, was die einzige Möglichkeit darstellt, die 100% auch wirklich zu erreichen. Jeder seriöse Guru wird das auch von ihm verlangen und nicht das optimale Funktionieren als Tötungsmaschine. So etwas ist Mißbrauch der Guru-Idee und der westlichen Pseudo-Guru-Masche zu ähnlich, um wiederum gegen die wirklich echten Gurus bestehen zu können, die eher den Weg des Friedens suchen, weil dies der wahren Natur des Menschen entspricht, während der Krieg Sache der Ich-Rolle ist, die den Menschen ins Elend stürzt, von Wiedergeburt zu Wiedergeburt, von einem Nazi-Krieg zum anderen, und immer weiß man erst beim Verrecken, wenn es zu spät ist, daß es wieder mal der falsche Dampfer war, auch wenn er nicht Krieg heißt, sondern Beruf – oder Familie – oder eben »Ich«.

Die spirituelle fernöstliche Tradition setzt die Entstehung des »Ich« im Moment der Schöpfung an, die bereits durch einen handelnden, also »Ich«-Gott zustandekommt, was sich mit der gnostischen Tradition unserer Kultur trifft, die von einem (eigentlich negativ verstandenen) »Demiurgen« spricht, der die Welt und damit das Ich-Übel erschaffen hat.

Die indische Tradition der Vedas spricht in diesem Zusammenhang von »Aham Brahmasmi« (»Ich bin Gott, alles ist Gott, alles ist von Gott«) und nennt dieses System »Gyan« (Gnostik). Letzteres kann jedoch den Ich-Zustand nicht überwinden, wie der oben zitierte Text deutlich macht. Jedenfalls scheint unsere gnostische Tradition, die auch Jesus beeinflusst hat, auf die Vedas zurückzugehen, die von den Indern als ewig »flutende« Texte verstanden werden, die von gewissen Preceptoren, die wie Radioempfänger funktionieren, aufgefangen werden, zuletzt vor ca. 10.000 Jahren, was zur ältesten uns bekannten Niederschrift führte. Das sind die neuesten Schätzungen nach modernsten textkritischen Methoden. Das System geht also weit vor die arische Einwanderung in Indien zurück und ist etwa doppelt so alt wie das jü-

disch-biblische, in dem nur noch der Ich-Gott auftritt und wie ein Mensch handelt, ist letzterer doch Ebenbild des ersteren. Es ist ein sozusagen politischer Gott, ein Gott des Krieges und des Gerichts, ein Modell der menschlichen Tragödie, und der gesamte Westen hat sein Werte-System übernommen, ob er sich nun als jüdisch versteht oder nicht. Selbst die religionsfeindlichen »Just-enjoy-life-people«, die sich durch diesen Gott mit seiner moralischen Doktrin gestört fühlen, entwickeln einen religiösen Haß auf ihn, der auf das gleiche hinausläuft. Das ist nicht die Lösung. Die (Er-)Lösung hat Jesus signalisiert, aber auch das ist nicht genug, denn das Ich überlebt hier auch diese, im Himmel oder anderswo (»Auferstehung des Fleisches« – nein danke).

Dieser Gott unserer Kulturentstehung ist gleichsam schon ein degenerierter. Ein Ich wie du und ich, ein Vorbild für unsere eindrucksvolle Ich-Show, die wir am besten mit Alkohol stimulieren, und zufällig finden sich an der Geburts-Stätte dieses Gottes in Mesopotamien und Ägypten die ersten Brauereien. »Der betrunkenene Gott« als Vater einer aggressiv-betrunkenen Welt, in der sogar der Erlöser trinkt und einem Tobsuchtsanfall im Tempel zum Opfer fällt, wo ihn die Dealer die Sicherungen kosten.

Wir dürfen uns nicht wundern, daß diese Religion keinen Frieden schaffen kann, sondern Waffen segnet. »Gott mit uns« auf den Koppelschnallen der Landser – das sagt alles. Und wir dürfen uns nicht einbilden, nur weil wir aus der Kirche ausgetreten sind und Gott uns auf die Nerven fällt, daß wir dieses Wertesystem verlassen haben. Solange wir uns als »Ichs« empfinden, geschieht das mit Sicherheit nicht. Jedes Ich ein (unbewußter) Nazi, mag er sich auch als Jude fühlen.

Bis zur letzten Jahrhundertwende wurden die Juden angeblich wegen des Mordes an Jesus verfolgt, dann – mehr oder weniger unbewußt – wegen der Erfindung des Ich-Übel-Gottes (Otto Weininger), dann, seit den 50er Jahren als Elite-Truppe des westlichen Imperialismus, es ging aber immer gegen die besten Ichs, die auf dem Markt waren und sind, weil sie als Konkurrenten zu überlegen operierten. Das Resultat ist Israel, und dieses ist den alten Nazis in der Regel nicht mehr unsympathisch, weil sie die Araber noch mehr hasen. Sie für den Ich-Gott verantwortlich zu machen, ist nur bedingt haltbar. Sie sind ihm selber auf den Leim gegangen (siehe dazu die Science Fiction-Novelle von Thomas Mann »Das Gesetz«).

Das Bündnis mit den Juden war ein Fehler der anti-faschistischen Bewegung nach dem 2. Weltkrieg. Wir haben keine Ursache für die Annahme, daß dieses Volk weniger faschistisch ist als unseres, im Gegenteil, von ihm haben wir unseren Faschismus importiert. Völkermord wird in der Bibel (Deuteronomium) empfohlen, daß die Juden Gegenstand und Opfer derartiger Bestrebungen geworden sind, stellt

in unserer »Kultur«-Geschichte nichts Außergewöhnliches dar. Der Indianermord war und ist noch grausamer, weil er noch unschuldigere Opfer verlangt. Die Aufregung der Juden über ihre Verfolgung ist extrem gekränkter extremer Ich-Stolz, das ist alles, und sich gerade auf ihre Seite zu stellen statt auf die Seite des zu erschaffenden Nicht-Ichs ist hinsichtlich einer Alternative zum permanenten und gegenwärtigen Völkermord kontraproduktiv.

Es war auch ein Fehler der Antifaschisten, ausgerechnet den Marxismus zum Bündnispartner zu erwählen, der nur das andere Ende des gleichen Stabes war, den man dann auf unserem Kopf zerbrochen hat. Und es war ein Fehler des Antifaschismus, sich schließlich dem hedonistischen pseudo-liberalen »Just enjoy life«-System anzuliefern, nur weil dieses anti-idealistisch ist und Immunität gegen Nazi-Idealismus verspricht. Es führt nur zum Extrem der Ich-(Konsum)-Sucht, und das Angebot des Faschismus ist für den großen, ungezügelten weißen Mann ein gefundenes Fressen, um sich optimal auf der großen Bühne der Geschichte verewigen zu wollen. Diese stellt sich freilich als Friedhof heraus, wo die Inschriften auf den Grabsteinen verwittern. Antifaschismus im wahren Sinn des Wortes muß an der Wurzel ansetzen, und diese ist das Ich bzw. der Ich-Gott, der sich als Degeneration vom Urgott abgespalten hat, der kein Bewußtsein hat und »nicht einmal weiß, wer er ist« (so ein ind. Guru). Dieser Ur-Gott läuft offenbar auf nichts hinaus, auf nichts, das zugleich alles ist, ewig, allmächtig, unlimitiert in jeder Hinsicht, jenseits unserer Verstandesgrenze, die alles, was nicht Ich ist, nur noch verspotten kann wie Jesus Christus am Ende seiner Laufbahn. Es ist dies ein Gott, dem Religion sich nicht nähern kann. Es ist ein Gott der Spiritualität. Und Spiritualität verhält sich zu Religiosität wie Weltall zu Studierzimmer oder Sein zu Krankheit. Aber man will es in einen Topf werfen und sonst nichts hören. Das irritiert zu sehr. Das ist irrational. Und das der jetzige (Nazi)-Zustand der Welt das Resultat der Rationalität ist, ist vorübergehend. Jawohl.

Was soll der Verstand vor der Realität des Alls? Wenn wir Einstein lesen, können wir seine Formel $e=mc^2$ nicht nicht mehr ganz ernst nehmen – er tut das nämlich offenbar auch nicht. Er wird da so komisch unsachlich und assoziativ, kommt auf Spirituelles und dergleichen, war wohl schon ein bißchen senil, als er seine Erinnerungen schrieb. Seine Nachfolger teilen die Teilchen des Atoms unterdessen weiter, nach den Elektronen, Neutronen und Protonen kommen sie zu den »Quarks«, und nachdem sie auch die Quarks geteilt haben, kommen sie zu den »Tohus« und »Wabohus«, was einer Selbst-Denunziation schon ziemlich nahe kommt. Es fehlt nur noch die weitere Teilung in »cheats« und »fakes«, doch hier wird den Ereignissen vorgegriffen, wenn auch nicht ganz.

Die Zwischenräume (das »nichts«) wer-

den immer »größer«, ohne jemals physikalisch verifizierbar zu sein, weil ständig neue Kleinstteilchen darin entdeckt werden. Die Materie besteht offenbar tatsächlich zugleich aus nichts. Das Gegenstandspaar »etwas« und »nichts« verliert sich in Unbestimmbarem. Man ist Gott auf der Spur, »spürt« ihn physikalisch. Spitzenatomphysiker treffen in Seminaren mit Spitzenvertretern asiatischer Spiritualität zusammen. Die Dualität löst sich auf. Die Grenze des Weltraums muß es geben, dahinter kommt immer noch »etwas«, was wir nur noch provisorisch »nichts« nennen können.

Ähnlich ergeht es der Avantgarde der Seelenforschung. Die Seele stellt sich als unendliches »Gebiet« heraus, nicht nur als »weites Land« (Schnitzler), wie zur Zeit Freuds, als man nur auf die Kindheit zurückgriff. Hinter den Ursachen ihrer Störungen stehen immer noch »tiefere« Ursachen. Nach der pränatalen Phase ist die Entdeckung der prä-existentialen Phase fällig. Dann vereinigt sich die Psychologie mit der hinduistischen Seelen-Lehre: die Wurzeln des Ich befinden sich in der Seele, die seit der Schöpfung einen »Verdichtungs-« und »Vergrößerungsprozeß« durchmacht, der im Ich landet. Das Ich wird also prozessual verstanden, was die Entwicklung zurück zu Gott offenläßt. Im Westen entsteht zur Zeit spirituelle Psychiatrie, getragen von der Avantgarde der Seelenforschung in der Schweiz.

Die klassische deutsche Philosophie (Kant, vor allem Schopenhauer) »entdeckt« den Hinduismus für Europa. Es ist die Konsequenz aus dem »Ding an sich« Kants oder der Idee der Unmittelbarkeit bei Hegel, welche nach dem »Ich an sich« verlangen. Nietzsche schließlich läßt sich so voll wie möglich auf die Sache ein, verirrt sich in die Bestie, kommt aber plötzlich d'rauf, daß er selbst Gott ist, und landet in der Psychiatrie. Die Zeit war noch nicht reif für solche Konsequenz. Die Zeit ging nur bis zur Bestie mit und brachte Hitler, der aus dieser Richtung auch das Hakenkreuz bezog.

Unser Verstand kapitulierte vor der letzten Wahrheit und Ewigkeit, wo Zeit, Raum und Kausalität nicht mehr relevant sind, denn ohne diese Kategorien wird auch er zu nichts. Er will Gott »verstehen« und kann es nicht. Das ist der Moment der Kurzschluß-Gefahr, des individuellen Tobsuchts-Anfalls oder des kollektiven Kriegs-Wahns. Der normale Weiße (Weisse) zieht selbst diese Option der Hingabe an Gott selbst vor. Lieber ein Pseudo-Guru, der uns nach Stalingrad führt, wenn er sich nicht humanerweise statt dessen selbst kreuzigen läßt, als ein spiritueller Guru aus Indien, der ganz einfach ein *fake* sein muß, sonst hätte sich die weiße Rasse von Anfang an geirrt. Daß der Verstand selbst der Schmach ist und nicht (der lebende) Gott, übersteigt seine Kapazität, was ja logisch ist. Der alte Nazi »Ich-Verstand« gibt nicht auf, und so kommen immer neue, und die neuesten hält nichts mehr auf,

wenn sie erst *ihren* Guru haben, der statt dem nichts den Heldentod anbietet.

Bei dem Begriff Guru wird unserem Bewußtsein schlecht, bei Spiritualität riechen wir an der Psychiatrie und bei Hingabe, Selbstaufopferung, Überantwortung wittern wir Versklavung. Uns ist nicht zu helfen. Unsere Freiheits-Sucht hat uns, seit unsere Geschichte läuft, zu Sklaven derselben gemacht, wir aber schreiben füreinander Bücher, in denen wir uns und einander zum Freiheits-Level der weißen Rasse gratulieren. Das genügt, um glücklich zu sein? Wohl kaum. Die Hälfte aller Ehen wird geschieden, die andere Hälfte ist kaum gut zu nennen; Kindern ist diese Welt nicht mehr zuzumuten, 99 Prozent trinken, um durchzuhalten, der Rest nimmt bessere Drogen oder beides, und die Nazis kommen zurück. Zu denken gibt uns das nicht, denn wir haben keine Zeit dazu. Der Streß des Just-enjoy-life ist zu groß. Von der sogenannten Umwelt soll hier ausnahmsweise nicht die Rede sein, weil wir wach bleiben wollen um weiterzuleben.

Komischerweise geht es den Leuten in den ärmeren Ländern psychisch besser, das können wir bei unseren Urlauben feststellen, doch das ist nur, weil sie nicht wissen, wie schlecht es ihnen eigentlich geht (was uns nie passieren würde, wir sind auf Urlaub, um zu vergessen). Wir bleiben auf dem Laufenden, sehen uns die Nachrichten an, das sind wir gewöhnt. Gott sei Dank ist alles (bis auf ein paar allerdings unangenehme Kleinigkeiten) ziemlich fern. Wir checken's schon. Dafür haben wir schließlich unsere Leben geopfert, damit wir was lernen. Die anderen sind halt leider ein bißchen dumm. Wir werden ihnen schon noch beibringen, wie man's checkt. Jawohl.

Die vorliegenden Gedanken richten sich an jene 0,0001 % der selbstkritischen Intellektuellen, die sogar ihren Intellekt zur Diskussion zu stellen imstande sind, also an die absolute Elite der ohnehin schon elitären Zivilisationsgemeinschaft, und fragen diese Zielgruppe, ob sie nicht doch auch diese Mißgeburt von Ich zur Diskussion stellen könnte. Denn: Die eigene Logik weist nach, daß es in diesem Rahmen kein Entkommen gibt. Wir setzen einmal annahme-mäßig voraus, wir würden einen Ich-»Verlust« in Kauf nehmen. Die Frage, was wir für diesen Verkauf bekommen, sollte sich schon in obigem beantwortet haben: nichts. Darum geht es. Wir operieren seit 5000 Jahren mit »etwas« (= Ich), der Erfolg ist nicht befriedigend, wir sollten also logischerweise versuchen, das »nichts« zu akzeptieren, wobei die Logik, die am Ich hängt, natürlich auf der Strecke bleiben muß. Wir gehen vor diese 5000 Jahre zurück, und zwar ermeßlich weiter, bis wir zum Schöpfungsakt kommen, wo die Voraussetzungen für das Ich geschaffen werden, und passieren auch dieses Stadium im Rückwärts-Gang, bis wir zum UrGott, das heißt zum Nicht-Ich, zum »nichts«

kommen. Dort ist noch alles heil, und um dieses Heil geht es, solange es sich nicht auch in nichts auflöst, womit wir nichts anfangen können. Die Frage, ob wir das überhaupt sollen, lassen wir dahingestellt.

Wir lassen am besten den ganzen Nichts-Bereich in Ruhe, Gott ist nicht ansprechbar, es gibt ihn nur als nichts. Bevor es nun zu schwierig wird, nehmen wir eine Konstruktion zu Hilfe, die Gott selbst »sich hat einfallen lassen, um uns zu ihm (zurück) zu helfen«. Das ist der Guru.

Der Guru wird sozusagen, und das steht alles gleichsam unter Anführungszeichen, weil es vom Abstrakten ins Konkrete übersetzt wird (bzw. nach Heintzel umgekehrt), der Guru also wird direkt von Gott in die Menschheit geschickt, um zu übersetzen und zu transmissionieren. Dies geschieht in der Weise, daß sich ein Mensch dazu imstande sieht, sich vollkommen an Gott hinzugeben, was schwierig ist, denn es handelt sich ja um nichts. Deshalb geschieht der Vorgang äußerst selten. Die vollkommene Hingabe an Gott bedeutet Erreichen der Ich-losigkeit, was wiederum Gott-Sein bedeutet, der auf diese Weise als Gott und Mensch zugleich unter uns als Guru lebt.

Der Guru hat die Aufgabe, als Modell für Gott-Sucher zu wirken, denen er außerdem als eine Art Medium zwischen Gott und Mensch die Kraft überleitet, diese Suche erfolgreich durchzuführen. Erfolg bedeutet in diesem Sinn Ich-Verlust und Vereinigung mit Gott. Das Mittel dazu ist die völlige Hingabe an den Guru, weil man das mit Gott selbst kaum machen kann. Das Mittel für die Hingabe ist Liebe zum Guru, den man auf Grund seiner Ich-losigkeit so sympathisch findet, daß daraus Liebe wird. Das Mittel für die Entstehung dieser Liebe ist ständige geistige Beschäftigung mit ihm als Phänomen, das den Verstand auf Grund von Unverständlichkeit in Bewegung setzt, bis »das Herz« diese Aktivität übernimmt und eben – liebt. Um zunächst den Verstand anzusprechen genügt eine Information wie die vorliegende. Der Verstand als Werkzeug des Ich bleibt dann wie gesagt auf der Strecke, wenn der Guru-Schüler erfolgreich ist.

Aufschrei der logisch-rational erzogenen intellektuellen Schar: nie und nimmermehr! Darf ich Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, daran erinnern, daß unsere Verstandeswelt eigentlich schon im Koma liegt? Oder sind Sie so verstandesfixiert, daß Sie nicht merken, daß Sie es sind, die nicht wissen wollen, wie schlecht es Ihnen geht, nicht die Inder, sonst würden Sie diese auf Ihrem Urlaub gar nicht sehen, Urlaub vom Verstandesleben, von der täglichen sinnlosen Treitmühle, oder, was schlimmer ist, vom täglichen sinnlosen Stau in jeder Hinsicht. Haben Sie Ihre Tabletten schon genommen? Genehmigen Sie sich ein Schlückchen dazu, ich meine es gut mit Ihnen.

Die Alternative ist beinhardt. Diese »Realität«, oder eine andere, wo das Ich nichts mehr verloren hat außer sich selbst. Und

es ist bei Gott nicht einfach, letztere zu erreichen. Allein ist es nicht zu schaffen, es sei denn, Sie sind selber Guru, Frau Doktor. Ich meine, echter Guru (= Gott). Nicht das, was Sie meinen, für Ihre Patienten, Klienten, Studenten, Leser, Geldbringer zu sein. Wenn Sie nicht selber Gott (= nichts) sind, was man ruhig mal annehmen kann, haben Sie alleine keine Chance, glauben Sie mir, oder versuchen Sie es, und schreiben Sie mir von der Baumgartner Höhe!

Zurück zu den Nazis, die nichts weiter sind als konsequente Ichs. Sie sind stärker als wir, weil sie eher bereit sind, sich und ihr Leben hinzugeben, auch wenn sie noch so dumm sein sollten, das ist hier ohne Bedeutung. Wenn wir keine Nazis (sein) wollen, ihren Sieg verhindern wollen, müssen wir sie in der Qualität der Hingabe (-bereitschaft) übertreffen, müssen wir radikaler sein als sie, ja sogar radikaler als ihre asiatischen Pendants, gegen die sie keine Chance haben. Wir schaffen das nicht alleine, wir schon gar nicht, wir Intellektuelle, mit unserer Spezial-(Ich)-Bildung, wir brauchen einen Guru. Und wahrscheinlich müssen wir ihn dort suchen, wo die alte und älteste Tradition und Transmission zu Hause ist, und nicht im Lande des grausamen Judengottes, den es zu regenerieren gilt, wie Jesus das versucht und mit dem Martertod bezahlt hat. Ist sein Beispiel wirklich so nachahmenswert? Wir quälen uns in diesem Leben tatsächlich zu Tode, höchstens betäubt durch Drogen aller Art: Beruf, Sex, Konsum, soziale Geltung, Geld, Drogen, Hobbies, Sport, Kultur, »Liebe«, die komischerweise immer mehr weh als gut tut, etc. Und sogar Jesus scheint das gebraucht zu haben, was seiner Leistung keinen Abbruch tut – nur: Ist er wirklich das ideale Vorbild als ideales Ich? Und sind wir als Jesus-Gegner nicht ebenso religiös, weil wir das religiöse Wertesystem eben so ernst nehmen, daß wir Jesus Verrat vorwerfen, von der Kirche ganz zu schweigen?

Das Angebot ist vorhanden und sein Name ist Spiritualität. Die Logik, die nach Spiritualität verlangt, ist widersprüchlich, das ist evident. Aber sie ist nicht widersprüchlicher als beispielsweise die Logik unseres Geldsystems, in dem jeder Staat größere Schulden hat, als er jemals zurückzahlen kann, wobei die Gläubiger-Staaten unter ihrer eigenen Schuldenlast zusammenbrechen. Von den privaten Verschuldungen soll geschwiegen sein, das weckt zu unangenehme Assoziationen. Dies akzeptieren wir als notwendiges (hoffentlich vorläufiges) Übel, jenes perhorrisieren wir als Gefahr für unsere Unabhängigkeit – und wo ist da die Logik?

Der Verfasser des vorliegenden Textes erklärt sich jedenfalls bereit, das erwähnte Angebot im Nachfrage-Fall um die Dimension eines konkreten, lebenden Gurus zu erweitern, welchen seinen eigenen Guru zu nennen er die Ehre und das Vergnügen hat.

Er hat hier soeben bereits gesprochen.

Amelie Lanier

Gut informierte Kreise

Die Reformen in Osteuropa
in der westlichen Presse

Die früheren Freunde der vom Kommunismus unterdrückten Völker sind ehrlich betroffen: Jetzt ist es weg, das Reich des Bösen, und anstatt daß die stillschweigend als Normalität unterstellten mitteleuropäischen Zustände dort einreißen, versinken die Staaten Osteuropas in Elend und Bürgerkrieg. Das geht manchem Kommentator echt unter die Haut, und er zerbricht sich den Kopf darüber, warum so viele gute Zutaten wohl ein so klägliches Ergebnis zeitigen mögen.

In einer Sache sind sich die westlichen Beobachter der Szene jedoch einig: Die Tatsache, daß dort drüben jetzt Marktwirtschaft, also Kapitalismus zumindest der Absicht nach eingeführt worden ist, darf keinesfalls als Grund genannt werden, warum in diesen Staaten jetzt massenhaftes Elend anfällt. Wenn Leute arbeitslos werden, weil sie in unter neue Ansprüche gesetzten Betrieben als überflüssig eingestuft werden; wenn eine Wohnung auf einmal für einen normalen Bürger des Landes zu einem unerschwinglichen Luxusgut wird, weil er mit der Kaufkraft ausländischer Firmen nicht konkurrieren kann; wenn der Erwerb von Grundnahrungsmitteln in Frage gestellt ist, weil die Preisfestsetzung des Verkäufers gegen die Kaufkraft des Konsumenten ausschlägt; – so sind das eben die *Auswirkungen* der inzwischen freigesetzten *Kalkulation auf Geschäft, auf Gewinn*, die mehrheitlich gegen die grundlegendsten Bedürfnisse der Leute ausschlagen. So will das aber keiner der Kommentatoren sehen, der sich mit den genannten Erscheinungen auseinandersetzt. Sondern die weitverbreitete, aber nichtsdestoweniger verlogene Betrachtungsweise, daß der Kapitalismus eigentlich nichts als das Wohl der damit Beglückten verursachen kann und alle ungemütlichen Erscheinungen auf Dinge zurückzuführen sind, die ihm äußerlich sind, nichts mit ihm zu tun haben, diese Lüge muß also aufrechterhalten werden.

Und so gehen die Herren und Damen Journalisten und Analysten auf die Suche nach Gründen, warum aus den Ökonomen dort im Osten nichts wird. Glücklicherweise können sie dabei auf ein bewährtes Repertoire zurückgreifen, das schon seit einigen Jahrzehnten bei der Besprechung der persönlichen und nationalen Mißerfolge im freien Westen gern hergebetet wird.

Diagnose Nr. 1

**Die Logik der Voraussetzung:
Die Ursachen einer Sache
liegen in dem, was davor war.**

Eine der angebotenen Erklärungen besteht darin, daß die früheren Machthaber des jeweiligen früheren Ostblockstaates das Land so »heruntergewirtschaftet« hätten, daß dort jetzt kein Gras, sprich kein Kapital, mehr wächst. In dieser Interpretation werden die Unterschiede zwischen den beiden Wirtschaftsformen getilgt, sie werden als unterschiedlich gelungene Formen des »Wirtschaftens« überhaupt formell gleichgesetzt und dann wird dem Sozialismus beschieden, er hätte das gleiche wie der Westen gemacht, nur halt entsetzlich schlecht.

Die Tatsache, daß es den regierenden Kommunisten Osteuropas die längste Zeit um ganz anderes gegangen ist als den Politikern des Westens, daß dort drüben für andere Ziele produziert und erschlossen wurde und daß diese unterschiedlichen Zielsetzungen unvereinbar sind – solch einen Schluß läßt das Verdikt der »Mißwirtschaft« gar nicht zu. Noch weniger läßt es die Konsequenz daraus zu: Daß sich Staatssozialismus und Marktwirtschaft eben nicht vertragen, daß letztere zerstörerisch auf ersteren wirkt.

Die Tatsache, daß früher in der DDR, Ungarn usw. weitaus mehr produziert wurde als heute, und auch eine Menge davon im Westen verschertelt wurde, also den verwöhnten Ansprüchen westlicher Konsumenten durchaus genügt hat, wird im Nachhinein als raffiniertes Täuschungsmanöver der kommunistischen Herrscher besprochen: Ein einziges potemkinsches Dorf hätten sie dort aufgebaut, um dem Westen Sand in die Augen zu streuen. Man wundert sich wirklich, wie die Bewohner Osteuropas sich all die Jahre gekleidet, ernährt und behaust haben und wie es diese »Regimes« geschafft haben, über 40 Jahre lang dem Westen die Stirn zu bieten und der Gewalt der NATO zu trotzen – wenn das alles angeblich nur ein Kartenhaus gewesen sein soll.

In diese Rubrik gehört auch die Beschimpfung der dort jetzt regierenden Politiker, sie seien dem »alten Denken« verhaftet und brächten deshalb nichts Gesehtes zustande:

»Die Bevölkerung fühlt sich von den Politikern betrogen. Als die gewendeten Kommunisten vor zwei Jahren die staatliche Unabhängigkeit verkündeten, versprachen sie einen sprunghaften wirtschaftlichen Aufschwung. Unfähig, die wirtschaftlichen Probleme des Landes zu lösen, reichte der Ex-Rüstungsmanager Kutschma vorige Woche zum drittenmal seinen Rücktritt ein.« (Spiegel Nr38/20.9.)

Daß die ukrainischen Politiker sich eben vor zwei Jahren die Quadratur des Kreises vorgenommen haben, als sie mit einem den westlichen Ökonomen abgesehenen Cocktail von Reformen ihrer Wirtschaft marktwirtschaftlichen Schwung verpassen wollten, kann ja wohl nicht der Ausweis ihrer persönlichen Unfähigkeit gewesen sein – der Spiegel hat das ja schließlich damals genauso gesehen, und dessen Redakteure kennen sich bekanntlich überall auf der Welt bestens aus, von Magadan bis Timbuktu. Daher kann die Ursache der Diskrepanz zwischen Wunsch und Wirklichkeit nur in der *Unfähigkeit* der dortigen Herrschaften liegen – Kutschma war bereits in den alten sozialistischen Zeiten etabliert, ist ein »gewendeter Kommunist«, gehört also zum »alten System« und kann daher jetzt nur Mist bauen, wo es um die Errichtung einer neuen marktwirtschaftlichen Ordnung geht. Die einzige Antwort kann nur heißen: »Unsere Experten« gehören schnellstens dorthin, auf daß in der Ukraine nach dem Rechten gesehen werde! So deutlich wird das zwar wieder nicht ausgesprochen, gemeint ist es aber irgendwie schon in diesem Sinne. Damit wird der deutschen Politik ein Auftrag erteilt, (strenggenommen wird er hinterhergetragen,) den sie aus eigenem Beschluß ohnehin schon die längste Zeit wahrnimmt – soweit es ihre Mittel erlauben. So treffen sich Pressemeinung und Tagespolitik ganz souverän.

Die kaum verbrämte Beschimpfung der Politiker Osteuropas leitet über zur

Diagnose Nr 2

**Es gibt Seilschaften, Überbleibsel
der alten Ordnung, die den Fortschritt
hintertreiben, also innere Feinde.**

Daß diese geheimnisvollen Schädlinge, ehemalige Stasi-, KGB- oder sonstwas-Agenten oder auch kleine KP-Funktionäre in der Provinz, einander irgendwelche Posten zuschanzen oder auf andere Art und Weise aus der Patsche helfen, mag selbst der abgebrühteste Journalist nicht direkt als einen Versuch zur Restauration der alten Ordnung bezeichnen – die Unverhältnismäßigkeit zwischen dem unterstellten Ziel und den zu seiner Erreichung angeblich eingesetzten Mitteln ist zu offensichtlich. Daß es einfach um das bloße Überleben in der Konkurrenz geht, das ja in einem Land mit fertig eingerichteter Marktwirtschaft auch nicht anders geht – wenn die Wahl lautet: Lohnarbeit oder Verelendung, so hilft ja auch bei uns jemand sei-

nen Freunden oder Familienmitgliedern, wenn es in seiner Macht steht – will man jedoch diesen Bürgern osteuropäischer Länder nicht zugestehen. Sondern es wird ihnen eine rein negativ bestimmte Absicht zugeschrieben: *Nicht die Verfolgung eigener Interessen* beseelt sie beim Sich-Durchschlängeln, *sondern die Obstruktion* der ansonsten heilbringenden Reformen. Das ist sehr bequem: Wie bei denjenigen Reformen, die derzeit überall in Osteuropa durchgeführt werden, jemals etwas herauskommen soll, das mit Reichumsproduktion und Wohlstand gleichgesetzt werden könnte, wäre schwer zu begründen. So aber, mit den einmal eingeführten unsichtbaren »Bremsern«, dem angeblichem Sand im ansonsten gut geschmierten Getriebe der wohlwollend betrachteten Reformprogramme, kann von Argumentationsnot keine Rede sein: Die guten Reformen »greifen« nicht, weil sie gar nicht richtig Gültigkeit erlangen können. Also gehört fest aufgeräumt und möglichst viele Leute gehören von ihren Posten vertrieben oder am besten gleich in Gewahrsam genommen – so, wie es die bundesdeutsche Gauck-Behörde seit geraumer Zeit treibt und wie es Jelzin vor einigen Monaten, als er noch »unser Mann in Moskau« war, vorbehaltlos zugestanden wurde.

In diese Rubrik der Verhinderer von innen gehören übrigens streikende Arbeiter wie die vor einem Jahrzehnt so bejubelten polnischen auch dazu, ja genaugenommen jeder, der sich irgendwie wehmütig an alte Zeiten, in dem es ihm besser ging, zurück erinnert.

Wobei auf den kleinen Unterschied zwischen Postenschacher in der Verwaltung und Streiks, um Entlassungen zu verhindern, hier schon hingewiesen gehört, obwohl er bei der Diagnose: »Anhänger der alten Ordnung« völlig untergeht: Ob jetzt ein Ex-Kommunist oder ein »Demokrat« bzw. »Reformer« einem Kombinat oder einer Gemeinde vorsteht, oder einen Rang in der Regierung bekleidet, macht ungeachtet der Anfeindungen, die ihm entgegenschlagen, nicht viel Unterschied. Es fällt ja den westlichen Warnern stets schwer, *inhaltliche Differenzen* zwischen den einzelnen Fraktionen oder Personen zu nennen, sodaß immer besonders auf das *Vorleben* der Betroffenen hingewiesen werden muß.

Eine Arbeitsplatzgarantie hingegen, wie sie die polnischen Gruben- und andere Arbeiter hingegen von Frau Suchocka gefordert haben, verträgt sich hingegen wirklich nicht mit den Maßstäben, an denen inzwischen auch in Polen jedes Stück Wirtschaft gemessen wird.

Die Diagnose 2 – weg mit Bremsern und anderen Staatsfeinden! – ist also recht ungemütlich für die Betroffenen, sie heißt: Gewalt und Staatsterror werden ins Recht gesetzt und sollen sich ungehindert austoben können.

Wer nach diesen Schuldzuweisungen immer noch ein Theoriedefizit hat, dem kann geholfen werden mit der

Diagnose 3 Die Menschen Osteuropas, durch den Sozialismus (oder überhaupt die nationale Geschichte) deformiert, sind unfähig zu Demokratie und Marktwirtschaft.

In dieser Abteilung kommt der ganz anerkannte und gesellschaftsfähige *Rassismus* zu seinem Recht. Die Methode selbst wird ohnehin dauernd auf Individuen und Völker angewendet: Das, was von ihnen verlangt wird, erklärt der Rassist zu ihrer Naturbestimmung und mißt sie dann daran, wie weit sie dieser Naturbestimmung entsprechen.

So ist es für den guten Deutschen eigentlich auch eine zweifelhaftes Kompliment, wenn ihm bei dieser Art von Untersuchung ein positives Zeugnis ausgestellt wird und er dafür gelobt wird, tüchtig, fleißig und verlässlich zu sein: Derjenige, der ihn so positiv beurteilt, bekundet dabei ja nur, daß er die Deutschen für gut beherrschbar und gut ausbeutbar hält, diese Ansprüche an den Bürger also kennt und *anerkennt*.

Völker, bei denen das Staat-Machen hingegen nicht so ganz hinhaut, kommen bei diesem harten politischen Maßstab schlecht weg: Ihr nationaler Schlamassel soll dann genauso in ihrer Natur liegen wie der Erfolg im Volkscharakter der Deutschen, Amis oder Japsen. Also geht bei den Völkern Osteuropas eine flotte Suche nach den Gründen ihres schlechten Abscheidens in der internationalen Konkurrenz los. Einem aufmerksamen Beobachter fällt vor allem die Beliebigkeit und schnelle Auswechselbarkeit dieser Abziehbilder des Volkscharakters auf: Waren vor ein paar Jahren die Russen, Polen, Ungarn usw. noch freiheitsliebende Völker voller Tatendrang und Eigeninitiative, die sich nur wegen der ihnen übergestülpten Unrechtregimes nicht entfalten konnten, so wird heute in ganz anderer Weise der Stab über sie gebrochen:

»Man kann in diesen Tagen oft auch die Meinung hören, die russische Mentalität mit ihrer Neigung zur Maßlosigkeit mache das Land womöglich unfähig zur Demokratie. Selbst wenn es tatsächlich zu freien Wahlen kommen sollte, wird die russische Seele dafür sorgen, daß keine demokratietauglichen Politiker an die Macht kommen, befürchtet ein Kommentator der Zeitung »Megapolis Express« (FAZ, 11.10.93)

Der Kommentator der FAZ zitiert zwar nur Russen, der die selbe verächtliche Meinung über ihre eigene Nation hegen, aber er stimmt offenbar mit ihnen überein. Diejenige Sichtweise, die aus einem vorgefundenen Mißstand welcher Art auch immer gleich eine im Volkscharakter verankerte Naturnotwendigkeit ableitet, wird schließlich auch nicht besser dadurch, daß sie von einem Individuum ausgesprochen wird, das selbst dem solchermaßen abqualifizierten Kollektiv angehört.

Auch die Ossis sind ein bißchen beschädigt in den Westen geraten und weisen z.B.

eine grundlegende Unfähigkeit zum Wohnungseigentum auf:

»Der Gedanke an Eigentum und Vermögensbildung muß bei den meisten Mietern erst geweckt werden. Viele können sich nicht vorstellen, wie ihr Gebäude und ihre Wohnungen nach der Sanierung aussehen.« (FAZ, 8.10.93).

Es scheint aber nicht nur an der schlummernden Vorstellungskraft zu mangeln, der eigentliche Grund für diese Zögerlichkeit wird ein paar Zeilen später genannt:

»Oft aber scheitert der Verkauf an der mangelnden Kaufkraft der Mieter«,

was ja anderswo auch gelegentlich vorkommt. Dennoch führt diese Feststellung nicht dazu, das vorhergegangene Urteil über die seelische Disposition der Ostdeutschen zurückzunehmen, obwohl die beiden Dinge in sehr unterschiedlichem Verhältnis zum Wohnungseigentum stehen: Wenn es jemandem am Geld fehlt, hilft die Vorstellungskraft auch nichts. Sind die finanziellen Mittel jedoch vorhanden, so kann auf die Phantasie problemlos verzichtet werden.

Dieses Spiel läßt sich bei allen osteuropäischen Völkern treiben, und wie Pilze schießen Experten aus dem Boden, die ihren Senf zu den Besonderheiten des jeweiligen Volkes von sich geben, ohne daß sie dabei die Ödheit und Einförmigkeit ihrer Ausführungen, bei denen man für ein Volk problemlos genauso gut ein anderes einsetzen könnte, irgendwie stören würde.

Eine letzte Möglichkeit, dumme Begründungen zu erfinden, besteht in einer eigenartigen Verwendung sprachlicher Mittel:

4. Der Mißbrauch grammatikalischer Partikel

In dieser Abteilung der Ursachenforschung kommt zunächst das Wörtchen »noch« mitsamt seinem Zwillingbruder »noch nicht« zu großen Ehren. Babuschka verkaufen ihren Hausrat, um sich das Geld für Lebensmittel zu verdienen? *Noch nicht* ganz Marktwirtschaft, aber auf dem Weg dorthin! Bauern fangen mit Holzpflügen und einem verhungerten Esel auf eigener Scholle zu wirtschaften an? Laßt uns das doch als Anfang einer blühenden Landwirtschaft betrachten! Es wird eben *noch* eine Weile dauern, bis es so weit ist. Schmuggler und fliegende Händler, gerade Produkte einer *gescheiterten* Ökonomie, die über die herkömmlichen Wege die Ware gar nicht mehr in Umlauf bringen kann, werden als Vorboten künftiger Prosperität besprochen, die armseligen Methoden des Zurechtkommens der Normalbürger als Zeichen von sich entwickelnder Privatinitiative, und die sich auf solchem Boden notwendig entwickelnde Kriminalität als Kinderkrankheit eines sich neu ordnenden Staatswesens.

Dieser (zugegebenermaßen inzwischen etwas aus der Mode gekommenen) Think-positive-Praxis steht die pessimistische und nicht weniger dumme Benützung der Wörter »schon wieder« und »noch immer« ge-

genüber. Der Gedankengang gleicht den unter Punkt 2 und 3 abgehandelten, unterscheidet sich jedoch davon durch den Umstand, daß hier sogar auf den Schein einer Begründung verzichtet wird und der Leser dazu aufgerufen ist, sich den entsprechenden Unsinn selbst zusammenzureimen.

Auf gehts: gegen die unfähigen Politiker dort drüben, gegen die inneren Schädlinge dieser Staategebilde, gegen das Volk, das auch nichts anderes verdient als das, was es bekommt: Auf diese Art und Weise reden die Vertreter der Medien dem deutschen Großmachtstreben das Wort, bieten sich an als diensteifrige Schmeichler der neuen Kolonisatoren des Ostens und der NATO-Kriegstreiber auf dem Balkan: So wird der Boden bereitet für künftige gewaltsame Einmischungen in diesen Weltgegenden und für das gute Gewissen derer, die bei diesen ehrgeizigen Unternehmungen eingesetzt werden. Auf zu neuen Ufern!

☆

Dieser Artikel war ursprünglich für »konkret« geschrieben, daher die abschließliche Bezugnahme auf deutsche Zeitungen. Deren Auffassungen stehen natürlich in einem Verhältnis zu den Zielen der Politik der Bundesrepublik. Es gibt zwar keinen Unterschied zu den österreichischen Medien, was die *Besprechung* der Mißerfolge der Reformstaaten Osteuropas betrifft, aber einen kleinen Unterschied in der Politik, die damit angesprochen und aufgefordert wird: Kriegstreiberei, Kolonisationsbestrebungen gibt es auch in Österreich, nur verfügt unsere schöne Heimat nicht über die *Mittel* der Bundesrepublik, was die *Durchsetzung* dieser ehrgeizigen Anliegen angeht. Darin erschöpft sich die Differenz zwischen diesem feinen Kleinstaat und dem Reich der »häßlichen Deutschen«.

»konkret« hat den obigen Artikel abgelehnt, unter anderem mit der Begründung, daß die Art, in der die Geschehnisse in Osteuropa von der bürgerlichen Presse besprochen würden, »ohnehin klar sei«, interessanter sei vielmehr eine Analyse dessen, was dort wirklich geschehe.

Mein erster Einwand dagegen ist, daß es sich hier nicht um ein Entweder – Oder handelt, da sich eine Analyse des wirtschaftlichen Umbruchs in den ehemaligen RGW-Staaten und eine Kritik der falschen Erklärungen über diese Ereignisse nicht ausschließen, sondern ergänzen.

Darüber hinaus bezweifle ich, daß die Mangelhaftigkeit der Kommentierung des sogenannten Transformationsprozesses durch die bürgerlichen Medien »ohnehin klar sei«. Wem ist sie klar? Über die *Leser* des »konkret« kann der Redakteur, von dem diese Aussage stammt, schwerlich eine so allumfassende Feststellung treffen. Meiner Ansicht nach ist in den *Redakteuren* und Mitarbeitern des »konkret« selbst keineswegs klar, wie die in dem obigen Artikel angesprochenen Ideologien zu kritisieren sind.

Amelie Lanier

Amelie Lanier

Türkische Märchen

Ich habe in meinem Artikel den Rassismus, mit dem der Mißerfolg der freien Marktwirtschaft in Rußland und anderswo besprochen wird, angeprangert. Gerade das, was Rassismus ist, so meine These, ist jedoch weder der Leitung noch dem Umfeld des »konkret« klar. Ein Beleg dafür ist die seit geraumer Zeit währende Kontroverse um den Vortrag von Professor Türcke.

Der Vortrag

Der Inhalt des Vortrages von Türcke sei hier kurz wiedergegeben. Er hat, mit vielen geistesgeschichtlichen Schnörkeln ausgeschmückt, behauptet, Rassen gebe es einfach, das sei nicht zu leugnen, eine biologische Tatsache, und ohne es genau angeben zu können, hätte die Zugehörigkeit zu einer Rasse auch Auswirkungen auf das Denken der Menschen – vermittelt über Kultur, Sozialisation etc. Nun leben wir im Zeitalter des Weltmarktes, wo es keine abgeschlossenen Gesellschaften mehr geben kann, und die Rassen vermischen sich notwendig. In diesem Augenblick tritt eine ewigmenschliche Eigenschaft, der *Fremdenhaß*, verstärkt an die Öffentlichkeit. Er ist nämlich eine Art Selbstschutzmechanismus dieser als »Rasse« bezeichneten Türckischen Kollektive, und da in Zeiten der Krise die Mitglieder der Rasse »Deutschland« ihren »Besitzstand« gefährdet sehen, tritt automatisch dieser Mechanismus in Kraft und wendet sich gegen alles »Fremde«. Das ist zwar entsetzlich, aber notwendig, denn es liegt in der menschlichen Natur – und selbstverständlich auch im Kapitalismus, gegen den wir ja alle sind und der das ganze Elend und die Krise verursacht –, begründet. Wohl bemerkt: er bringt den Fremdenhaß nicht hervor, der existiert bereits vorher; sondern er bringt ihn nur an die Oberfläche, veranlaßt ihn dazu, sich zu äußern. Das ist das »Kapitalismuskritische« an dem Vortrag Türckes.

Damit hat Türcke mit einem etwas aus dem Rahmen fallenden Vokabular nur das gesagt, was als der Konsens der deutschen Öffentlichkeit seit geraumer Zeit gehandelt wird: Der Nationalismus, der sich im Anzünden und Umbringen von Ausländern äußert, sei eine zutiefst menschliche Regung, die durch Vernachlässigung verkehrte Folgen zeitigt und daher schleunigst von Politik und Wissenschaft *betreut* gehört. Wo es doch gerade angebracht wäre darauf hinzuweisen, worin dieser Nationalismus besteht, wie er zustandekommt: Er

»ist im Kern nichts als die gesellschaftliche Sortierung von Menschen durch den Souverän nach Maßgabe ihres Einsatzes für Staat und

Kapital und die Verinnerlichung dieser Sortierung durch den Staatsbürger« (Nachtmann, 10/93¹) –

dort beugt Türcke jedem Argumentationsnotstand vor. Er legt fest: Das war schon immer so!

»Dagegen ist darauf zu bestehen, daß Fremdenhaß zu den ältesten und finstersten Regungen der Menschheit gehört.« (Türcke, 8/93)

Wenn das so ist, dann kann man natürlich nichts dagegen tun. – Im Rahmen der sogenannten TürckeKontroverse wurden die spannenden Fragen gewälzt, ob Türcke ein *Rassist* sei, was er auf dem »konkret-Kongreß überhaupt verloren hätte, und ob seine Kritiker oder er das größere Theorie-defizit aufweisen würden.

Der »konkret«-Kongreß und Türcke

In einer Hinsicht hat Türcke sehr gut auf diesen Kongreß des »konkret« gepaßt: Zur Selbstbespiegelung einer Linken, die mit dem »System« de facto ihren Frieden gemacht hat, es in der einen oder anderen Form als unabänderlich akzeptiert hat, sich aber dennoch unbedingt von den sonstigen affirmativen Sichtweisen der bürgerlichen Öffentlichkeit distanzieren will. Und zwar, indem sie exquisite eigene Sichtweisen entwickelt und pflegt, die um nichts gescheiter oder weniger affirmativ sein müssen – Hauptsache, sie sind als *Ausweis linker Identität* anerkannt.

Dazu gehört, daß man einander sieht und gesehen wird auf einem solchen linken Happening, daher werden jede Menge Fotos und Videos gemacht, die von echten Fans auch käuflich erworben werden können. Dazu gehört ferner das richtige und häufige Verwenden von als kritisch anerkannten Wörtern, auch Türcke beherrscht diese Methode der »antikapitalistischen Terminologie« (Hoeltje, 8/93) ein Stück weit. Ein anderer Teilnehmer charakterisiert das so: »Gut gebrüllte Löwe, das klingt radikal.« (Möller, 10/93)

Zu der erwähnten linken Selbstbespiegelung gehört weiters, daß man bestimmte, verbotene Begriffe vermeidet. Das hat Türcke nicht getan, und zwar in der erklärten (übrigens sehr billigen) Absicht, Tabus brechen zu wollen: »Es gibt Fälle, wo man den Stier bei den Hörnern packen und einen prekären Begriff eigens zum Thema machen muß.« (Türcke, 8/93)

(Das Tabubrechen ist nicht damit zu verwechseln, daß jemand mit einem *Fehler* brechen, ihn kritisieren will, da kommt man nämlich ohne das Tamtam »Vorsicht, jetzt wird eine heilige Kuh geschlachtet!« aus. Der Tabubrecher setzt nämlich genau auf den Nimbus, der gewisse Begriffe und

Sprachregelungen umgibt, und will sich mit neuen Sichtweisen in diesem Pantheon der »Identitätsfindung« einen Platz schaffen.)

Und dieser als Tabubruch gemeinte Verstoß gegen linke Anstandsregeln hat die gesamte Entrüstung hervorgerufen.

Zum Auftakt der Kontroverse durfte auch ein Hinweis darauf, wie die Spielregeln einer solchen Debatte aussehen, nicht fehlen:

»Das Schlimme ist, hier kann jemand reden, der mit rassistischen Kategorien arbeitet, daß es zu einer Frage der Toleranz gemacht wird, ob man sich einen solchen Scheißdreck anhören will.« (Hoeltje, 8/93)

Das ist er, der linke Diskurs: Was uns nicht in den Kram paßt, wollen wir, *wenn wir unter uns sind*, nicht hören. Leute, die sich in ihrem Alltag notgedrungen den ganzen Tag bürgerliche Sichtweisen zu Gemüte führen, wollen in ihren Feierstunden, bei ihren *sonntagen*, nicht durch Gedanken, die in irgendeiner Form aus dem gewohnten Rahmen fallen, gestört werden und verlangen nach Zensur und Hinauswurf.

Umgekehrt haben die Verteidiger Türckes immer dort formelle *Regeln des fairen Diskurses* eingemahnt, wo sie seine Behauptungen nicht argumentieren konnten.

Aus dieser Overture zur »Türcke-Kontroverse« ließ sich schon erkennen, daß es hier um eine moralische Debatte ging, um alternativen Anstand, wie er sich an bestimmten Formulierungen und Verurteilungen anderer Begriffe festmacht: Ein Konsens, für den es keine Argumente gibt, wird unterstellt, und daran messen die Teilnehmer dieser eigenartigen Kontroverse die Aussagen der anderen. Die Ergebnisse dieser Debatte sind daher – bei aller moralischen Entrüstung – notwendigerweise inhaltlich etwas dürrig ausgefallen.

Das »konkret« hat beschlossen, nicht dem antiintellektuellen Verlangen nach Zensur nachzugeben und dieser Debatte einigen Platz einzuräumen. Bei dem verkehrten *Ausgangspunkt* der »Kontroverse« ist allerdings der Ärger der »konkret«-Redaktion über den *Verlauf* dieser »heillosen« Debatte unangebracht – sie konnte gar nicht anders ausfallen.

Die ideologische *Leistungen* des Türcke-Referates seien kurz zusammengefaßt – zum besseren Verständnis des folgenden, und damit wenigstens der Leser dieses Artikels sie kennt, wenn schon die Zuhörer des Referates damit nicht zurechtgekommen sind:

- Die BRD 1993 wird zu einem auf natürlichen Rassenmerkmalen beruhenden Kollektiv interpretiert,

- deren Macher (u.a. deutsche Generäle) den natürlichen Selbstschutzmechanismus ebenso instinkthaft in sich vorfinden und praktizieren, wenn sie strengere Asylgesetze fordern, wie auch die »Leute von der Straße«, also die Mitmacher, tun, die Asylanterheime und ähnliches anzünden, »Herrschaft« gibt es nämlich nur zwischen »Rassen«, also zwischen Staaten.

- Schuld daran ist letztlich vor allem »der Kapitalismus« und der Weltmarkt, obwohl aus den Ausführungen Türckes nicht hervorgeht, was diese Sachen mit der BRD und ihrem »Besitzstandsdenken« zu tun haben,

- denn bisher gab es da offenbar Wohlstandsgarantien, die jetzt wegen der einströmenden Ausländerflut gekappt werden, usw...

Diese Thesen, die allesamt auf eine Generalabsolution des Neofaschismus und der bundesdeutschen Politik '93 hinauslaufen, waren kaum Thema der Kontroverse. Der Moralismus der Beteiligten hat den Blick für die Inhalte eben ein bißchen getrübt.

Die Würdigung Türckes durch Gremliza

Vom Herausgeber des »konkret« hat Türcke zunächst ein dickes Lob bekommen: Die Interpretation des Nationalismus als eine notwendige Folge der Verschiedenheit der Menschen hat ihm so gut gefallen, daß er gar keine Gründe mehr für die Richtigkeit von Türckes Ausführungen angeben muß – es genügt der Fingerzeig auf seine Gegner, die angeblich »moralische Erdbeben produzierten«, »wahnhaft« waren usw. (Gremliza, 8/93) Selbst wenn: hat dann Türcke deshalb recht?

Nur an einem Punkt wird Gremliza kritisch: Die generelle Absolution der Ausländerfeindlichkeit schließt eben auch die der BRD in sich ein und gibt die Verfehlung des deutschen Volkes als eines besonders bösen – wir wissen schon, Auschwitz usw. –, die Gremliza unbedingt hören will, gerade nicht her.

Ihm *gefällt* die Gleichsetzung der sehr unterschiedlichen Subjekte der BRD, der Mächtigen und der Normalbürger, zu ein und den selben verwerflichen Wichten, Angehörigen eines Volkskörpers, der einfach per se böse ist. Er sieht das nämlich selbst genau so, wenngleich mit etwas anderen Begründungsmustern.

Dabei könnte einem kritischen Geist, wie er es ist, doch die Differenz auffallen zwischen

- Politikern einerseits, die mit Einwanderungs- und Asylgesetzen die Zufuhr von nötigen Arbeitskräften fürs deutsche Kapital regeln und konsequenterweise die Einreise von unnötigen Menschen unterbinden wollen, die also gar nicht fremdenfeindlich, sondern staatsmännisch vorgehen, und

- einfachen Bürgern andererseits, die aus ihrer Staatszugehörigkeit einen Rechtsanspruch auf Benützt-Werden durch Staat und Kapital ableiten und ihre eigene miese Lage als Schwäche der Staatsmacht interpretieren, die sich vom Ausland und den Ausländern erpressen läßt und deshalb an ihre Pflichten erinnert gehört.

Ihn *stört*, daß das deutsche Volk dabei mit jedem anderen, z.B. dem amerikanischen, gleichgesetzt werden kann. »Das ist sein (Türckes) Fehler.« Völkische Selbstbe-

zichtigung, Erbsünde-Theorien für deutsche Paßträger: Das ist es, was dieser Fakkelträger des linken Bewußtseins hören will.

Die Frage: Ist Türcke ein Rassist?

Ja, Türcke ist Rassist (und noch viel Schlimmeres), meint eine Teilnehmerin: »Er spricht von einer biologischen Gegebenheit der Körperkonstitution, diese wiederum bestimmt die Seelenbeschaffenheit des Menschen, diese die menschliche Geschichte, und darüber wird wiederum der menschliche Geist bestimmt. Das ist Biologismus, das ist Eugenik, das ist Rassismus.« (Strobl, 8/93) »Er macht keinen Bezug auf Rassen als soziales Konstrukt«, daher sei er als jemand zu betrachten, »der mit rassistischen Kategorien arbeitet.« (Hoeltje, 8/93) Rassist, nun ja, aus politischer Pragmatik nämlich, weil »hier ein deutscher Idealist würdevolle Abschiebungen fordert.« (Lam, 9/93) Türcke und Gremliza sind Rassisten, weil sie die »Verschiedenheit zwischen Bewohnern verschiedener Erdregionen« zum Gegenstand ihrer Überlegungen machen, somit »Ersatzbefriedigung im Befummeln und Beschnüffeln von Bewohnern anderer Erdregionen suchen.« (Pohrt, 9/93) – Nicht doch, Türcke ist kein Rassist, weil »er den Begriff der »Rasse« ausschließlich als klassifizierenden, nicht wertenden gebraucht.« (Nachtmann, 10/93)

Zwei Dinge werden hier einhellig als Ausweis rassistischen Denkens dingfest gemacht: Der Schluß von körperlichen auf geistig/psychische Eigenschaften und die abwertende Unterscheidung der Angehörigen verschiedener Rassen. Und da ist ja etwas dran, damit ist tatsächlich die Argumentationsweise von Rassisten beschrieben. Auch die Feststellung, daß jemand nur deshalb solchen Wert auf den Begriff der Rasse legt, weil er auf die *Unterscheidung* scharf ist, entbehrt nicht einer gewissen Schlüssigkeit. Nur: Kritisiert ist der Rassismus in allen diesen Bestimmungen noch nicht. Es wird vielmehr nur festgestellt, daß hier *Rassismus vorliegt*, und das muß offenbar unter Leuten, die Rassismus als *Haltung verurteilen*, schon reichen.

Denn z.B. auf die Aussage Ingrid Strobls, daß hier von der Körperkonstitution auf die Seelenbeschaffenheit der Menschen geschlossen würde, könnte man naiv fragen: Na und? Warum stimmt das nicht? Und wenn es nicht stimmt, wie kommt dann der andere, der Gegner, auf diesen Gedanken, und warum ist er für ihn so wichtig? Und warum erscheint dieser Schluß vielen so plausibel?

Einige Angebote zur Klärung der Frage:

Was ist Rassismus und wem dient er?

Es ist immer hilfreich, die Eigenschaften selbst zu untersuchen, die einem Menschen wegen seiner Rasse, seiner Nationalität, seinem Geschlecht zukommen oder nicht zukommen sollen. Es handelt sich nämlich meistens um *staatsbürgerliche Tugenden* oder um zu solchen uminterpretierte

tierte Züge eines Menschenschlages, die seine Nützlichkeit für die Gemeinschaft qualifizieren sollen. Der Rassismus hat daher seine Sternstunden auch dort, wo Angehörigen eines Volkes solche Eigenschaften *zugesprochen* werden, und nicht erst dort, wo Bürgern anderer Staaten oder eigenen, schlecht beleumundeten Volksgenossen beschieden wird, sie *hätten* sie gerade *nicht*. Die *Diskriminierung* ist daher nur eine Folge und Weiterentwicklung des ganz gewöhnlichen, alltäglichen Rassismus, der von niemandem als solcher bezeichnet wird.

Hierzu zwei Beispiele:

1. Der Satz: »*Alle Menschen werden frei und gleich an Rechten geboren.*« wird nicht als rassistisch bezeichnet. Dabei wird hier die Behauptung aufgestellt, nur durch sein bloßes Menschsein, durch die rein physische Existenz sei ein Individuum bereits in ein Rechtsverhältnis gestellt. Die zweite Seite dieses Verhältnisses wird hier zwar mitgedacht, aber nicht benannt: Es ist nichts anderes als die *Staatsgewalt*, die Rechte und Pflichten verteilt, anders gibt es diese nämlich gar nicht. Hinz kann Kunz zwar ein Recht geben oder nehmen, wenn ihm gerade danach ist, *gelten* tut das aber nicht – da muß schon eine Gewalt her, die den damit Beschenkten darauf verpflichtet, dieses Recht in ihrem Sinne auszuüben, und Verstöße dagegen mit Strafe ahndet.

Dieses Unterordnungsverhältnis wird aber durch die oben zitierte Erklärung der Menschenrechte nicht aus den faktischen Gewaltverhältnissen abgeleitet, sondern aus der Natur des Menschen, die nach Rechten und Staatsgewalt verlangt und der die realen Gewalten nur *entsprechen* und *dienen*, wenn sie die Bewohner ihres Hoheitsgebietes in die Pflicht nehmen.

Mit dieser Feststellung werden die Menschen des gesamten Erdballs von vornherein zu Untertanen erklärt, die die jeweiligen Staatsgewalten für sich benutzen dürfen. Es ist also ein Titel der Herrschaft, ein Anspruch auf Unterordnung. Und der wird – das ist hier der *Rassismus* – zu einem Merkmal des Menschen erklärt.

2. Hitler war Rassist, weil er die Menschen nach Rassenmerkmalen eingeteilt hat: in solche, die für sein ehrgeiziges Staatsprogramm taugen und in solche, die ihm entgegenstehen. Letztere, so hat er beschlossen und auch praktisch wahrgemacht, gehören weg.

Was er über den Arier, also den guten Deutschen, geschrieben hat, gilt gemeinhin nicht als Rassismus:

»Nicht in den intellektuellen Gaben liegt die Ursache der kulturbildenden und aufbauenden Fähigkeit des Ariers. Hätte er nur diese allein, würde er damit immer nur zerstörend wirken können, auf keinen Fall aber organisierend; denn das innerste Wesen jeder Organisation beruht darauf, daß der einzelne auf die Vertretung seiner persönlichen Meinung sowohl als seiner Interessen verzichtet und beides zugunsten einer Mehrzahl von Menschen opfert.« (Mein Kampf, S 326)

Opfer fürs Allgemeinwohl, also für die Ziele des Staates, zeichnen den Angehörigen einer »höheren« Rasse aus. Es ist die staatsbürgerliche Gesinnung, Gehorsam, Anspruchslosigkeit, Einsatz an der Arbeits- und an der Kriegsfrente, die vor allem bei Hitler zählte. Bei Personen, wo diese Botmäßigkeit zweifelhaft war, hat auch ein astrein germanischer Stammbaum nicht vor KZ und Hinrichtung geschützt. Es war also auch damals keine Garantie für irgendwelche Privilegien, daß jemand zum Mitglied einer Herrenrasse erklärt wurde, sondern ein harter *Anspruch*, den der GröFAZ an sein auserwähltes Volk gestellt hat.

Jede staatliche Herrschaft leitet ihre Legitimität aus dem Bedürfnis der ihr Unterworfenen nach ebendieser Staatsgewalt ab und erklärt ihre Taten zu einem Dienst am Kunden – an denen, die dafür geradestehen müssen. Das ist eine genaue Verkehrung der Tatsachen: Zunächst zwingt diese Staatsgewalt den Bürgern das gewünschte Verhalten auf, richtet alle möglichen Zwänge ein, mit denen sie zurechtkommen müssen. Dann liefert sie auch noch die Sichtweise dazu, derer sich die solchermaßen Beglückten befeißigen sollen: Nur *wegen ihnen* und *für sie* geschieht das alles, das Wirtschaftswachstum, der Sozialstaat, die Krisenbewältigung und das Bundesheer und noch vieles andere.

Daraus ergeben sich dann auch Unterscheidungen ganz eigener Art: Da ein Staat nur auf sein Volk Zugriff hat, scheidet er die Bewohner der Welt in Inländer und Ausländer, in solche, die einen Paß des eigenen Landes besitzen, auf die er daher exklusiv Zugriff hat, und in solche, die das nicht tun und ihm daher nur begrenzt zur Verfügung stehen.

Bei letzteren, den Besitzern fremder Pässe, gibt es noch einmal zwei Kategorien: Auf der einen Seite stehen Päpste, englische Königinnen und Personen ähnlicher Beschaffenheit, die mit rotem Teppich empfangen werden; Touristen, die die heimische Handelsbilanz verbessern; arabische Scheichs, die in heimische Unternehmen investieren, und Spitzensportler, die unter der nationalen Fahne Medaillen erwerben – diese Ausländer sehen Staat und Individuum gerne, die werden auch von Neonazis meistens in Ruhe gelassen. Die andere Sorte Ausländer sind solche, die gleich den meisten Inländern nichts haben und darauf angewiesen sind, daß jemand sie beschäftigt, damit sie irgendwie ihr Auskommen haben. Wenn es um »Ausländer«, »Fremde«, geht, so sind immer diese Ausländer gemeint – für die andere Abteilung gibt es wohlklingendere Namen.

Der staatliche Sortierung heute geht streng nach dem Nutzen vor, den ein Staatsbürger für die Wirtschaft und das Allgemeinwohl hat, und unterscheidet sich darin von den rassistischen Maßstäben, die alte und neue Nazis in Anschlag bringen – obgleich diese staatliche Trennung das Material für den Alltagsfaschismus liefert. Wer nützlich ist, d.h. wer vom Kapi-

tal oder in Staatsdiensten derzeit gebraucht wird, dem wird vom Gesetzgeber erlaubt zu bleiben, er wird vielleicht sogar zum Inländer gemacht. Wer überzählig ist und keinen deutschen Paß vorweisen kann, muß gehen.

Der Neonazi wiederum sieht sich von der Politik, die mit Gesetzesreformen und Abschiebungen stärker gegen unerwünschte Ausländer vorgeht, in dem Urteil bestätigt, daß »zu viele Ausländer« da sind, daher »die Ausländer« ein Problem darstellen. Er macht jedoch die Nützlichkeit der Staatsbürger nicht an den Konjunkturen des Kapitals fest, sondern an Äußerlichkeiten der Elendsgestalten, die gleich ihm von diesen Konjunkturen abhängig sind, und fordert gegen die Ausländer das Recht ein, als Inländer doch vorrangig benützt zu werden. Jene stören allein durch ihre Anwesenheit: Haben sie Arbeit, so nehmen sie sie den guten Deutschen weg, haben sie keine, so belasten sie das Sozialnetz, das doch vor allem für die Inländer da sein sollte. Dieser Rassismus von unten speist sich aus der Überzeugung, daß der Staat eigentlich zum Wohle der Bürger eingerichtet sei, wenn es denen aber schlecht geht, so muß es Individuen geben, die diese vorgestellten Wohltaten mißbrauchen und so die Harmonie zwischen Staat und Volk stören.

Zur Selbstüberschätzung der Möchtegern-Meinungsmacher

Der in der Debatte öfters geäußerte Vorwurf gegen Türcke, mit seinen Aussagen würde er der Praxis des Asylgesetzes und der Abschiebungen Vorschub leisten bzw. diese legitimieren, ist absichtsvoll blind gegen die Tatsache, daß die deutschen und übrigens auch alle anderen Politiker die Maßstäbe ihres Handelns aus der Verfolgung der Staatszwecke gewinnen, also ganz souverän handeln. Humanistische Debatten über würdevolle Abschiebungen oder »Wann ist das Boot wirklich voll?« mögen dazu dienen, der Öffentlichkeit diese Maßnahmen zu verkaufen, sie sind aber nicht ihr Grund. Daß sie bei diesen Bestrebungen, ihre Taten aus höheren Notwendigkeiten abzuleiten, auf ein Heer von beflissenen Wissenschaftlern zählen können, die ihnen stets zu Diensten sind, ist unbestritten, und Herr Türcke gehört sicherlich dazu. Nur: er könnte genauso gut auch nichts gesagt haben, denn diese ganzen intellektuellen Steigbügelhalter schmücken nur Dinge aus, die sowieso geschehen. Wegen Türcke wird kein Ausländer mehr oder weniger abgeschoben. Vorträge dieser Art sind ein Angebot an Leute, die partout ein gemeinsames Band zwischen sich und den amtierenden Politikern entdecken wollen, auch wenn sie mit einzelnen Maßnahmen keineswegs übereinstimmen. Der Adressat solcher Ausführungen ist der kritische Bürger und nicht der Souverän.

Ein Machtwort zum Schluß:

Die ›konkret‹-Redaktion, der das endlose Geschwafel, in dem von Marx über Hegel bis Adorno alles aufgefahren wurde, was einem Linken gut und teuer ist, dann doch zu bunt geworden ist, hat den gordischen Knoten durchhackt, indem sie festgestellt hat: Rassen im herkömmlichen Sinn gibt es gar nicht, dafür wird dann die Biologie bemüht:

»Das Fazit der Biologen: Die Rassendefinitionen, die auf sichtbaren Unterschieden (vor allem der Hautfarbe und des Wuchses) beruhen, sind biologisch nicht sinnvoll; und die Rassen, die man biologisch sinnvoll definieren kann, kann man nicht sehen« (2/94) –

– ergo ist jeder, der von ihnen redet, ein Rassist, so auch Türcke, denn die Rassenfrage sei nur für solche Personen von Bedeutung, die »Rassenpolitik treiben« wollen – was immer das heißen mag.

Mit dem Leugnen des Gegenstandes der Diskussion ist jedoch das Interesse, aus dem heraus er in diese eingeführt wurde, nicht begriffen, nicht einmal thematisiert. Es ist ja auch keine Kritik des christlichen Glaubens, wenn jemand feststellt, daß es Gott nicht gibt. Das erschüttert einen Gläubigen, der nicht auf Existenzbeweise, sondern auf eine *Deutung der Wirklichkeit* scharf ist, überhaupt nicht. Außerdem erklärt diese pseudowissenschaftliche Kritik sein untätiges Bedürfnis, sich unbedingt einen Allmächtigen denken zu wollen, dem man selbst zu Gehorsam verpflichtet ist, sehr verharmlosend zu einem bloßen *Irrtum* bzw. einem *Mangel an Information*; das Festhalten daran – wider besseres Wissen – zu einem Akt der Bosheit, der Manipulation.

Analog dazu haut auch die ›konkret‹-Redaktion daneben. Türcke will nicht »Rassenpolitik treiben«, auch nicht eine solche anregen.

Der eigentliche Witz des Türcke'schen Rassenbegriffes geht bei der Kritik der ›konkret‹-Redaktion ganz verloren:

Er hat mit dem Jonglieren mit dem Begriff »Rasse« eben jegliche Unterschiede zwischen den Mitgliedern seines Kollektives getilgt: Die Politiker, die Asylgesetze machen, ebenso wie die Neonazis, die Ausländer anzünden, verleihen ihren rassistischen Instinkten Ausdruck und setzen dabei einen Schutzmechanismus in Gang, der zwar grausam, aber leider unvermeidlich ist.

So kann Türcke wohl das Wort »Herrschaft« hin und wieder einstreuen, wenn es um das Verhältnis seiner geheimnisvollen Kollektive zueinander geht, die reale Herrschaft hat er aber damit geleugnet und in ihr Gegenteil verkehrt: In einen Dienst am p.t. Publikum.

Entgangen ist der ›konkret‹-Redaktion daher, wofür der Begriff »Rasse« bei Türcke steht: Als Verplausibilisierung von einer und Illustration für eine *Schicksalsgemeinschaft*, der man sich nicht entziehen kann, der man daher dienen muß: Die NATION.

Süffisanz statt Sprachkritik

Wie man konjunkturbewußt der Macht des Bestehenden und der bestehenden Macht huldigt

Die neue Sprachregelung

Von allen Seiten verkünden uns Autoren ungefragt ihren Ekel vor dem Typus, den sie die »guten Menschen« nennen. Konrad Liessmann kann die »guten Menschen nicht leiden, die Jörg Haider bekämpfen; Robert Schindel teilt uns anläßlich der Verleihung des Erich-Fried-Preises – ausgerechnet – mit, daß er kein »guter Mensch« mehr sein möchte; Ulrich Greiner will nicht zum »Club der guten Menschen« gehören, »die gegen die böse Politik tapfer Stellung beziehen«, wobei er tunlichst unterschlägt, daß jene, die den intellektuellen die Aufgabe der Kritik an der Macht zuteilen, keineswegs Politik pauschal als böse betrachten (in bezug auf Grass, um den es Greiner im besonderen geht, ist dieser Verdacht geradezu grotesk), sondern bestimmte Strukturen, die allerdings in der Tat oft Böses hervorbringen. Unbeantwortet bleibt, ob sich Greiner, der sich als abgestrafter Abweichler sieht, nun in der Aura der von den »guten Menschen« kritisierten Politik wohlfühlt, oder ob er nur, ZEIT-gemäß, die risikolose Position des alles überragenden Spötters beansprucht, frei von Clubzwang und moralischen Verpflichtungen. Karl Heinz Bohrer schlägt ein »Wörterbuch des Gutmenschen« vor, und ein Verleger, der sich mittlerweile darauf spezialisiert hat, die Linke süffisant zu kritisieren und dabei – anders als Bohrer – selbst noch als Linker gelten zu wollen, hat den Vorschlag aufgenommen und verwirklicht.* Gemeinsam haben die Verächter des »guten Menschen«, daß sie sich jener etwas faden Ironie bedienen, um ihren Gegenstand der Vernichtung durch Lächerlichkeit preiszugeben. Mit dem gleichen Konformismus, mit dem sie einst der Aufklärung das Wort redeten, ordnen sie sich jetzt dem herrschenden Zynismus unter, der Moral für verwerflich und die Bejahung des Status quo für den Gipfel politischer Vernunft hält.

Jeder drittklassige Schwätzer, der unlängst noch Verena Stefans »Häutungen« für ein Dokument emanzipatorischen Denkens und den rassistischen Kitsch »Out Of Afrika« für einen ereignisreichen Film hielt, darf heute, viel zu spät, vom »Betroffenheitskult« faseln, wenn jemand sich noch einfühlsam mit den Sorgen und

Nöten anderer Menschen oder Kollektive beschäftigt. Zu Recht stellt Joseph von Westphalen fest, daß »1987 die Kritik am Betroffenheitsgerede schon ebenso ein Klischee wie das Betroffenheitsgerede selbst« war, was ihn freilich nicht hindert, einen kritischen Beitrag über das Wort »Betroffenheit« zu liefern.

Bereits der Untertitel der hier zur Diskussion stehenden Publikation signalisiert die polemische Hiebrichtung und zugleich die anbiedernde Anpassung an das Modische: »Zur Kritik der moralisch korrekten Schaumsprache«. »Moralisch korrekt« ist natürlich die Eindeutschung dessen, was man konjunkturell in den USA als »political correctness« denunziert und bekämpft, den Anspruch auf moralische Werte in der Politik zusammen mit tatsächlich dogmatischem Tugendeifer (und es ist gewiß bemerkenswert, daß einige der heftigsten Gegner der »political correctness« in Deutschland einst zu den unversöhnlichsten Befürwortern einer Gesinnungsethik gehörten; und die Verknüpfung mit dem vernichtenden Substantiv »Schaumsprache« soll suggerieren, daß moralische Korrektheit anders als eben in Schaumsprache nicht zu artikulieren sei. Wie also schlagen die Kritiker der schaumschlagenden Gutmenschen zu? Was stört sie, was sind ihre Alternativen, wen wollen sie, mit welcher Absicht, erreichen?

Einsichten

Wiglaf Droste, einer der wenigen wirklich talentierten Satiriker und Glossisten in der gegenwärtigen deutschsprachigen Publizistik, der sich nicht dagegen wehren kann, daß ihn minder Begabte (auch in diesem Buch) hilflos nachzuahmen versuchen, formuliert ebenso knapp wie zutreffend: »drei tote Türken in Mölln z.B. sind hierzulande eben nicht zuerst drei Mordopfer, sondern ein *Anschlag auf das Ansehen Deutschlands*«. Nur ist die zu Recht kritisierte Sprechweise gerade nicht die des wie immer definierten Gutmenschen. So reden Regierungsvertreter und ihre Organe in Fernsehen und Presse.

Robert Kurz verliert in seinem ebenso klugen wie witzigen Utopie-Artikel nach wenigen Absätzen den Auftrag aus den Augen und gerät genau besehen in eine Rehabilitierung des vom Mißbrauch gereinigten Begriffs.

Es ist schon wahr, daß der Kabarettist Martin Buchholz (und nicht nur er) »nicht

* Klaus Bittermann/Gerhard Henschel (Hg.), Das Wörterbuch des Gutmenschen. Zur Kritik d. moralisch korrekten Schaumsprache, Edition Tiamat, Berlin 1994. 200 Seiten, DM 28

schlecht von der Infantilität seiner Anhänger« lebt. Wahr ist aber auch, daß Gerhard Henschel, der dies feststellt, sich weniger von ihm unterscheidet, als er sich eingestehen möchte, wenn er etwa von Ernst Tugendhat meint, daß er »soviel Tugend hat«, oder dem »guten Menschen« eine Stadtteil-Initiativgruppe »Schlesien bleibt unser!« erfindet. Qualifiziert sich als Kritiker von Schaumsprache, wer nicht zurückschreckt vor der – im übrigen abgegriffenen – Stammtischmetapher: der »innere Reichsparteitag, den ein beliebiger Gutmensch angesichts einer Lichterkette (...) empfinden mag«? Da werden per Assoziation Demonstranten gegen Ausländerverbrennungen, gegen der Illusionen und Pathos sich mit freundlichen Argumenten durchaus einiges vorbringen läßt, in die Nähe der Nazis gebracht. Das, in der Tat, ist nicht sprachkritisch, sondern infam.

Dummheiten und Denunziationen

Die Verfasser der einzelnen Stichwörter berufen sich bei ihren Belegen unter anderem auf Otto Rehagel, Steffi Graf, Hans Meiser, Jil Sander, Eduard Stoiber, Heiner Geißler, Brigitte Seebacher-Brandt, Gerhard Zwerenz, Bernhard-Henry Lévy, Björn Engholm, Kohlscharpingweizsäcker, Fußballmannschaften, die Gewerkschaft, die CDU-Sozialausschüsse, die Regierungsparteien, den Piper Verlag, das FAZ-Feuilleton, »HörZu«, »Bild« und »Bunte«. Alles Gutmenschen? Gute Menschen, belehrt uns der Herausgeber im Nachwort, »beten, statt zu argumentieren«. Alle? (Ein Namensregister fehlt.)

Dann wird wiederum auf Belege verzichtet. Einer von ihm so benannten »Neuen Deutschen Moral« unterschiebt Henryk M. Broder die Ansicht: »Wären die Juden nicht da gewesen, hätten die Deutschen nicht das unternehmen müssen, was sie unternommen haben.« Welcher »Gutmensch« hat Ähnliches geäußert? Bitte: Quelle angeben oder Reue zeigen für die Verleumdung.

Der »Knackpunkt« ist gewiß eine Glosse wert. Allein, was hat er mit dem Gutmenschen zu tun? Fünf Seiten verschicken die Herausgeber an die »Kommunikation« (mehr Platz bekommen nur noch die »Mauer im Kopf«, die »Trauerarbeit« und die »Utopie«). Dabei hat Tom Lehrer schon vor drei Jahrzehnten dazu das (End-) Gültige formuliert: »Wenn Leute nicht kommunizieren können, könnten sie wenigstens die Klappe halten.« Zu »Flaneur« fällt Matthias Altenburg nur ein, daß es ihn, als Wort wie als Realität, eigentlich gar nicht mehr gibt. Und unüberprüft wiederholt Klaus Bittermann die von einem Saarbrücker Journalisten in Umlauf gebrachte Unterstellung, Oskar Lafontaine habe auf Marcel Ophüls' Einspruch gegen eine Aufführung des Films »Beruf Neonazi« erwidert, es sei »höchste Zeit, daß die alten Opfer des Nazismus und ihre Familien aufhörten, sich ständig zu beklagen«. Bittermann kommt zu dem immer-

hin bedenkenswerten (Tom Lehrer modifizierenden) Schluß: »Gerade wir Deutschen sind besonders verpflichtet, die Klappe zu halten.« Was ihn nicht hindert, einen Verlag zu betreiben und unter anderem jenes Buch herauszugeben, in dem er dies fordert. Unmoralisch? Unkorrekt? Bloß verlogen.

Bittermann meint auch, als Zivilcourage gelte heute schon, »wenn man seine Gesinnung zur Schau trägt und aus Protest eine Kerze anzündet«. Er sollte mehr fernsehen. Ein Moderator berichtete kürzlich von einem Fall von »Zivilcourage«: Ein deutscher Tourist hatte in Florida einen Mann, der ihn mit einem Revolver bedrohte, niedergeschlagen.

Eike Geisel geht es beim Artikel »Lichterketten« natürlich nicht um das Wort, sondern um die Sache, die auch er, wie das in seinen Kreisen üblich ist, als »schummrige Selbstbekundung guter Gesinnung« verhöhnt, mit der »sich die selbstverschuldete Überflüssigkeit der Opposition ein gutes Gewissen schafft«. Dem »Gelichter der Republik« ging es laut Geisel allein darum, »sich selber ins rechte Licht zu setzen«. Das unterscheidet offenbar Lichterketten von den schal gewordenen Sarkassen Geisels. Ihm, dessen Überflüssigkeit wahrscheinlich die hinterhältigen Gutmenschen verschuldet haben, dient das Wortgeklänge lediglich dazu, sein Licht, falls es jemanden blenden sollte, unter den Scheffel zu stellen.

Die Gegnerschaft gegen eine »Amerikanisierung der Kultur« wird reduziert auf den Neid erfolgloser deutscher Filmemacher, die damit nach bewährtem Rezept in die Nähe von Rechts-Rockern und Nationalisten gerückt werden, als wüßte die Autorin Elke Schubert nicht – aber vielleicht ist es ihr tatsächlich entgangen –, daß die Abwehr nicht den »Besatzern« von 1945, sondern einem aggressiven Monopol gilt. Sie spricht von einer »Amerikanisierungstheorie«, wo jeder, der ihre mutmaßlichen Anhänger nicht nur penetrant finden möchte, eine alltägliche Praxis vorfindet. Frau Schubert stört nicht die Schaumsprache, sondern die Tatsache, daß nicht alle ihre Vorliebe für Hollywood teilen. Deshalb muß sie unterstellen, daß, wer Spielberg nicht für den Größten hält, unbedingt nur Wenders liebt, und daß, wer nicht bei McDonalds ißt, von Eisbein und Sülzen schwärmt. Janosó oder Godard tauchen in ihrem Horizont ebensowenig auf wie gekochtes Rindfleisch oder Borschtsch. Typisch deutsch, jeden, der »typisch Ami« sagt, für typisch deutschnational zu halten. Offenbar lassen die »nationalen Ressentiments« den Gedanken nicht zu, daß es außer Deutschem und Amerikanischem noch das eine oder andere auf der Welt gibt.

Ein heikler Punkt: unter jenen, die sich (nicht nur in diesem Band) über die Rhetorik der Gutmenschen in bezug auf die deutsche Vergangenheit und die Ausrottung der Juden ereifern, sind einige, von denen man weiß, daß ihre Eltern während

des Nationalsozialismus mehr als nur Mitläufer gewesen waren. Sie geben, ungebeten, ständig vor, die Opfer des Nationalsozialismus vor den Gutmenschen schützen zu müssen. Könnte es sein, daß sie sich ertappt fühlen? »Überreaktion«: vorzumerken für die nächste Auflage des Wörterbuchs?

In manchen Artikeln erweist sich die scheinbare Genauigkeit im Kampf gegen die »Schaumsprache« als eigentliche Ungenauigkeit. Der »Arbeitsplatz« ist halt für die meisten Menschen, die nicht wie Gundolf S. Freyeremuth reportierend in der Welt herumreisen, mit dem zur Überwindung der (ökonomischen) Armut nötigen Lohn oder Gehalt verbunden und nicht ohne weiteres durch einen anderen »Platz« ersetzbar. Deshalb ist die »Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes« kein »Geschwafel«. Was damit gemeint ist, versteht, wer der deutschen Sprache mächtig ist. Was Freyeremuth über die Funktion der Arbeit in unserer Gesellschaft sagt, ist zwar zum Teil bedenkenswert, angewandt aber auf den mit der genannten Formulierung bezeichneten Zustand pure Hirnwichserie.

Ergebnis

Deutlich wird mit Publikationen wie dieser einmal mehr: Für viele, die erst mit der 68er Bewegung linkem Denken und der sozialistischen Tradition begegneten, war der Einsatz für Schwächere und sozial Benachteiligte eine austauschbare Haltung, die sie längst durch ein unbedingtes Einverständnis mit dem kapitalistischen Status quo vertauscht haben. Sie sind die Konformisten geblieben, die sie schon damals waren, und freunden sich mittlerweile an mit dem Gedanken einer fröhlichen Existenz im Zeichen eines deutschen Berlusconi. Sie kokettieren damit, Schlechtmenschen zu sein, und sind doch nicht mehr als charakterlose Opportunisten. »Viele der einstigen Empörer haben inzwischen die Seiten gewechselt und bewerben sich nun bei den Verhältnissen um Mitmachgelegenheiten.« (Karsten Singelmann aus Hohne im »Wörterbuch des Gutmenschen«, S. 49) – Wie wahr.

P.S: Ob Oskar Schindler, wie der »Spiegel« titelte, ein guter Mensch war, ob er, wie Bittermann korrigiert, nur »gesunden Menschenverstand« besaß, ob er gar nur, als Spielernatur, ein Risiko einging, wo er billige Arbeitskräfte gewinnen konnte: für die durch ihn geretteten Juden gilt, daß sie ihm das Überleben verdanken. Im Fall des Falles sind es die »guten Menschen« (früher nannte man sie »anständig«), nicht die Spötter, auf deren Hilfe man hoffen darf. Mag einem zur Schau gestellte Gutheit auch gelegentlich auf die Nerven gehen: verhöhnen kann sie (nach dem Motto: We are amused but not concerned) nur, wer sich in Sicherheit wähnt, wen nicht bedroht, was die »guten Menschen« mit tauglichen und untauglichen Mitteln bekämpfen. Es sind nicht Asylanten, die die Lichterketten belächeln.

Unbe-Hagen oder Wie Menti Mediensponsor wurde

Von Prof. Dr. pr. Dipl. Werb. Alois J. P. Kaeufflich

Also zuerst muß ich den Titel kritisieren. Nicht grundsätzlich, wo würd' ich denn, Titel sind etwas Gutes, nicht nur das, sie sind das einzig Gute! Alles, was dann kommt, ist eigentlich überflüssig, um nicht zu sagen: unprofitabel. Titel, Schlagzeilen – noch besser: einfach ein Wort, zugleich Produktname, ohne definitive Aussage und doch mit der unverhohlenen message: »kauf mich, kauf mich, kauf mich« – das ist eine der großen intellektuellen Forderungen unseres Berufsstandes.

Nun zum Titel, der uns hier vorliegt. Es ist vor allem der erste Teil, der mich irritiert. Ich kann mit »Unbe« nicht allzu viel anfangen. Dagegen wäre ja nichts einzuwenden, wäre da nicht die unverkennbar negative Botschaft »un«. Wie, um Mammons Willen, kommt ein »un« in einen Titel! Negative Botschaften sollte es nicht mehr geben, sie gehören ausgerottet, wo kämen wir denn da hin, schließlich könnte schon die Silbe »un« die Leute vom Konsumieren dieser Zeilen abhalten und ohne Konsum ist die Wirtschaft tot und ohne Wirtschaft sind wir tot, und daher Schluß mit diesen ewigen Schwarzmalern, diesen »Un«-Holden, diesem linkslinken Gesindel. Gänsehaut könnte einem darob die wunderschön massierte, gecremte, gestraffte Haut glatt ver»un«stalten.

Gehen wir lieber weiter zum »be«. Kein schlechter Ansatz, kann er doch in: be-haupten, be-eindrucken, be-jubeln, behämmern, be-schwätzen, be-nebeln, be-lügen und – nicht zuletzt – be-fehlen münden. Wer denkt da schon an: be-denken, be-greifen oder be-gründen?

Der Teil des Titels, der mich am meisten anspricht, ist wohl zweifellos »Hagen«. Erinnere ich mich recht an das, was in meiner Schulzeit so an mir vorbeigerauscht ist, so war dieser Hagen doch ein recht vifer Bursche, ehrgeizig und strebsam. Wie jeder Werbefachmann muß auch er ein guter Journalist gewesen sein. Immerhin hat er recherchiert, wo dieser blonde, blauäugige, viel zu laut singende Jüngling Siegfried die Stelle hat, an der man ihn erwischen kann. Die Stelle, wo das glänzende Material direkt und unbeinträchtigt in ihn eindringen kann, so daß es ihn umhaut. Freilich waren die Methoden damals noch nicht so ausgereift, sonst wäre es nicht passiert, daß der Typ, nachdem ihn die metallische Nachricht umgeworfen hat, fad und faul da liegen blieb und sich tot stellte.

Heute sind wir in annähernd 100 Prozent der Fälle so weit, daß der Adressat unserer Bemühungen, nennen wir ihn »Menti« (von »Konsument«), beglückt aufspringt und über Telephon bei »Gabi«, der Bestellaufnahmemaschine von GROFIT* oder gleich direkt über Computer seine Bestellung aufgibt. Schließzeiten der Geschäfte sind, Mammon sei Dank, kein Hindernis mehr. Und wenn man kein Geld hat, dann geben einem freundliche, altruistische Bankkaufleute Kredit. Auf die Idee, daß man ihm nach dem Leben trachtet, kommt Menti – im Unterschied zu Siegfried – nicht mehr. Und wenn er gepfändet ist und an den Folgen einer zerstörten Umwelt zugrunde geht, ist er als Konsument ohnehin nicht mehr interessant.

Wir haben das gleiche Ziel wie Hagen: den direkten Zugang zu Menti zu finden, den Punkt, wo man in ihn rein kann, wo das, was sein Leben bestimmt, quasi eine weiche, knetbare Masse ist.

Um dieses Ziel zu erreichen, haben wir uns an der journalistischen Ambition unseres Vorvaters Hagen ein Beispiel genommen und sind dabei, diese – nicht zuletzt



Fruchtfliege

* Unter dem Namen »Gabi« existiert tatsächlich seit kurzem ein sprechender Bestellaufnahmecomputer, allerdings nicht bei GROFIT, sondern bei einem österreichischen Versandhaus. Original-Werbeslogan: »Gabi« macht Schluß mit dem Ladenschluß!

** Gebet aus dem Wien der Nazizeit. In: Johannes Kunz, Hoffnungslos, aber nicht ernst, Fritz Molden Verlag, Wien-München-Zürich 1976, Seite 64

im Sinne einer neuen »Ehrlichkeit« – zu vervollkommen, ja sogar um Wissenschaft und Philosophie zu erweitern!

Da erzählt uns im Fernsehen eine »Journalistin« ganz seriös die Geschichte der Menstruation, die nicht zufällig auch die Geschichte von bestimmten Tampons ist. (In Zeiten des zunehmenden Puritanismus könnte man uns sogar als Vorkämpfer von sexueller Offenheit und Gleichberechtigung am Bildschirm bezeichnen!)

Beeindruckend ist auch der gut gekleidete Herr, der an einem Pult steht – ähnlich dem bekannten Bürgerrechtskämpfer Walter Schiek – und uns die neuesten harten Fakten und Nachrichten erzählt – aus der Pharmaindustrie.

Daß das Ganze noch innerhalb eines Werblockes geschieht, ist ein Fehler, das muß ich zugeben, aber wir arbeiten daran.

Diese Intention deckt sich übrigens zufällig mit den wohltätigen Aktivitäten unserer Auftraggeber. Manche Medien versteifen sich auf »objektive Berichterstattung«. Da für einen solchen anachronistischen Schwachsinn keiner zahlt, gehen sie der Reihe nach ein. Nun investieren unsere Auftraggeber Millionen, damit wenigstens die verbliebenen Medien überleben – als Unternehmen mit zeitgemäß adaptierten Richtlinien, versteht sich. Die anfängliche Entrüstung mancher Medienmanager haben wir ihnen nicht abgekauft. Das besorgten unsere Auftraggeber. Journalisten dürfen nun schöne lange Artikel schreiben, bunte Filmchen machen und brauchen sich nicht mehr so viel ums Geld zu sorgen. Nett und dankbar, wie sie nun einmal sind, berichten sie dann meist auch – ganz objektiv! – über das Produkt dessen, der ihre Existenz sichert. Eigentlich selbstverständlich, nicht wahr. Und wenn sie nicht von selber auf die Idee kommen, hilft man ihnen, macht Vorschläge, schreibt ihnen sogar den Text, wenn nötig.

Das hat allerdings überhaupt nichts mit Werbung zu tun. »Sponsoring« nennt man das. Der Sponsor ist nichts anderes als der Mäzen früherer Zeiten. Ein gutmütiger Mensch mit viel Kultur und viel Geld, welches er zu verschenken bereit ist. Und der beglückte Menti zahlt ihm das alles prompt beim Kauf des Produktes über den Preis zurück. Schließlich müssen auch die armen Unternehmer leben und die armen Werber.

So gesehen unternimmt Menti, wenn er kauft, einen zutiefst sozialen Akt. Und wird praktisch zum Sponsor der Medien.

EPILOG

Lieber Gott, mach mich blind,
daß ich alles herrlich find.
Lieber Gott, mach mich taub,
daß ich allen Unsinn glaub.
Lieber Gott, mach mich stumm,
daß ich nicht nach Dachau kumm.
Bin ich blind, taub und stumm
zugleich,
dann bin ich reif fürs Dritte Reich.**

CASABLANCA MAG ICH SEHR...



Warnung des Gesundheitsministers: Rauchen gefährdet Ihre Gesundheit.